

POLITICUM 96

Steirisches Institut für Politik & Zeitgeschichte

SCHRIFTEN

EU-ERWEITERUNG



Martin BARTENSTEIN
Kurt David BRÜHL
Christopher DREXLER
Kristina EDLINGER-PLODER
Michael FLEISCHHACKER
Alfred GRINSCHGL
Otto HABSBURG
Franz HARNONCOURT
Nikolaus HERMANN
Herwig HÖSELE
Egon KAPPELLARI
Waltraud KLASNIC
Günter LEHOFER
Wolfgang LEITNER
Wolfgang MANTL
Hermann MIKLAS
Peter MÜHLBACHER
Kurt OKTABETZ
Gerold ORTNER
Klaus POIER
Albert POSCH
Reinhard RACK
Rudi ROTH
Walter ROTSCHÄDL
Heinz SCHEIDBACH
Andreas SCHNIDER
Gerald SCHÖPFER
Hermann SCHÜTZENHÖFER
Johann SEITINGER
Ernst SITTINGER
Michael STEINER
Werner TESSMAR-PFOHL

Editorial

Herwig Hösele/Klaus Poier

Der 1. Mai 2004 markiert mit Sicherheit einen Meilenstein in der europäischen Entwicklung: Mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder, die – mit Ausnahme von Malta und Zypern – bis vor gar nicht langer Zeit kommunistische Staaten bzw. Gliedstaaten waren, wird einerseits die europäische Nachkriegsordnung endgültig und irreversibel aufgelöst. Andererseits wird durch die EU-Erweiterung von 15 auf 25 Mitgliedern auch besiegelt, dass die Europäische Union kein Eliteverein bleibt, sondern einen gesamteuropäischen Anspruch und ein gesamteuropäisches Angebot stellt. Weitere Beitritte werden folgen.

Auch speziell für Österreich und die Steiermark stellt diese Erweiterungsrunde ein historisches Großereignis dar, rücken wir doch von der Randlage der Europäischen Union – und lange: des westlichen, demokratischen Europa – in die Mitte, in das Herz unseres Kontinents. Die bisherigen Außengrenzen der EU verschieben sich von uns weit in den Osten und Süden Europas. Unsere Grenzen öffnen sich unseren Nachbarn – die nun neue Partner werden –, wovon sie, aber ganz besonders auch wir stark profitieren werden. Gerade die Steiermark, die sich seit Jahrzehnten um eine aktive Nachbarschaftspolitik bemühte, sich frühzeitig für den EU-Beitritt einsetzte, Motor der ARGE Alpen Adria war, kann dynamisches Zentrum einer EU-Zukunftsregion sein, wie sie Landeshauptmann Waltraud Klasnic initiierte. Viele Studien zeigen, dass Österreich und innerhalb Österreichs vor allem auch die Steiermark aus wirtschaftlicher Sicht Erweiterungsgewinner Nummer eins sein werden. Die Erweiterung bringt uns im Vergleich zu den anderen EU-14-Staaten die größte Steigerung des Wirtschaftswachstums und damit viele zusätzliche bzw. die Sicherung unserer vorhandenen Arbeitsplätze. Bei vielen Menschen werden allerdings nicht selten weniger die Chancen der Erweiterung, sondern die mit ihr freilich auch verbundenen Gefahren gesehen. Hier gilt es von Seiten der Politik, einerseits die Probleme anzupacken und ge-

meinsam mit der Wirtschaft sowie den neuen Partnern wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Andererseits ist es notwendig, die Skeptiker der Erweiterung durch Fakten zu überzeugen und ihnen bewusst zu machen, dass die Vorteile der Erweiterung deren Nachteile bei weitem überwiegen.

In dem ebenso vom Steirischen Institut für Politik und Zeitgeschichte herausgegebenen „Steirischen Jahrbuch für Politik 2003“ widmete sich ein Kapitel der EU-Erweiterung aus einer überregionalen Perspektive. Ganz bewusst sollte daher dieses Politicum „EU-Erweiterung“ schwerpunktmäßig die Bedeutung, Chancen und Probleme der Erweiterung aus steirischer Sicht betrachten. Zu Wort kommen im ersten alphabetisch gereihten Block neben dem „Gastautor“ Dr. Otto Habsburg – Präsident der Pan-europabewegung und einer der frühesten und vehementesten Befürworter eines vereinten Europa – steirische Wissenschaftler, Politiker, Journalisten, Unternehmer sowie Unternehmer- und Arbeitnehmervertreter. Manche Beiträge sind dabei bewusst aus einer persönlichen, literarischen Perspektive verfasst. Im zweiten wiederum alphabetisch gereihten Block nehmen eine Reihe von in der Steiermark wirkenden Konsuln verschiedener europäischer Länder Stellung, mit besonderem Fokus auf die Bedeutung der Erweiterung für das von ihnen vertretene Land.

Den 32 Autorinnen und Autoren dieses Politicum gilt unser großer Dank für ihre interessanten und tiefgehenden Beiträge. Für das Erscheinungsbild, die bewährte Layoutierung sowie die redaktionelle und organisatorische Mithilfe danken wir Frau Gudrun Ackerl, Frau Sylvia Fritz, Herrn Edi Höller, Frau Mag. Christiane Kada, Frau Heike Kopp und Frau Mag. Isabella Poier. Wir sind sicher, dass dieses Politicum einen fruchtbringenden Beitrag zur Diskussion über das Großereignis der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 in unserem Land leisten wird und dabei mithilft, die großen Chancen und Vorteile, die für uns in dieser Erweiterung liegen, noch klarer und deutlicher aufzuzeigen.

POLITICUM	EU-Erweiterung
Ausgabe Nr. 96	Inhalt und Autoren

05	Martin Bartenstein	Die Chancenerweiterung
09	Christopher Drexler	Die europäischen Häuslbauer!
11	Kristina Edlinger-Ploder	Wissensbasiert und zukunftsfixiert!
13	Michael Fleischhacker	Europäisierung Europas und europäische Öffentlichkeit
17	Alfred Grinschgl	Alte Nachbarn – neue Chancen
19	Otto Habsburg	Ein gewaltiger Schritt, dem weitere folgen müssen
23	Herwig Hösele	Der europäische Fortschritt als SpringprozeSSION
27	Egon Kapellari	Das Werden des größeren Europa und der Mitteleuropäische Katholikentag
33	Waltraud Klasnic	Große Veränderungen mit Zukunft
35	Günter Lehofer	Ein Fischer saß ruhig an seinem Eisloch und blinzelte in die Sonne
39	Wolfgang Mantl	Europa als Einheit – Europa als Vielfalt
47	Hermann Miklas	Achtung vor der Differenz
51	Peter Mühlbacher	Steiermark: Erweiterungsgewinner Nummer eins
55	Albert Posch	Die Steiermark erweitert ihre Chancen
61	Reinhard Rack	„Europa erweitern und vertiefen“ – einen erfolgreichen Weg fortsetzen
67	Walter Rotschädl	Die Erweiterung der Europäischen Union aus Sicht der steirischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
71	Andreas Schnider	Europa der Chancen als Herzensangelegenheit
75	Gerald Schöpfer	Zukunftsoptimismus
79	Hermann Schützenhöfer	Tourismus im „neuen“ Europa: Chance und Herausforderung
81	Johann Seitinger	Das fatale Schielen auf den 1. Mai
87	Ernst Sittinger	Das Tor, der Schlüssel, die Brücke
91	Michael Steiner	Auf der Suche nach neuen Partnern in alter Umgebung – Steirische Perspektiven der EU-Erweiterung
103	Werner Tessmar-Pfohl	Aspekte der EU-Erweiterung vom steirischen Stand- und Blickpunkt

POLITICUM	EU-Erweiterung
Ausgabe Nr. 96	Inhalt und Autoren

Beiträge von in der Steiermark wirkenden Konsules verschiedener europäischer Staaten:

109	Kurt David Brühl	Mit Zuversicht ins neue Europa
111	Franz Harnoncourt-Unverzagt	Europa wächst
113	Nikolaus Hermann	Kroatien auf dem Weg zum Vollmitglied der Europäischen Union
115	Wolfgang Leitner	Die Steiermark rückt vom Rand ins Zentrum Europas
117	Kurt Oktabetz	Hallo EU – Hallo Slowenien!
119	Gerold Ortner	Von der Mark in das Zentrum
121	Rudi Roth	EU-Erweiterung – Nachbarland Ungarn
123	Heinz Scheidbach	Die EU-Erweiterung aus der Sicht Norwegens
126		Autorenregister

Die Chancenerweiterung

Martin Bartenstein

Gerade aus steirischer Perspektive stellt die Erweiterung der Europäischen Union mit 1. Mai 2004 einen längst überfälligen Normalisierungsprozess in den Beziehungen zu unseren Nachbarländern Ungarn und Slowenien dar. Zu Nachbarn, mit denen uns eine reiche Geschichte verbindet, die durch die jahrzehntelange Teilung Europas in Ost und West schon an ihr Ende gekommen zu sein schien. Mit dem Ende des Kommunismus vor eineinhalb Jahrzehnten kehrte die Geschichte wieder zurück – und mit der Erweiterung der EU schreiben wir diese gemeinsame europäische Geschichte nun in Richtung einer stabilen und erfolgreichen Zukunft fort.

Wirtschaftlicher Erfolg als Grundlage für europäischen Erfolg

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die wirtschaftliche Entwicklung. Und das in zweifacher Hinsicht:

- Die Erfolgsstory der europäischen Integration basiert seit jeher auf der zunehmend intensivierten wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den europäischen Staaten. Die Wirtschaftsunion war und ist die Grundlage für das Friedensprojekt der politischen Union. Das zeigt einmal mehr, dass die Wirtschaft traditionell ein verlässlicher Partner ist, wenn es darum geht, Grenzen zu überwinden. Deshalb bleibt die wirtschaftliche Vernetzung die notwendige Grundlage für den weiteren europäischen Einigungsprozess, dessen Erfolgsprinzip aktuell wie eh und je ist: Je enger Staaten einer Region wirtschaftlich miteinander verflochten sind, desto mehr Stabilität gibt es in der Region.
- Auf der anderen Seite ist die Ökonomie von zentraler Bedeutung für das erweiterte Europa, weil nur eine positive wirtschaftliche Entwicklung die unverzichtbare Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Stabilität in ganz Europa ist. Die Wirtschaft ist somit nicht nur ein erfolgreiches Integrationsinstrument, sondern sie schafft

die Basis für die wünschenswerte wirtschaftliche und soziale Erfolgsstory des erweiterten Europa. Dies ist angesichts der Schocktherapien in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern bei der Transformation von einer Planwirtschaft (ohne Erfolg) zu einer Marktwirtschaft (ohne Attribute) besonders hervorzuheben: Nur breitenwirksamer Wohlstand auf Basis einer leistungsstarken Wirtschaft kann soziale Verwerfungen verhindern. Das ist das Erfolgsrezept des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells.

Avantgarde-Rolle der Steiermark – am Weg zur Zukunftsregion

Die Situation der Steiermark im Hinblick auf die wirtschaftlichen Effekte der Erweiterung ist durchaus als privilegiert zu bezeichnen. Das hängt damit zusammen, dass die Grenze zu Slowenien schon vor 1989 durchlässig war, und vor allem auch damit, dass die Steiermark es verstanden hat, ihre geographische, historische und politische Brückenfunktion klug und nachhaltig zu nutzen. Die traditionellen Partnerschaften mit unseren Nachbarn sind das Kapital für unsere Zukunft. Es bestehen rege Kontakte zu Regionen in Ungarn – wie etwa Baranya, Zala, Somogy, Vas und Tolna sowie Győr-Moson-Sopron – und zu unserem Nachbarstaat Slowenien, etwa im Rahmen der ARGE Alpen-Adria. Dazu haben die vielfältigen Aktivitäten der Steiermärkischen Landesregierung, der Industriellenvereinigung Steiermark und Kärnten sowie der Wirtschaftskammer Steiermark maßgeblich beigetragen. Im Rahmen der gemeinsamen Dachmarke „EU-Zukunftsregion“ kann und soll die Steiermark eine federführende Rolle für die grenzüberschreitende regionale Entwicklung übernehmen. Die Erweiterung der Europäischen Union um Slowenien und Ungarn bietet schließlich die einmalige Chance, diese Region Europas zu einer neuen und bedeutsamen Entwick-

lungssachse werden zu lassen. Die Steiermark und insbesondere Graz als Dienstleistungs- und Technologiezentrum eröffnen im internationalen Vergleich einmalige Chancen als Drehscheibe und als Verbindungsglied in den EU-Zentralraum.

Die Ostöffnung hat für die Steiermark zu einer bemerkenswerten geografischen Neupositionierung geführt: Der Horizont für die strategische Planung der Zukunftsentwicklung ist seither die 360-Grad-Perspektive. Ich bin zuversichtlich, dass die Steiermark eine strategische Rolle bei der überregionalen Kooperation in diesem europäischen Chancenraum übernehmen kann. Die steirische Avantgarde-Rolle zeigt sich übrigens auch im direkten Vergleich zur vielzitierten Zukunftsregion Wien-Bratislava: Die aktuelle Kritik, dass der boomende Teil Bratislava ist und Wien zunehmend zum Wohn- und Schlafort wird, ist von Wiener Seite sehr ernst zu nehmen.

Chancen für steirische Klein- und Mittelbetriebe

Unser besonderes Augenmerk in Zusammenhang mit der EU-Erweiterung gilt natürlich aufgrund unserer klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaftskultur den Klein- und Mittelbetrieben (KMU) in der Steiermark. Mit dem Beitritt Sloweniens und Ungarns zur Europäischen Union entstehen für sie neue Chancen und Herausforderungen. Nach einer im Auftrag der Wirtschaftskammer Steiermark im Jahr 2003 erstellten Studie der KMU Forschung AUSTRIA besteht für steirische KMU Marktpotenzial sowohl durch den wachsenden Konsum- als auch durch den zunehmenden Investitionsbedarf in Slowenien und Westungarn. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und unter Berücksichtigung der jeweiligen Kaufkraft erreichen die Hauptstadt Laibach und ihre angrenzenden Regionen (Osrednje-slovenska) bereits 90 % des EU-Durchschnitts und liegen somit bereits deutlich vor den Grenzregionen der Steiermark. In Westungarn hat sich insbesondere die Region Győr-Moson-Sopron dynamisch entwickelt.

Sowohl Slowenien als auch Westungarn verzeichneten in den Jahren 1996 bis 2000 eine dynamischere Wirtschaftsentwicklung als die Steiermark: Die Zuwächse der Bruttowertschöpfung der Wirtschaft (zu laufenden Preisen) betrugen in Westungarn 106 % und in Slowenien 60 %. Zum Vergleich: In der Stei-

ermark betrugen die Zuwächse nur 14 %. Zu dieser positiven Entwicklung in Slowenien und Ungarn haben steirische Betriebe einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet. Seit dem Zeitpunkt der Unabhängigkeit der Republik Slowenien am 25. Juni 1991 haben steirische Firmen großes Engagement bei der Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum Nachbarstaat unter Beweis gestellt. Dieses Engagement hat im Vorfeld des slowenischen EU-Beitritts noch weiter zugenommen: Auch Firmen ohne bisherige Außenhandelstätigkeit, welche die Möglichkeiten des erweiterten EU-Binnenmarktes sowohl für eigene Warenlieferungen und Dienstleistungen als auch zur Erschließung von Bezugsquellen für Importe und Zulieferungen nutzen wollen, engagieren sich verstärkt auf dem slowenischen Markt. Bei den 400 namentlich erfassten Direktinvestitionen in Slowenien sind in 120 Fällen steirische Firmen beteiligt. Dieser hohe Anteil von fast 30 % unterstreicht die Bedeutung und Dichte der regionalen Wirtschaftsverflechtung für die Steiermark. Die Firmengründungen und -beteiligungen steirischer Unternehmen erstrecken sich über ein breites Branchenspektrum.

Steirische Unternehmen spielen als „Player“ in der Region eine sehr bedeutsame Rolle. Das erklärt auch, warum Österreich nach wie vor führender Investor in Slowenien ist und in Ungarn den dritten Platz belegt.

Österreich als Gewinner von Ostöffnung und Erweiterung

Die steirische Entwicklung macht deutlich, was für ganz Österreich gilt: Dank Ostöffnung und Erweiterung partizipieren wir zunehmend von dynamisch wachsenden Wirtschaftsregionen in Mittel- und Osteuropa. Für Österreich sind die Beitrittsländer traditionell wichtige Handelspartner. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und vor allem seit seinem EU-Beitritt genießt Österreich überproportionale Vorteile aus dem zwischen der Union und den Beitrittsländern liberalisierten Handel und dem Kapitalfluss. Die Region Mittel- und Osteuropa entwickelt sich seither zu einem dynamischen Exportmarkt für die österreichische Wirtschaft. So haben sich die österreichischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa seit dem österreichischen EU-Beitritt mehr als verdoppelt. Im Jahr 2002 lag der Anteil der Exporte in die

Beitrittsländer bereits bei 13,7 %. Absolut erreichten die österreichischen Lieferungen einen Wert von rd. 10,6 Mrd. €. Im Zeitraum Jänner bis Oktober 2003 stiegen die Exporte in die Beitrittsländer erneut um 2,1 % an und erreichten rund 8,3 Mrd. €. Insgesamt ist diese Region – nach der EU – die weitestwichtige Außenhandelsregion für Österreich. Auch die Importe aus den Beitrittsländern haben sich seit dem EU-Beitritt Österreichs mehr als verdoppelt: Der Anteil der Einfuhren aus den Beitrittsländern an den österreichischen Gesamtimporten lag im Jahr 2002 bei 10,9 %. Absolut lag der Wert der Importe aus den Beitrittsländern bereits bei rd. 8,4 Mrd. €. Im Zeitraum Jänner bis Oktober 2003 stiegen die Importe aus den Beitrittsländern um 10,6 % an und erreichten einen Wert von 7,2 Mrd. €.

Österreich, das ja nur 2 % der EU-Einwohner repräsentiert, erwirtschaftet damit rund 8 % des EU-Außenhandels mit diesen Staaten und verzeichnet mit dieser Region einen signifikanten Handelsbilanzüberschuss. Im Jahr 2002 lag dieser bei über 2,2 Mrd. € (Zeitraum Jänner bis Oktober 2003: 1,1 Mrd. €).

Ein weiterer Beleg für die starke wirtschaftliche Verflechtung Österreichs mit den EU-Beitrittsländern ist die Höhe der Direktinvestitionen. Osteuropa ist nach wie vor die wichtigste Zielregion für österreichische Direktinvestitionen. Im Jahr 2002 gingen mit rd. 3,25 Mrd. € rund 70 % der österreichischen Auslandsinvestitionen in diese Länder. Nach den Rekordinvestitionen in den letzten Jahren sind im 1. Halbjahr 2003 die österreichischen Investitionen in der Region deutlich gesunken. Lediglich in Ungarn, Kroatien, Tschechien und Slowenien wurden größere Investitionen getätigt. Trotzdem ist Österreich nach wie vor führender Investor in Slowenien (32 %) und Kroatien (29 %). In der Slowakei, in Ungarn und in der Tschechischen Republik belegt Österreich den 3. Rang.

Der österreichische Marktanteil in den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern liegt nach einer Untersuchung vom Juli 2003 im Durchschnitt bei 8,6 %. Österreich ist damit insgesamt fünftgrößter Investor (hinter Deutschland, USA, den Niederlanden und Frankreich) und zählt – vor allem bezogen auf die Einwohnerzahl – sowohl hinsichtlich des investierten Kapitals als auch hinsichtlich der Anzahl der Investitionen zu den wichtigsten Investoren in Mittel- und Osteuropa.

Österreich ist aber nicht nur einer der wirtschaftlichen Gewinner der Ostöffnung, die uns seit 1989 ein zusätzliches BIP-Wachstum um rund 6 % und die Schaffung von insgesamt 56.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gebracht hat, sondern auch einer der Hauptprofiteure der EU-Erweiterung. Nach einer Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) wird Österreich voraussichtlich der größte Gewinner der EU-Erweiterung unter den EU-15 mit einem Wirtschaftswachstum von zusätzlich 0,7 % sein. Auch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) geht davon aus, dass durch die EU-Erweiterung bis 2005 zusätzlich 9.000 sowie bis 2010 weitere 27.500 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen werden.

Mehr Chancen für Österreich

Die Erweiterung der Europäischen Union ist für die Steiermark wie für ganz Österreich eine Chancenerweiterung: Sie ermöglicht es uns, vom kräftigen Wirtschaftswachstum unserer Nachbarn zu profitieren. Trotz der in den vergangenen Jahren andauernden Wirtschaftsflaute in der Eurozone hat sich das BIP-Wachstum in den meisten Reformländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas im vergangenen Jahr sogar beschleunigt. Die langsame Konjunkturbelebung in Westeuropa wird das BIP-Wachstum der neuen Mitgliedsländer in den kommenden zwei Jahren ankurbeln. Wirtschaftsforscher verweisen vor allem auf die mittel- und langfristig positiven Wachstumseffekte der Erweiterung. Eine nicht zu unterschätzende Rolle für das Wirtschaftswachstum in unseren Nachbarländern wird auch die Förder- und Strukturpolitik der EU spielen. Insgesamt werden Einkommen und Kaufkraft in den neuen Mitgliedsländern überdurchschnittlich wachsen, wodurch sich auch enorme Chancen für den österreichischen Tourismus ergeben. In der Rangliste der ausländischen Hoffnungsmärkte für den österreichischen Tourismus führt bereits Ungarn.

Eine besondere Erweiterungschance für unsere Unternehmen stellt der enorme Nachhol- bzw. Investitionsbedarf dar: Die Modernisierung von Unternehmen in den neuen Mitgliedsländern zur Erfüllung der EU-Standards erfordert hohe Investitionen insbesondere in den Bereichen Umwelt- und Infrastruktur. Für österreichische Unternehmen, die in diesen Bereichen einen Know-how-Vorsprung

haben, ergeben sich dadurch große Marktchancen. Ein zusätzlicher Erweiterungsvorteil liegt in der Angleichung der Wettbewerbsbedingungen: Der EU-Beitritt erfordert die Anpassung von Steuersätzen (insbesondere Mehrwert- und Verbrauchssteuern) sowie die Einhaltung von Umwelt-, Sicherheits- und Sozialstandards. Ebenso besteht die Verpflichtung, die Wettbewerbs- und Beihilfenpolitik der Union endgültig umzusetzen. Das schafft Wettbewerbsfairness für unsere Unternehmen und damit bessere Marktchancen. Auch der Wegfall von Handelshemmnissen und Grenzkontrollen (z.B. Zertifizierungs- und Produktkennzeichnungsvorschriften) bringt erhebliche Vorteile und führt nach den Erkenntnissen einer WIFO-Studie zu jährlichen Kosteneinsparungen für die Wirtschaft in Höhe von 470 Mio. €. Schließlich bringt die Teilnahme der neuen Mitgliedsländer am Binnenmarkt eine erhöhte Rechtssicherheit für Investoren.

Standort Österreich: Fit für die Erweiterung

Das enorme Chancenpotenzial der Erweiterung kann Österreich dann nachhaltig nutzen – und darauf verweisen alle wirtschaftswissenschaftlichen Studien – wenn die richtige Wirtschaftspolitik betrieben wird. Das Verhältnis zu den neuen Mitgliedsländern wird schließlich auch vom harten Standort-Wettbewerb geprägt sein. Österreichs Erweiterungs-Fitness ist somit vor allem eine Frage der Standort-Fitness. In diesem neuralgischen Bereich haben wir mit der Steuerreform international vielbeachtete Maßnahmen gesetzt. Vor allem die Absenkung der Körperschaftssteuer von 34 % auf 25 % ab 2005 sorgt gemeinsam mit einer modernen Gruppenbesteuerung dafür, dass der Standort Österreich und damit auch die Steiermark höchste Attraktivität für heimische und internationale Unternehmen aufweist. Das bringt entscheidende Investitions- und Wachstumsimpulse für unseren Standort im Herzen des wiedervereinigten Europa. Die Erfolgskombination von

attraktiver Unternehmensbesteuerung mit hoher Produktivität und hoher Qualifikation der Arbeitskräfte ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil im erweiterten Europa. Auch für die Headquarter-Politik bringt die Steuerreform wichtige Impulse. Mehr als 1.000 internationale Unternehmen bearbeiten jetzt schon von unserem Land aus den mittel- und osteuropäischen Markt.

Um die Chancen der Erweiterung nutzen zu können, ist vor allem auch die Innovationskraft der Wirtschaft gefragt. Wachstum und Arbeitsplätze gibt es nicht dort, wo die niedrigsten Löhne gezahlt werden, sondern dort, wo die innovativsten Unternehmen daheim sind. Auch hier ist der Standort Österreich gut für die Herausforderungen der Erweiterung gerüstet: Der Rat für Forschung und Technologieentwicklung attestiert der Bundesregierung, dass das Jahr 2002 das bisher beste Jahr für Forschung und Entwicklung in Österreich gewesen ist. Die Ausgaben des Bundes für in Österreich durchgeführte F&E-Projekte erreichten 2002 rund 1,4 Mrd. € und lagen damit um 7,3 % über dem Wert von 2001 und um 19 % über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2000. In der vergangenen Legislaturperiode sind allein 508 Mio. € an Sondermitteln für die Forschung zur Verfügung gestellt worden. Dies hat wesentlichen Anteil daran, dass die F&E-Quote auf knapp 2 % des BIP angehoben werden konnte. Unser Ziel ist, die Forschungsquote auf 2,5 % bis 2006 und auf 3 % bis 2010 anzuheben. Bereits ab heuer stehen weitere 600 Mio. € an Sondermitteln zur Verfügung. In der gesamten Legislaturperiode setzen wir für Forschung und Entwicklung 1,2 Mrd. € zusätzlich ein. Diese Daten zeigen: Der Standort Österreich ist für die Chancen der Erweiterung gut gerüstet. Klar ist allerdings, dass uns die Vorteile der Erweiterung nicht mit 1. Mai 2004 von selbst in den Schoß fallen. Die Chancenerweiterung ist da – erarbeiten müssen wir uns den damit möglichen wirtschaftlichen Erfolg selbst. Steirische Unternehmen sind dabei gute Vorbilder: Sie haben schon in der Vergangenheit gezeigt, dass mehr Europa auch mehr wirtschaftlichen Erfolg bedeutet.

Die europäischen Häuslbauer!

Christopher Drexler

„Wer ein Haus bauen möchte, sollte sich zuvor der Hilfe seiner Nachbarn versichern!“ Dieser Satz aus dem mikrokosmischen Erfahrungsschatz jedes ambitionierten „Häuslbauers“ ist wohl ohne einschränkende Bedingungen auf die makrokosmische Herausforderung der europäischen Integration und der bevorstehenden Erweiterung zu übertragen. Zwar wurde und wird vieles wider die Europäische Union, die fortschreitende Integration, die Einführung des Euro, die europäische Verfassung und schließlich die am 1. Mai stattfindende Erweiterung um zehn neue Mitgliedsländer vorgebracht. Tatsächlich ist aber wenigstens davon stichhaltig, vieles übertrieben und das meiste schlicht falsch.

Ein Blick auf die Parkplätze

Wahr ist, dass ein Europa der 25 neue Chancen und Möglichkeiten eröffnet! Um beim Hausbau zu bleiben: Vor wenigen Jahren war es noch (denk-)unmöglich, dass sich Steirerinnen und Steirer am Plattensee in Ungarn ein Wochenendhaus bauen oder ihrer Liebe zum Meer durch ein Sommerdomizil in Malta nachkommen konnten. Nunmehr und durch die Erweiterung verstärkt, steht diesen Wünschen nichts mehr im Wege. Die Affinität der Steirerinnen und Steirer zum näher gelegenen Slowenien ist selbstredend und mittlerweile alltägliche Erfahrung des interessierten Beobachters. Ein Blick auf die Parkplätze in Radkersburg, Leibnitz oder des Shopping-Centers in Seiersberg zeigt nämlich, dass die Slowenen einen Gutteil ihres durch ausländische Direktinvestitionen (mehr als 45 % der ausländischen Direktinvestitionen in Slowenien stammen von österreichischen und insbesondere steirischen Unternehmen!) verdienten Geldes in der Steiermark ausgeben. Und wenn steirische Unternehmen ihre Mitarbeiter zum Abbau der sprachlich bedingten Kommunikationsbarrieren slowenisch lernen lassen, zeigt dies einmal mehr, dass grenzüberschreitender

Handel neue Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten schafft.

Die relative Armut der neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union ist auch viel eher dazu angehtan, eine „Goldgräberstimmung“ aufkommen zu lassen, als der mühsame Kampf um launische Konsumenten auf den gesättigten Märkten des Europa der 15. Während sich hier nur durch neue Technologien und innovative Prozesse ein (angebotsseitiger) Wachstumsschub ergeben kann, ist dort die ökonomische Situation durch einen Nachfrageüberschuss gekennzeichnet, der sich in den Einkaufszentren der Südsteiermark materialisiert.

„EU-Erweiterungsdialog Steiermark“

„Vom Rand in das Zentrum Europas!“ – Dieser gern zitierte Satz bringt den durch die Erweiterung bedingten ökonomischen Umbruch der Steiermark auf den Punkt. Die „Zukunftsregion Südost“ ist daher nicht nur einprägsamer „marketing-talk“, sondern zentraler politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Auftrag der Zukunft.

Dieser Auftrag wurde von der steirischen Landespolitik rechtzeitig erkannt und in den letzten Jahren konsequent angenommen: Am 26. April 2002 wurde von Vertretern Kroatiens und Sloweniens, der österreichischen Bundesländer Burgenland, Kärnten und Steiermark, der italienischen Regionen Friuli-Venezia Giulia und Veneto sowie der ungarischen Komitate Baranya, Győr-Moson-Sopron, Somogy, Tolna, Vas und Zala die „Zukunftsregion Südost“ ins Leben gerufen, um durch Zusammenarbeit die regionale Entwicklung, die urbane Kooperation, die gemeinsame Bildung und Ausbildung, die wirtschaftliche Entwicklung und die kulturelle Verständigung zu fördern und zu intensivieren.

Durch das Projekt „EU-Erweiterungsdialog Steiermark“ wurden die Steirerinnen und Steirer im vergangenen Jahr über die bevorstehende Erweiterung

informiert. Veranstaltungen auf Bezirks- und Gemeindeebene zu den Themen Migration, Arbeitsmarkt, Sicherheit und Landwirtschaft halfen, Informationsdefizite zu kompensieren und Ängste zu nehmen. In den steirischen Schulen insbesondere der Grenzbezirke Deutschlandsberg, Leibnitz und Radkersburg finden schon seit Jahren bilaterale Kontakte zu Partnerschulen in Slowenien statt. Seit der Öffnung der EU-Bildungsprogramme für Slowenien wurden diese Kontakte sogar intensiviert. Und trotz dieser und anderer Aktivitäten, erfolgreicher Beispiele der Vorteile der Erweiterung verstummen die Stimmen jener nicht, welche in der EU-Erweiterung vor allem Probleme sehen wollen. Wie bereits im Vorfeld des EU-Beitritts Österreichs 1995 wird vor Problemen am Arbeitsmarkt, vor Migranten, vor Abwanderung von Firmen und Arbeitsplätzen, vor neuer Konkurrenz aus dem Osten und zu hohen Kosten der Erweiterung gewarnt.

Wohlstandsplus für Österreich

Es wäre ein überflüssiges Deja-vu, all diese bereits gehörten und bekannten Argumente entkräften zu wollen. Lediglich das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche und das Wirtschaftsforschungsinstitut seien erwähnt, da beide die Bedeutung der Erweiterung für Österreich auf den Punkt bringen. Während Ersteres die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Österreich und den Beitrittsländern betont, errechnete das Wirtschaftsforschungsinstitut das durch die Erweiterung bedingte Wohlstandsplus für Österreich. Allein im letzten Jahrzehnt konnte Österreich seine Exporte nach Osteuropa vervierfachen und nach dem 1. Mai wird es weitere Steigerungen geben. In Euro formuliert, bedeutet die EU-Erweiterung für jede Österreicherin und jeden Österreicher ein Wohlstandsplus von 125 Euro pro Jahr. Oder negativ gewendet: Würde die Erweiterung ausbleiben, so Fritz Breuss, Autor der Studie „Kosten der Nicht-Erweiterung der EU für Österreich“, müsste die heimische Wirtschaft auf 470 Millionen Euro pro Jahr verzichten.

Ist es also weitgehend unbestritten, dass die Erweiterung der Europäischen Union für alle von Vorteil ist. Es stellt sich dennoch so recht keine Freude, keine Euphorie ein. Auch am 3. Dezember 2003 wurde dies anlässlich der Ratifizierung des Beitrittsvertrags von den Rednern der Parlamentsparteien

einhellig erkannt. Dass die Abstimmung mit nur zwei Gegenstimmen der FPÖ (der Umwelt- und der Vertriebenensprecher verweigerten um ein Signal willen ihre Zustimmung) zugunsten die Ratifizierung ausgegangen ist, wurde kurz notiert. Im Vergleich zur überschwänglichen Berichterstattung bei der Annahme unseres eigenen Beitrittsvertrages (141:40 für den Beitritt), ist diese skeptische Haltung auffallend. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass die Europäische Union derzeit eine schwierige Phase durchlebt. Der vielgepriesene Stabilitätspakt hat angesichts der Budgetdefizite von Frankreich, Deutschland, Italien, Großbritannien und anderen die Grenze seiner Belastbarkeit erreicht. Die Aufbruchsstimmung rund um den Europäischen Konvent zerbrach an den Widerständen Spaniens und Polens. All dies gibt weder den derzeitigen Mitgliedsstaaten, noch den Beitrittsländern Anlass zu Überschwang und Freude.

Das Erweiterungsjahr wird in Erinnerung bleiben

Trotzdem bietet sich mit dem 1. Mai auch eine Chance für die Europäische Union. Nach dem Wahlausgang in Spanien sind die dortigen Vorbehalte gegen die europäische Verfassung verklungen und ein neuer Anlauf wird bereits unternommen. Freilich ist es noch zu früh, um der irischen Präsidentschaft zum Abschluss der Verhandlungen zu gratulieren. Doch auch Polen signalisiert bereits Verhandlungsbereitschaft, will man doch nicht als einzig blockierendes Land überbleiben. Eine vernünftige Regelung der doppelten Mehrheitsregelungen steht daher ins Haus. Inwiefern der Stabilitätspakt das konjunkturelle Trauertal unbeschadet überlebt ist nicht abzu sehen. Dass jedoch der Wechselkurs- und Zinspolitik entsagende Staaten flexiblere fiskalpolitische Spielräume brauchen, scheint auch schon weitgehend akzeptiert zu sein und eine Verbesserung des Stabilitätspaktes ist daher absehbar.

Wenn am Ende des Jahres 2004 zehn neue Mitgliedsstaaten der EU beigetreten sind, die europäische Verfassung verabschiedet und der Stabilitätspakt in veränderter Form die neuen Spielregeln der Wirtschaftspolitik vorgibt, dann wird dieses Jahr als jenes in Erinnerung bleiben, das der Vertiefung wie Erweiterung der Europäischen Union gleichermaßen erfolgreich gedient hat.

Wissensbasiert und zukunftsfixiert!

Kristina Edlinger-Ploder

Kann man als SteirerIn, ÖsterreicherIn oder EuropäerIn ernsthaft gegen die Erweiterung der Europäischen Union sein? Kann man dagegen sein, dass Europa der Zukunft vereint und gemeinsam entgegengeht? Man kann. 27 % der ÖsterreicherInnen sind dagegen, dass auch nur ein Kandidatenland am 1. Mai 2004 zum Mitgliedsland der Europäischen Union wird, und weitere 43 % wollen nur einige Beitrittsländer aufnehmen. Angesichts dieser Ergebnisse des regelmäßigerscheinenden Eurobarometers gestehe ich, dass ich zu jenen 19 % der ÖsterreicherInnen gehöre, die alle Kandidatenländer als Mitgliedsländer der Europäischen Union begrüßen möchten. Doch wie sieht es in den Beitrittsländern selbst aus? Wird wenigstens dort der Beitritt zur Europäischen Union sehnsüchtig erwartet? Im Durchschnitt: Ja. 62 % der Bevölkerung der Beitrittsländer freuen sich und sehen sich am Vorabend eines historischen Datums und lediglich 32 % sind gegen einen Beitritt bzw. haben keine Meinung. Ein genauerer Blick offenbart allerdings, dass beispielsweise in Polen, Tschechien, Slowenien und Litauen die Zustimmung zum EU-Beitritt ein Minderheitenprogramm ist: Knapp 50 % und weniger sehen in einem EU-Beitritt viel Sinn. Woran liegt es, dass so viele Menschen dem europäischen Integrationsprozess zweifelnd bis ablehnend gegenüber stehen? Und: Warum wird dann dieser Prozess vom politischen Establishment trotzdem verfolgt?

Friedensdividende kaum wahrgenommen

„Undank ist der Welt Lohn“ titelte Ephraim Kishon vor Jahren und traf damit die generelle emotionale Beurteilung des europäischen Einigungsprozesses ziemlich gut. Obwohl die Europäische Union das wichtigste Versprechen ihrer Gründerväter bislang ziemlich gut gehalten hat, nämlich dauerhaften Frieden innerhalb ihrer Grenzen und zwischen ihren Mitgliedstaaten sicherzustellen, vermögen die Euro-

päer die dadurch bewirkte Friedensdividende kaum auszumachen, noch ihr freudig zu akklamieren. Zwar geht es den Europäern im Allgemeinen ganz gut, rangieren wir gemessen nach dem Human Development Index oder auch nach dem „good old“ Bruttoinlandsprodukt ganz oben und können die mittel- und osteuropäischen Staaten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs bis dahin kaum bekannte Wachstumsraten ihrer Volkswirtschaften verzeichnen. All dies scheint aber keinen großen Unterschied zu machen. Kaum jemand ist beglückt darüber, dass die Wirtschaft anstelle von 1 % plötzlich 4 % wächst. Was sind schon 3 %! Ein kleiner Unterschied, oder? Nun: Der Unterschied liegt in stolzen 42 Jahren! Während es nämlich bei einem 1 %-igen Wirtschaftswachstum ganze 69 Jahre braucht, um den Lebensstandard eines Volkes zu verdoppeln, gelingt dies mit einem 4 %-igem Wachstum binnen 17 Jahren. In Südosteuropa lag das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre jeweils über 4 % und in Osteuropa knapp darunter. In Österreich lag seit 1993 das Wirtschaftswachstum niemals unter 1 %. In den Jahren 1998, 1999 und 2000 sogar jedes Mal jenseits der 2,5 %. Es wäre zwar verfehlt und hieße auch zu viel zu behaupten, die Europäische Union und ihre vier Grundfreiheiten als einzige oder gar wesentliche Ursache dieses wirtschaftspolitischen Erfolges auszumachen. Aber sie hat zumindest den freien Warenaustausch befördert, Angebot und Nachfrage näher zueinander gebracht, Kartellen und Monopolen den Kampf angesagt, den BürgerInnen größere Wahlfreiheiten ermöglicht, lästiges Hin- und Herrechnen (und die diesbezüglich notwendige Absicherung gegen das Wechselkursrisiko) durch den Euro abgelöst, für Investitionen in strukturschwache Gebiete gesorgt und kürzlich in Lissabon allen Mitgliedstaaten ein großartiges Ziel vorgegeben: Der dynamischste Wirtschaftsraum soll Europa werden, wissensbasiert und zukunftsfixiert!

Wirtschaftspolitisch ist die Steiermark auf die bevorstehende Erweiterung bestens vorbereitet: Als Bun-

desland mit dem größten Exportanteil, zahlreichen High-Tech-Unternehmen, einem bedeutenden Anteil an Industrieunternehmen, erstklassigen Facharbeitern und einer weitgehend gut funktionierenden Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sind wir für den Wettbewerb gut gerüstet. Die Steiermark nimmt im Wirtschaftsranking von 243 europäischen Regionen nunmehr den 53. Platz ein (eine Verbesserung um 66 Plätze), ist innerhalb Österreichs der wichtigste High-Tech-Produzent (jedes dritte Produkt kommt aus der Steiermark), ist das beliebteste Urlaubsland innerhalb Österreichs und hat in den vergangenen Jahren zwei Drittel aller neuen Arbeitsplätze innerhalb Österreichs geschaffen. Dieses gewachsene Selbstbewusstsein bestärkt die Steiermark, die Erweiterung der EU willkommen zu heißen.

Die Strahlkraft der Regionen

Darüber hinaus zeigen diese Fakten auch, welche Strahlkraft von einer Region ausgehen kann. Innovationsfreude und Anpassungsfähigkeit katapultierten die Steiermark in die vorderste Reihe. Diese Freude für das Neue und Zukünftige wurzelt vor allem in der Steiermark im Verbundensein mit der Heimat. Denn erst dieses Verbundensein mit der Kommune, die Überzeugung davon, dass der Mensch Mittelpunkt und Subjekt seines Handelns, Denkens und Fühlens bleiben kann, gibt die Kraft zur Öffnung für ein selbstbewusstes und offensives aufeinander Zugehen. Die Stärkung des Föderalismus wird auch das Vertrauen in die europäische Einigung stärken. Europa kann sich nicht auf eine kalte, anonyme Zentralverwaltung beschränken, Europa lebt von den regionalen Identitäten und der kulturellen Vielfalt. Skepsis, Sorgen und Ängste, die immer noch existieren, gilt es kontinuierlich abzubauen. Das bedeutet, das Prinzip Subsidiarität muss gelebt werden: Entscheidungs- und Umsetzungsebene dürfen nicht zu weit auseinander getrieben werden. Es ist einfach und populär, auf „die da oben in Brüssel“ zu schimpfen. Gelebte Subsidiarität jedoch ist kein einfacher und bequemer Weg und kann auch nicht immer populär sein. Gebietskörperschaften werden ihre Möglichkeiten stärker ausschöpfen, aber auch unangenehme Entscheidungen selber treffen und verantworten müssen. Freilich gibt es einige Tage vor dem Beitritt noch zu lösende (kleinere und größere) Probleme. Aber sind ca. 70 % der ÖsterreicherInnen der ernsthaften Mei-

nung, dass den drei baltischen Staaten, Polen und Slowenien die Mitgliedschaft verweigert werden soll, weil sie die Mindestanforderungen diverser Berufsausbildungen noch nicht festgeschrieben haben und daher die gegenseitige Anerkennung von Berufsberechtigungen vereiteln? Oder muss man der Slowakei den Beitritt verwehren, da sie noch keine verpflichtenden (obwohl zugesagten) Produktionsbegrenzungen in ihrem steuerlich hoch subventionierten Stahlsektor eingezogen hat und damit den Wettbewerb verzerrt? Wohl nein. Vielmehr scheint mir, dass die Skepsis eines Großteils der ÖsterreicherInnen darin zu suchen ist, dass ein 50-jähriges Geschichtsbild nicht von heute auf morgen ausgetauscht werden kann. Der Stacheldraht entlang der knapp 1300 Kilometer langen Grenze mit den Beitrittsländern ist eine bedrückende Erinnerung, trotzdem haben sich die weitgehend durchlässigen Grenzen Ost- und Mitteleuropas in unser kollektives Bewusstsein noch nicht vollständig eingepägt. Diese verständliche Nichtverarbeitung der seit nunmehr 15 Jahren weitgehend existierenden neuen Freiheit lässt sich neben den noch nicht aktualisierten persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen auch durch die Reisestatistik der Österreicher deutlich erkennen: Nach wie vor belegen Italien, Kroatien, die Türkei, Spanien und Griechenland die ersten Plätze – Reisen in die ost- und mitteleuropäischen Staaten sind nach wie vor die Ausnahme. Der Zahnarztbesuch oder die samstägliche Einkaufsfahrt nach Ungarn, Tschechien oder Slowenien führt manche jenseits ihrer gewohnten Erfahrungen. Doch darüber hinaus steigt das Interesse an der Kultur der Nachbarn. Wie so oft zeigt uns die nächste Generation den Weg: Kinder lernen mit Begeisterung Slowenisch; Jugendliche kennen, wenn sie zu einem Popkonzert wollen, weder Grenzen noch Berührungsängste. Eine nachhaltige Veränderung des kollektiven Bewusstseins kann allerdings nicht zeitgleich mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vonstatten gehen. Das weiß man aus der Geschichte. Der Aufbau von politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Netzwerken über die Grenzen hinweg, an dem wir alle großes Interesse haben, entwickelt sich erfreulicherweise sehr rasch. Es wird aber noch einige Zeit brauchen, bis die Einigung Europas auch in den Köpfen und Herzen der Europäer und Europäerinnen vollzogen worden ist. Dies gilt für uns. Und auch für die Beitrittsländer.

Europäisierung Europas und europäische Öffentlichkeit

Michael Fleischhacker

Skepsis gegenüber gängigen Begriffen und Beschreibungen ist immer und überall angebracht. Im Medienkarussell unserer Tage werden die Begriffe schnell abgenutzt. Das führt nicht selten dazu, dass die einzelnen Nuancen ihres Sinns nicht mehr ineinander greifen wie die Zahnräder in einer gut abgestimmten Bedeutungsmaschine, sondern leer durchlaufen und so statt einer erkennbaren Botschaft nur gellende Heuler generieren. Skepsis ist also auch gegenüber dem Begriff der EU-„Osterweiterung“ angebracht. Einmal aus praktischen Gründen – für den Steirer lässt sich der Beitritt Sloweniens schwer als „Osterweiterung“ verstehen und auch dem Wiener wird nicht leicht klar, unter welcher Perspektive man sich Prag im Osten vorzustellen hätte. Und dann auch aus dem Grund, dass der Begriff des „Ostens“ in der abendländischen Geschichte eine prekäre Bedeutung hat, der nachzuspüren auch für die aktuellen Debatten einigen Gewinn bringen kann.

Der schönste Begriff für das, was uns mit 1. Mai 2004 geschenkt wird, um das auch gleich zu sagen, ist wohl jener von der „Europäisierung Europas“. Er gewinnt seine Bedeutung aus der historisch-politischen Perspektive der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und meint zunächst die Wiederherstellung der Einheit Europas nach der jahrzehntelangen Teilung durch den Kalten Krieg. „Für uns Polen“, hat die polnische Botschafterin Irina Lipowicz während der vergangenen Jahre bei vielen Gelegenheiten und immer mit einer beeindruckenden Eindringlichkeit gesagt, „endet erst mit dem 1. Mai 2004 der Zweite Weltkrieg.“ Es war und ist wichtig, diese historische Perspektive nicht ganz aus den Augen zu verlieren, auch und gerade wenn die Debatte von Stimmgewichten und landwirtschaftlichen Fördergeldern dominiert wird.

Grundlage der europäischen Identität: Jerusalem, Rom und Athen

Besonders spannend aber wird der Gedanke von der „Europäisierung Europas“, wenn man

ihn kulturgeschichtlich fasst und sich nicht darauf beschränkt, sich geografisch innerhalb der Grenzen des „Europa der 25“ und historisch innerhalb des 20. Jahrhunderts zu bewegen. Das Nachdenken über die „Europäisierung Europas“ führt einen dann über die Grenzen des Baltikums, Ostpolens und Griechenlands hinaus, bis an die Ursprünge des Christentums, bis an die Grundsteinlegung Europas durch die „drei Säulen“ Jerusalem, Rom und Athen. Denn das ist, jenseits der Diskussion, ob „Gott“ nun in der europäischen Verfassung Erwähnung finden soll oder nicht, unbestritten: Dass dieses Dreigestirn die Grundlage für die europäische Identität bildet. Athen als das religiös indifferente, in heutiger Begrifflichkeit „liberale“ Urmodell der Demokratie; Jerusalem als Schnittpunkt der drei monotheistischen Religionen des Judentums, des Urchristentums und später des Islam; und Rom als das Machtzentrum, in dem das Christentum auf das späte Imperium Romanum traf und diese Reichsidee in einer mehrmaligen „translatio imperii“ mitnahm ins Heilige Römische Reich, das erst im frühen 19. Jahrhundert an den imperialen Ansprüchen Napoleons zerbrach.

Erhard Busek weist immer wieder zu Recht darauf hin, wie absurd die Debatte über den EU-Beitritt der Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, wenn man sich vergegenwärtigt, wie wichtig und im wahrsten auch geografischen Sinn nahe liegend es wäre, sich um die möglichst rasche Integration des Balkans in die Union zu kümmern: Kroatien, Serbien, Rumänien, Bulgarien müssten doch aus europäischer, zumal aus österreichischer und, wenn man so will, erst recht aus steirischer Sicht oberste Priorität haben. Stattdessen haben wir uns mit einer eigenartigen Ausformung von Angstlust in die Türkei-Debatte verbissen. Und wir führen sie, sicher nicht zufällig, als Kulturdebatte, die sehr stark religiös unterfüttert ist.

Was bedeutet „Osten“?

Gegen solche religiös-kulturelle Debatten ist gewiss nichts zu sagen, aber es mutet fast eigenartig an, dass wir uns zwar ganz heftig mit dem Islam befassen, dass aber in der Reflexion der so genannten „Osterweiterung“ die langen, konfliktreichen Ost-West-Beziehungen innerhalb des Christentums kaum eine Rolle spielen. Man hat fast den Eindruck, als würde da etwas verdrängt. Aus gutem Grund. Wir erinnern uns noch gut an die Zeit des Balkankrieges Anfang der neunziger Jahre, als es mit Blick auf die Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche hieß: Europa endet dort, wo die Orthodoxie beginnt. Eine Ansicht, die auch vor dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft häufig geäußert worden war und in der griechischen Orthodoxie für einige Verstörung gesorgt hat.

Gerade der Begriff des „Ostens“, der schon im gegenwärtigen politischen Prozess, wie eingangs gezeigt wurde, durchaus hinterfragbar ist, birgt aus religiös-kulturgeschichtlicher Sicht noch einmal interessantes Material. Wenn wir Osten oder „Orient“ sagen, meinen wir natürlich den „Aufgang der Sonne“. Das griechische Anatolí (altgriechisch Anatolḗ), das slawische Vostok und das lateinische Oriens waren und sind aber auch die Bezeichnung für Christus, die Sonne der Gerechtigkeit. Wir kennen sie aus dem wunderbaren Lobgesang des Zacharias, in dem vom „aufstrahlenden Licht aus der Höhe“ die Rede ist, im Griechischen eben vom Anatolí ex hypsous, im Lateinischen vom Oriens ex alto. Im un-revidierten Luthertext ist dieser Ursprung übrigens noch erkennbar: „Durch die hertzliche Barmherzigkeit Gottes/durch welche uns besucht hat der Aufgang aus der Höhe“, heißt es dort.

Der evangelische Ostkirchenexperte Hermann Goltz, Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg, hat auf einem Pro-Oriente-Symposium in Graz vor eineinhalb Jahren eine wunderbare Geschichte erzählt, aus der die Tiefenschichten des christlichen Ost-West-Verhältnisses ersichtlich werden: Kurz vor der politischen Wende fand er in einem Antiquariat im damals noch ostdeutschen Halle einen alten kirchenslawischen Druck, einen Prólogo aus dem 17. Jahrhundert. Ein solcher Prólogo enthält in der Ordnung des Kirchenkalenders Heiligen-Viten und Homilien und wurde im Mittelalter auch zum Lesenlernen verwendet. Bei seinen Recherchen fand Goltz heraus, dass dieser Prólogo offensichtlich von russischen Altgläubigen mitge-

bracht wurde, die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppt worden und als Arbeitsklaven in der Nähe von Halle in einer Produktionsanlage für Gift-Massenvernichtungswaffen ums Leben gekommen waren.

„Ost“-Arbeiter im Nationalsozialismus

Außerdem stellte sich heraus, dass diese Arbeitsklaven, die von den Nazis euphemistisch als „Ostarbeiter“ bezeichnet wurden, auf ihrer Kleidung – in Funktion und Platz ähnlich dem Judenstern – die drei Buchstaben „OST“ tragen mussten. Die Zwangsarbeiter haben diesen OST-Aufnäher mit einiger Wahrscheinlichkeit als „Vostok / Aufgang“ wahrgenommen, der exakten slawischen Nachbildung des Wortes Anatolí. Den deutschen Unterdrückern war hingegen mit großer Wahrscheinlichkeit nicht bewusst, dass sie mit dem Aufnäher ihre Opfer mit einem Christusnamen geziert hatten, die so das Zeichen ihrer Passion in imitatione Christi trugen. Goltz fand außerdem heraus, dass die orthodoxen „Ostarbeiter“ diese ihre Passion im Westen unter dem Zeichen „OST“/Vostok als eine ihnen von Gott wegen ihres Unglaubens auferlegte Buße verstanden.

Zur geistig-kulturgeschichtlichen Erforschung des Begriffes „Osterweiterung“ gehört mit Sicherheit auch die Wiederentdeckung der jüdischen Tradition Osteuropas. Sie lässt sich am besten über die Literatur bewerkstelligen. Wir denken dabei vor allem an Joseph Roth, aber auch Edgar Hilsenrath hat dieser untergegangenen Welt in seinem Roman „Jossel Wassermanns Heimkehr“ ein Denkmal gesetzt, über das Andrzej Szczypiorski in einem Brief an den Autor schrieb: „Es war mir vergönnt, in den paar Tagen der Lektüre Ihres Romans die reine Luft des alten Europa zu atmen, das vor meinen eigenen Augen ermordet wurde und nun, dank Ihnen, Herr Hilsenrath, wiederauferstand und so lebendig erscheint wie in den Tagen meiner Jugend, so schön, so froh, so voll Zärtlichkeit und voll dieser geheimnisvollen inneren Unruhe, ohne die das menschliche Leben keinen Wert hat.“ Es gibt aber auch ganz neue, frische Zugänge: Der noch nicht 30-jährige New Yorker Autor Jonathan Safran Foer beispielsweise hat mit seinem Roman „Alles ist erleuchtet“ gezeigt, wie diese vergangene Welt, die nicht weniger zu Europa gehört als die gemeinsame Währung, auch heute noch in kräftigen Farben gezeichnet werden kann.

Nachdenken über religiöse Toleranz

Wollte man konsequent über „Osterweiterung“ reden und dabei das christlich-europäische Erbe nennen, dann müsste man sogar die Türkei überspringen, deren möglicher Beitritt heute so vielen christlichen Europäern Angst zu machen scheint. Nach Armenien zum Beispiel, in den Kaukasus, den wir hier und heute fast ausschließlich mit Chaos und Bürgerkrieg verbinden. Vor kurzem fiel mir ein 20 Jahre altes, wunderschön illustriertes Buch mit ausgewählten Beispielen klassischer Armenischer Dichtung in die Hände. Das Buch, in dem teils 1.000 Jahre alte Texte versammelt sind, heißt „Die Berge beweinen die Nacht meines Leides“. Das klingt bereits wie eine Vorahnung auf die große Katastrophe von 1915, den Völkermord der Türken an den Armeniern, den Franz Werfel 1933 in seinem Roman „Die 40 Tage des Musa-Dagh“ beschrieben hat und später der bereits erwähnte Edgar Hilsenrath in seinem „Märchen vom letzten Gedanken“.

Da stellt sich dann wieder die Frage: Was meinen wir, wenn wir vom christlichen Europa reden, dessen Grenzen wir eifersüchtig hüten wollen? In Armenien wurden zu Beginn des 5. Jahrhunderts Bibelübersetzungen angefertigt, die Texte, die in dem Armenien-Buch versammelt sind, künden vom Kampf um die nationale Wiedergeburt der Armenier, der im 11. Jahrhundert wieder aufgenommen wurde, nachdem man zunächst von den Omajjadenkhalifen, dann, im 8./9. Jahrhundert von den Khalifen von Bagdad bedroht und schließlich von den türkischen Seldschuken überwältigt worden war. Howhannés Jersnkazí, ein Autor aus dem 13. Jahrhundert, schildert in seinem Gedicht „Howhannés und Aschá“ die Liebe zwischen einem Priestersohn und der Tochter eines Kadi, in der religiöse Feindschaft und Fanatismus glücklich überwunden werden. Nachdenken über religiöse Toleranz, ein halbes Jahrtausend vor Lessing.

„Metropolen der Ost-West-Partizipation“

Die „Europäisierung Europas“, verstanden als kulturgeschichtliche Selbstbefragung, könnte verhin-

dern helfen, dass das gängige Verständnis des Begriffes „Osterweiterung“ in die Sackgasse führt. Es gibt, vom polnischen Krakau über das ukrainische Lemberg, das armenische Erevan, das rumänische Iasi, das türkische Istanbul bis ins iranische Isfahan mit seinem armenisch-christlichen Stadtteil Neu-Djulfa so etwas wie „Metropolen der Ost-West-Partizipation“ (Goltz). Es ist sicher hilfreich, sich diese spannungsreichen Beziehungen wieder ins Gedächtnis zu rufen, die heute vor allem im Okzident weitgehend verdrängt und vergessen sind.

Eine solche Begriffsdifferenzierung könnte uns in einem zweiten Punkt weiterbringen, der in Europa-Debatten zunehmend an Bedeutung gewinnt: In der Schaffung einer „europäischen Öffentlichkeit“. Dass es eine solche nicht gibt, wird von vielen Europa-Denkern, so auch von Jürgen Habermas, für das allseits beklagte Demokratie-Defizit mit verantwortlich gemacht. Nachdem uns die einfachste Lösung – eine einheitliche Sprache, durch die sich europaweite Medien etablieren könnten – nicht zur Verfügung steht, müssen wir Wege finden, die „europäische Erzählung“, die hier gefragt ist, durch Übersetzungen zu bewerkstelligen.

In den aktuellen Debatten geht es dabei natürlich darum, besser zu verstehen, wie Spanier oder Portugiesen, Italiener oder Griechen derzeit Europa sehen, wie sie sich und ihr Land in europäischen Zusammenhängen sehen und denken, wie weit sie gehen wollen auf dem europäischen Weg.

Es war aber immer auch hilfreich, gewissermaßen in die Vergangenheit vor auszudenken. Und so könnte eine wichtige Basis für die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit unter der Perspektive der „Osterweiterung“ eben jenes wieder- und weitererzählen der Ursprünge und der gemeinsamen Geschichten und Traditionen sein. Das hätte auch den Vorteil, dass wir nicht zu schnell auf die beliebte westliche Einbahnstraße geraten, die mit „Osterweiterung“ vor allem oder ausschließlich die geistig-kulturelle Integration des Ostens in den Westen meint, die überwiegend gedacht wird als geistig-kulturelle Umformung des angeblich unaufgeklärten Ostens in den angeblich aufgeklärten Westen.

Alte Nachbarn – neue Chancen

Alfred Grinschgl

Betrachtungen zur EU-Osterweiterung im Hinblick auf eine regionale Medien- und Kommunikationspolitik

Mit dem Beitritt von zehn weiteren Ländern zur Europäischen Union rückt Österreich und damit auch die Steiermark nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ ein zweites Mal und noch deutlicher dorthin, wo Österreich und die Steiermark über Jahrhunderte immer schon waren: In die Mitte Europas. Für die Medien- und Kommunikationspolitik verdeutlichen sich damit längst bekannte Chancen und Herausforderungen:

- Kulturpolitische Chancen, die sich aus einem vorbehaltlosen „free flow of information“ mit jenen unmittelbaren Nachbarn ergeben, die uns über weite Strecken des vergangenen Jahrhunderts fremd und fern erschienen.
- Wirtschaftspolitische Chancen für Unternehmen aus der Medien- und Kommunikationsbranche in den Wachstumsmärkten der Beitrittsländer.

Freilich können nur jene Strategien als nachhaltig und „ehrlich“ eingestuft werden, die das reale Leben nicht als Einbahnstraße sehen, denn: Gerade wir können aus den kulturpolitischen oder wirtschaftlichen Impulsen von Ländern wie Slowenien, Kroatien (tritt zwar nicht jetzt, aber wohl demnächst der EU bei) oder Ungarn ungeheure Vorteile ziehen – eine Einschätzung, die langsam auch im breiten Bewusstsein feste Wurzeln schlägt.

Verschiedene Sprachen – kleine Märkte

In Abwandlung eines geflügelten Wortes über unsere deutschen Nachbarn – „Was uns von den Deutschen trennt, ist die gemeinsame Sprache“ – könnte man in Richtung Süden und Osten feststellen: Was uns mit Völkern wie den Slowenen, Kroaten oder

Ungarn verbindet, ist die unterschiedliche Sprache und das Faktum, dass wir in medien- und wirtschaftspolitisch sehr kleinen Märkten leben, ein Umstand, der besondere kulturpolitische Anstrengungen erfordert. Kleine Räume heißt: Die Vielfalt der Zeitungen ist gefährdet, literarische Werke erscheinen meist auf wirtschaftlich unrentable Weise mit geringen Auflagen, die Herstellung von Kinofilmen ist grundsätzlich mit den gleichen Fixkosten verbunden wie überall sonst, auf der Erlösseite steht aber nur eine verschwindend geringe Zahl verkaufter Tickets. Damit sind die Marktzutrittsbarrieren zur Erbringung dieser „medialen Dienstleistungen“ ungeheuer hoch.

Die Erhaltung der Medienvielfalt und Verhinderung weiterer Konzentrationen ist ein konstitutives Element der europäischen Politik und des EU-Rechtsrahmens. Dies hat erst kürzlich die EU-Kommissarin für Bildung und Kultur, Viviane Reding, in ihrem Vortrag „Europäische Visionen einer pluralen Medienordnung“ vor der Konrad Adenauer Stiftung am 1. März 2004 deutlich gemacht: „Die Medienpolitik der EU fasst die Medien nicht als ein bloß ökonomisches Phänomen auf, sondern geht von der ganz besonderen Bedeutung der Medien für eine freie, demokratische und soziale Gesellschaft aus.“ Ein kennzeichnendes Kriterium für die Ziele des europäischen Binnenmarktes ist die so genannte Freizügigkeit der Waren (worunter auch Zeitungen, Zeitschriften und Bücher fallen) und Dienstleistungen (z.B. Radio- und Fernsehsendungen).

MediaCluster: Der Blick vor die Haustür

Die von Landeshauptmann Waltraud Klasnic und dem nunmehrigen Wirtschaftslandesrat Gerald Schöpfer ins Leben gerufene Initiative „MediaCluster Steiermark“ hat die Erfolgsvoraussetzungen und Chancen dieser europäischen Kultur- und Medienpolitik erkannt: In guter Tradition und Fortentwick-

lung der Koren'schen Trigon-Idee will die Steiermark das ohnehin vorhandene „Krautfeld Südost“ stärken und ausbauen.

Ein erster, recht banaler Schritt ist das wechselseitige Kennenlernen in beruflicher Hinsicht und im fachlichen Diskurs. Eine Reihe von Begegnungen in Slowenien, Kroatien und Ungarn hat diesen Prozess in Gang gesetzt: Wissen über Medien, Medienmärkte und über die in diesen Medien und Märkten agierenden Personen wurde generiert – und auch den jeweiligen Gesprächspartnern geboten.

Unter der Voraussetzung einer gewissen Nachhaltigkeit der MediaCluster-Initiative wird es zu einem – nicht zuletzt durch Aus- und Fortbildungsaktivitäten – regen und fruchtbaren Austausch von Journalisten, Kreativen und Medienfachleuten kommen. Bei näherer Betrachtung werden wir feststellen können, dass wir im Bereich der Medien viel von unseren Nachbarn lernen können. Die eingeschränkte Sicht auf amerikanische oder deutsche Märkte wird der heutigen Zeit nicht mehr gerecht. Eine in die Tiefe gehende Befassung mit den Märkten Skandinaviens oder in Fernost ist genauso unverzichtbar wie der Blick vor die Haustür zu unseren Nachbarn: In der höchst erfolgreichen Kombination von bemerkenswerter Kreativität und äußerst knappen Ressourcen, die für die Herstellung der einzelnen „Medienprodukte“ zur Verfügung stehen, können wir Österreicher allerhand lernen!

Die oben bereits angeschnittenen Binnenmarktkriterien wie die Freizügigkeit der Waren und Dienstleistungen bzw. die Niederlassungsfreiheit bringen auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit sich, dass die alten Grenzen und Beengtheiten des europäischen Marktes der Vergangenheit angehören. So wie wir Österreicher es weder deutschen noch französischen oder anderen Unternehmern des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) verwehren können, in Österreich – im Rahmen der für alle geltenden Spielregeln – Medienunternehmen zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen, werden sich auch österreichische Unternehmer vermehrt in den neuen

Beitrittsländern beteiligen. EU-Bürger sind eben in allen Mitgliedstaaten den Inländern gleichgestellt.

Wachstumsmärkte für heimische Unternehmen

Obwohl Unternehmensbeteiligungen in den neuen EU-Ländern in der Vergangenheit alles andere als risikofrei waren – Eigentumsfragen waren nicht selten über Jahre hinweg eine undurchsichtige Angelegenheit –, haben sich heimische Unternehmen der Medien- und Kommunikationsbranche bereits frühzeitig in den Märkten im Süden und Osten Österreichs engagiert:

- die Styria Medien AG mit Tages- und Wochenzeitungen in Kroatien und Slowenien;
- die Leykam Medien AG im Druckereiwesen in Slowenien;
- Plakatunternehmen wie Ankünder oder Gewista von Polen bis Kroatien;
- A1-Mobilkom in der Mobilfunkbranche in Kroatien und Slowenien, Bosnien und Serbien könnten bald folgen.

Die genannten Beispiele stehen „pars pro toto“. In der Filmbranche zeichnet sich ebenso eine zunehmende Verflechtung unternehmerischer Aktivitäten mit Produzenten und Filmstudios im Süden und Osten von uns ab.

Die im Aktionsplan „eEurope 2005“ dargelegten Ziele, „Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt [...] zu machen“, stellen eine große Chance auch für kleine Regionen dar. Die „Informationsgesellschaft für alle“ kann derart im Erfolgsfalle wesentlich zu Wachstum, Produktivität, Beschäftigung und kultureller wie sozialer Vielfalt beitragen. Vor diesem Hintergrund macht ein medien- und kulturpolitisches Krautfeld der Steiermark mit Blickrichtung Süden und Osten doppelten Sinn: Für uns und für die Nachbarn!

Ein gewaltiger Schritt, dem weitere folgen müssen

Otto Habsburg

In der in Europa seit längerer Zeit laufenden Diskussion über die Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai dieses Jahres findet man in vielen Ländern einen gewaltigen Unterschied der Meinungen. Das gilt vor allem für zwei Gesichtspunkte, von denen aus man die Lage beurteilen will. Es gibt jene, für die die Europäische Union vor allem eine Sicherheitsgemeinschaft ist. Es gibt andere, für die die Wirtschaft die größte Priorität hat. Es wird nachgerechnet, was Arbeit, Transporte und Güter kosten würden, vor allem in der Perspektive der nächsten zwei Jahre. Letzteres ist bei vielen Menschen durchaus eindrucksvoll, denn Sicherheit fordert eine längere Perspektive, während die wirtschaftliche Diskussion vor allem das Leben der nahen Zukunft betrifft. Man übersieht dabei eine wesentliche Lehre der Geschichte. Diese zeigt, dass nichts so gefährlich ist, als gleichzeitig reich und schwach zu sein, also jener Zustand, der heute unser Europa charakterisiert.

Österreich im Spiel der Großmächte

Dass dies auch in Österreich seine Wirkung hat, ist durchaus verständlich. Es gibt nämlich leider allzu viele Österreicher, denen der historische und manchmal sogar der geographische Ausblick fehlt. Dabei befinden sie sich in einem der bedeutendsten, also auch gefährlichsten Gebiete unseres Erdteiles, in dem immer wieder Entscheidungen für eine längere Zukunft gefällt werden müssen.

Auch in der nicht zu fernen Vergangenheit ist das der Fall gewesen. Wenn man die Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges betrachtet, die allerdings weiter zurück liegt als der offizielle Beginn der Feindschaften, wird man sehen, wie sehr Österreich leider nur zu oft eine Schlüsselposition im Spiel der Großmächte gewesen ist. Es war daher nicht erstaunlich, dass schon gleich nach dem Friedensvertrag von Saint Germain bzw. Trianon die

größten Geister Europas warnend ihre Stimme erhoben haben. Schon 1922 sprach der damals noch blutjunge Graf Coudenhove-Kalergi von der großräumigen Entwicklung, falls es nicht zu einer europäischen Einigung komme. Er sah vorher zuerst den Einbruch des deutschen Nationalismus in den Donaauraum, gefolgt von einem kraftvollen russischen Vorstoß. Das hat sich ebenso bewahrheitet wie die düsteren Vorhersagen des großen Franzosen Jacques Bainville.

Die Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg

Sieht man sich die Landkarte an, die heute genauso bedeutend ist wie seinerzeit, erkennt man, dass der Donaauraum und insbesondere das Karpatenbecken in der Weltstrategie eine große Bedeutung haben. So war es in den Tagen von Adolf Hitler, als dieser und seine Ratgeber erkannten, dass sie, wenn sie ihre imperialistischen Pläne durchführen wollen, vor allem in den Donaauraum vorstoßen müssen. Das war allerdings nicht möglich, wenn nicht zuerst der Schlüssel zu diesem Raum, nämlich Österreich, gefallen war. Auch in der Gedankenwelt der Westmächte, vor allem aber Englands, wurde die gleiche Situation aus der anderen Richtung betrachtet. Für diese maritime Macht war der Donaauraum vor allem eine Figur im Kampf gegen einen deutschen Imperialismus und langfristig eines russischen Dranges nach den offenen Meeren.

Studiert man in dieser Perspektive die Politik vor dem Zweiten Weltkrieg, wird man finden, dass in einer ersten Phase, insbesondere unter dem Einfluss von Frankreich und Italien, Österreich als Schutz des Donaupraumes betrachtet wurde. Erst seit 1937 wurde diese Perspektive von jener Englands abgelöst. London hatte erkannt, dass es infolge der fast totalen Abrüstung der Tage von Ministerpräsident Baldwin äußerst gefährdet wäre, wenn Deutschland einen Konflikt mit England hätte. Daher

die Bestrebung, Deutschland nach dem Osten abzuschieben. Dazu musste Österreich verschwinden. Nur auf diese Weise könne man den Weg des deutschen Imperialismus nach Südosten ablenken und damit dem eigenen Land genügend Zeit geben, sich entsprechend aufzurüsten. Daher die Politik von englischer Seite, Hitler zum Überfall Österreichs zu ermutigen. Das hat sich in den Äußerungen des englischen Botschafters in Berlin, Henderson, und insbesondere auch in der Mission des Herzogs von Windsor bei Göring ausgedrückt. Die Folgen waren dann diejenigen, die von den weiter Denkenden erwartet waren. Im Donaauraum hat sich die Domino-Theorie bewahrheitet mit der kampflosen Kapitulation der Beneš-Tschechoslowakei und der Kapitulation von Jugoslawien. Die andern Länder des Donaupraumes waren damit gezwungen, sich der Macht des Dritten Reiches zu beugen.

Diese historische Tragödie zeigt die große weltstrategische und weltpolitische Bedeutung Österreichs. Das sollte auch den Weg für die weitere politische Haltung weisen. Die Einstellung Österreichs zu den Ereignissen im Donaauraum ist entscheidend, denn sie garantiert viel mehr den Frieden, als wenn es keine Europäische Gemeinschaft geben würde. So gesehen ist auch vom österreichischen Standpunkt das, was Polen, die Slowakei, Ungarn, Kroatien und selbstverständlich auch Rumänien betrifft, von besonderer Bedeutung. Gelingt es, eine kraftvolle Gemeinschaft zu schaffen, ist der internationale Friede weitgehend gesichert; gelingt das nicht, wird dieser Raum zum Spielplatz der Großmächte.

Die Bedeutung Russlands

In diesem Sinne ist es klar, warum heute gerade in den neuen Beitrittsländern und nördlich davon der Sinn für die europäische Einigung lebendig ist. Fast überall in den Abstimmungen hat die NATO, also das Sicherheitselement, mehr Stimmen erhalten als die Europäische Union, die allerdings auch mit einer gewaltigen Mehrheit plebiszitiert wurde. Das hat sich in allen Staaten ausgedrückt, die zu Beginn des Irak-Krieges den Vereinigten Staaten ihre Solidarität schriftlich bekundeten. Es ist diesbezüglich bezeichnend und man hat es viel zu wenig zur Kenntnis genommen, dass alle Staaten, die an Russland grenzten, den Brief an die USA unterschrieben haben. Das ist geostrategisch verständlich, insbe-

sondere in einer Zeit, in der die Konflikte mehr politisch, denn militärisch sind, bzw. in der sich gerade im benachbarten Russland, das immer für Mitteleuropa von Bedeutung ist, eine Entwicklung abzeichnet, die den demokratischen Versprechen aus der Umsturzzeit zu Beginn der neunziger Jahre nicht entspricht und zu einer gewissen inneren Umorientierung führt. Deren sichtbarer Ausdruck ist derzeit die Tatsache, dass über die Hälfte der Minister der derzeitigen russischen Regierung aus den Nachrichtendiensten bzw. aus der Geheimpolizei stammen. Dass dies viele nicht sehen wollen, weil sie das große wirtschaftliche Potenzial des russischen Reiches vor Augen haben, ist verständlich, denn leider schauen allzu wenige Europäer, aber auch Amerikaner auf die Karte, bevor sie die nächsten politischen Züge beschließen.

Abwanderung der wissenschaftlichen Elite Europas in die USA

Es gibt aber auch ein anderes Element, das sich auf dem nicht militärischen, aber trotzdem wichtigen Gebiet abspielt, das für Europa bzw. für Österreich von größter Bedeutung ist. Man darf nicht vergessen, dass ein guter Teil des großen wirtschaftspolitischen und technischen Fortschrittes der Vereinigten Staaten, nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass erstens das Land wirklich großräumig ist, zweitens aber auch, dass das Potenzial Amerikas viele Menschen aus der wissenschaftlichen und technischen Gemeinschaft anzieht und daher zu einer nicht zu unterschätzenden Abwanderung der wissenschaftlichen Elite Europas führt – gerade in einer Zeit, in der man erkennen muss, dass die Zukunft vor allem vom Wissen, von der technologischen Fähigkeit und vom menschlichen Einsatz abhängt. Man übersieht nur zu oft, dass der wirkliche Motor des großen amerikanischen Fortschrittes, das berühmte Silicon Valley, der bedeutendste Distrikt des Landes ist.

19 ungarische Nobelpreisträger

Dass dies heute den Rückstand Europas gegenüber Amerika gerade in einer Zeit schafft, in der rein wirtschaftlich die europäische Gemeinschaft wohlhabender ist als die USA, ist bezeichnend. Europa hat

ein mächtiges geistiges Potenzial, von dem die Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht abhängen. Europa aber verarmt infolge des Abwanderns seiner besten Kräfte. Um nur ein praktisches Beispiel zu nennen: Eine kleine Nation wie Ungarn hat bisher 19 Nobel-Preise gewonnen. Das ist einer der höchsten Hundertsätze in der ganzen Welt. Allerdings erscheinen die meisten ungarischen Nobelpreisträger heute auf der Liste der Vereinigten Staaten, denn wenn der Mensch eine gewisse Höhe der Entwicklung von Wissenschaft und Technologie erreicht hat, stößt er unweigerlich an die kleinstaatlichen Grenzen und an die engstirnige Politik der Bürokratie. Für Europa aber bedeutet das eindeutig, dass während wir weiter Spitzengeister entwickeln, wir gleichzeitig bis heute die meisten unserer Söhne und Töchter verlieren, die dann mächtig zu der Entwicklung der Vereinigten Staaten beitragen. Das übrigens rechtfertigt die Forderung vieler Wissenschaftler, die noch in Europa sind, man möge endlich im Rahmen der Europäischen Union eine Art Silicon Valley schaffen und damit weltweit konkurrenzfähig bleiben. Wir können fortan Raum und damit Dimension geben, insbesondere, wenn es auch gelingt dieses Silicon Valley nicht durch die Bürokratie ersticken zu lassen. Fast jeder Mensch, das darf man nicht vergessen, liebt es nicht, die eigene Scholle zu verlassen. Es wird mehr vertrieben, als durch andere angelockt.

Strömen Menschenmassen in die reichen Mitgliedstaaten?

Man hat das immer wieder in der Europäischen Union im Laufe der Erweiterungen erfahren. Der Widerstand gegen die Abschaffung der Grenzen basierte auf dem Argument, jetzt würden Menschenmassen über die reichen Länder strömen und das soziale Gleichgewicht in den Aufnahmestaaten zerstören. Praktisch überall ist genau das Gegenteil eingetreten.

Das war schon zu Beginn der Fall beim Beitritt Spaniens zur EU, vor dem Gewerkschaften wie Unternehmer Deutschlands ernstlich gewarnt hatten. Dabei vergaßen sie, dass, wenn man Menschen in Spanien eine Perspektive eröffnet, die durch

den Beitritt in die Europäische Union tatsächlich erfolgte, diese lieber unter der Sonne Andalusiens als in den Nebelschwaden des Ruhrgebietes gearbeitet haben. Was hier bei den Industriearbeitern der Fall war, gilt auch weit gehend bei den Wissenschaftlern.

Keine Erweiterungspause nach 2004

Diese Erkenntnisse der europäischen Entwicklung der letzten 35 Jahre ist die Lehre, die man heute für die Ereignisse vom 1. Mai nutzen kann. Eine Vergrößerung des Wirtschaftsraumes gibt immer dynamische Impulse. Das ist nicht nur Folge der breiteren Möglichkeit des Wissens, der Arbeit und der Intelligenz, sondern gleichermaßen des weit verbreiteten Gefühles, dass die Sicherheit größer wird. Das bedeutet für jeden, der bereit ist, über den Tellerrand hinaus zu schauen, dass die große Erweiterung nach Osten wohl örtlich Probleme schaffen wird, aber im Ganzen ein gewaltiger Schritt in eine neue viel versprechende Dimension bedeutet. Politisch aber sollte man daraus ableiten, dass es wesentlich für Europa und dessen Zukunft, also auch für die österreichische Zukunft, ist, dass man bei der Erweiterung jetzt nicht stehen bleibt. Schon gibt es Stimmen, die uns nahe legen, es soll eine Ruhepause eingeschaltet werden. Das ist ein gefährlicher Unsinn. Im Gegenteil, es ist heute geboten, trotz des Krämergeistes gewisser Politiker, die sich vor den Kosten der Erweiterung fürchten, mutig weitere Schritte zu machen, die die Sicherheit erhöhen und gleichzeitig neue Dimensionen eröffnen. Daher ist es im Interesse Europas, den nächsten Schritt nicht über 2007 hinaus zu verschieben und ihn nicht nur auf Rumänien und Bulgarien zu beschränken. Gleichermäßen wichtig, wenn nicht noch bedeutender, ist hier Kroatien, das, wenn man auf die Karte schaut, uns sagt, dass es eines der bedeutendsten Elemente der Sicherheit des Donaueraumes ist, ganz abgesehen davon, dass Kroatien – und das müssten gerade die Steiermärker anerkennen – ein typischer europäischer Staat ist. Wer in Dubrovnik landet, weiß, dass er in Venedig ist. Und wer Varazdin besucht, hat Österreich nicht verlassen.

Der europäische Fortschritt als SpringprozeSSION

Herwig Hösele

Es ist für mich kein Zufall, sondern symbolträchtig, dass unmittelbar nach dem 1. Mai 2004, dem historischen Erweiterungsdatum, vom 22. bis 24. Mai 2004 auf steirischem Boden, in Mariazell, dem gemeinsamen Heiligtum der slawischen, ungarischen und österreichischen Katholiken, der Mitteleuropäische Katholikentag stattfinden wird, aus dessen Anlass sich zehntausende Bürgerinnen und Bürger Österreichs, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei, Polens, Sloweniens und der Beitrittsaspiranten Kroatien und Bosnien-Herzegowina treffen werden.

Österreich ist Spiegel und Modell für Europa

Sicher ein historisches Treffen angesichts der historischen Rolle, die der polnische Papst Johannes Paul II. für den Fall des Kommunismus und die europäische Einigung spielt. In seiner Rede bei der Europa-Vesper auf dem Heldenplatz am 10. September 1983 – damals hielt sich der Kommunismus im Ostblock noch durch den vermeintlich unüberwindbaren Eisernen Vorhang, Lech Walesa und Solidarnosz kämpften gegen die kommunistische Militärdiktatur in Polen an – sagte Johannes Paul II: „Österreich – selbst im Herzen Europas gelegen – zeigt exemplarisch, wie eine Vielzahl von Volksstämmen auf begrenztem Raum spannungsreich und schöpferisch zusammenleben und in der Vielfalt eine Einheit schaffen kann: Auf dem Territorium des heutigen kleinen Österreich sind die Wesenszüge von Kelten und Romanen, von Germanen und Slawen tief eingegraben und in der Bevölkerung lebendig. Hierin ist Österreich ein Spiegel und Modell Europas.“

Im Juni 1998, Österreich war seit über drei Jahren EU-Mitglied, die kommunistischen Diktaturen 1989 gefallen, stellte der Papst wiederum in Wien fest: „In der Vergangenheit oft Brennpunkt europäischer

Geschichte, wird Wien nun zum Zentrum vieler Hoffnungen. [...] Ich hoffe, daß Schritte gelingen, um den Westen und den Osten dieses Kontinents einander näher zu bringen, jene beiden Lungen, ohne die Europa nicht atmen kann. Die Verschiedenheit der östlichen und westlichen Tradition wird die Kultur Europas bereichern sowie durch deren Bewahrung und gegenseitige Ausleuchtung als Grundlage für die ersehnte geistige Erneuerung dienen. Deshalb sollte vielleicht weniger von einer ‚Osterweiterung‘ als vielmehr von einer ‚Europäisierung‘ des gesamten Kontinents die Rede sein.“

Es gilt, den bestmöglichen Beitrag zu dieser Europäisierung Europas zu leisten, gemeinsam die Chancen der Erweiterung zu nützen und für die Bürger konkret spürbar und erfahrbar zu machen. Unverzichtbar dabei sind die Regionen, die sich erfolgreich um sehr konkrete Kooperationen bemühen. Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat aufbauend auf die bewährte Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria die Initiative Zukunftsregion gestartet, in der Südösterreich, die westungarischen Komitate, die oberitalienischen Regionen, Slowenien und Kroatien kooperieren. Dies ist im Sinne einer europäischen Zukunftsregion im Südosten überaus wichtig.

Europa schöpft seinen Reichtum und sein schöpferisches Potenzial aus der Einheit in der Vielfalt. Die Zukunftsregion am Schnittpunkt von vier großen europäischen Kulturkreisen ist ein besonders virulenter europäischer Mikrokosmos – die Städteachse Graz-Maribor-Ljubljana-Triest-Zagreb-Varazdin-Pecs-Szombathely ist eine wichtige Ergänzung zur Donauachse der Metropolen Wien-Prag-Bratislava-Budapest. Das scheint mir auch besonders wichtig zu betonen. Denn die europäische Perspektive ist weiter als die der Zentralräume, ein zentralistischer Standort und Standpunkt würde Horizonte verengen. Denn ein Europa der Bürger kann nur eines der Regionen sein.

Media Cluster Steiermark

Medien und Bildung sind auch die beiden entscheidenden Elemente der Verbindung in der Vielfalt der Kulturen. In diesem Sinne wurde auch gemeinsam mit der zuständigen EU-Kommissarin Viviane Reding vor rund einem Jahr, am 30. Mai 2003, der Media Cluster für die Zukunftsregion in Graz ins Leben gerufen und mittlerweile auch in Ljubljana, Pecs und Zagreb präsentiert. Der von Landeshauptmann Waltraud Klasnic initiierte Grazer Fachhochschullehrgang „Journalismus und Kommunikation“ hat als Pflichtfremdsprache Slowenisch im Curriculum. Und noch heuer soll ein MET-MBA-Lehrgang für die Zukunftsregion mit der renommierten Steinbeis-Hochschule als Träger in Graz starten. Und am 13. Mai 2004 konstituiert sich der internationale Fachbeirat des Media Cluster mit angesehenen Repräsentanten der Medienwirtschaft der Zukunftsregion und wird weitere Aktivitäten starten.

Aufgaben der Medien

Medien haben in diesem Zusammenhang eine dreifache unverzichtbare Aufgabe

1. für die kulturelle Identität;
2. für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Die Meinungsfreiheit ist für mich höchster demokratischer Grundwert. Das freie Wort sprengt alle Mauern. Medien sind, auch wenn sie manchmal unbequem sind, auch durch ihre Kritik die produktiven und sensiblen Wächter der Demokratie;
3. in der Verbindung der Vielfalt. Sie sind, wie schon der Begriff Medien sagt, vermittelndes Element. Vermittler sollen Verbindungen schaffen und stärken, Grenzen überwinden und Brücken bauen.

Nicht zuletzt aus diesen drei Gründen bemüht sich der Media Cluster um die Förderung von Qualität der Medien in der Zukunftsregion. Denn, je besser es um Qualität und Vielfalt der Medien bestellt ist, umso besser für eine offene, tolerante und demokratische Civil Society der Zukunftsregion im Herzen Europas.

Über die Chancen der Erweiterung schrieb Ernst Sittlinger in der österreichischen Qualitätszeitung „Die Presse“ am 2. März 2004. „In zwei Monaten verliert die Steiermark mit der EU-Erweiterung ihre

Randlage. Die Chancen sind groß, die Angst vor Problemen ist größtenteils unberechtigt. Am Grenzübergang Spielfeld begann das neue Jahr mit einem Zwischenfall. Ende Dezember wurde das neue Zollamtsgebäude bei einem Brand vollkommen zerstört. So tragisch das Unglück ist, so sehr hat es doch Symbolkraft: Die Steiermark, seit mehr als 800 Jahren Grenz-, ‚Mark‘ diverser Reiche, braucht künftig keine Grenzposten mehr. Am 1. Mai rückt das Land durch die EU-Erweiterung von der europäischen Randlage in Richtung Zentrum. Folgerichtig wurde auch entschieden, das zerstörte Zollgebäude nicht mehr neu aufzubauen. ‚Der 1. Mai wird nicht der big bang‘, warnt der Grazer Wirtschafts-Professor Michael Steiner vor übertriebenen Erwartungen. Das Zusammenwachsen benachbarter Regionen zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum vollziehe sich nicht schlagartig, sondern kontinuierlich. Schon seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 15 Jahren wurden die Wirtschaftskontakte nach Slowenien und Ungarn enger. Trotzdem dauerte es einige Jahre, bis sich die neue Orientierung in Zahlen niederschlug. [...] Mittlerweile hat die steirische Wirtschaft ihren Aufbruch nach Südosten aber schon mehr oder weniger abgeschlossen. Eine Untersuchung von Joanneum Research und des Wifo belegt enorme Zuwächse für die Exportwirtschaft: Von 1998 bis 2001 wuchsen die steirischen Ausfuhren nach Ungarn um 145,3 Prozent, jene nach Slowenien um 144,9 Prozent. Aber auch die Exporte nach Kroatien, das noch kein EU-Beitrittsland ist, konnten sich mehr als verdoppeln (plus 114 Prozent). Dem gegenüber stiegen die gesamtösterreichischen Exporte in diese Länder ‚nur‘ um 48 bis 87 Prozent. ‚Für die Steirer bringt das Zusammenwachsen Europas also eine überdurchschnittliche Dynamik‘, folgert Steiner.“

Die Seele Europas

Zu den beherrschenden Trends des beginnenden 21. Jahrhunderts gehört neben der Globalisierung ganz sicher der Wunsch der Menschen nach Orientierung, Verwurzelung, Beheimatung, Geborgenheit, Mitgestaltungsmöglichkeit im überschaubaren Raum. Die zunehmende europäische Einigung und das Europa der Regionen und Bürger sind daher die beiden Seiten derselben Medaille. Es gibt in vielen EU-Mitgliedstaaten einen erfreulichen Trend zur Föderalisierung, Dezentralisierung und zur Beachtung

des Subsidiaritätsprinzips. Und auch die neue Architektur des Hauses Europa folgt laut Vorschlag des EU-Verfassungskonvents diesem Bauplan. Das ist auch die entscheidende europäische Zukunftsperspektive.

Die europäische Idee ist wesentlich mehr als die eines Konsumvereines. Europa, speziell auch das Europa der Regionen, ist die Einheit in der Vielfalt mit einem unermesslichen Reichtum der Kultur und des Geistes, verbunden durch tragende Werte. Europa im 21. Jahrhundert ist vor allem auch eine Konzeption der Demokratie, der universellen Menschenrechte und des Friedens. Es geht um das Wertefundament, den „Spirit“, eigentlich die Seele Europas. Rückschläge dürfen nicht entmutigen und den Blick auf die großartigen Fortschritte der europäischen Integration seit 1945, der längsten europäischen Friedensperiode, die wir historisch feststellen dür-

fen, verstellen. Der europäische Fortschritt gleicht vielleicht der Echternacher Springprozession. Die Schritte verlangen zwar Anstrengung und Disziplin, aber sie führen ans Ziel – wenn man sich die Daten vor Augen führt: 1945 Kriegsende, 1952 Gründung der Montan-Union durch die Benelux-Staaten und Deutschland, Frankreich, Italien, 1958 Gründung der EWG, also der späteren EU, durch die vorhin genannten sechs Staaten, 1973 EU-Erweiterung durch Großbritannien, Irland, Dänemark, 1978 Gründung der ARGE Alpen Adria, 1981 EU-Erweiterung durch Griechenland, 1986 EU-Erweiterung durch Spanien, Portugal, 1989 Fall des Eisernen Vorhangs, 1991 Slowenien und Kroatien werden unabhängig, 1995 EU-Erweiterung durch Österreich, Schweden, Finnland, 2001 Einführung des Euro, 2002 Start der Initiative EU-Zukunftsregion, 1. Mai 2004 EU-Erweiterung um zehn neue Mitglieder.

Das Werden des größeren Europa und der Mitteleuropäische Katholikentag

Egon Kapellari

Am 1. Mai dieses Jahres werden in Rom die endgültigen Verträge zur Erweiterung der Europäischen Union um weitere zehn Staaten unterzeichnet. Die Europäische Union wird dann 25 Staaten umfassen. Für die Europäische Union und für Europa wird dies ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der europäischen Integration sein.

I. Das Werden Europas

Papst Johannes Paul II. hat an symbolisch hochqualifizierten Orten Europas wie z.B. in Santiago de Compostela gesagt, dass sein Europa vom Atlantik bis zum Ural, vom Nordkap bis Sizilien reicht, und auch für die Bischöfe der EU-Länder, die in der so genannten COMECE – der in Brüssel angesiedelten Kommission der Bischofskonferenzen der EU-Staaten, wo ich Österreich vertrete – zusammenwirken, ist Europa selbstverständlich größer als das EU-Territorium, auch nach seiner derzeit in Aussicht genommenen Erweiterung.

Ein eigener, von Asien abgehobener Erdteil ist Europa aber nicht auf Grund geographischer Gegebenheiten, sondern kraft seiner Prägung durch Geschichte und Kultur. Dadurch wurde der europäische Kontinent vor allem in der Neuzeit zum globalen Zentrum von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – zu jenem Teil der Erde, in dem sich, wie W. Schulz gesagt hat, „auf engstem Raum die höchste Kraft des Völkerlebens sammelndrängte“. Dies wurde schon in den Mittelmeerkulturen vorbereitet, die dem modernen Europa vorausgingen. Schon in der Antike begannen sich trotz engem räumlichem Zusammenhang Orient und Okzident als etwas Verschiedenes zu empfinden. Bei den Griechen werden Grundzüge des europäischen Zugangs zur Welt sichtbar: politisch in der Freiheit gleichberechtigter Menschen – von dieser Demokratie waren freilich die Sklaven ausgeschlossen – und philosophisch im freien Erkunden und Wissenwollen im Gegensatz zu

östlicher Weisheit und Versenkung. Seither gilt als europäisch eine Lebensordnung, die getragen wird von beweglichen, erfinderischen, anpassungsfähigen Menschen, die bestimmt ist von Entdeckungsfreude und rationalem Zugriff auf die Welt, der die Individualität mehr bedeutet als die Masse, die Freiheit mehr als die Macht. Nicht zu bestreiten ist dabei, dass diese europäischen Ideale gerade im 20. Jahrhundert auf breiter Ebene massiv verletzt worden sind.

Für die Begegnung und Entfaltung von Menschen und Völkern bietet Europa günstige äußere Bedingungen. Extreme Klimaunterschiede gibt es hier ebenso wenig wie ausgedehnte Wüsten, Steppen und Ödländer. Besonders der Süden, Norden und Westen sind reich gegliedert, kaum ein anderer Teil der Erde besitzt eine so lange Küstenstrecke und steht mit dem Meer in so enger Verbindung wie Europa – Erzeugnisse der verschiedensten Art, differenziert nach geographisch-klimatischen Zonen, verweisen die Menschen auf Austausch, Handel und arbeitsteilige Kooperation. Die Bevölkerungsdichte gehört hier traditionell zu den höchsten der Erde, was freilich heute angesichts der drastisch abgesunkenen Geburtenzahl bei der seit langem ansässigen Bevölkerung in vielen Ländern Europas für die nähere Zukunft ins Gegenteil zu laufen droht. Eine Fülle von Völkern und Staaten lebte und lebt auf unserem Kontinent auf engem Raum zusammen. Kleinräumlichkeit ist ein typisches Merkmal des europäischen Lebens.

In den äußeren Verhältnissen Europas, aber noch mehr in der inneren Haltung der Europäer lag es begründet, dass Europa sich immer wieder gegen Versuche zu einer Fremdbestimmung, zur Unterwerfung von außen behauptet hat. Im Laufe der Jahrhunderte setzte es sich erfolgreich gegen zahlreiche Eroberer aus dem Osten und Südosten – Perser, Hunnen, Mongolen und Türken – zur Wehr. Aber auch Hegemonialbildungen im Inneren waren in Europa nie von Dauer. Das gilt sowohl für die Ansätze einer spanisch-

deutschen Weltmacht im 16. Jahrhundert wie später für die Eroberungen Ludwig XIV., der Französischen Revolution und Napoleons – nicht zu reden von den auf tönernen Füßen stehenden Reichen Mussolinis, Stalins und Hitlers im 20. Jahrhundert.

Griechenland

Die Griechen, deren Mythos von der phönizischen Königstochter Europa unserem Kontinent schließlich seinen Namen beschert hat, beantworteten nicht die später und bis heute so wichtige Frage nach den Grenzen Europas im Osten. Steppen des heutigen Russland und die Hochebenen, die Anatolien von den Tälern des Euphrat und Tigris trennen, bilden jenes unbestimmte Gebiet, in welchem Europa aus Asien heraustritt.

Als die Bibel und das Christentum in Europa eindrangen, hatten Griechenland und Rom geistig bzw. politisch den ganzen mediterranen Raum mit Ausgriff weit in den Norden des Kontinents besetzt. Gebildete Juden im ägyptischen Alexandrien hatten die hebräische Bibel im 3./2. Jahrhundert vor Christus ins Griechische übertragen. Dieser Text, der sich als Wort Gottes, des Einzigen, darstellt, war dem griechisch-römischen Universum fremd. Er war getragen durch das jüdische Volk – das einzige Volk, das sich der römischen Eroberung mit einer solchen Entschlossenheit und Ausdauer widersetzte, dass es damals auch als einziges eine radikale Zerstörung zu erleiden hatte. Im Verlauf der langen europäischen Geschichte und ihrer Schicksalswenden wurde die Bibel nach und nach in alle Sprachen übersetzt. Alle Völker Europas, die christlich wurden, haben zusammen mit dem Neuen Testament die ganze Bibel angenommen.

Seit Paulus nach einem Traum in Troas, am Westrand Asiens, den Seeweg nach Griechenland antrat, ist Europa mehr und länger als alle anderen Erdteile durch das Christentum geprägt und beseelt worden. Fast vergessen ist allerdings, dass es auch in ganz Nordafrika und in Asien im Bereich des heutigen Syrien, Irak und Iran bald schon blühende Kirchen gab, die durch die Eroberungszüge des Islam zum großen Teil gleich oder später zerstört oder ausgehungert wurden. Große alte Kirchen bestehen bis heute in Afrika nur in Gestalt der Koptischen Kirche in Ägypten und in Asien in Gestalt der Syro-malabarischen Kirche in Südindien.

Römisches Reich

Das antik-römische Reich reichte einerseits weit über Europa hinaus, schloss aber den ganzen Norden und Osten sowie den äußersten Westen Europas aus. Auch fehlte diesem Römischen Reich die für Europa später so charakteristische Vielfalt der Staaten und es fehlte ihm jene Geistigkeit, die aus der Rezeption des Christentums schließlich erwachsen ist.

Die Entwicklung zu einem neuen Europa hatte ihr Zentrum im Frankenreich im Anschluss an das teils christliche, teils römische Erbe im Mittelmeerraum. Die neue fränkische Supermacht verschmolz regionale Mikro-Christentümer, wie das irische, das angelsächsische, das spanisch-westgotische und das gallische zu jener Christenheit, die in Europa künftig von Bedeutung sein sollte. Das uns vertraute Europa gewann langsam Gestalt. Das östliche Christentum, orientiert an den noch bestehenden Resten des Römischen Reiches mit der Hauptstadt Konstantinopel, entfernte sich kulturell und politisch bald mehr und mehr vom Westen. Dies zog eine kulturelle Grenze vom Baltikum bis Kroatien, auf deren anderer Seite der Bogen von Russland bis Griechenland reichte und bis heute reicht und auch Serbien einschließt.

Mittelalter

Das neue Europa gewann im Mittelalter Gestalt sowohl durch seine innere, besonders vom Christentum getragene Entwicklung, wie durch die Auseinandersetzung mit Gegnern und Konkurrenten. Der Islam erweiterte die islamisch-asiatisch-afrikanische Welt bis nach Spanien und die Türken höhlten ab dem 15. Jahrhundert im äußersten Südosten ein Stück Europa aus. Allerdings ist nicht zu vergessen, dass es auch friedliche Kontakte mit dem Islam gegeben hat, die für Europa sehr prägend waren. Über Spanien und Sizilien gelangten im Mittelalter Techniken, Wissenschaften und Philosophie nach Europa, welche die Araber von den Griechen, Indern, Iranern, Ägyptern und Juden übernommen hatten. Westeuropa verstand es, alle diese Beiträge zu assimilieren und erreichte so einen Aufschwung, der die Macht der großen chinesischen, indischen, muslimischen und byzantinischen politisch-kulturellen Räume übertreffen sollte und deren zivilisatorisches Niveau erreichte. Die benannten geschichtlichen

Wurzeln Europas tragen und nähren – mehr als oft bewusst ist – auch heute noch.

Mit Siebenmeilenstiefeln und mit bloßer Aufzählung großer Wendephänomene eile ich bis zur Gegenwart. Die so genannte „Moderne“ in Europa beginnt im 16. Jahrhundert mit dem entdeckenden und erobernden Ausgriff auf andere Kontinente und mit der Glaubensspaltung infolge der Reformation. Renaissance und Humanismus, Barock und Aufklärung, die Französische Revolution mit der Proklamation der Menschenrechte, aber auch begleitet von mörderischem Terror, und immer wieder große Kriege, die sich in einem infernalischen Crescendo steigern bis zu den zwei großen Kriegen des 20. Jahrhunderts, markieren die weitere Entwicklung Europas.

Zweite Republik

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg schien Europa müde geworden zu sein: eine „Alte Welt“ im doppelten Wortsinn, scheinbar unaufhebbar gespalten in zwei Machtblöcke und als Westeuropa bedroht durch eine globale Marginalisierung. Das Projekt „Europäische Einigung“ wurde begonnen und getragen vornehmlich von katholischen Gründergestalten wie Robert Schuman, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle. Es hat seither wesentlich dazu beigetragen, diese Flaute zu überwinden. Dass einige Staaten, die einander in zwei Weltkriegen feindlich gegenüberstanden, nun in der Europäischen Union eine weiträumige europäische Friedenszone bilden und dass trotz vieler alter und neuer sozialer Wunden der Wohlstand in den EU-Ländern im Ganzen sehr zugenommen hat, gehört zu den großen Aktiva einer politischen Bilanz Europas zu Ende des 20. Jahrhunderts. Diese Bilanz markiert freilich nur ein Etappenziel. Sie weist über sich hinaus in eine erhoffte bessere Zukunft – dies auch im Gefolge einer Erweiterung der Europäischen Union durch den Beitritt einer Reihe von Kandidatenländern und auch durch Assoziationen, die dem brodelnden Nordafrika und dem Vorderen Orient eine stabilisierende Entwicklung ermöglichen könnten.

Wiederentdeckung Mitteleuropas

Im Dezember 2002 konnten die Beitrittsverhandlungen mit zehn um die Aufnahme in die EU werben-

den Ländern erfolgreich abgeschlossen werden. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern können nun zum 1. Mai 2004 als Mitglieder in die Europäische Union aufgenommen werden. Dies kann als ein weiterer und entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer Integration und Stabilisierung in Europa bezeichnet werden. Die Europäische Union wird dann 25 Staaten umfassen. Die historische Tragweite dieses Integrationsprozesses kommt erst dann voller in den Blick, wenn bedacht wird, dass die meisten der Beitrittsländer exkommunistische Staaten sind. Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn werden also schon fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges voll integrierte Mitglieder der Europäischen Union sein. Dies ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stabilisierung in Europa. Bezogen auf diese Integrationsprozesse spricht der ehemalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski von einer „Wiederentdeckung Mitteleuropas“, wobei hier an gegenseitigem Verständnis und Kennenlernen noch viel „nachzuholen“ sei. In derselben Perspektive denkt auch der luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker, der in einer Rede mit dem Titel „Europa auf dem Sprung“ an der Katholischen Akademie in Bayern im Oktober 2003 sagte:

„Wir sind ja in unseren europäischen Gegenden so westlich kopflastig geworden, dass wir überhaupt nicht mehr merken, was im mittleren und östlichen Teil Europas passiert. Wir denken immer: Wir sind Europa. Wir sind natürlich überhaupt nichts ohne den anderen Teil Europas. Auch denken wir, wir hätten die europäische Idee geboren. Nichts ist falscher als das! In unserem Teil Europas beschäftigt man sich ja kaum noch mit Geschichte. Wer sich aber damit beschäftigt, auch mit der jüngeren Geschichte, wird unschwer feststellen können, dass die eigentliche Idee, die Europäische Union zu gründen, überhaupt keine, wie wir denken, westeuropäische Idee war, sondern eine mitteleuropäische Idee. Es waren die Exilregierungen Mitteleuropas in London, die die ersten Pläne zur Europäischen Union, die sie damals auch so bezeichnet haben, entworfen haben. Es waren die tschechische und die polnische Exilregierungen, die den ersten Plan zur Integration des europäischen Kontinentes entworfen haben. In einem tschechisch-polnischen Entwurf kann man nachlesen, dass die beiden Regierungschefs damals

festgelegt haben, den Plan zu verwirklichen, und sollte es gelingen, hätten die westeuropäischen Staaten auch mitmachen dürfen. Diese Menschen waren immer Europäer und hatten weiterführende europäische Ideen, bevor wir erst damit angefangen haben, diese europäischen Ideen überhaupt erst zu denken. Wenn wir so klug gewesen wären, wie wir denken dass wir waren, dann hätte es ja vieles an Verheerendem gegeben, was man hätte verhindern können, wenn wir es ernst gemeint hätten mit unseren eigenen Entwürfen. Vergessen sind die Initiativen von Coudenhove-Kalergi und vielen andern.“

II. Der Mitteleuropäische Katholikentag

Der Mitteleuropäische Katholikentag, der zu einem wesentlichen Teil von der Kirche in Österreich organisiert und mitgetragen wird, ist ein wichtiger Beitrag, das Bewusstsein für ein gemeinsames Europa in Ost und West zu stärken. An einer „Wallfahrt der Völker“ nach Mariazell in der Zeit vom 21. bis 23. Mai 2004 werden Christen aus Österreich, aber auch aus sieben exkommunistischen Staaten (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Ungarn, Slowakei, Tschechien und Polen) teilnehmen. Die Bischofskonferenzen der einzelnen Beitrittsländer haben einen wichtigen Beitrag zur Information und positiven Motivation ihrer Katholiken betreffend die EU geleistet – man denke etwa an Polen – und wollen dies auch weiterhin tun. Der Mitteleuropäische Katholikentag und sein Höhepunkt in Mariazell können darüber hinaus ein starker und nachhaltiger Impuls sein für ein verstärktes und vertieftes Miteinander im mitteleuropäischen Raum. Christen sollen aber auch dazu ermutigt werden, Themen gemäß den Maßstäben des Evangeliums verstärkt in das öffentliche Bewusstsein Europas einzubringen. Als Christen können wir aber davon überzeugt sein, dass Europa nicht ohne oder gegen die Christen, ohne oder gegen das Christentum gebaut werden kann. Die christlichen Kirchen und Gemeinschaften in Europa verfügen ja nach wie vor über große Ressourcen an Spiritualität, Solidarität und Barmherzigkeit und tragen und beseelen viel in der europäischen Gesellschaft, viel mehr, als vielerorts bewusst ist. „Man muss sich rühren“ hat der große Theologe Hans Urs von Balthasar nicht lange vor seinem Tod gesagt, und er hat so ein Wort von Goethe auf die Situation der heutigen Christen angewendet.

Europa eine Seele geben

Ferdinand Seibt, der kürzlich verstorbene Professor für Geschichte an der Universität Bochum, weist in seinem 2002 erschienenen und vielbeachteten Werk „Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre“ daraufhin, dass Europa „eine historische Einheit“ sei, „die innerhalb ihres Bereiches mehr Selbstbezüge als Fremdbezüge kennt“. Die europäische Kultur verheiße „eine rational intendierte Lebensbewältigung mit ihren eigenen Vorstellungen von Vergangenheit und Zukunft, mit ihrer Ordnung, Planung und Hoffnung, mit dem technischen Fortschrittsoptimismus und der klassischen Humanitätsidee“ und – so der Historiker Seibt – mit einem „immer noch lebendigen Christentum“. Der Mitteleuropäische Katholikentag weist mit seinen vielfältigen Veranstaltungen daraufhin, dass über die rechtlichen und ökonomischen Ordnungen der EU hinaus die kulturellen und religiösen Wurzeln und Fundamente des Projektes „Vereintes Europa“ nicht vergessen werden dürfen. In seiner Grußbotschaft zum Beginn des Projektes „Mitteleuropäischer Katholikentag“ – im Wiener Stephansdom hat Papst Johannes Paul II. wörtlich gesagt: „Es tut Not, dass Europa seine christliche Identität wiedererlangt und neu lebt; erst dann wird es der Welt jene Werte vermitteln können, auf die der Friede unter den Völkern, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität gründen“. Der metaphorische Wunsch des früheren Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors, man möge dem neuen Europa eine Seele geben, hat nichts an Aktualität verloren. Michel Rocard, ehemaliger französischer Premier und nunmehriger Abgeordneter zum Europaparlament, schrieb im Frühsommer des Jahres 2003 in einer österreichischen Tageszeitung: „Obwohl es sich von selbst versteht, dass es im Interesse aller Europäer liegt, den definitiven und dauerhaften Frieden in Europa auf eine starke, institutionelle Grundlage zu stellen und die Märkte pragmatisch zu einigen, ist dies noch kein ausreichender Impuls für eine Gemeinschaft von 25 Mitgliedern. Ein tieferer, gemeinsamer Zweck ist erforderlich.“ Im vorliegenden Textvorschlag für eine neue Verfassung der EU werden solche grundlegenden Werte wie Menschenrechte, Solidarität, Gerechtigkeit, Freiheit, für deren Entstehen – so Rocard – „der christliche Einfluss von besonderer Bedeutung war“, benannt. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas hat kürzlich in einem

Gespräch mit Kardinal Ratzinger in München die Bedeutung der Religion für den ethisch-moralischen Grundwortschatz der Menschheit hervorgehoben. Ich zitiere Habermas wörtlich: „Im Glauben ist intakt geblieben, was die Gesellschaft verloren hat. Deshalb müssen beide wieder neu in einen Dialog treten“.

Das christliche Erbe in die Präambel der europäischen Verfassung

Den christlichen Kirchen in Europa kommt nach Überzeugung vieler eine wichtige Rolle als Ethosformende Kräfte zu. Das christliche Erbe Europas sollte daher gerechterweise als eine der stärksten Quellen der kulturellen und ethischen Identität Europas neben anderen wichtigen Quellen auch in der Präambel zur künftigen Verfassung der Europäischen Union benannt werden. Das Christentum ist eine der Hauptwurzeln für das heutige Europa. Das können auch ehrliche Kirchenkritiker nicht leugnen und ich füge hinzu: Europa hat keinen Grund, sich seines christlichen Erbes zu schämen. Rund 80 % der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union nach deren Erweiterung im Jahr 2004 sind christlich getauft. Auch wenn viele von ihnen nur wenig aus dieser Taufe leben, so kann man doch sagen, dass es in den meisten EU-Ländern so etwas wie eine stark christlich geprägte Leitkultur gibt. Ein Verschweigen dieser christlichen Wurzel im öffentlichen Leben und in einer künftigen EU-Verfassung wäre keineswegs eine notwendige Konsequenz von Toleranz gegenüber Nicht- oder Andersgläubigen, die uns Christen heute ja selbstverständlich sein müsste, sondern eine Intoleranz gegenüber tragenden Elementen der Identität einer Mehrheit der Bevölkerung in den meisten EU-Ländern. Es geht dabei gewiss vor allem um das Korpus, um den Inhalt einer solchen Verfassung, aber es geht auch um eine Präambel. In den meisten alten und neuen Staatsverfassungen Europas gibt es ja eine solche Präambel, und sie ist nicht bloß eine Zierleiste. Die bisher vorliegenden Entwürfe für einen solchen Text sind zu diskutieren, aber nicht billig abzuqualifizieren.

Bauplatz Europa

Die katholischen Bischöfe Österreichs haben in der Vergangenheit mehrmals und zuletzt in der von der

Österreichischen Bischofskonferenz herausgegebenen Schrift „Kirche auf dem Bauplatz Europa“ erklärt, dass Europa einem großen Bauplatz gleiche und dass Christen gerufen sind, hier mitbauend, mitgestaltend tätig zu sein. Christen müssen für ein Europa der Zukunft Allianzen suchen. Europa sollte mindestens im Raum der Europäischen Union in ihrer jetzigen und zukünftigen Ausdehnung von solchen Allianzen geprägt sein; Allianzen für eine volle Verwirklichung der Menschenrechte, für eine sich ständig von ihren Idealen her erneuernde Demokratie, die den Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität verpflichtet ist; Allianzen für die Achtung vor dem menschlichen Leben in allen Phasen von der Empfängnis bis zum Tod, für die Stärkung der Familie, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die ökologische Verantwortung für die Umwelt als Mitwelt und Allianzen für ein solches Vertrauen in die Zukunft, dass die Überalterung der Gesellschaft nicht nur durch Zuwanderung verhindert werden kann; Allianzen schließlich auch für eine weltweite Solidarität in allen echt humanitären Anliegen.

Der gesamt-kulturelle Ertrag von mehr als 2000 Jahren Wirkungsgeschichte des Christentums in Europa ist kontrovers, sowohl innerhalb der Kirche selbst wie im Kreis der Gegner des Christentums. Der oft gehörte Vorwurf freilich, die Kirche habe die Menschheit nicht kollektiv verwandeln können, weil Europa vom Ethos der Bergpredigt anscheinend immer noch so weit entfernt ist wie am Anfang des Christentums, verkennt, dass das Christentum von seiner Wurzel her keine Verheißung hat, ein innerweltliches Paradies herzustellen. Im Gegenteil sind die christlichen Kirchen im Ganzen immer utopiekritisch gewesen. Immanuel Kants nüchterne Anmerkung, der Mensch sei aus krummem Holz geschnitzt, entspricht einer christlichen Sicht auf den Menschen und seine Gebrochenheit zwischen Ideal und Realität. Theologisch spricht man in diesem Kontext von Erbsünde. Im am Evangelium geprüften Selbstverständnis des Christentums wirkt dieses wie ein gedduldiges Ferment innerhalb der verschiedensten Gesellschaftsmodelle. Es kann nie eine Gesellschaft zur Theokratie verwandeln, sondern ist ein beständiger eschatologischer Vorbehalt gegenüber der jeweiligen Gesellschaft. Das Christentum hat nicht die Verheißung, die Welt jemals als Ganzes in ein Paradies zu verwandeln. Wohl aber schafft es immer Inseln einer neuen Welt, die sich oft ausweiten und oft auch wieder verschwinden. Heinrich Böll, ein sehr

strenger Kritiker der Kirche hat seine im Kern dennoch unerschütterte Christlichkeit einmal mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Selbst die allerschlechtesten christliche Welt würde ich der besten heidnischen vorziehen, weil es in einer christlichen Welt Raum gibt für die, denen keine heidnische Welt je Raum gab: für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache, und mehr noch als Raum gab es für sie: Liebe für die, die der heidnischen wie der gottlosen Welt nutzlos erschienen und erscheinen [...]“ In einer Gesellschaft, die so vielen Ungeborenen durch Abtreibung das Licht des Lebens verweigert und die andererseits unter dem Titel der Humanität Euthanasie propagiert, sind diese Worte Bölls von unverminderter Aktualität.

Christus, Hoffnung Europas

Die Bischöfe der acht Länder des Mitteleuropäischen Katholikentages ermutigen in einer Botschaft die Christen ihren Blick nach vorne zu richten: „Als Christen haben wir nicht nur eine Vergangenheit, sondern vor allem auch eine Zukunft.“ „Christus, Hoffnung Europas“ wird das Leitwort für diese „Wallfahrt der Völker“ nach Mariazell sein. Im Mariazeller

Gnadenbild zeigt Maria den pilgernd hier eingekehrten Menschen aus vielen Ländern Europas das Christuskind. Ein vertiefter Blick auf dieses Kind wäre heute und morgen besonders notwendig, weil Europa trotz seiner Ressourcen an innovatorischen Gaben in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft in vieler Hinsicht auch eine alte, vergreisende Welt zu werden droht. Der auferstandene Christus spricht das Wort „Fürchtet euch nicht!“. Dieser Zuspruch steht allerdings unter einer Bedingung. Er sagt, genauer ausgedrückt: Ihr braucht euch vor nichts Kommendem fürchten, wenn ihr euch an das haltet, was das Kind im Gnadenbild von Mariazell als Mann aus Nazareth gesagt und getan hat; wenn ihr den Weg geht, den er euch vorausgegangen ist. Als Christen sollten wir auf die Defizite wie auf die Verheißungen unserer Gesellschaft inmitten des Bauplatzes Europa und zumal des Projektes „Europäische Union“ mit einem gläubigen Realismus reagieren. In dem Maße, in dem wir glauben können, dass Gott, dass Christus uns ebenso auf dem Weg durch Grünland wie auf dem Weg durch Steppe oder Wüste begleitet, können wir in all dem auch unverdrossen Hoffende sein. Es geht da um eine biblisch-christliche, nüchterne Hoffnung, die tiefere Wurzeln hat als ein zivilgesellschaftlicher Optimismus.

Große Veränderungen mit Zukunft

Waltraud Klasnic

Es ist noch gar nicht lange her, als direkt vor unserer „steirischen Haustüre“ eine bewaffnete Auseinandersetzung stattfand, in der die jugoslawische Armee die Unabhängigkeit von Slowenien blutig zu unterdrücken versuchte. Betroffenheit und Ohnmacht – das beschreibt wohl am besten die Gefühle vieler Steirerinnen und Steirer, als sie diese Fernsehbilder sahen.

Es ist kaum zu glauben, wie viel sich innerhalb eines Jahrzehnts sowohl auf politischer als auch wirtschaftlicher und vor allem auch auf menschlicher Ebene verändert hat. Durch den Zusammenbruch nicht nur eines Regimes innerhalb eines Staates, sondern des gesamten „Ostblocks“ wurde die Ideologie des Kalten Krieges praktisch über Nacht obsolet.

Zeitzeugen großer Geschichte

Sucht man in der Geschichte nach ähnlich großen Veränderungen, so kann man trotz allem sagen, dass dieser Prozess im Vergleich wohl im Großen und Ganzen friedlich stattfand. Es ist nicht auszu-denken, hätte damals auch die Sowjetunion den Weg einer gewaltsamen Konfrontation gewählt. Während man oft erst im Nachhinein wahrnimmt, dass man in einer Zeit gelebt hat, in der Geschichte geschrieben wurde, war es anlässlich des Falls des Eisernen Vorhanges und der Berliner Mauer sofort klar, dass die Weltordnung nicht mehr so sein wird, wie wir sie alle aus unseren Schulbüchern und im Zuge unseres Alltages kannten.

Mit großer Freude werden im Zuge der bislang größten Erweiterung der EU zehn neue Mitglieder aufgenommen. Der 1. Mai 2004 wird der formale Abschluss jener Bemühungen sein, historisch gewachsene Verbindungen, die durch die beiden Weltkriege unterbrochen wurden, (wieder) zu einer Einheit zusammenzuführen. Für unser Bundesland bedeutet dies aber auch die Bestätigung einer Tradition, die

als „der steirische Weg des Miteinander“ bekannt ist und die versucht, die Steiermark als Zentrum im Herzen Europas zu profilieren.

Gerade in der Zeit eines wachsenden Europa kommt der regionalen Kooperation auf allen Gebieten eine immer größer werdende Bedeutung zu. Das ehrgeizige Projekt der Erweiterung war und ist ein Thema, mit dem sich nicht nur europäische Institutionen und die Staats- und Regierungschefs, sondern insbesondere die Regionen auseinander setzen müssen. Naturgemäß sind die Regionen an der EU-Außengrenze von dieser Erweiterung besonders betroffen.

Aktive Nachbarschaftspolitik

Es hat seit jeher zum Selbstverständnis unseres Landes gehört, Brückenbauer zu sein. Trotz nicht immer leichter politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse haben wir bereits in der Vergangenheit immer gute und tiefe Beziehungen zu unseren Nachbarn gepflegt. Meine Amtsvorgänger, die Landeshauptleute Josef Krainer I., Friedrich Niederl und Josef Krainer II., gestalteten schon frühzeitig und pionierhaft aktive Nachbarschaftspolitik. 1978 wurde unter wesentlicher Mitwirkung der Steiermark die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria gegründet. Die Steirer waren wesentliche Motoren – vor allem Josef Krainer II. – für diese Zusammenarbeit, die schon vor dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beginn des Wiedervereinigungsprozesses Europas viele dieser Entwicklungen vorwegnahmen. Dies und auch mein Verständnis für Europapolitik, nämlich europapolitische Zukunftsperspektiven zu geben, waren mitausschlaggebend für die Initiative „EU-Zukunftsregion Alte Nachbarn – Neue Partner“. Dabei sollte, gemeinsam mit anderen Regionen, eine gute Basis wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit geschaffen werden. Aufwind bekam der Wille zur Kooperation durch die Idee „Europa der Regio-

nen“, die die Stärkung des regionalen Selbstbewusstseins durch Zusammenarbeit von benachbarten Regionen zum Inhalt hatte.

Die „EU-Zukunftsregion“, die ich im Jahre 1998 erstmals, gemeinsam mit der Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer Steiermark, vorgestellt habe, bedurfte, neben Überzeugungsarbeit, auch intensiver Vorarbeiten und Reisen nach Italien, Kroatien, Slowenien und Ungarn, bis schließlich am 26. April 2002 in Graz, im Beisein des EU-Kommissars für Europäische Regionalpolitik, Michel Barnier, die Absichtserklärung mit den politischen Repräsentanten der „Alten Nachbarn und Neuen Partner“ unterzeichnet werden konnte.

Alte Nachbarn – Neue Partner

In der Zukunftsregion sind, neben der Steiermark, die österreichischen Bundesländer Kärnten und Burgenland, die italienischen Regionen Friaul-Julisch-Venetien und Veneto, Slowenien, (Nord-)Kroatien und die ungarischen Komitate Győr-Moson-Sopron, Baranya, Vas, Tolna. Somogy und Zala miteinander verbunden.

Was die geographische Situation der Kooperationsregionen angeht ist festzuhalten, dass alle so genannte Grenzregionen sind – entweder EU-Außengrenzregionen oder Grenzregionen der neu beitretenden Länder bzw. im Fall von Kroatien, eines beitragswilligen Landes, von dem wir hoffen, dass es möglichst bald Mitglied der Gemeinschaft wird.

17 Millionen Menschen aus unterschiedlichen Sprach- und Kulturkreisen leben in diesem gemeinsamen Raum, der in den verschiedensten Bereichen wie zum Beispiel Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Forschung und Infrastruktur zusammenarbeitet. Im weitesten Sinn kann man sagen, dass alles das, was innerhalb dieses definierten Raumes an grenzüberschreitenden Kontakten und Kooperationen stattfindet, sei es auf lokaler oder regionaler Ebene, im Rahmen von EU-Förderprogrammen oder außerhalb davon, gelebte „EU-Zukunftsregion“ ist.

Die Zukunftsregion war von Beginn an nicht als Konkurrenz zu bestehenden Institutionen, wie insbesondere der ARGE Alpen-Adria, gedacht, sondern vielmehr als deren Weiterentwicklung. Die ARGE Alpen-Adria leistete Außerordentliches in ihrer verbindenden, kultur- und grenzenübergreifenden Funktion

und vielen anderen Bereichen, doch ihre originäre Aufgabe und die zugrundeliegende Idee und Zielrichtung hat sich mit der veränderten geopolitischen Situation überlebt.

Dennoch wird die Zukunftsregion gerade vom Geiste des Verbindenden getragen und lebt in ideeller Natur diese Tradition in einem überschaubaren geographischen Raum fort. Was damals durch ideologische und nationale Grenzziehung nicht möglich gewesen ist, soll durch die EU-Zukunftsregion möglich sein – die Integration und Zusammenarbeit natürlicher Einheiten in einem gemeinsamen europäischen Haus.

Die Nachbarn kennenlernen

Durch Initiativen wie der „EU-Zukunftsregion“, wird ein Gegengewicht zur Globalisierung geschaffen. Daraus folgt die Verbesserung der wirtschaftlichen Position der einzelnen Länder im globalen Wettbewerb. Dies bewirkt die Erhöhung der Chancen der Menschen in den Regionen und die Verringerung des Unterschieds der Lebensstandards der Bevölkerung innerhalb des gemeinsamen Raumes.

Durch Cluster-Bildungen wie zum Beispiel den steirischen Auto-Cluster unter starker Einbeziehung etwa Westungarns oder durch den im Aufbau befindlichen Media Cluster oder durch den Holz-Cluster in starker Zusammenarbeit mit norditalienischen Regionen, kommt es zu diesem Effekt. Auch die Technologie-Achse Graz-Maribor ist ein Beispiel dafür, dass durch Vernetzung ein Wissenstransfer gewährleistet wird, der die Wirtschaft der Regionen stärkt.

Innerhalb der EU-Zukunftsregion sollen Menschen die Möglichkeit des Kennenlernens der Nachbarregionen mit all ihrer Vielfalt haben. Das Abschaffen von Vorurteilen sichert die soziale und wirtschaftliche Zufriedenheit in unseren Regionen.

Die regionale grenzüberschreitende Kooperation war und ist von zentraler Bedeutung für die Aufnahme und Integration der neuen Mitgliedstaaten, denn am Vorabend der EU-Erweiterung ist klar, dass darunter mehr zu verstehen ist, als die Übernahme von Rechtsvorschriften und die Teilnahme an einem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Erweiterung bedeutet vielmehr auch gegenseitiges Verständnis, Integration und Kooperation der Bürger unter Wahrung der nationalen Identität.

Ein Fischer saß ruhig an seinem Eisloch und blinzelte in die Sonne

Günter Lehofer

Die Fische ruhten auch. Es biss keiner an. Daher konnte der Mann den schönen Nachmittag in Narva ungestört erleben. Narva? Das ist die fast nur von Russen bewohnte Grenzstadt Estlands gegen Russland. Sie blieb stark mehrheitlich realsozialistisch triste an den Fassaden und in den Wohnungen dahinter. Das Leben der oft arbeitslosen Menschen gilt auch als triste. In einem Guckloch des Bewusstseins wird festgehalten, dass mehr als eine Million Russen ab 1. Mai EU-Bürger sein werden, in Estland, Lettland und Litauen. Das Guckloch wird selten angeleuchtet. Nicht alle EU-Russen leben triste. Aber ziemlich viele von ihnen.

Ein gelber Punkt bewegt sich langsam über den Bildschirm, hinterlässt eine rote Spur. „Das ist ein Fischer an der Grenze. Wir verfolgen ihn Schritt für Schritt“, erklärt der estnische Grenzwächter stolz. Hier käme niemand durch. Nach innen liberal, nach außen dicht, Estland hat eine Regel der EU schon umgesetzt. Der Grenzwächter ist nicht mehr Russe, sein Vorgesetzter ist nicht mehr Russe, die Esten sind die Chefs. Auch im Personaldetail lässt sich die Wende festhalten, die ein Machtwechsel war. Diese Sauna stammt nicht aus dem Möbelgeschäft. Erde ist um sie und über sie geworfen. Gras wächst darauf. Innen ist sie einfacher als erlaubt. Sie steht im Freilichtmuseum der estnischen Hauptstadt Tallinn. An ihr vorbei schlendert eine Gruppe Studenten. „Wir haben Sehnsucht nach Europa, Europa ist unsere Hoffnung“, sagen sie ohne langes Überlegen englisch und deutsch. Sprachen haben sie gelernt, Wirtschaft und Computer auch. Sie sind bereit hart zu arbeiten. Sie wollen keine verlorene Generation werden. Stolz sind sie auf ihre nationale Identität und Geschichte und offen für das Neue.

Nicht nach Polen fahren. Es ist jedem österreichischen Europäer abzuraten nach Polen zu fahren. Dringend abzuraten. Wer dort den europäischen Polen trifft und es gibt genug von ihnen, kommt sich rasch kleinlich und hässlich vor. Wenn ein Wladislaw

Bartoszewski die Hand rhetorisch ausstreckt und sein Mund durch die Jahrhunderte wandert, sein Bewusstsein wie eine Schwalbe auf der Jagd durch die Geschichte fliegt, dann ist dem Österreicher anzuraten, sich zu verstecken, Abstand zu halten von dieser Hand, die am Ende der Reise niederfällt wie das Beil der Guillotine, anklagend die mehrfache polnische Zerstückelung, die langdauernde polnische Unterdrückung. Aber wenn dieser Pole dann europäisch wird, dann glänzt das Beil wie eine blanke Fahnenstange, auf der ein Riesenstrauß Blumen steckt. Europa hat Polen Europa nicht vermiesen können. Keiner dieser europäischen Polen will als „erweitert“ angesprochen werden, weil sie doch beständig geographisch und kulturell zum Zentrum gehört haben. Fast froh ist der europäische Österreicher nach einer solchen Begegnung, dass es ein paar Extremisten unter den Polen auch noch gibt, die Ausverkauf schreien. Es wäre sonst nicht auszuhalten, dieses Polen. Man stelle sich einmal vor, Österreich hätte ein paar Dutzend Erhard Buseks. Schon ein Busek hat bei uns das Problem, wie er auszuhalten ist. Polen hat ein paar Dutzend. Gott sein Dank haben sie es in Polen auch nicht immer leicht. Sie verlieren bei Wahlen.

Slowenische Personen

Janez Jansa war noch Dissident gegen die Kommunisten und gegen Belgrad und Liebling der Laibacher politischen Klasse, die auch kommunistisch war, aber nicht mehr so richtig und auf keinen Fall belgraderisch-kommunistisch. Dieser Jansa lehnte bleich im Erdgeschoss des grässlichen Hochhauses am Rande des Platzes der Revolution, während auf dem Platz im dichten Schneetreiben die Pelzmäntel für die äußere Wärme der Demonstranten sorgte. Jansa musste noch ins jugoslawische, eigentlich serbische Gefängnis. Er ging frei und der frühere kommunistischen Jugendfunktionär wendete sich

zu stark – nach dem Geschmack der weiter regierenden alten Klasse. So wurde aus einem erfolgreichen Verteidigungsminister im Krieg gegen Jugoslawien/Serbien ein heftig bekämpfter Richter. Wenn immer ich ihn traf, und das war oft, lächelte er gleich sarkastisch, gleichgültig, ob es der Hof seines Gefängnisses war, der Raum seiner Verhaftung oder sein Büro als Parteichef der Sozialdemokraten, in Slowenien eine Rechtspartei. Sein von ihm erwählter – mit gutem Instinkt erwählter – Hauptgegner in Slowenien, war der ebenso populäre wie gefinkelte wie pragmatische wie machtbewusste Präsident Milan Kucan, er lächelte stets wie der Dackel „Wurzel“ im Cartoon und war der Mann, der siegte und siegte und nicht einmal anzukratzen war und ist. Jedes Volk hat seine eigene Art, Helden auszuwählen. Das erfolgreiche, sich vom Balkan mit Lust abnabelnde slowenische Volk entschied sich aus Gründen, die irgendwann einmal lange analysiert werden sollten, für Kucan und nicht für Jansa. Und gegen Lojze Peterle, dem sein herausragender Gemeinsinn auch nicht gelohnt wurde. Die Bürger sind manchmal härter zu den Politikern als die politischen Gegner. Damit blieb Slowenien ein Sonderfall der Wende.

In Ungarn und Tschechien und der Slowakei, in Polen und in den baltischen Staaten wurde gewechselt und wieder gewechselt zwischen den gewendeten Alten und den sich erhebenden Neuen in der Politik. Slowenien gilt als kleines Land. Was natürlich wahr ist. Aber wer auf den Graten der Karawanken wandert, durch die wilden Steinpfade der Julischen, in den dichten Wäldern des Pohorje, sich verfranzte im Gebiet der Veliki Sneznik und dort einen Bären sehen darf, der sich zum Glück nach kurzem Blickkontakt nicht um den verirrtten Wanderer schert und ihn mit einem Schweißausbruch zurück ins Tal schickt, der weiß, das Slowenien auch groß sein kann.

Wenn die Hügelkuppen des Kolos, an der Grenze zu Kroatien, im 19. Jahrhundert rechtzeitig nach Frankreich exportiert worden wären, hätte Cezanne diese Hügel gemalt im Morgendunst und Abendglanz und Mittagsglast und im Leuchten der Nacht und keine anderen Hügel und Berge. Auch die Landschaften sind grenzüberschreitend in Europa. Offene Augen genügen, um die Heimat nicht zu verabsolutieren, ohne sie zu vernachlässigen. Oststeirische Grabenlandschaften wie die in der Naintsch gibt es natürlich nirgendwo sonst auf der Welt.

Nostalgie und Realität

Und wo bleibt die Österreich-Nostalgie in diesen Ländern? Da ist die eine, die der Besucher mit sich trägt und diese ist meist eine ganz andere, als die, die der Besuchte im Herzen hat. Die erste Erinnerung in Slowenien, Ungarn, Tschechien und Polen sollte nicht die Vergangenheit sein, sondern die Zukunft und dann von der Vergangenheit ein paar streitlose Teile. Erst später darf man sich ernsthaft den ernstesten Dingen annähern, die gestockten Blutflüsse und die wilden Machtkämpfe, die im glücklichen Österreich viel häufiger waren, als die Österreicher im Unterricht in der Regel erfahren. Die Österreicher als Besucher sollten auch den Glücksfall nicht überstrapazieren, dass es für die Völker nach Österreich schlimmer wurde und Österreich daher auch dort gelegentlich verklärt wird. Es muss noch viel Wein und Schnaps in Freundschaft getrunken werden und viel mühsame Gefühlsarbeit und Gedankenarbeit geleistet werden, bis wir in der tieferen Realität des Bewusstseins dorthin kommen können, wo wir in den Sonntagsreden schon sind. Die ganz jungen Buchenblätter sind das zarteste, was ein Frühling im Karst hervorbringen kann. Wenn dieses grüne Meer in tausenden winzigen Wellen die Augen mit der Welt versöhnt und die Bienen darunter präzise von Blüte zu Blüte fliegen und ihr ruhiger dunkler Ton das Herz ebenso ruhig schlagen lässt, dann ist im tiefen Wald der Gottschee der Moment gekommen, eine dunkle Höhle anzublicken. Hinter ihrem Eingang könnten in der tiefen Finsternis keine Tropfsteinwunder zu finden sein, sondern tausende Knochen. Menschenknochen.

Nicht jede Insel ist selig

Der Hügel war baumlos und das Gras wäre in England nicht als Gras anerkannt worden. So verdorrt war es und so büschelweise angeordnet. Nichts deckte die Fläche wirklich, auch die harte Erde nicht. Sie bröckelte zwischen dem Gras hervor. Der Himmel war besetzt. Nicht nur mit dem Blau, das auf der Insel Zypern so häufig ist, dass es nicht beachtet wird. Es waren die türkische Fahne und die griechisch-zypriotische Fahne und die Fahne der UNO, die hoch oben verkündeten, wie kompliziert die Lage unten war. Die Fahnen wehten nicht miteinander, sondern das UNO-Tuch versuchte, die Türken und

Griechen auch auf Stoffebene friedlich zu halten. Es war vermutlich 1976, als ich den „mixed hill“ besuchte, zwei Jahre nach dem griechisch-zypriotischen Putschversuch und der darauf folgenden türkischen Invasion. Die geflohenen Griechen sind inzwischen aus den Zeltstädten geflohen und der türkische Norden dümpelte dahin, während der geschäftstüchtige griechische Süden den Anschluss an Europa schaffte. Die österreichischen Blauhelme erzählten 1976 ihre Geschichten, die Griechen und die Türken. Die Geschichten stimmen immer noch, einschließlich der Gräuel, die darin vorkamen.

Nicht jede Insel ist selig und Europa kennt viele Inseln, auch solche, die mitten im Meer der Geschichte auf dem festen Land liegen. Nun hat die EU den zypriotischen mixed hill entflochten und die letzte DDR-mäßige Grenze in Europa vermutlich endgültig überwunden. Damals aß ich erstmals frische Orangen, aus einer Kiste im stickig heißen Omnibus vom Fahrer herausgeholt, so frisch, wie ich keine mehr gegessen habe seither. So frisch wirkt auch die Idee Europa auf dieser Insel, die seit mehr als siebentausend Jahren in das Geflecht der Hochkultur gehört, somit einige Jahrtausende mehr europäisch-kulturelle Kernkompetenz auf dem Buckel hat, als das jetzt so stolze und oft auch prahlerische Kerneuropa. Es lohnt sich, an vielen Orten des neuen Europa im Boden der Zeit zu graben und sich dann zu wundern, was darunter alles an Geschichte zum Vorschein kommen kann. Das Loch im eigenen Garten, auch wenn es noch so sorgfältig gepölzt ist und noch so liebevoll untersucht, genügt nicht.

Europa als Summe ist spannender als jeder seiner Teile

Zypern als der Ort, wo Aphrodite aus dem Meer entstieg, ist gut für den „Playboy“ und besser für den Freund der Mythen, aber irgendwie muss jedes Stück des vereinten Europa umfassender umarmt werden, damit man seinen Geruch versteht. Jedes Stück Europa hat einen Anspruch darauf, das nicht nur seine Inflationsrate und der Prozentsatz des Budgetdefizits ernst genommen werden.

Ungarn ist nicht nur flach. Das gilt für Ungarn. Und wie. Ungarn ist nicht nur das flache Land, wo ein Storch auf Froschjagd schon ein Aussichtspunkt wäre, ließe er sich besteigen. Wo in Debrecen eine gewaltige evangelische Kirche steht, und vor dieser

Masse muss man kapitulieren und sich ein wenig auf die leider sehr komplizierte konfessionelle Geschichte Ungarn einlassen. Ein Glück, dass sich das nicht weniger komplizierte Siebenbürgen ausgliedern lässt. Wer sich in den Dreikampf der Ungarn gegen Türken und Österreicher vertieft, der ein politischer Machtkampf war, aber auf österreichischen Seite auch ein religiöser, weil gerade Gegenreformation war. Und der Ausgang zeigte, dass die Ungarn machtpolitisch nicht zu biegen waren, und daher auch nicht konfessionell. Die Habsburger mussten hier kleinere Brötchen backen als in Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg. Vielleicht ist der Nichttotalsieg in Ungarn eine wichtige Tiefenwurzel dafür, dass mit Ungarn der nationale Ausgleich 1867 gelang, der mit den Tschechen hingegen letal scheiterte.

Keine Diät in Geschichte

Auch in der ungarischen Geschichte wäre Diät fehl am Platz. Viel Geschichte muss gegessen werden, bis der Blick gerundet wird. Vor einer Gindelpalatschinke und vor einem Teller Somloer Nockerln – keine Rezeptdetails, sie sind ein Kalorienhorror – muss man sowieso auf jede Form der Diät verzichten. Nicht einmal die ungarische Puszta hat so viele Kilometer, dass die Kalorien beim Durchwandern verbraucht werden könnten. Etwas Ironie passt hier dazu. Die Ungarn kamen aus der Gegend, die heute Zentralasien heißt. Von dort kommen auch die Türken. Die Ungarn bewiesen, dass Europa ein Ziel sein kann, dass erreicht werden kann. Im 9. Jahrhundert hätte man jeden Europäer erschlagen, der vorausgesagt hätte, aus den wilden Ungarn könnten einmal geachtete Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Sie sind den Türken nur ein halbes Jahrtausend voraus gewesen. Das ist natürlich eine lange Zeit. Einerseits. Aber Europa, das jetzt gemacht wird, will doch nicht in Jahren, auch nicht in Jahrzehnten gemessen werden. Irgendwie denke ich an Jahrhunderte. Und an das Tempo der Entwicklung: es hat sich beschleunigt seit dem 9. Jahrhundert.

Es ist dem Menschen gegeben, an Jahrhunderte, selbst an Jahrtausende schneller zu denken, als ein Fisch in Narwa daran denkt, an eine Angel zu beißen, während auf dem Bildschirm der estnischen Grenzwaiche die rote Spur hinter dem gelben Punkt

immer länger wird. In der Zeit darf man fast von den Höhlenmalereien in Altamira über die Steine von Stonehenge bis zum Kunsthaus in Graz denken, es muss nur ohne lange Zwischenaufenthalte passieren. Aber auch das neue Europa wird Zwischenaufenthalte kennen. Zum Beispiel jenen birkenholzgetäfelten Zollamtsraum an der Grenze in Narwa. Die Zöllner interessierten sich nicht für Geschichte und

Ideologie. Sie blickten aufmerksam in prall gefüllte Einkaufstaschen, um den Zigarettenschmuggel einzudämmen. Die Bürgerinnen und Bürger mit den Einkaufstaschen interessierten sich auch nicht für Geschichte und Ideologie. Sie wollten heil mit ihrem Gut durchkommen. Beim Zoll ist das heikelste Kerneuropa erreicht und da höre ich lieber auf. Ich muss auch noch öfter durch den Zoll.

Europa als Einheit – Europa als Vielfalt

Wolfgang Mantl

I. Eine neue Phase im Prozess der europäischen Integration

„Europa ist der Glaube, aber auch die Aufklärung.“¹

1. Von der Blockkonfrontation zum „Zeitenbruch“

Europa ist ein Begriff der Hoffnung und ein Begriff der Anstrengung für die Menschen unseres Kontinents, gerade auch für die Jugend. Stets von Neuem ist zu bewundern, wie die Länder Europas bereit sind, mit aller Kraft neue Rahmenbedingungen für Wohlstand und Sicherheit zu entwickeln.

Europa war in der Antike der Mittelmeerraum, für den der Großteil des Kontinents nur den exotischen Rand keltischer und germanischer Wälder bildete. Mit der Völkerwanderung verlagerte sich das Gewicht in einer geopolitischen „Kontinentalverschiebung“ nach Norden und Westen – bis heute spielt dieser Raum als Kerngebiet der sechs EWG-Gründungsstaaten eine besondere Rolle. Abendland und Heiliges Römisches Reich waren jene christlich geprägten Kategorien, mit denen wir die politisch-kulturelle Entwicklung bis in die Neuzeit denkend zusammenfassen. Diese weite Begrifflichkeit aus religiöser Wurzel lebt im kirchlichen Denken – gerade bei Papst Johannes Paul II. – auch heute fort. Europa ist das, was nach mehreren Säkularisierungswellen seit Renaissance, Humanismus und Reformation und vor allem seit der Aufklärung als Ideen- und Gefühlskomplex dem modernen Nationalismus entgegengesetzt werden kann und erst nach dem Zweiten Weltkrieg politische und wirtschaftliche Gestalt erhielt, durch Betonung der Integration und gemeinsamer Werte.

Die katastrophalen beiden Weltkriege mit ihrem hohen Blutzoll werden oft bildhaft als „europäische Bürgerkriege“ bezeichnet. Nach dem Sturz des italienischen Faschismus und des deutschen National-

sozialismus und ihrer Vasallen zogen die Vereinbarungen von Teheran, Jalta und Potsdam eine tiefe Grenze zwischen dem Westen und Osten Europas. Es entstand der kommunistisch von der Sowjetunion dominierte „Ostblock“ und der liberal-pluralistische „Westen“ unter der Führung der USA, mit ihren beiden Militärpakten, dem Warschauer Pakt und der NATO. Nur die Neutralität der Schweiz und dann Österreichs sowie die Sonderstellung des skandinavischen Raumes waren auflockernde Gewichte außerhalb der West-Ost-Konfrontation. Die Friedens- und Wohlstandssehnsucht der Menschen des Kontinents trug jedoch stets den Namen Europa.

Neben der Gründung des Europarats, der heute noch eine wichtige rechtliche und kulturelle Bedeutung besitzt, nicht zuletzt deswegen, weil er einen viel größeren Raum als die EU umfasst, war die Entwicklung, die auf die heutige Europäische Union zustrebte, wohl die bedeutendste. Diese Intensivform der europäischen Integration war ein Prozessmotor der Wohlstandsmehrung (siehe Irland) und auch der Friedenssicherung, zuerst zwischen Frankreich und Deutschland (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl/Montanunion seit 1951). Immer weitere Teile Europas wurden erfasst. Es muss jedoch gesagt werden, dass die Sicherheitsproblematik bis heute eine Schwachstelle der europäischen Einigungsprozesse darstellt.

Eine besondere Bedeutung gewann der „Zeitenbruch“ von 1989/90, der sich durch die Erosion des Kommunismus, den Zerfall der Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien und durch ein teilweises Aufflammen von neu-alten Nationalismen ebenso kennzeichnen lässt wie durch die Vereinigung Deutschlands 1990 und die gesteigerte Dynamik der Europäischen Union. Dabei ist ein immer engeres Ineinandergreifen politischer, wirtschaftlicher und seit Neuestem auch kultureller Bemühungen (nicht zuletzt Nährboden für die Europäische Kulturhauptstadt Graz 2003) festzustellen, während

bei den Sicherheitsbemühungen – wie gesagt – starke Disparitäten in der Verteidigungsbereitschaft und in den tatsächlichen Verteidigungsbemühungen bestehen.

Die großen Gründungszentren des vom Westen her sich ausbreitenden europäischen Integrationsprozesses lagen gleichsam im karolingischen Raum. Bis in unsere Tage hielten sich europäische Zentren in Strassburg, Luxemburg und Brüssel. Graz und die Steiermark befanden sich in einer zeitweise bestürzenden Randlage, die durch Vitalisierungsmaßnahmen verschoben werden sollte. Infolge der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 durch den Beitritt von zehn zum Gutteil postkommunistischen Reformstaaten treten Österreich, Wien und Graz wieder in die Mitte Europas. Durch den Hauptstadtcharakter Berlins erfolgte bereits eine Verschiebung nach Osten. Jedenfalls erwächst auch Wien Konkurrenz in Prag und Budapest.

Die europäische Einigung braucht auch ihre emotionale Grundierung, die stets in der Geschichte und ihren kulturellen Hervorbringungen angelegt ist, damit Europa, dieser Subkontinent Asiens, mit seiner reichen Küsten- und Binnengliederung und seinem gemäßigten Klima, mit seiner Kulturdifferenzierung und Staatsvielfalt nicht nur im Mittelpunkt politischer Entscheidungen, sondern auch lebensweltlicher Bejahung stehen kann und Modernisierungs- und Veränderungsängste gerade älterer Menschen oder Menschen in bedrohten Berufen oder Menschen ohne Sprachkenntnisse überwunden werden.

Europa² ist also Hoffnungs- und Anstrengungsformel zugleich: hoffnungsvolle Anstrengung und angestrenzte Hoffnung auf ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit angesichts einer destruktiv-atavistischen Woge von Terrorismus, Fundamentalismus, Nationalismus und Populismus, aber auch Refugium, wenn schon nicht Ruheplatz angesichts der großen Globalisierungstendenzen.

2. Die europäische Integration vor neuen Herausforderungen

Gerade nach den Terroranschlägen vom Dienstag, dem 11. September 2001, in New York und Washington sowie vom Donnerstag, dem 11. März 2004, in Madrid riefen immer wieder das Problem eines europäischen Sicherheitssystems ins Bewusstsein.

Im Alltagsablauf standen und stehen politische und wirtschaftliche Fragen im Vordergrund, nicht zuletzt in den beiden Konventen zum Europäischen Grundrechtskatalog (Vorsitz: Roman Herzog) und zur Europäischen Verfassung 2002/03 (Vorsitz: Valéry Giscard d'Estaing). Diese Fragen waren auch eingebettet in den Wunsch nach einer Friedens- und Stabilitätsordnung, Kurationsfaktor der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg. Man erhoffte sich Frieden und Stabilität verknüpft mit einer Wohlfahrtsmehrung innerhalb eines multinationalen Marktes in verschiedenen Varianten (EWG, EFTA): Freihandelszone, Zollunion, Gemeinsamer Markt, Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Europäische Union, so sei sie nun einmal ohne juristische Distinktionen in sozialwissenschaftlichem Sprachgebrauch genannt, wurde zum erfolgreichsten Integrationsbeispiel, wohl in der ganzen Welt. Ab Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts entfaltete die europäische Integration nach einer retardierenden Phase, die manche sogar von Eurosklerose sprechen ließ, eine neue Dynamik. Die Europäischen Gemeinschaften wurden zum Fokus der Modernität, zum Motor und Magnet für die damals noch Außenstehenden, zu denen bis in die frühen neunziger Jahre auch Österreich, Schweden und Finnland zählten und die dann nach der Erosion des Kommunismus zu einem Zielpunkt ostmitteleuropäischer Beitrittsbemühungen wurden: ein Ziel, das für einen Gutteil dieses Raumes mit dem 1. Mai 2004 erreicht wird.

Die Geschichte der europäischen Integration ist bis zur Gegenwart auch eine Geschichte von Glanz und Elend des Funktionalismus. Das muss ganz nüchtern festgestellt werden. Es ist unbestreitbar, dass am Anfang die idealistische Gedankenwelt aus katholischer Wurzel von Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman stand. Dieser Idealismus begnügte sich durch lange Zeit mit den unbestreitbaren Friedens- und Wirtschaftserfolgen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Freilich steht funktionale Legitimation immer unter Erfolgszwang, was gerade Rat und Kommission vor stets neue Herausforderungen stellte. Dieser legitimationsbegründende Erfolgszwang in einem „wetterfesten“ Gebäude der Effektivität und Effizienz ist output-orientiert und bedarf der akzeptierten Leistung. Freilich traten – auch unter wachsenden Demokratieforderungen – Schwierigkeiten als Effektivitäts- und Effizienzverluste der EU nach dem Abgang des „großen“,

die Integration vorwärtstreibenden Kommissionspräsidenten Jacques Delors unter seinen Nachfolgern Jacques Santer und Romano Prodi auf und wurden im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen.

Der „Zeitenbruch“ von 1989/90 war zuerst von einem unerhörten, geradezu enthusiastischen Optimismus getragen, von der Hoffnung, dass auch das vom Kommunismus befreite Europa unmittelbar in eine neue Wertewelt, etwa in die „civil society“ einer rechtsstaatlichen Demokratie führen würde.³ Das „forte“ anfänglicher Begeisterung wich dem „piano“ allmählicher Ernüchterung. Nichts zeigte dies besser als unser Kongress über die „Neuordnung Europas“ im Schloss Stainz vom 13. bis 15. September 1990. Hier war der Aufbruch durch die Anwesenheit der Protagonisten des Wandels von Wladislaw Bartoszewski, über Jan Čarnogurský und Lojze Peterle bis zu Zvonimir Šeparović zu spüren, wenn sich auch die erste Abkühlung des Enthusiasmus seismographisch meldete.⁴

3. Aus der Tiefe der Geschichte

Sobald in diesen Tagen die europäische Integration in eine neue Phase der Erweiterung tritt, so ist dies auch eine Wertfrage. Es darf letztlich nicht verwundern, dass es in einer pluralistischen Welt zu Auseinandersetzungen, gerade etwa in der Präambelfrage von Verfassungstexten, kommt und dass es bedauerlicherweise so etwas wie ein Wegretuschieren von europäischen Traditionen gibt, ohne die Europa nur ein Torso oder ein mit blasser Schrift versehenes Papier bleibt.

Wenn wir Europa ernst nehmen, so schimmern aus der Tiefe der Geschichte Traditionen durch, die Europa ein unverwechselbares Profil der Einheit in der Vielfalt geben: Jerusalem, Athen und Rom, griechisch-römisches und jüdisch-christliches Erbe, Sacrum Imperium, Aufbruch in die Neuzeit, auch mit dem Entstehen der Nationalstaaten. In Wissenschaft und Kunst in Gestalt des Humanismus und der Renaissance, im religiösen Bereich in der evangelischen Reformation mit ihrer großen Wortkultur, aber auch in der katholischen Reform mit ihrer leuchtenden Pracht in Architektur und Musik. Historische Verkürzungen in Kauf nehmend, muss auf den erhellenden, oft schmerzlichen Prozess der Aufklärung hingewiesen werden, die eine Tochter des

Judentums (Haskala) und des Christentums ist, eine störrische Tochter, aber doch eine Tochter. Dieses Aufklärungselement fehlt weitgehend im neueren Islam, der in seiner politischen Ausprägung als Islamismus gerade in einer antiaufklärerischen, anti-modernistischen Haltung seine Identität sucht. Und Aufklärung bedeutet mit dem Bild des Lichtes und der Erleuchtung Mündigkeit, Autonomie, Toleranz und Fortschritt durch Vernunft, durch freie Wissenschaft und Kunst. Freilich auch eine zupackende Eroberung der Welt mit immanenter Zerstörungskraft, abgesetzt von einem als finster verstandenen Mittelalter. So nimmt es nicht wunder, dass die erste Gegenbewegung, die europäische Romantik, ganz bewusst wieder auf das Mittelalter in seiner christlichen Gestalt zurückgriff (Friedrich Novalis, Friedrich Schlegel uva.). Hier wurde auch das Wort „Abendland“ zu einem Identifikations- und Kampfbegriff. Jedenfalls ist die Aufklärungswelt der letzten 250 Jahre mit ihren bürgerlichen Revolutionen und Reformen, aber auch mit ihrem immer noch aus den religiösen Tiefen der alteuropäischen Welt stammenden Nährboden, ein Weg zur „liberalen Systemkonstruktion“ mit Verfassungsstaat, Menschenrechten, Industrialisierung und Urbanisierung, Liberalismus. Wer die großen Häuser dieser Periode betritt, nicht nur in Wien und Budapest, erkennt diesen Weltgestaltungswillen von Besitz und Bildung. Das Mischungsverhältnis von älteren Traditionen und Aufklärungsnüchternheit ist in den europäischen Kulturräumen verschieden, ebenso der Stellenwert der Religion, nunmehr auch in der EU von Irland und Polen bis zu den Niederlanden und Schweden. Aber auch hier gibt es keine linearen Entwicklungen, sondern immer auch ein Leben aus den humanen Wurzeln offener Religiosität, etwa in der Hospizbewegung oder vielleicht noch farbiger in folgendem Beispiel: Seit einiger Zeit liest der bekannte französische Schauspieler Gérard Depardieu, Sohn eines Analphabeten aus Zentralfrankreich, selbst Schulabgänger mit 13 Jahren, auf Anraten des gegenwärtigen Papstes die „Confessiones“ des Aurelius Augustinus, auch vor Publikum, und zwar mit unerhörtem Massenandrang in Notre Dame in Paris im Februar 2003, aber auch im Sommer 2003 im Amphitheater zu Carnuntum in Niederösterreich. Der Geist weht, wo er will, auch über das bloße Herkommen und die institutionelle Routine hinaus.

Man mag es wenden, wie man will: Es gibt keinen Anlass zu einem europäischen Wertepessimismus

und einer Selbstghettoisierung der Anhänger der großen Weltreligionen, historisch-faktisch, vor allem der Christen in Europa. Es gibt keine Totalsäkularisierung und noch keine Situation einer wüstenhaften Diaspora. Vor allem sollte es keine Flucht in sektenhafte Resistenz und fundamentalistische Revolte geben.

„Im allgemeinen Verständnis bezeichnet Integration (lat. integratio = Einbeziehung) die Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen oder die Fähigkeit einer Einheit oder Ganzheit, den Zusammenhalt der einzelnen Elemente auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen aufrechtzuerhalten. Integration ist eine empirische Grunderscheinung und analytische Grundkategorie in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.“⁵ Einheit ist in der dynamischen Welt der Moderne nichts Naturwüchsiges, fast Statisches, wie wir – wenn auch in nicht ganz korrekter Verallgemeinerung – das Mittelalter interpretieren. Einheit muss vielmehr stets neu errungen werden, gerade aus einer Welt produktiver, bisweilen konflikthafter, ja sogar destruktiv gesteigerter Vielfalt und Pluralität. Bei der europäischen Integration geht es um Einheitsbildung in Politik, Recht, Wirtschaft, Kultur und Werten.

Vor kurzem erhielt ich die Einladung zu einer Veranstaltung anlässlich des 70. Geburtstages von Alois Mock, dem gestaltenden Hauptträger des Beitrittsprozesses Österreichs zur EU, fiel doch seine Amtsausübung als Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten mit diesem Prozess von 1987 bis 1995 zusammen. Auf der Rückseite dieser Einladung ist eine einfach verständliche lateinische Europahymne abgedruckt, in der diese Einheitsbildung in einem Set von semantischen Wertsignalen sehr schön zum Ausdruck kommt: „Est Europa nunc unita / Et unita maneat / Una in diversitate / Pacem mundi augeat. / Semper regnant in Europa / Fides et iustitia / Et libertas populorum / In maiore patria. / Cives, floreat Europa / Opus magnum vocat vos. / Stellae signa sint in caelo / Aureae, quae iungant nos.“⁶

II. Pluralität innerhalb der Europäischen Union und in Europa insgesamt

„Die Bindekraft einer Tiefenkultur ohne fundamentalistische Ansprüche ...“⁷

1. Pluralität als Positivum

Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die Hoffnung Nachkriegseuropas und auch Europas nach dem „Zeitenbruch“ 1989/90 war auf eine Stärkung der Position der menschlichen Person und der Minderheiten sowie auf eine humane Balance zwischen universaler Menschheitsmoral und partikularer Beheimatung in Region, Land und Nation gerichtet. Der Münsteraner Theologe und Rahner-Schüler Johann Baptist Metz notiert: „Nur die Universalität der Vernunft, die als subjekthafte und solidarische Freiheit zu sich selbst kommen will, garantiert auch authentische Vielheit in unserer Welt.“⁸ Die Vielfalt Europas, gegliedert in Mitgliedstaaten, wobei sich gerade die postkommunistischen Reformstaaten als Nationalstaaten fühlen, hat manchmal zur Behauptung verleitet, dass Europa besser „funktionieren“ würde, wenn überall Englisch als einzige Sprache durchgesetzt sei und die Säkularisierung, also der Rückgang der Bindekraft religiöser, besonders kirchlich gebundener Werte und Normen soweit fortgeschritten wäre, dass eine religionslose und damit notwendigerweise friedliche Welt entstünde. Ich teile diese Position nicht. Das Religiöse ist ein anthropologisches Existenziale. Es kommt darauf an, in welcher Form es sich im individuellen und sozialen Kontext verwirklicht, ob in einer offenen und toleranten oder in einer fundamentalistischen Weise.

Eine Tabula Rasa-Aktion ist kein Befreiungsschlag gegenüber alten Wertkonflikten, sondern eine Verarmung. Ich bin gerade von der Hoffnung erfüllt, dass im Besonderen die Erweiterung Europas trotz all ihrer politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Bereicherung darstellt, gerade für unsere Jugend. Die Pluralität Europas ist zugleich die Basis für neue Lebensentwürfe, die menschliche Leistungen mit schöpferischer Freude vollbringen. Wir dürfen uns nicht aus Angst vor den Herausforderungen in eine geistige Enge, in die Höhlen unserer Vorfäter am Ende der Eiszeit zurückziehen, sondern müssen von Neuem aufbrechen in die Werte der unsicheren, aber freiheitsverheißenden Zukunft.

Gerade ein differenziertes Geschichtsbewusstsein ist Motivation dafür, in der europäischen Vielfalt und Pluralität ein Positivum zu sehen. Der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee spricht von einer „polyphonen Einheit europäischer Kultur“⁹.

2. Österreich

Österreich stellt im 20. Jahrhundert so etwas wie ein soziopolitisches Laboratorium Europas dar. Es musste seinen Weg vom damals bereits reduzierten monarchischen Großstaat des Jahrhundertbeginns zum selbstbewussten Kleinstaat der Jahrtausendwende finden, vom Zerfall einer Großmacht über Identitätsschwäche, Bürgerkrieg und Okkupation der Ersten Republik zur Konkordanz der Zweiten Republik, die ab den neunziger Jahren in einem durch stärkeres Marktvertrauen und wachsenden Abbau der alten aus dem aufgeklärten Absolutismus stammenden politischen Kultur des Etatismus in einem reformerischen Flussmodell, das unter Konkurrenz- und Konfliktraspekten mit einer starken Ökonomisierung einer weiteren, geradezu dramatischen Verwestlichung unterworfen ist, der wohl stärksten seit 500 Jahren, als Maximilian I. durch seine burgundische Heirat eine westliche Expansion vornahm. Zwischen intellektuellen Zeichen von Austromasochismus und populistischen Zügen von Austrochauvinismus gibt es doch eine kräftige und solide Mittellage eines Österreichischbewusstseins patriotischer Prägung, das gerade durch verschiedene Legitimitätsstützende Wurzeln ziemlich krisenfest ist.¹⁰

1995 konnte Österreich die 50-Jahr-Feier seiner Zweiten Republik begehen und seine Mitgliedschaft in der EU beginnen. 1996 galt es, sich seiner tausendjährigen Geschichte zu erinnern. 1998 übernahm Österreich den turnusmäßigen Vorsitz im Europäischen Rat. Dann kam der Schock des Jahres 2000 der politischen, heute überwiegend als rechtswidrig beurteilten Verhängung der sogenannten „EU-Sanktionen“ als bilaterale Maßnahme anlässlich der Bildung einer schwarz-blauen Koalition nach der langen Periode schwarz-roter und rot-schwarzer Konkordanz unter Ausgrenzung der FPÖ. Ich qualifiziere diese EU-Sanktionen als rechtswidrige Rechtsumgehung, als einen Akt ohne Kompetenzgrundlage. Das rief in Österreich mehr als eine „Frühstückserregung“ beim Durchblättern der Zeitung hervor: Das war ein „Keulenschlag“!

Die neue Regierung war ein Verhandlungserfolg des hochprofessionellen Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel, aber auch des jetzigen Ersten Präsidenten des Nationalrates, Andreas Kohl. Die schwarz-blaue Bundesregierung ist sowohl durch Legalität als auch

durch Legitimität gekennzeichnet. Sie war verfassungsgemäß zustande gekommen und rechtfertigte sich als eine Regierung der rechten, je eben nicht extremistischen Mitte. Österreich blieb ungeschmälert eine demokratische Republik mit bundes- und rechtsstaatlicher Struktur (samt ausgebautem Menschenrechtsschutz und traditionsreicher Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit) und ein Land der Sicherheit. 2003 kam es mit einer Kräfteverschiebung hin zur ÖVP zu einer Neuauflage dieser Konstruktion.

Die erwähnten EU-Sanktionen flachten ab Ostern 2000 ab und führten schließlich nach längeren Bemühungen, einen Ausweg zu finden, am 12. September zu ihrer Aufhebung nach Vorlage eines Expertenberichts, des sog. „Weisenberichts“. Das Bewusstsein, ungerecht behandelt zu werden, wurde nicht zuletzt dadurch gesteigert, dass in der Folge ein ganz anderes Verhalten der Europäischen Union gegenüber der noch viel fragwürdigeren Regierung Silvio Berlusconis und des durchaus auch fragwürdigen ersten Kabinetts von Jan Peter Balkenende in den Niederlanden im Bündnis mit der Pim Fortuyn-Partei erfolgte. Die Mächtigen und Etablierten wurden anders behandelt als der Neuankömmling Österreich. Eine bedauerliche Folge war der Rückgang der Europabegeisterung, nicht zuletzt bei der Jugend dieses Landes.¹¹

3. Mitteleuropa

Im „Zeitenbruch“ 1989/90 war erstaunlich wenig von „Mitteleuropa“ (auch nicht in der nüchternen Terminologie von „Zentraleuropa“) die Rede. Vielleicht war es gerade die Erfüllung vieler Hoffnungen, die den Mitteleuropabegriff seines Sehnsuchts- und Erwartungspotenzials entkleidete? Vielleicht hing die besondere Strahlkraft der Mitteleuropaidee damit zusammen, dass sie vor dem Zeitenbruch die erwartungsvolle Kristallisation des Neubeginns war, seine Vorahnung. Der Begriff Mitteleuropa konnte dies nicht zuletzt deswegen leisten, weil er keine politisch aufgeladene organisatorisch-institutionelle Verdichtung und Fixierung aufwies. Personen waren besonders wichtig wie Erhard Busek und in Südosteuropa Josef Krainer, der wahrscheinlich bedeutendste aus den Regionen ohne Bundesorganfunktion wirkende Außenpolitiker der Zweiten Republik.

Seit den Napoleonischen Kriegen tritt der Begriff Mitteleuropa als Ordnungsproblem des Alpen- und Donauraumes samt seinen Randgebirgen sowie den nördlichen und östlichen Ebenen auf, jeweils eng verknüpft mit der sog. deutschen und russischen Frage. Mitteleuropa war getragen von der Erwartung einer „blocktranszendenten Interessengemeinschaft“.¹² Die „neuen“ Mitteleuropäer, durchaus nicht zu verwechseln mit schwarz-gelber Nostalgie, waren sich nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki 1975 durchaus als Erben historischer Konfigurationen bewusst. Es überwog jedoch ein aus dem Kulturellen gespeistes Gefühl aktueller Zusammengehörigkeit, das jenseits der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Konstruktionen jeweils eine Zusammenarbeit ermöglichte. Gerade dies ist auch die grundlegende Philosophie der Kooperation mit jenen Staaten, die noch nicht Mitglied der Europäischen Union waren und sind.

Jedenfalls ist dieses Mitteleuropa ein Symbol für liberale Weltläufigkeit und Gegenbild zu Provinzialismus, Kleinkariertheit und Marginalisierung. Es ist eine geschichtsträchtige Kulturidee, gerade zur Belebung von Peripherie, wodurch Begegnung und Bewegung ermöglicht werden sollen. Gerade eine nicht politisch überfrachtete kulturelle Wir-Formel ermöglichte das Überschreiten jedes beengenden rechtlichen Raumes.

Darüber hinaus wurde Mitteleuropa gerade auch in Österreich als eine Kurzformel für eine pragmatische Nachbarschaftspolitik über die Blockgrenzen hinweg verstanden, aber auch ohne Einbeziehung der jeweiligen Hauptstädte mit einer sektoralen Konzertierung des Vorgehens zwischen Regionen, womit ein gemeinsames Vorgehen auf der Grundlage einer Interessenhomogenität und eines gemeinsamen Lebensgefühls erreicht wurde. Es geschah meist durch informelle metarechtliche Konsultationsprozesse in bestimmten Sachbereichen (Kultur, Sport, Jugend, Verkehr und Wirtschaft). Mitteleuropa ist ein EU-kompatibler Begriff eines transnationalen Regionalismus. Gerade die Steiermark und Graz waren hier initiativ. Mitteleuropa sollte ein Gegenbild gegen Isolationismus sein. Der kulturelle Charakter setzt sich in Vorstellungen etwa von einer Zukunftsregion Südosteuropa fort, in der es eben noch nicht durchgängige EU-Konstruktionen gibt. Auch nach der Beitrittswelle vom 1. Mai 2004 bewahrt die Mitteleuropa-Idee ihre kulturelle Strahlkraft.

4. Europa insgesamt

Selbst nach der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004, der noch viele politische, rechtliche und wirtschaftliche Schwierigkeiten einer nicht immer als positiv empfundenen Vielfalt enthält, wenn man etwa an das Wohlstandsgefälle¹³ denkt, ist nicht Europa insgesamt erfasst. Wir gehen hier nur von der konventionellen Vorstellung eines Europa vom Atlantik bis zum Ural aus, wissen aber, dass hierbei schon ganz schwierige Grenzprobleme auftauchen.

Es gibt die erweiterte EU mit ihrer Modernisierungswucht, die reichen Außenstehenden (Schweiz, Norwegen, Island) und die Übrigen vor den Toren, sei es im ex-jugoslawischen Raum oder auch das in sehr problematischen alten Herrschaftsstrukturen verharrende Weißrussland und die gleichsam am Dnjepr entlang in eine prowestliche Westukraine und eine russophile Ostukraine zerfallende Ukraine. Schließlich Russland selbst. Meine Gastvorlesungen in Lemberg zeigen mir immer wieder, dass die Westukraine, das ehemalige österreichische Kronland Galizien und Lodomerien, eine starke West- und Europaorientierung aufweist. Meine Studenten fahren mit dem Nachtzug nach Kiew, um mit der Gitarre in der Hand für Europa zu werben, eine wirklich berührende Aktivität.

Damit erschöpfen sich die Probleme keineswegs, die zum Teil in den nächsten zehn Jahren in einer wichtigen Phase der Annäherung, die sich gerade im Sicherheitsbereich (NATO-Kontakte) abzeichnen, wobei multi- und bilaterale Vereinbarungen eine Rolle spielen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass in diesen Bereichen neben der Wirtschaft (Landwirtschaft, alte Industrien) die Sicherheitsfragen eine große Rolle spielen und dass in diesem Raum neben dem Englischen geradezu kontrafaktisch gegen die blutige Geschichte des vergangenen Jahrhunderts das Deutsche eine Wiederaufwertung erfährt.

Bei all diesen Betrachtungen, wobei der Entwicklungsstatus von Rumänien, Bulgarien und Moldawien nicht im Detail diskutiert werden kann, bleibt das große Problemfeld Türkei, die sich nach einer großen historischen Expansion und einem großen historischen Rückzug zu drei Prozent auf den europäischen Kontinent erstreckt. Die Binnenvielfalt der Türkei zwischen der dem Säkularismus Kemal Atatürks folgenden Oberschicht, nicht zuletzt ist auch das Militär Träger des Kemalismus, und den in anderen Gefühlswelten lebenden Landbevölkerung

Anatoliens mit einem großen Bevölkerungswachstum stellt eine bisher ungelöste Herausforderung dar, die weit über die Kalküle atlantischer Staatskanzleien hinausreichen. Dazu kommt noch die ganze Krisenregion Mittelmeer, die aus dem Maghreb einen unerhörten Bevölkerungsdruck auf die mediterranen Staaten ausübt. 50 % der Bevölkerung Algeriens ist noch nicht 15 Jahre alt, während Europa sich immer stärker auf eine demographische Umkehr der Altersstruktur mit einer großen Zahl der über 60-Jährigen hinbewegt.

5. Zukunftsaspekte

Der jüngst über hundertjährig verstorbene deutsche Philosoph Hans-Georg Gadamer schrieb als 85-Jähriger: „Nur wo Stärke ist, ist auch Toleranz. Die Duldung des Anderen bedeutet durchaus nicht, dass man sich seines eigenen unaufgebbaren Seins nicht voll bewußt wäre. Es ist vielmehr die eigene Stärke, vor allem die Stärke der eigenen Existenzgewißheit, die zur Toleranz fähig macht. Übung in solcher Toleranz, wie sie vor allem im christlichen Europa auf leidensvolle Weise erbracht worden ist, scheint mir für größere Aufgaben, die auf die Welt warten, eine gute

Vorbereitung.“¹⁴ Das Schwierige selbst spiegelt – dies ist altes aristotelisches und thomasisches Gedanken- gut – und steigert sich im schwierigen Anderen.

Diese Fragen werden nicht nur in den Parlamenten und Regierungen, auch nicht in den Konzernzentralen, ja auch nicht in den Universitäten entschieden. So wichtig sie alle sind, wir werden gerade im Bedrohungsszenario des Terrors zur Kenntnis nehmen, wie wichtig und wie schwer zu lösen Wert- und Sicherheitsfragen sind. Politische, rechtliche und wirtschaftliche, ja wissenschaftliche und künstlerische Übereinkommen lassen sich mit einigem guten Willen finden. Alles andere ist einem langsamen Systemwandel unterworfen und erfordert Generationen.

Österreich hat sich entschlossen, an diesen Prozessen teilzuhaben. Zuerst mit großer Begeisterung, jetzt eher skeptisch. Aber wir können uns nicht „wegducken“. Unsere räumliche Kleinheit darf keine geistige Schrumpfung zur Folge haben. Gerade die EU-Erweiterung bietet die Chance einer Regeneration Österreichs, ja geradezu, ohne in nationalistischen Planungsfuror zu verfallen, einer Rekonstruktion Österreichs und seiner Länder, immer wieder um die Balance und die Optimierung von Einheit und Vielfalt ringend.

- 1 Dolf Sternberger: Komponenten der geistigen Gestalt Europas. In: Merkur, 34 (1980), 236.
- 2 Ganz bewusst sei nur die Morgenfrische europäischer Literatur verschiedener Disziplinen in einer sehr persönlichen Auswahl vorgestellt: Hans-Georg Gadamer: Das Erbe Europas. Beiträge. 2.A., Frankfurt/Main 1990. – Josef Isensee (Hg.): Europa als politische Idee und als rechtliche Form. 2.A., Berlin 1994. – Heinrich P. Kelz (Hg.): Die sprachliche Zukunft Europas. Mehrsprachigkeit und Sprachenpolitik. Baden-Baden 2002. – Politische Kultur, Demokratie und christliche Werte in Europa. Situationen – Herausforderungen – Orientierungen. Ausgewählte Beiträge der Konferenzen in Cadenabbia 1997 – 1998 – 1999. Rom 2001. – Michael Mitterauer: Warum Europa? Mittelalterliche Grundlagen eines Sonderwegs. München 2003. – Werner Ogris: Elemente europäischer Rechtskultur. Rechtshistorische Aufsätze aus den Jahren 1961 – 2003. Wien-Köln-Weimar 2003. – Thomas Oppermann: Europarecht. Ein Studienbuch. 2.A., München 1999. – Wolfgang Schmale: Geschichte Europas. Wien-Köln-Weimar 2000. – Richard Schröder: Europa – was ist das? In: Zeitschrift für Rechtsphilosophie, 1 (2003), 26-30. – Viele der Charakteristika Europas hat Max Weber in seiner Vorbemerkung zu seiner Religionssoziologie zusammengestellt: Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I. 4.A., Tübingen 1947, 1-16.
- 3 Civil society wurde damals noch nicht so sehr wie heute als das Aktionsfeld der Non Governmental Organisations (NGOs) aufgefasst, sondern eher als der uns vertraute pluralistische Verfassungsstaat.
- 4 Die Ergebnisse dieses Treffens einschließlich der zukunftsfreudigen „Erklärung von Stainz“ wurden dokumentiert: Wolfgang Mantl (Hg.): Die neue Architektur Europas. Reflexionen in einer bedrohten Welt. Wien-Köln-Graz 1991.
- 5 Dieter Nohlen: Integration. In: Ds. (Hg.): Kleines Lexikon der Politik. 2.A., München 2002, 208.

- 6 Einladung zum Europa Kommers der CV-Mutterverbindung Mocks, Norica am 8. Mai 2004, Rückseite der kartonierten Einladung.
- 7 Ralf Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. München 1994, 8.
- 8 Johann Baptist Metz: Zur Rettung der Vernunft. Der Geist Europas und der Geist des Christentums. In: Süddeutsche Zeitung, 27./28. Oktober 1990, Feuilleton-Beilage.
- 9 Josef Isensee: Nachwort. Europa – die politische Erfindung eines Erdteils. In: Ds. (Hg.), Europa, 106 (Anm. 2). – Isensee spricht in diesem Aufsatz auch positiv von einem „Pluriversum der Staaten“ (104). Er sieht die subtile Ursache in der Subjekthaftigkeit der menschlichen Person: „Europa ist der Standort des Subjekts, das die Welt erkennt, vermisst und einteilt, sie mit dem Netz seiner Kategorien überzieht und sie seinen Kategorien unterwirft.“ (113). Und er extrapoliert seine Vorstellungen in die Gegenwart der europäischen Integration, die für ihn den „Charme des Unfertigen“ (127) aufweist, der nach immer weiteren Mitgliedern und Ausgestaltungen ruft, wobei Isensee dann – stärker, als ich es tue – die Warnung vor einer Unifizierungsmanie ausspricht. „Der Idee der europäischen Einheit korrespondiert nicht der Status des Einheitseuropäers, denn Europa lebt nur in der Vielheit seiner Völker.“ (137). Dieser Wunsch hat ja auch zur Betonung der Subsidiarität in den neueren gemeinschaftsrechtlichen Dokumenten geführt. Dieser politischrechtliche Begriff musste freilich erst in den angelsächsischen Raum „hineinübersetzt“ werden: Er soll sich in den älteren Ausgaben des Oxford Dictionary nicht gefunden haben.
- 10 Dazu in überzeugender Vielfalt auch die altösterreichische Entwicklung berücksichtigend: Ernst Bruckmüller: Nation Österreich. Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse. 2.A., Wien-Köln-Graz 1996.

- 11 Aus der inzwischen ziemlich umfangreichen Literatur zur Situation Österreichs in der Europäischen Union seien beispielsweise angeführt: Erhard Busek/Martin Schauer (Hg.): Eine europäische Erregung. Die „Sanktionen“ der Vierzehn gegen Österreich im Jahr 2000. Analysen und Kommentare. Wien-Köln-Weimar 2003. – Michael Gehler/Anton Pelinka/Günter Bischof (Hg.): Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft. Wien-Köln-Weimar 2003. – Ferdinand Karlhofer/Josef Melchior/Hubert Sickinger (Hg.): Anlassfall Österreich: Die Europäische Union auf dem Weg zu einer Wertegemeinschaft. Baden-Baden 2001.
- 12 György Konrád: Der Traum von Mitteleuropa. In: Erhard Busek /Gerhard Wilfnger (Hg.): Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents. Wien 1986, 96.
- 13 Vgl. die Analyse „Zwischen reich und arm steht es 20:1. Das Wohlstandsgefälle in Europa ist enorm, vor allem von West nach Ost. Doch die EU-Beitrittsländer holen stark auf.“ In: Kleine Zeitung, 7. April 2004, 30 f.
- 14 Gadamer, Erbe, 59 (Anm. 2). An einer anderen Stelle bemerkt Gadamer zu diesem Thema: „Mit dem Anderen leben , als der Andere des Anderen leben, diese menschliche Grundaufgabe gilt im kleinsten wie im größeren Maßstab. Wie wir als der Eine mit dem Anderen leben lernen, wenn wir aufwachsen und ins Leben treten, wie man sagt, so gilt das offenbar auch für die großen Verbände der Menschheit, für die Völker und Staaten. Hier mag es ein besonderer Vorzug Europas sein, daß es mehr als andere Länder hat lernen können und hat lernen müssen, mit anderen zu leben, auch wenn die anderen anders sind.“ (30).

Achtung vor der Differenz

Hermann Miklas

Der Ausspruch Willy Brandts angesichts des Falles der Berliner Mauer ist seither wohl hundertfach zitiert worden: Jetzt kann wieder zusammenwachsen, was zusammen gehört! – Brandt hat damals natürlich nur von Deutschland gesprochen, sein Diktum aber hat man inzwischen oft auch auf das zusammenwachsende Europa insgesamt bezogen. Und es ließen sich Wetten darüber abschließen, dass das Wort vom Zusammenwachsen, was zusammen gehört auch am 1. Mai 2004 von etlichen Rednern und Kommentatoren neuerlich in den Mund genommen werden wird.

Gemeinsame europäische Identität?

Doch so einfach ist die Sache nicht. Im Lauf seiner langen Geschichte hat es zwar so manchen Staatenbund und so manches Großreich von wahrhaft europäischer Dimension gegeben: Das Römische Reich, das Karolingische Imperium, das Heilige Römische Reich deutscher Nation, die Habsburgermonarchie, das NATO-Bündnis oder den Warschauer Pakt, um nur einige zu nennen. Doch jede dieser Vereinigungen hatte völlig andere Grenzen; sie haben teilweise über Europa hinausgegriffen und teilweise Europa durchschnitten. Niemals in seiner Geschichte aber war Europa als Ganzes in irgendeiner Form vereint – und wird es bekanntlich auch nach dem 1. Mai 2004 bis auf weiteres nicht sein. Sollte eines Tages jedoch die Türkei als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden – und in weiter Ferne womöglich auch einmal Russland – sollte also Europa tatsächlich jemals vollständig zusammenge wachsen sein, dann wird ab demselben Tag die politische Größe Europa wieder weit über die geographische Größe Europa hinausragen. – Kurz: Es ist gar nicht so einfach zu definieren, worüber wir überhaupt sprechen, wenn wir Europa sagen. Und auf welche historischen Gemeinsamkeiten man sich

beim Vereinigungsprozess Europas eigentlich beziehen kann bzw. beziehen soll.

Europa ist der kleinste unter den fünf (bzw. sechs) Erdteilen – aber auch jener mit der größten Pluralität auf engstem Raum.

- Hier werden über zwanzig verschiedene Sprachen gesprochen – und diese gehören ihrerseits wieder mindestens fünf verschiedenen Sprachfamilien an: der finnisch-ugrischen, der germanischen, der griechischen, der romanischen und der slawischen. – Zusammenwachsen, was zusammen gehört?
- Ähnlich verhält es sich mit dem religiösen Sektor. Wohl gibt es einen gemeinsamen Nenner, dass nämlich ab dem zweiten Jahrtausend Europa praktisch geschlossen dem Monotheismus verpflichtet war; doch darüber hinaus könnte die Vielfalt kaum größer sein. Da gab es an den südöstlichen Rändern von Anfang an starke islamische Einflussgebiete; da war – und ist – durch Jahrhunderte (als Religion ohne eigenes Territorium) das Judentum beheimatet und über den gesamten Erdteil verbreitet. Und die zahlenmäßig am stärksten vertretene Religion des Kontinents, das Christentum, hat sich zunehmend in unterschiedliche Konfessionen aufgespalten. Spätestens seit 1555 wurden die konfessionellen Sphären dann auch geographisch zugeordnet: der Katholizismus im Wesentlichen dem Süden, der Protestantismus dem Norden, die Orthodoxie einerseits der griechischen, andererseits der slawischen Welt und der Anglikanismus den britischen Inseln (auch hier seien wieder nur die Konfessionsfamilien herausgegriffen, die tatsächliche Zahl der christlichen Konfessionen liegt ja noch um vieles höher). Erst durch die starken Migrationsbewegungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts geriet diese geographische Zuordnung dann im großen Stil in Auflösung, ohne damit schon völlig obsolet geworden zu sein. – Zusammenwachsen, was zusammen gehört?

Gemeinsames europäisches Erbe

Die zahlreichen Versuche, das gemeinsame europäische Erbe von einem wie auch immer definierten „Kerneuropa“ her abzuleiten, müssen ebenfalls unbefriedigend bleiben; denn alles, was solcherart außerhalb des jeweiligen Definitionsbereiches zu liegen käme, würde (auch wenn es vielleicht nicht dem Hauptstrang europäischer Identität zuzurechnen wäre) dennoch unbestreitbar europäisch bleiben.

Und doch gibt es so etwas wie ein gemeinsames europäisches Erbe und eine gemeinsame europäische Identität. Allerdings gehört es zu ihren genuinen Wesensmerkmalen, dass sie kein in sich geschlossenes, nach außen hin abgeschottetes System darstellen: Wie die durchwachsene religiöse Landkarte, so setzt sich auch die Landkarte der europäischen Identität insgesamt aus Mehrheits- und (unverzichtbaren!) Minderheitsschattierungen zusammen – wie beim politischen bzw. geographischen Raum des Kontinents sind die Grenzen dessen, was noch zur europäischen Kultur zu zählen ist, nicht eindeutig festgelegt, sondern ausgefranst – und wie bei der Fleckerlteppich-artigen nationalen bzw. semantischen Landkarte zeichnet sich die europäische Gesamtidentität vor allem durch eine Einheit in der Vielfalt aus.

Insofern gibt der vor einigen Jahren in der deutschen CDU geprägte Begriff der Leitkultur etwas strukturell sehr Richtiges auf prägnante Weise wieder: Europäische Identität definiert sich zwar durch eine ziemlich eindeutige Leit- bzw. Grundausrichtung – bei einer aber größtmöglichen Bandbreite, ja sogar Heterogenität im einzelnen. Problematisch würde der Begriff der Leitkultur erst dort, wo man ihn exklusiv für eine ganz bestimmte Tradition vereinnahmen würde.

Generell aber lässt sich m.E. formulieren, dass europäische Identität im Wesentlichen auf drei gewachsenen Schichten basiert:

- auf der griechisch-römischen Kultur, insbesondere in Bezug auf ihren Humanismus sowie in Bezug auf ihre philosophischen und juristischen Traditionen;
- auf dem Monotheismus, insbesondere in seiner jüdisch-christlichen Ausprägung und
- auf der gemeinsamen Erfahrung, durch den Schmelztiegel der Aufklärung gegangen zu sein.

Grund- und Menschenrechte

Dieses mehrschichtige Erbe bildet die entscheidende Grundlage für die nach 1945 formulierten Menschenrechte, die heute wohl als das gemeinsame Zeugnis europäischer Identität – und somit auch als Grundausrichtung europäischer Leitkultur – gelten können. Ihre besondere Stärke liegt darin, dass sie sowohl begründungsoffen, wie auch begründungsbedürftig sind: Sie bieten selbst keine weltanschauliche Begründung, sind daher nicht auf eine bestimmte Ideologie festgelegt, bedürfen für ihren Rezeptionsprozess aber jeweils der gründlichen philosophisch/theologisch/ethischen Reflexion.

Inwieweit sich auch der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Blüte stehende Materialismus (kapitalistischer und marxistischer Ausprägung) zu einer identitätsstiftenden Schicht europäischer Identität herauskristalisieren – oder als bloße Episode zu einer Fußnote der Geschichte absenken – wird, ist heute noch schwer voraus zu sagen. Um mit Tante Jolesch zu sprechen: Gott mög' abhiten, dass diese Geisteshaltung Europa auf Dauer allzu nachhaltig prägt. Doch ist der Materialismus nun einmal zu einem Teil unserer Geschichte geworden. Und mit C.G. Jung ist festzuhalten, dass es gilt, auch die Schatten der Vergangenheit in die jeweilige Gegenwarts-Identität zu integrieren. Überdies war die Vorstellung eines gemeinsamen Marktes (als Ausfluss materialistischer Wertvorstellungen) zweifellos einer der entscheidendsten Beweggründe (wenn nicht sogar der entscheidendste Beweggrund überhaupt) für den europäischen Einigungsprozess. Historische, kulturelle, philosophische oder weltanschauliche Gemeinsamkeiten allein hätten niemals ausgereicht, um zusammenzuwachsen zu lassen, was zusammen gehört.

Die noch spannendere Frage allerdings ist für mich jene nach der Prägekraft, die dem Materialismus nachfolgen wird. Wird sie sich vorwiegend aus geistesgeschichtlichen Importen aus anderen Erdteilen speisen? Oder aber wird das zusammenwachsende Europa eine solche Dynamik entfalten, dass es auf der Basis des Gewachsenen aus sich heraus noch einmal etwas ganz Neues, Eigenes, hervorbringen kann? – Mit dieser Frage aber habe ich wohl schon (zu) weit in die Zukunft hinausgegriffen. Vorerst gilt es, als europäische Hausaufgabe das Naheliegende korrekt zu bewältigen. Nämlich die Integration der

vielen, unterschiedlichen Mentalitäten in einem großen gemeinsamen Haus, dem Haus Europa.

Die christliche Ökumene als Modellfall

Für unbedarfte Beobachter mag es gelegentlich schwer verständlich sein, warum die innerchristliche Ökumene – nach euphorischen Anfängen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts – mittlerweile ein eher mühsamer Prozess geworden zu sein scheint. Man übersieht dabei leicht, dass es im Kern weniger um theologische als vielmehr um sozio-psychologische Fragen der Identität geht: Als Kirchen haben wir erkannt, dass im Bereich des Glaubens die „Verortung“ des Menschen in seiner jeweiligen konfessionellen Heimat etwas Wichtiges ist. Dabei spielen vor allem auch sekundäre Merkmale (vertraute Sitten, Riten, Zugänge und Lebenshaltungen...) eine große Rolle, deren Wurzeln in der Regel bis in die Kindheit zurückreichen und dementsprechend tief gehen. Die Verwurzelung in so tief emotionalen Schichten ist eben nicht einfach durch eine oberflächlichere Allerwelts-Religiosität zu ersetzen.

Darum ist es nur folgerichtig, dass nach der ersten großen ökumenischen Phase – der Wiederentdeckung des Gemeinsamen nach Jahrhunderten der konfessionellen Spaltungen – auch eine zweite folgen musste: Die Phase der Neubesinnung auf die je eigene Identität sowie die interessierte Entdeckungsreise in die Welt fremder religiöser Mentalitäten. Wir merken als christliche Kirchen, dass sich solche Entdeckungsreisen allerdings als wesentlich komplexer erweisen als ursprünglich angenommen. Sie erfordern viel Zeit, ein sensibles Hinschauen und Zuhören sowie ein Höchstmaß an Einfühlungsvermögen. Es gilt, Unterschiede auch respektvoll stehen zu lassen und die Vielfalt als Reichtum zu erkennen. Wenn man versuchen würde, hier vorschnell einheitliche Muster aufzuoktroyieren, wäre nichts gewonnen, aber viel an Gewachsenem entwurzelt. Und viel an schon gewonnenem Vertrauen wieder verspielt. Man spricht daher vom Übergang von der „Konsensökumene“ zur „Differenzökumene“.

Zweifellos gibt es auf dem Weg des ökumenischen Aufeinander-Zugehens gelegentliche Rückschläge und mancherlei gegenseitige Irritationen. Insgesamt aber darf man ohne Übertreibung sagen, dass die Kirchen nicht nur Pioniere auf diesem Weg sind, sondern auch die ersten waren, die die dazu not-

wendigen Schritte ausdrücklich thematisiert und gleichsam systematisch bearbeitet haben. „Ökumene“ ist heute eine eigene theologische Disziplin. Ihr erklärtes Ziel ist übrigens nicht die Einheitskirche, sondern die „versöhnte Verschiedenheit“ der verschiedenen christlichen Traditionsströme.

Vergleichbares leistet im säkularen Bereich vor allem die Ethnologie. Doch wäre zu wünschen, dass die dort gewonnenen Erkenntnisse auch auf politischer, kultureller und mentaler Ebene eine noch stärkere Breitenwirkung entfalten würden. Ein wissenschaftlicher Austausch zwischen Ethnologen und Ökumenikern wäre übrigens nicht nur wegen der strukturellen Analogie der beiden Disziplinen interessant, sondern auch deshalb, weil spätestens seit dem Prinzip des „cuius regio, eius religio“ des Augsburger Religionsfriedens von 1555 nationale und konfessionelle Mentalitäten in Europa oft auf das Engste miteinander verflochten waren.

Die Steiermark als „kleine Welt, in der die große ihre Probe hält“

Die Steiermark liegt, wie der Namensteil „Mark“ schon erkennen lässt, an einer geopolitischen Bruchlinie. Am deutlichsten ablesbar an den Sprachgrenzen: Die Steiermark in ihrer heutigen Form bildet den süd-östlichsten Zipfel des indogermanischen Sprachraums, im Osten an den ungarischen grenzend, im Süden an den slawischen (einst sogar ein Stück in ihn hineinragend) – und im Südwesten ist bekanntlich auch der Beginn des romanischen Sprachraumes keine 100 Kilometer von der steirischen Landesgrenze entfernt.

All dies galt vielen Menschen lange Zeit als Grund, die Grenze zum Süd-Osten Europas hin als eine Art Bollwerk auszubauen. Praktisch immer schon gab es neben – und unter – den dominanten Abgrenzungsbestrebungen aber auch eine kleinteilige Gegenströmung in Form von gelebter guter Nachbarschaft und regem Austausch in der Grenzregion. – Heute jedoch markiert die geopolitische Bruchlinie eine besondere Herausforderung für unser Land. Hier kann das Zusammenwachsen Europas gewissermaßen im Kleinen sichtbar und konkret erfahrbar werden. Hier muss es sich beweisen, ob es gelingt, in Respekt miteinander umzugehen, und ob das Modell der „versöhnten Verschiedenheit“ bzw. der „Einheit in der Vielfalt“ tatsächlich greift.

Eine ganze Reihe von bereits bestehenden Initiativen auf verschiedensten Gebieten lässt für die Zukunft Gutes hoffen. Insbesondere auf dem kulturellen und dem ökonomischen Sektor ist schon vieles an hoffnungsvollen Zeichen gesetzt worden. Dass sich die Grazer Karl-Franzens-Universität in besonderer Weise als wissenschaftlicher Brückenkopf zu Süd-Ost-Europa hin versteht, halte ich ebenfalls für äußerst wichtig. Und dass die Katholisch-Theologische Fakultät in Graz ihren Ökumene-Lehrstuhl schon seit langem mit einem orthodoxen Professor besetzt hat, ist sicherlich beispielhaft. – Auf evangelischer Seite gibt es dazu übrigens (in wesentlich kleinerem Maßstab) das Pendant, dass die Pfarrfrau von Murska Sobota schon seit einigen Jahren an grenznahen steirischen Gymnasien Religion unterrichtet. Und während der kommunistischen Ära Jugoslawiens leitete der slowenische Senior Aleksander Kercmar seine Diözese de facto eine Zeit lang vom Radkersburger Pfarramt aus. – Vielleicht sind es ja gerade diese kleinen, unspektakulären Gesten, die in Summe erst den Geist des gemeinsamen Hauses ausmachen.

Achtung vor der Differenz

Man darf sich nur nicht der Illusion hingeben, als ob der mentale Einigungsprozess Europas mit dem Einzug der neuen Hausbewohner praktisch schon ans Ziel gekommen wäre. Die Liberalisierung des Grenzverkehrs bzw. die Aufnahme neuer Mitgliedsländer in die Europäische Union am 1. Mai ist erst ein erster,

wenn auch ein entscheidender Schritt. Die schwierigsten Prozesse aber liegen noch vor uns. Nach der Phase der ersten Euphorie, in der die (Wieder-) Entdeckung des großen, gemeinsamen, europäischen Erbes im Vordergrund stehen wird, wird es auch die Phase des vertieften Kennenlernens brauchen, während vermutlich auch die Unterschiede wieder deutlicher bewusst werden – und es gelten wird zu lernen, mit der wechselseitigen Fremdheit sensibel umzugehen. Die Differenzen nicht als störend anzusehen, sich von ihnen nicht irritieren zu lassen, sondern sie fruchtbar zu machen.

Es drängt sich das Bild der Gezeiten auf: Ebbe und Flut können lebensbedrohliche, verheerende Auswirkungen nach sich ziehen, wenn man nicht ihre Gesetzmäßigkeiten sorgsam beachtet und sich auf sie einstellt. Die Gezeitendifferenz bewusst genutzt, kann aber auch zur Energiegewinnung verwendet – und somit der Menschheit zum Segen – werden.

Achtung vor der Differenz – diese Überschrift ist von mir mit Absicht in ihrer dreifachen Wortbedeutung so gewählt: Achtung im Sinn von Vorsicht bei einem zu stark werdenden Auseinanderdriften von Mentalitäten – weiters Achtung im Sinn von besonders Acht haben auf kulturelle Differenzen, besonders sensibel und aufmerksam mit ihnen umzugehen – Achtung vor allem aber auch im Sinn von Respekt vor bestehenden Unterschieden. – All dies kann man zwar von Brüssel aus verordnen, gelebt werden aber kann es nur vor Ort. Und deshalb sind wir in der Steier-Mark in besonderer Weise herausgefordert. Herausforderung im Sinn von challenge verstanden, als Aufgabe und Chance zugleich.

Steiermark: Erweiterungsgewinner Nummer eins

Peter Mühlbacher

Wenn mit 1. Mai zehn neue Mitglieder in die EU aufgenommen werden, wird eines der größten Friedensprojekte in der Geschichte Europas Wirklichkeit. Die Teilung Europas ist an diesem Tag endgültig überwunden. Damit entsteht auch ein Wirtschaftsraum mit 500 Millionen Einwohnern und potenziellen Kunden. Im Lissabon-Prozess hat sich Europa zum Ziel gesetzt, der dynamischste und erfolgreichste Wirtschafts- und Wissensstandort der Welt zu werden. Für die Steiermark ist dies eine einmalige Chance, die wir bestmöglich nutzen.

Beitrittsländer sind die Wachstums-Zugpferde europäischer Konjunktur

Das Potenzial dazu ist zweifellos vorhanden, auch wenn manche Beitrittsländer wirtschaftlich noch aufholen müssen. Die aktuellen Konjunkturerhebungen bescheinigen den Beitrittsländern ein „nachhaltig solides Wachstum“. Die Steiermark als unmittelbares Grenzland kann von diesem Aufschwung unserer Nachbarn voll profitieren. Wir rücken erstmals in unserer Geschichte in das Zentrum. Das eröffnet nachhaltige Chancen für die heimische Wirtschaft. Die Steiermark hat sich zur Drehscheibe der Zukunftsregion Süd-Ost entwickelt, die auf eine Initiative von Landeshauptmann Waltraud Klasnic zurückgeht. Diese Zukunftsregion ist der Lebensraum von 17 Millionen Menschen. Schon jetzt engagieren sich steirische Unternehmen massiv in diesem Raum. Die Erweiterung wird dieses Engagement noch verstärken.

Aufgrund der geographischen Nähe und der schon jetzt vorhandenen wirtschaftlichen Verflechtung zählt die Steiermark zu den großen Erweiterungsgewinnern. Man kann sagen, dass die EU-Erweiterung wirtschaftlich bereits vorweggenommen wurde. Für die Steiermark heißt das:

- Die Exportleistung der Steiermark hat sich in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt. Wäh-

rend die österreichischen Warenexporte im letzten Jahrzehnt um rund 106 % stiegen, konnte die Steiermark gleich um beachtliche 157 % zulegen. Einen ganz bedeutenden Markt bildet Mittel- und Osteuropa, dessen Anteil nach stetigen Zunahmen seit der Ostöffnung im Jahre 1989 nun rund 17 % erreichte.

- Eine Studie des Joanneum Reserach über Job-Potenziale durch die EU-Erweiterung zeigt ein Jobpotenzial von bis zu 7.500 Arbeitsplätzen durch die EU-Erweiterung alleine für die Steiermark auf.
- Die Steiermark ist das österreichische Bundesland mit dem größten Anteil an Ziel-2-Gebieten. Von den 1,204 Mio. Einwohnern leben rund 660.773 Einwohner in Ziel 2-Gebieten. Insgesamt stehen für die Steiermark als Ziel 2-Gebiet 215,5 Mio. Euro (vgl. 1995 bis 1999: 151 Mio. Euro) an Strukturfondsmittel für die Programmperiode 2000 bis 2006 zur Verfügung.
- Die Steiermark befindet sich in einem anhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandel, der mit der Modernisierung industrieller Betriebe, Unternehmensneugründungen und Investitionen in die Forschungsinfrastrukturen einhergeht. Wir haben den wesentlichen Strukturwandel von einer grundstofforientierten Industrielandschaft zu einem Innovations-Standort dank der Konzentration auf eine zukunftsorientierte Cluster-Politik geschafft. Die Wirtschaftspolitik von Landesrat Herbert Paierl war diesbezüglich einmal mehr wegweisend. Dank seiner Initiativen sind wir heute im Österreich-Vergleich in vielen wirtschaftlichen Kennzahlen führend.

Wichtige steirische Projekte im Zuge der EU-Erweiterung:

Um positive wirtschaftliche Effekte zu erzielen und den Standort-Vorsprung voll zu nutzen, gibt es aber

noch einiges zu tun. Besonders im Infrastruktur-Bereich hat die Steiermark verglichen mit den nördlichen Bundesländern (Westbahn-Achse) einen Aufholbedarf. Infrastrukturpolitik ist immer auch Standortpolitik. Im Hinblick auf das gestiegene Verkehrsaufkommen sollte der Ausbau der grenzüberschreitenden aber auch der grenznahen Verkehrsinfrastruktur absolute Priorität erhalten.

Auf der Straße sind dies drei wichtige Projekte

- S 36 Murtal-Schnellstraße von Judenburg über Scheifling nach Friesach
- Ilz – Heiligenkreuz (als Teilstück der Verbindung Graz – Budapest)
- Ennstal-Bundesstraße

Im Schienenbereich ist dank der unermüdlichen Initiativen der Sozialpartner, unterstützt von der Landespolitik, kürzlich ein echter Durchbruch gelungen. Sowohl die Phyrn-Achse als wichtigster Nord-Süd-Korridor als auch die Südbahn mit dem Semmering-Basistunnel sind von der EU als prioritäre Schienenprojekte anerkannt worden. Das ist ein eindeutig steirischer Erfolg, der durch die Entschlossenheit unseres EU-Vertreters Professor Reinhard Rack erzielt wurde. Jetzt gilt es allerdings, diesen Erfolg auch zu Hause in Österreich politisch durch- und umzusetzen.

Denn auch die neuen Nachbarn schlafen nicht und sind auf dem besten Weg, uns zu überholen, wenn wir nicht rasch handeln. Bis 2015 werden in den zehn Beitrittsländern rund 90 Mrd. Euro in den Ausbau der Verkehrswege Osteuropas gesteckt – 44 Mrd. Euro davon in den Ausbau der Straße, 37 Mrd. Euro in die Erweiterung des Bahnnetzes und 9 Mrd. Euro in den Ausbau von Flughäfen und anderer Verkehrseinrichtungen.

Zum Vergleich: Um den österreichischen Generalverkehrsplan bis 2050 umzusetzen, müssen 45,1 Mrd. Euro investiert werden. Mittelfristige Investitionspakete betragen 17,1 Mrd. Euro, davon 12,4 Mrd. Euro für die Schiene, 0,2 Mrd. Euro für den Ausbau der Wasserstraßen und 4,7 Mrd. Euro für Straßenprojekte. Derzeit profitiert die heimische (Export-)Wirtschaft vor allem durch die Nähe zu den nach wie vor dynamisch wachsenden Mittel-Osteuropäischen Staaten. Um den geographischen Wettbewerbsvorteil optimal nutzen zu können, sind nahtlose überregionale Infrastrukturverbindungen eine wichtige Voraussetzung.

Arbeitsmarkt liberalisieren

Angesichts der demographischen Entwicklung steuert die Steiermark bereits in wenigen Jahren auf einen massiven Facharbeitermangel zu. Derzeit ist eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes in Richtung Mittel-Osteuropa an eine siebenjährige Übergangsfrist gebunden. Diese Frist ist entschieden zu lange. Wir haben heute in manchen Branchen, wie im Tourismus oder in der Metallbranche einen Fachkräftemangel, der manche Unternehmen an den Rand der Existenz drängt. Ohne zusätzliche Arbeitskräfte riskieren wir, dass der Wettbewerbsvorteil, den wir jetzt haben, bald verspielt wird. Daher pocht die Wirtschaftskammer auf den Abschluss weiterer bilateraler Abkommen. Jüngst erst hat sich Slowenien dazu entschlossen, solche Abkommen abzuschließen.

Generelle Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsstandorts Österreich

Im Zuge der EU-Erweiterung sind unserer Meinung nach auch in Österreich noch einige Hausaufgaben zu erledigen, um uns im Vergleich zu den boomenden neuen Mitgliedern konkurrenzfähig zu halten. Wir stehen in einem globalisierten Markt längst schon im internationalen Wettbewerb. Nicht nur mit unseren Produkten, sondern verstärkt in einem Standortwettbewerb. Unternehmer sind nicht mehr an ihre heimatlichen Gefilde gebunden, sondern können auf der ganzen Welt auf Standortsuche gehen. Es geht dabei um Arbeitsplätze, um Steuer-gelder und um Wertschöpfung.

Die Steuersenkungen 2003/04 und die Steuerreform 2005 mit der Senkung der Körperschaftssteuer sind wichtige Schritte auf einem richtigen Weg. Österreich ist aber im Bereich der Lohnnebenkosten noch immer auf einem Spitzenplatz. Diesen sollten wir, so rasch es geht, verlassen.

Ein entscheidender Standortnachteil ist der Steiermark durch die Einführung der LKW-Maut (Road-Pricing) entstanden. Unsere Unternehmer zahlen nämlich doppelt: Auf der Autobahn das normale Road-Pricing und durch die Sondermauten durch Gleinalm- und Bosrucktunnel. Abgesehen davon, dass man in Österreich die höchste Maut Europas bezahlt, ist dies eine wettbewerbsverzerrende Zusatzbelastung. Immerhin gehen fast 80 % unserer Exporte über diese Strecken.

Initiativen der Wirtschaftskammer

Die Wirtschaftskammer hat die anfänglichen Ängste und Sorgen – gerade in der Grenzregion – zum Anlass genommen, umfassend über die Erweiterung zu informieren und ihren Mitgliedern beste Unterstützung und Kontakte zu den neuen Partnerländern zu ermöglichen. Als Interessenvertretung der Unternehmern bieten wir ein ganzes Netzwerk an Hilfestellungen:

GEBB: Mehr als 700 Unternehmer – vorwiegend aus der Grenzregion – haben das Angebot des „Grenzüberschreitenden Erfahrungsaustauschs betroffener Branchen“ genutzt. Seit Ende 2001 wurden für 20 Branchen Kooperationstreffen durchgeführt. Einerseits wurden etwa 100 Kooperationsverträge im Rahmen der Gespräche direkt vereinbart. Andererseits konnten sich steirische und slowenische Unternehmen durch den direkten Kontakt mit den Nachbarn auf die neuen Bedingungen einstellen. Ein wichtiger Schritt, damit unsere Unternehmer die Chancen erkennen, gleichzeitig aber Risiken abschätzen und gegensteuern können.

KUSS (Kooperation von Unternehmen der Steiermark und Sloweniens): Bereits kurz nach der Wende begann die Wirtschaftskammer Steiermark gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Maribor monatlich abwechselnd in Graz und in Marburg Firmensprechtag abzuhalten. 1.100 Firmen wurden im Rahmen dieses Interreg-Projektes auf beiden Seiten der Grenze bei der Anbahnung von Kooperationen unterstützt.

PAVE (Partner Events in Europe): Das EU-Projekt PAVE hat das Ziel, Unternehmen in den Grenzregionen der EU durch eine Reihe gezielter Angebote bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen sowie den Zugang zu den ost- und westeuropäischen Märkten zu erleichtern. PAVE wendet sich dabei insbesondere an klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) des Gesamtkomplexes Metallverarbeitung, Maschinenbau und Elektrotechnik. Bei der internationalen Kooperationsbörse im April 2004 werden Unternehmer aus sieben EU-Mitgliedstaaten und sieben Beitrittsländern zu Geschäftsgesprächen erwartet. Die Teilnehmer erhalten dabei die einzigartige Möglichkeit, sich ein Bild von 14 europäischen Teilmärkten zu verschaffen und Kontakte zu potenziellen Geschäftspartnern in Europa zu knüpfen.

Die unternehmerischen Stärken stärken

Diese Initiativen, aber auch das vielfältige Engagement zahlreicher Unternehmen haben zum Ergebnis, dass der Großteil unserer Mitglieder die Erweiterung optimistisch beurteilt. Die Mehrheit ist gut auf die Erweiterung vorbereitet, hat ein hohes Wissen, und viele verfügen bereits über Kontakte in die Beitrittsländer. Es geht darum, die Schwächen ab- und die Stärken auszubauen. Die steirischen Betriebe haben einen wesentlichen Vorteil: die vielfältige Qualität, die hier angeboten wird.

Mitarbeiterqualität: Die Steiermark hat mit ihrer Bildungslandschaft einen enormen Vorsprung. Fünf Universitäten, Fachhochschulen, die duale Berufsausbildung für Lehrlinge und die berufsbegleitenden Bildungsangebote machen unsere Absolventen zu international gefragten Spitzenkräften. Wir befinden uns damit in einem Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir müssen uns durch die Attraktivität der beruflichen Angebote und des Standortes Steiermark bemühen, dass diese Arbeitskräfte der Zukunft in unserem Land bleiben.

Produktqualität: Wir dürfen uns nicht einbilden, dass wir durch Niedrigpreise auf dem neuen Markt punkten werden. Das österreichische Lohnniveau aber vor allem die Lohnnebenkosten machen uns auf dieser Front chancenlos. Eindeutige Wettbewerbsvorteile haben Österreichs Unternehmer gegenüber ihren östlichen Mitbewerbern allerdings durch die hohe Produktqualität. Schon heute sind die Ausgaben der Slowenen in der Steiermark höher als die der Steirer in Slowenien: Kaufen die Steirer im Jahr für 9 Mio. Euro in Slowenien ein, so geben Slowenen in der Steiermark 10,5 Mio. Euro für Einkäufe aus. Diese Tendenz ist eindeutig darauf zurückzuführen, dass österreichische Spitzenprodukte das bessere Image haben. Man ist bereit, für bessere Qualität den höheren Preis zu bezahlen. Auch die steigenden Lohnkosten in Slowenien geben Hoffnung. Immerhin erhalten schon jetzt die besser verdienenden 20 % in Slowenien ein höheres Gehalt als ein durchschnittlicher Steirer. Für steirische Unternehmer bedeutet das: Wer Qualität anbietet, fährt auf der Siegerstraße.

Unsere Unternehmer sind innovativ und kreativ und können aus einem Pool von bestens qualifizierten Mitarbeitern schöpfen. Daher bin ich überzeugt: Die Steiermark hat das Potenzial zum Erweiterungsgewinner Nummer eins zu werden.

Die Steiermark erweitert ihre Chancen

Albert Posch

Die Erweiterung der Europäischen Union bringt alten wie neuen Mitgliedstaaten Vorteile. Die Steiermark profitiert besonders von der Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten. Dennoch darf trotz allem Enthusiasmus nicht auf mögliche Verlierer des Erweiterungsprozesses vergessen werden. Der 1. Mai 2004, der Tag der EU-Erweiterung, wird für die Steiermark keine radikalen Veränderungen bringen, was einerseits an der bereits sehr weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung mit Ungarn und Slowenien liegt.¹ Andererseits werden durch Übergangsfristen in den Beitrittsverträgen manche Kernstücke des Gemeinschaftsrechts, wie etwa die Arbeitnehmerfreizügigkeit, vorübergehend ausgeblendet.

Ein historisches Projekt

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder am 1. Mai 2004 ist das wahrscheinlich größte und ehrgeizigste Projekt der EU seit ihrem Bestehen. Wirtschaftlich ist die Erweiterung schon vor dem eigentlichen Beitritt der neuen Staaten eine Erfolgsgeschichte für beide Seiten. In Zukunft wird Europa durch harmonisierte Handelsvorschriften einer der größten grenzfreien Märkte der Welt sein.² Auch der heimischen Wirtschaft bietet die Erweiterung zahlreiche Chancen und Möglichkeiten. Wir rücken von einer Randlage ins Herz Europas. Das gilt insbesondere für die Steiermark und ihre südliche Grenzregion, die von besseren Handels- und Investitionsbedingungen profitieren werden. Die Grenzöffnung lockt neue Betriebe an und verbessert Arbeitschancen. Da sich allerdings die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung sektoral und regional stark unterscheiden, wird es nicht nur Gewinner geben. Möglichen negativen Auswirkungen gilt es geeignete Maßnahmen entgegenzuhalten. Doch das Projekt Erweiterung geht weit über das Ökonomische hinaus. Mehr als ein Jahrzehnt nach

dem Zusammenbruch des Kommunismus geht es um die einzigartige historische Chance, die Integration des Kontinents friedlich voranzutreiben und eine Ausweitung des Raums des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands zu schaffen.

Die beitretenden Staaten als Gewinner

Eine der wichtigsten Beitrittsvoraussetzungen zur EU war die Existenz einer funktionierenden Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union standzuhalten.³ Die wirtschaftliche Transformation von einer planwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung zu funktionierenden Marktwirtschaften stellte für die Beitrittskandidaten eine große Herausforderung dar. Dieses – von der Europäischen Kommission überwachte – „Kopenhagener Kriterium“ konnte von den zehn beitretenden Staaten erfüllt werden. Die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben in den vergangenen Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht sehr große Fortschritte gemacht.⁴

Trotz der schwachen globalen Wirtschaftslage ist das Wirtschaftswachstum in den beitretenden Ländern weiterhin kräftig, die meisten weisen auch eine rückläufige Inflationsrate auf. Durch die notwendigen Umstellungsmaßnahmen und den Strukturwandel der Wirtschaft herrscht in einigen Beitrittsstaaten weiterhin hohe Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote ist aber in einigen Staaten bereits rückläufig oder stagniert zumindest. Allgemein kann von einer gesamtwirtschaftlichen Stabilität in den beitretenden Ländern ausgegangen werden.⁵ Nicht zuletzt war dafür auch mitentscheidend, dass die Direktinvestitionen aus den EU-15-Staaten in die mittel- und osteuropäischen Staaten – wohl auch in der Erwartung einer baldigen EU-Mitgliedschaft – stark gestiegen sind. Die Einbindung in den Binnenmarkt bietet den Beitrittskandidaten also große wirtschaftliche Möglichkeiten. Um dieses Potenzial voll auszu-

schöpfen, muss der begonnene Reformkurs fortgesetzt werden.⁶ Um sicherzustellen, dass dies geschieht, wird die Überwachung der Erfüllung der Verpflichtungen der neuen Mitgliedstaaten durch die Europäische Kommission auch nach dem 1. Mai 2004 unvermindert weiterlaufen.⁷

Österreich als Gewinner

Österreich zählt in wirtschaftlicher Hinsicht zu den großen Gewinnern des EU-Erweiterungsprozesses. Der Wirtschaftswachstumseffekt übersteigt bei weitem die Erweiterungskosten von rund einem Viertelprozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts.⁸ Konkret entstehen in den ersten drei Jahren durch die Erweiterung jährlich Kosten von zehn Euro pro Österreicherin und Österreicher. Dem steht ein errechneter jährlicher Gewinn von 125 Euro pro Person gegenüber. Bis 2012 erwarten sich Experten für Österreich ein Mehreinkommen von fünf Milliarden Euro durch den Erweiterungsprozess.⁹

Handelsbilanzüberschuss

Die österreichischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa haben sich seit 1989 mehr als vervierfacht.¹⁰ Für Österreich stellen die beitretenden Nachbarstaaten die wichtigsten Wachstumsmärkte der Gegenwart und Zukunft dar. In den Jahren 2001 und 2002 exportierten österreichische Unternehmen jeweils Waren im Wert von über zehn Milliarden Euro in die mittel- und osteuropäischen Staaten. Der so erwirtschaftete Handelsbilanzüberschuss¹¹ hat positive Auswirkungen auf Wertschöpfung und Beschäftigung in Österreich.¹² Da Österreich von allen derzeitigen EU-Mitgliedstaaten wirtschaftlich am stärksten mit den mittel- und osteuropäischen Ländern verknüpft ist, wird es auch den größten wirtschaftlichen Nutzen aus der vollen Integration dieser Länder ziehen.¹³

Direktinvestitionen

Österreichische Unternehmen investieren auch verstärkt in den künftigen EU-Nachbarstaaten. In den mittel- und osteuropäischen Ländern finden sich 11.000 österreichische Vertriebs- und Produktionsbeteiligungen. Nach Wirtschaftszweigen getrennt,

flossen die meisten Direktinvestitionen in die Branchen Kredit- und Versicherungswesen, Handel/KFZ, unternehmensbezogene Dienstleistungen und Metall.¹⁴ Direktinvestitionen in den beitretenden Staaten sichern nicht bloß dort, sondern auch in Österreich dauerhaft Arbeitsplätze. Allen Österreichern muss bewusst sein, dass die Erweiterung nicht bloß ein Akt der Gnade ist, sondern in unserem ureigensten wirtschaftlichen Interesse liegt.

Die Steiermark als Gewinner

Durch den Beitritt Ungarns und Sloweniens zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 ist die Steiermark unmittelbar betroffen. Diese beiden Staaten stehen in enger wirtschaftlicher und kultureller Bindung zur Steiermark. Für die südsteirische Grenzregion bringt die Erweiterung eine Vielzahl von Chancen. Die Steiermark wird nicht länger eine „Mark“ per definitionem sein.¹⁵ Obwohl die wirtschaftliche Situation Sloweniens verglichen mit den anderen neun beitretenden Staaten vor allem in Bezug auf die relativ hohen Durchschnittsgehälter und die deutlich niedrigere Inflationsrate sehr gut ist,¹⁶ sind die Unterschiede zur Steiermark nach wie vor beträchtlich. Aber auch die Steiermark selbst hat mit großen sektoralen und regionalen Unterschieden zu kämpfen. Ganz allgemein kann gesagt werden, dass sich die Steiermark in den vergangenen Jahren insbesondere aus wirtschaftlicher Sicht sehr positiv entwickelt hat. Aus einer einstigen Krisenregion ist ein „Vorzeigeland“ geworden.¹⁷ Dieser positive Prozess lässt sich unter anderem eindeutig auf die Ostöffnung seit dem Beginn der 1990er-Jahre zurückführen.¹⁸ Daher sind auch positive Rückkoppelungseffekte im Zusammenhang mit der Erweiterung der EU zu erwarten.¹⁹ Doch auch in Bezug auf die wirtschaftlich positive Entwicklung der Steiermark zeigen sich starke regionale Unterschiede:

Während etwa der Großteil der steirischen Industriebetriebe in der Obersteiermark angesiedelt ist, stellt sich das südsteirische Grenzland als eine ländlich geprägte Region mit geringer industriell-technologischer Tradition dar. Aber gerade im Bereich der Landwirtschaft stehen wir vor dem Problem, dass slowenische und ungarische Bauern dieselben Produkte billiger herstellen als ihre steirischen Nachbarn. Um trotzdem ausreichend wettbewerbsfähig zu sein, sollten etwaige Mängel in der Be- und Verarbeitung

beseitigt und eine leistungsfähigere Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten angestrebt werden.²⁰ Der Bereich der persönlichen Dienstleistungen (wie etwa Friseure, Kosmetiker, etc.) wurde oft als Branche mit negativen Auswirkungen klassifiziert. Eine Befragung der KMU-Forschung Austria ergab allerdings überraschenderweise ein positives Bild. Das mag einerseits an einer stark ausgeprägten persönlichen Kundenbeziehung in diesem Bereich zurückzuführen sein, andererseits mangelt es in diesem Bereich aber auch an der Bereitschaft der Kunden, größere Distanzen zurückzulegen.²¹

Was bedeutet der 1. Mai 2004 für die Steiermark?

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der 1. Mai 2004 nicht zu einem sogenannten „big-bang“ führen wird.²² Da die Steiermark in den vergangenen 15 Jahren die wirtschaftliche Verflechtung mit Ungarn und Slowenien bereits sehr stark forciert hat, wird es nicht erst mit dem Erweiterungstag zu entscheidenden Veränderungen kommen.²³ Möglich wurde dieser frühe Aufbruch der steirischen Wirtschaft nach Südosteuropa in erster Linie durch eine umfassende Vorbereitung der Beitrittskandidaten auf die Erweiterung. So wurden schon zu Beginn der 1990er-Jahre mit Ungarn²⁴ und Slowenien²⁵ Assoziations- bzw. Kooperationsabkommen geschlossen, die – als bilaterale Abkommen zwischen der EG und den Beitrittsstaaten – unter anderem handelsrelevante Fragen, den politischen Dialog und eine Annäherung der Rechtsvorschriften regelten. Die Europäische Union entschied sich damals für eine langsame, aber konsequente Erweiterung.²⁶ Daneben gibt es zwischen der Steiermark und ihren Nachbarländern mittlerweile zahlreiche Kooperationsprojekte²⁷. Dadurch wird die regionale Zusammenarbeit kontinuierlich vertieft und ausgebaut. Dieser schrittweise Integrationsprozess hat der Steiermark wirtschaftlich, kulturell und politisch gut getan. Mit der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 wird sich diese Erfolgsgeschichte fortsetzen.

Wegfall der Waren-, nicht aber der Personenkontrolle

Wie bereits erwähnt ist der freie Warenverkehr²⁸ – das Kernstück des Binnenmarktes seit den Römi-

schen Verträgen von 1957 und damit einer der wichtigsten Ausgangspunkte der europäischen Integration – bereits durch die Europaabkommen²⁹ zwischen den Beitrittskandidaten und der EG weitgehend eingeführt. Der Beitritt wird diesen Prozess bloß vollenden. Damit entfallen auch alle Warenkontrollen an den Grenzen.³⁰

Obwohl mit dem Beitrittstag die Personenfreizügigkeit gewährt wird, entfallen die Personenkontrollen an den Binnengrenzen noch nicht. Der EU-Beitritt bedeutet für die beitretenden Staaten nicht die Eingliederung in den Schengen-Raum, da die Umsetzung des Schengener Abkommens in zwei Kategorien unterteilt ist: Die Sicherheitsstandards der ersten Kategorie sind integraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*), die Umsetzung dieser Standards war also Beitrittsvoraussetzung für die acht mittel- und osteuropäischen Staaten, Zypern und Malta. Die zweite Kategorie verlangt, dass die Außengrenzen der Beitrittsstaaten so effizient wie die derzeitigen Grenzen der Schengen-Zone gesichert werden. Diese Standards erfüllt bis heute kein Beitrittsstaat. Ob und wann die neuen Mitglieder diese Standards erfüllen, entscheidet der Rat der Europäischen Union auf Verlangen des jeweiligen Staates in einem aufwendigen Bewertungsverfahren. Erst danach werden auch die Personenkontrollen an den Binnengrenzen entfallen.³¹

Freier Kapital- und Dienstleistungsverkehr

Ab dem Beitrittszeitpunkt gilt auch der freie Kapitalverkehr³² für und in den beitretenden Staaten. Allerdings wurden auch in diesem Bereich Übergangsvorschriften erlassen. In allen neuen Mitgliedstaaten außer Slowenien, Zypern und Malta darf der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen durch Personen anderer Mitgliedstaaten auch in den kommenden sieben Jahren (für Polen in den kommenden zwölf Jahren) ab dem Beitritt eingeschränkt werden. Ungarn ist es weiters gestattet, Beschränkungen für den Erwerb von Zweitwohnungen aufrechtzuerhalten.³³

Österreich und Deutschland ist es erlaubt, die Dienstleistungsfreiheit³⁴ in bestimmten Bereichen (für Österreich: Bausektor, Innendekorateure, Gebäudereiniger, Hauskrankenpflege etc.) einzuschränken, solange sie auch ihre nationalen Bestim-

mungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt aufrecht erhalten. Die Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit gilt nur für Arbeitnehmer, die bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung eingesetzt sind.³⁵

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Seit Beginn der Diskussion rund um die Erweiterung der EU stand die (legale) Verdrängung österreichischer Arbeitnehmer durch kostengünstigere Anbieter aus den Beitrittsländern im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit³⁶ im Mittelpunkt der Debatte. Die Angst vor der Tatsache, dass Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedstaaten am österreichischen Arbeitsmarkt künftig wie Inländer zu behandeln seien, führte in den Beitrittsverhandlungen zur Festlegung einer (bis zu) siebenjährigen Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit.³⁷ In diesem „2+3+2-Modell“ haben alte wie neue Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Malta und Zypern grundsätzlich die Möglichkeit, ihren Arbeitsmarkt ohne Einschränkung auf Branchen vollkommen abzuschotten: In der ersten Phase, die am 30. April 2006 endet, bleiben nationale Regelungen der derzeitigen Mitgliedstaaten anzuwenden, die den Zugang der neuen Unionsbürger zu ihren Arbeitsmärkten regeln. Dies bedeutet, dass Staatsbürger der Beitrittsländer nach wie vor die erforderliche Bewilligung nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz³⁸ benötigen, um in Österreich arbeiten zu dürfen. Bis zum Ende dieser zweijährigen Frist ist es den alten Mitgliedstaaten erlaubt, nach Mitteilung an die Europäische Kommission die nationalen Maßnahmen zur Beschränkung des Arbeitsmarkts für weitere drei Jahre (maximal bis zum 30. April 2009) aufrecht zu erhalten. Die dritte Phase von weiteren zwei Jahren dürfen die „alten“ Mitgliedstaaten nur in Anspruch nehmen, wenn sie der Kommission in einer förmlichen Mitteilung nachweisen, dass ihr Arbeitsmarkt schwerwiegenden Störungen ausgesetzt ist oder eine Gefahr derartiger Störungen droht. Spätestens sieben Jahre nach dem Beitritt, am 1. Mai 2011, gilt überall die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit.³⁹

Wie schon im Regierungsprogramm⁴⁰ vereinbart, hat die österreichische Bundesregierung von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, während der Übergangsfrist weiterhin nationale Arbeitsmarktbeschränkungen anzuwenden.⁴¹

Integration statt Abschottung

Die Frage nach dem Sinn dieser siebenjährigen Übergangsbestimmung, die einem der Grundgedanken der europäischen Integration – der Arbeitnehmerfreizügigkeit – diametral gegenübersteht, muss an dieser Stelle erlaubt sein. Die Befürworter einer Übergangsfrist (allen voran Österreich und Deutschland) sprachen stets von einer Gefährdung des Arbeitsmarktes bedingt durch ein starkes Preis- und Lohngefälle jenseits der Staatsgrenzen und einer damit einhergehenden großen Zuwanderungswelle. Das „Arbeiten über der Grenze“ solle daher – zumindest vorübergehend – nur eingeschränkt erlaubt sein. In diesem Zusammenhang muss man der Frage nach dem tatsächlichen „Gefährdungspotenzial“ durch eine mögliche Migration nachgehen: Mit wie vielen Einwanderern ist also zu rechnen und wer sind die potenziellen Arbeitssuchenden? Auch wenn die konkreten Zahlen der vielen Studien⁴² zu diesem Thema divergieren, ist allen doch ein Ergebnis gemein: Die Angst vor einer großen Zuwanderungswelle ist – ähnlich wie bei vergangenen Erweiterungen – unbegründet. Es ist nicht zu erwarten, dass die Beseitigung der verbleibenden Barrieren starke Spannungen auf den Arbeitsmärkten der EU hervorrufen wird. Eine aktuelle, von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie der „Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ geht davon aus, dass sich nur etwa ein Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung der beitretenden Staaten vorstellen kann, in den „alten“ EU-Staaten auf Arbeitsuche zu gehen.⁴³ Für die Steiermark wurde ein Potenzial von 7.500 zuziehenden Arbeitskräften bis zum Jahr 2011 errechnet.⁴⁴

Der springende Punkt ist aber, dass mit jungen, hoch qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen ist, wohingegen das Zuwanderungspotenzial von niedrig qualifizierten Personen sehr schwach ausfallen wird. Auch Arbeitslose weisen tendenziell eine eher geringere Mobilitätsbereitschaft auf.⁴⁵ Es ist also zu befürchten, dass es durch die in Aussicht genommene restriktive Politik zu einem Fernbleiben der „besten Köpfe“ kommen wird. Außerdem besteht die Gefahr, Schwarzarbeit indirekt zu fördern, wenn zwar die Niederlassungsfreiheit, nicht aber die Arbeitnehmerfreizügigkeit vom Beitrittszeitpunkt an gewährleistet ist.⁴⁶ Für die Steiermark bleibt zu hoffen, dass die restriktiven Übergangsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt kein Hindernis für potenzielle Investoren darstellen. Den bestehenden und wachsenden Mangel an Fach-

arbeitern wird eine siebenjährige Abschottung des heimischen Arbeitsmarktes nicht aus der Welt schaffen. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit Ungarn und Slowenien wäre für die Steiermark der bessere Weg. Eine solche ist in den nächsten sieben Jahren zwar erschwert, aber dennoch möglich. Dabei gilt es, stets auf die Bedürfnisse benachteiligter Bevölkerungsgruppen Bedacht zu nehmen.

Durch die EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 wird die Teilung Europas endgültig überwunden sein. Für die Steiermark ergibt sich daraus die Chance, ihre Rolle als wirtschaftliches Vorzeigeland weiter auszubauen. Dabei muss uns aber bewusst sein, dass dies nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den neuen Mitgliedstaaten möglich sein wird. Nutzen wir gemeinsam diese Chance!

- 1 Ungarn stellte sein Gesuch auf EU-Mitgliedschaft am 31.3.1994, Slowenien am 10.6.1996.
- 2 Der EU-Binnenmarkt wächst mit dem Beitritt der acht mittel- und osteuropäischen Staaten, Zypern und Malta von etwa 380 Millionen auf mehr als 450 Millionen Menschen an, vgl. Eurostat, Pressemitteilung Nr. 36/2004 vom 11.3.2004.
- 3 Vgl. Europäischer Rat von Kopenhagen vom 22.6.1993, Schlussfolgerungen Nr. 7 des Vorsitzenden, http://www.europarl.eu.int/summits/copenhagen/co_de.pdf (22.3.2004) 12.
- 4 Verheugen, Mitglied der Europäischen Kommission, Rede vor dem Europäischen Parlament vom 5.11.2003, http://europa.eu.int/rapid/start/cgi/guesten.ksh?p_action.gettxt=gt&doc=SPEECH/03/519|0|RAPID&lg=DE (22.3.2004).
- 5 Europäische Kommission: Umfassender Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Slowenien und der Slowakei. KOM (2003) 675, 7f.
- 6 Europäische Kommission, Monitoring-Bericht, KOM (2003) 675, 8.
- 7 Europäische Kommission, Monitoring-Bericht, KOM (2003) 675, 23f.
- 8 Fritz Breuss/Christian Mandl/Stefan Bruckbauer/Sándor Richter: EU-Erweiterung – Europas große Chance. St.Pölten-Wien-Linz 2001, 34.
- 9 Bank Austria Creditanstalt: EU-Osterweiterung: Chancen für Österreich, für MOE und für die Banken. Krems 2002, 18.
- 10 Wirtschaftskammer Österreich, Fakten und Potential der EU-Erweiterung, <http://wko.at/eu/erw/oesterreich/faktenpotenzial.htm> (22.3.2004).
- 11 In den letzten fünf Jahren wies die Handelsbilanz mit den Beitrittsländern jährlich einen Überschuss von etwa zwei Milliarden Euro auf; vgl. Wirtschaftskammer Österreich, Außenhandelsbilanz Österreichs mit den EU-Beitrittskandidaten, <http://wko.at/eu/erw/zdf/impexpo.pdf> (22.4.2004).
- 12 Wirtschaftskammer Österreich, Österreichische Direktinvestitionen in den MOEL, <http://wko.at/eu/erw/oesterreich/direktinvest.htm> (22.3.2004).
- 13 Breuss/Mandl/Bruckbauer/Richter, EU-Erweiterung, 36.
- 14 Wirtschaftskammer Österreich, Direktinvestitionen, <http://wko.at/eu/erw/oesterreich/direktinvest.htm> (22.3.2004).
- 15 Vgl. „Das Ende der Steier-Mark“ in: Die Presse vom 2.4.2004, 10.
- 16 Europäische Kommission, Umfassender Monitoring-Bericht über die Vorbereitungen Sloweniens auf die Mitgliedschaft, C5-0532-03, SEK(2003) 1208, 5f.
- 17 Herbert Paierl: Wirtschaftsstandort Steiermark: Chancen und Risiken der EU-Erweiterung. In: Steirisches Volksbildungswerk (Hg.), Steirische Berichte 6/2000, Herausforderung Welt – Herausforderung Europa 20.
- 18 So verzeichneten die steirischen Grenzbezirke im Zeitraum von 1989 bis 1995 einen Beschäftigungszuwachs von 12,6 %; vgl. Peter Mayerhofer, Brücke oder Bollwerk In: Wirtschaftskammer Steiermark (Hg.): Wirtschaftspolitische Strategien der Steiermark an der Nahtstelle zwischen West- und Südosteuropa. Graz 2000, 14.
- 19 Wolfgang Weber: EU-Erweiterung. Chancen und Potentiale für die südliche Steiermark. [Dissertation]. Graz 2003, 30.
- 20 Weber, EU-Erweiterung, 49.
- 21 KMU Forschung Austria: Das steirische Gewerbe und Handwerk – Szenario 2005, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, <http://www.kmuforschung.ac.at/de/OsterwStmk.htm> (16.3.2004).
- 22 Vgl. „Die Hilfsarbeiter sterben aus: Steirer sind fit für Erweiterung“ in: Die Presse vom 2.4.2004, 10.
- 23 KMU Forschung Austria, Gewerbe und Handwerk, <http://www.kmuforschung.ac.at/de/OsterwStmk.htm> (16.3.2004).
- 24 ABl. 1993 L 347.
- 25 ABl. 1993 L 189.
- 26 Breuss/Mandl/Bruckbauer/Richter, EU-Erweiterung, 10ff.
- 27 So war etwa die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria für die Ostregionen stets ein Tor zum Westen.
- 28 Art. 28 EGV.
- 29 Die Europäische Kommission Online, Pre-accession strategy – Pre-Accession Instruments. The Europe Agreements, http://europa.eu.int/comm/enlargement/pas/europe_agr.htm (22.3.2004).
- 30 Eine indirekte Ausnahme bildet etwa die Einfuhr von Zigaretten an der steirisch-slowenischen Grenze. Slowenien wurde hier eine Übergangsregelung für die Einführung eines Mindestverbrauchsteuersatzes auf Zigaretten bis zum 31. Dezember 2007 gewährt; vgl. Vertrag über den Beitritt der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Sloweniens und der Slowakei, Anhang XIII Z 6.2, ABl. 2003 L 236, 910.
- 31 Der Schengen-Besitzstand wurde durch den Amsterdamer Vertrag in den Rahmen der Europäischen Union einbezogen; vgl. Protokoll Nr. 2 zum Amsterdamer Vertrag, ABl. 1997 C 340, 93ff.
- 32 Art. 56 EGV.
- 33 Vgl. für Ungarn: Vertrag über den Beitritt, Anhang X Z 3.2, ABl. 2003 L 236, 848f.
- 34 Art. 49 EGV.
- 35 Vgl. für Slowenien: Vertrag über den Beitritt, Anhang XIII Z 1.13, ABl. 2003 L 236, 907f.
- 36 Art. 39 EGV.
- 37 Vgl. für Slowenien: Vertrag über den Beitritt, Anhang XIII Z 1.1ff, ABl. 2003 L 236, 906f.
- 38 § 4 Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975 i.d.F. BGBl. I Nr. 126/2002.
- 39 Vgl. für Slowenien: Vertrag über den Beitritt, Anhang XIII Z 1.1ff, ABl. 2003 L 236, 906f.
- 40 Regierungsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die XXII. Gesetzgebungsperiode, <http://www.austria.gv.at/regierungsprogramm.pdf> (22.3.2004) 4.
- 41 Ministerialentwurf betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz geändert werden (EU-Erweiterungs-Anpassungsgesetz), 128/ME (XXII. GP). Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels war die Annahme der Regierungsvorlage in National- und Bundesrat noch ausständig.
- 42 Vgl. Andreas Birner/Peter Huber/Petra Winkler: Schätzungen des Potentials an Einpendlern und Arbeitsmigranten aus den MOEL und regionale Arbeitsmarktauswirkungen. In: Gerhard Palme/Christof Schremmer (Hg.): Regionale Auswirkungen der EU-Integration der MOEL. Wien 1998, 163ff; Tito Boeri/Herbert Brucker: The impact of Eastern enlarge-

ment on Employment and labour markets in the EU Member States. Berlin-Mailand 2000; Peter Huber: Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung. In: Peter Mayerhofer/Gerhard Palme (Hg.): Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mittel- und osteuropäischen Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung. (2001); Jens Alber/Tony Fahey (Hg.): Perceptions of living conditions in an enlarged Europe, in European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Luxembourg 2004; Hubert Krieger (Ed.): Migration trends in an enlarged Europe. In: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin 2004.

- 43 Krieger, Migration trends, 23f.
- 44 Gerold Zakarias/Stephan Faßbender (Hg.): Auswirkungen der EU-Erweiterung auf die Zuwanderung in der Steiermark, Kärnten und Osttirol bis 2001. InTeReg Working Papers No. 8 (2003), 24.
- 45 Krieger, Migration trends, 33ff.
- 46 Vgl dazu die Ausführungen des österreichischen Arbeitsmarktexperten für das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv, Rainer Münz, in ORF Online vom 26.2.2004 <http://noe.orf.at/oesterreich.orf?view=bw&channel=3&id=307737> (22.3.2004).

„Europa erweitern und vertiefen“ – einen erfolgreichen Weg fortsetzen¹

Reinhard Rack

Die Idee Europa ist mehr als nur das Heute. Europa entwickelt sich ständig weiter. Die Lehre spricht in diesem Zusammenhang vom „Prozess der europäischen Integration“.² Im laufenden Jahr steht die Europäische Union vor einer zweifachen Herausforderung: Am 1. Mai 2004 wird die Erweiterung um acht mittel- und osteuropäische Staaten sowie um Zypern und Malta wirksam. Noch während des ersten Halbjahres 2004 soll auch das Projekt Europäische Verfassung entscheidend vorangebracht werden. Das gemeinsame Europa der 25 braucht modernere, demokratische und effiziente Strukturen.

Jeder europäische Staat kann Mitglied der EU werden

Im Zusammenhang mit der Erweiterung um zehn neue Staaten springen wir nicht ins sprichwörtliche kalte Wasser. Die Methoden und Mechanismen der Erweiterung sind erfolgreich erprobt. Die bevorstehende Erweiterungsrunde ist insgesamt bereits die fünfte.³ Die Regeln dafür sind verhältnismäßig einfach: Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der EU zu werden, heißt es in leicht unterschiedlicher Textierung – aber im Tenor gleich – sowohl im geltenden EU-Recht⁴ als auch im Entwurf für eine Europäische Verfassung⁵. Die prinzipielle Offenheit der Union ist allerdings an Bedingungen geknüpft. Kandidaten müssen bereit und dazu in der Lage sein, bestimmte Werte wie Demokratie, Rechtsstaat, Grundrechte, usw. aktiv zu leben.⁶ Überdies, und das ist für den Ausgang des Verfahrens fast noch wichtiger, müssen die Kandidatenländer und alle Mitgliedstaaten aktiv zueinander ja sagen, wobei nicht nur die Regierungen, sondern auch indirekt oder direkt das Volk in diese Willensakte eingebunden wird. In diesem komplizierten Procedere liegt auch der entscheidende Unterschied zu allen bisherigen historischen Versuchen, Europa zu einigen. Die Europäische Union der Gründerväter Kon-

rad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi wird nicht mit dem Schwert geschaffen. Europäische Geschichte darf nicht auf immer eine Abfolge von Kriegen bleiben.

Die strikte Bindung an Regeln macht es also gar nicht einfach, Mitglied der Union zu werden. So gesehen überrascht es auch nicht, dass es 35 Jahre gebraucht hat, um seit der Gründung der ersten europäischen Gemeinschaft, der EGKS, im Jahr 1951⁷ die Mitgliederzahl der Gemeinschaft von sechs auf zwölf zu verdoppeln. Und nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens am 1.1.1995 hat es immerhin weitere neuneinhalb Jahre gedauert, bis sich die politischen Umwälzungen des annus mirabilis 1989 auch in der Mitgliederzahl der Europäischen Union widerspiegeln. Das Ergebnis zehnjähriger Verhandlungen ist der Beitritt von zehn weiteren Staaten am 1. Mai 2004 – die mittel- und osteuropäischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien und die beiden Mittelmeerinselstaaten Malta und Zypern werden neue Mitglieder.

Ist die EU-Erweiterung zu teuer?

Auch wenn die Tatsache, dass sich die Europäische Union erweitert, nichts Neues darstellt, ist der Beitritt der zehn neuen Staaten in manchen Belangen doch etwas Besonderes: Noch nie sind der Union so viele Staaten zugleich beigetreten, auch wenn zu den derzeit etwa 380 Millionen EU-Bürgern „nur“ etwa 75 Millionen hinzukommen.⁸ Daneben handelt es sich bei der Erweiterung am 1. Mai 2004 um eine Erweiterung um zumeist „ärmere“ Staaten. Die zehn Neuen haben gemeinsam bloß das wirtschaftliche Potenzial eines mittelgroßen EU-15-Staates.⁹ Trotzdem ist die Befürchtung, die EU-Erweiterung wäre zu teuer, nicht gerechtfertigt. Insgesamt wird nämlich von all dem, was in der EU erwirtschaftet wird, nur etwa ein Prozent dazu verwendet, um die EU funkti-

onsfähig zu erhalten. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren nichts entscheidend ändern.¹⁰ Allerdings wird es zu einer gewissen Verlagerung der EU-Gelder von den alten zu den neuen Mitgliedsländern kommen. Insofern werden sich auch unsere österreichischen EU-Fördermittel verringern. Das Geld, das wir in den Wirtschaftsaufbau der beitretenden Staaten investieren, kommt allerdings auf dem Umweg über unseren größer werdenden Binnenmarkt auch und vor allem uns Österreichern zugute.

Frieden erhalten

An der prinzipiellen Zielsetzung der sich erweiternden Europäischen Union hat sich seit 50 Jahren nichts verändert: Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs fand sich Europa zweigeteilt wieder. Danach wurde erstmals versucht, Europa nicht mit dem Schwert zu einigen, sondern in einem Integrationsprozess Schritt für Schritt aufeinander zuzugehen. Mit der jetzt anstehenden Erweiterungsrunde nutzen wir eine historische Chance und lösen damit auch das Versprechen des ersten europäischen Gemeinschaftsvertrages aus dem Jahr 1951 ein. Die Länder, denen nach 1945 der Kommunismus aufgezwungen wurde, haben in einer friedlichen Revolution ihre Freiheit und Unabhängigkeit wiederer kämpft. Jetzt sollte es unser aller Interesse sein, die jahrzehntelange Zweiteilung Europas zu beenden und dem europäischen Integrationsprozess eine neue Dimension zu geben.

Frieden ist mehr als nur die Ablehnung von militärischer Gewalt. Erst mit der Sicherung eines gewissen Wohlstands kann auch dauerhafter Frieden gesichert werden. In diesem Sinn stand auch von allem Anfang an die Idee der wirtschaftlichen Einigung Europas im Dienste des friedlichen Miteinanders. Und die erste große Vertiefung der Union im Jahr 1957 konzentrierte sich nur folgerichtig auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes.¹¹ Diesen Weg müssen wir fortsetzen. Wir dürfen nicht nur in Geld und Bilanzen denken. Vielmehr muss uns der gemeinschaftliche wirtschaftliche Erfolg als Basis dafür dienen, die verschiedensten kulturellen Werte Europas zu erhalten. Einer der zentralen diesbezüglichen Werte ist die Vielfalt in der Einheit. Die EU will kein Schmelztiegel nach dem Vorbild der USA sein. Dabei muss uns bewusst sein, dass die Erhaltung der Vielfalt auch etwas kostet.¹²

Übergangsfristen

In der Vergangenheit haben wir auch gelernt, Veränderungen nur schrittweise vorzunehmen. Der 1. Mai 2004 wird den beitretenden Staaten daher nicht sofort alle Rechte und Pflichten eines EU-Mitglieds bringen. So werden die zehn Beitrittsländer nicht automatisch mit dem 1. Mai 2004 zu Euroländern.¹³ Auch die Schengen-Außengrenzen bleiben vorerst bestehen. Erst wenn nachgewiesen wird, dass die Außengrenzen der Beitrittsländer mit demselben Standard gesichert werden, wie das für die jetzige Schengen-Außengrenze der Fall ist, werden diese Staaten in den Schengen-Raum einbezogen und die Personenkontrollen an den Binnengrenzen entfallen.

Für andere sensible Bereiche hat man sich auf zeitmäßig fixierte Übergangsfristen geeinigt. So erlaubt es etwa im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit eine Übergangsfrist den neuen und alten Mitgliedstaaten, den Zugang zu ihrem Arbeitsmarkt für bis zu sieben Jahre zu beschränken.¹⁴ Das hilft bei uns, vorhandene Ängste vor dem Verlust von Arbeitsplätzen in Grenzen zu halten. Das ist aber nicht zuletzt auch für die Beitrittsländer von großer Bedeutung: Sie haben einige Jahre Zeit, ihre eigene wirtschaftliche Leistungskraft aufzubauen und laufen dabei nicht Gefahr, dass hoch qualifizierte Arbeitnehmer ihr Land aufgrund eines höheren Lohnniveaus in den EU-15-Staaten verlassen.¹⁵ Slowenien hat in den letzten Jahren vorgezeigt, dass ein starkes Wirtschaftswachstum den Wohlstand im eigenen Land hebt. Das slowenische Lohnniveau konnte stark gesteigert werden.¹⁶ Auch auf der „anderen“ Seite der bisherigen Grenze braucht man Schutzregeln. So haben die meisten der Beitrittsländer mit Übergangsfristen dafür gesorgt, dass es nicht kurzfristig zu einem „Ausverkauf“ von (land- und forstwirtschaftlich genutztem) Grund und Boden kommt.¹⁷

Skepsis

In der Einschätzung der kommenden Erweiterung gibt es erstaunlich große Meinungsunterschiede. Die große Mehrzahl von wissenschaftlichen Analysen und politischen Kommentaren geht davon aus, dass Europa insgesamt von der und durch die Ausweitung von den derzeit 15 auf künftig 25 Mitgliedsländer massiv profitieren wird.¹⁸ Demgegenüber steht eine

Mehrheit der Menschen in den derzeitigen Mitgliedstaaten der Erweiterung zunehmend skeptisch gegenüber. Sie sehen eher eine Gefährdung des Erreichten und in bestimmten Bereichen sogar ausdrücklich negative Entwicklungen mit dem Beitrittsszenario verbunden. Besonders eindrucksvoll ist der Unterschied in der Sichtweise der Erweiterung in Österreich. Während hier allgemein Österreich zu den Hauptgewinnern der Erweiterung gezählt wird, ist die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur Erweiterung überdurchschnittlich pessimistisch bzw. negativ.¹⁹ Die – vielen – Menschen im Land sehen durch die Erweiterung (ihre) Arbeitsplätze gefährdet, (noch mehr) Schwierigkeiten für den Landwirtschaftssektor und ein Anwachsen von Ausländerkriminalität, um nur einige der Hauptängste anzusprechen.

Hauptgewinner Österreich

Tatsächlich ist die österreichische Situation im Zusammenhang mit der kommenden Erweiterung etwas ganz Besonderes. Für uns handelt es sich dabei um eine Nachbarschaftserweiterung. Wir rücken aus einem geopolitischen Eck ins geografische aber auch in das wirtschaftliche Herz Europas.

Unsere Wirtschaft profitiert enorm von dieser Öffnung der Märkte. Und das nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon gestern und heute erst recht. Für die Steiermark ist die neue Einbettung in die Zukunftsregion (Süd-Ost) bereits jetzt eine Erfolgsstory mit einem Versprechen für die Zukunft. Die Zwischenbilanz fällt für die Steiermark nicht zuletzt deswegen so gut aus, weil die heimische Politik im Bereich der Grenzregionenförderung eine entscheidende Vorreiterrolle gespielt hat. Auch wenn es in diesen Grenzregionen, die nach wie vor ein unterdurchschnittliches Wirtschaftsniveau aufweisen, nicht nur Gewinner der Erweiterung geben wird, spüren wir seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, wie gerade diese Grenzregionen aus Sackgassen zu Drehscheiben eines neuen Wirtschaftsaufschwungs werden. Schon im Zeitraum von 1989 bis 1995 verzeichneten die steirischen Grenzbezirke einen Beschäftigungszuwachs von 12,6 %.²⁰

Auch Österreich insgesamt zählt zu den Hauptgewinnern der Erweiterung. Während unsere Außenhandelsbilanz mit den Beitrittsländern im Jahr 1990 etwa ausgeglichen war, ist sie heute klar positiv. In den letzten fünf Jahren wies die Handelsbilanz mit

den Beitrittsländern jährlich einen Überschuss von etwa zwei Milliarden Euro auf.²¹ Das schafft auch neue Arbeitsplätze für unsere Mitbürger. Geht man von der Faustregel aus, dass eine Million Schilling an Exportvolumen etwa einen Arbeitsplatz schafft bzw. sichert, so finanzieren uns die zehn neuen Mitgliedstaaten schon heute an die 30.000 Arbeitsplätze jährlich. Der gesamte Prozess der Ostöffnung brachte Österreich bisher rund 130.000 Arbeitsplätze.²² Das bedeutet allerdings nicht, dass wir nicht auch Arbeitsplätze verlieren. Sogenannte „Billigarbeitsplätze“ werden auch weiterhin eher ab- als zunehmen, was in erster Linie an einer immer offener werdenden Weltwirtschaft liegt. Wir müssen dem durch eine Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich entgegenwirken. Wir müssen auch weiterhin auf hochwertige Produktionen mit hochqualifizierten Arbeitnehmern setzen.

Unter dem Strich bringt die Erweiterung der Europäischen Union aus wirtschaftlicher Sicht signifikante Wachstumseffekte und sichert damit heimische Arbeitsplätze.

Chancen und Risiken

Eine Erweiterung der Europäischen Union bringt für alte und neue Mitglieder Vorteile, fördert die wirtschaftliche Expansion durch den Binnenmarkt und bringt mehr Freizügigkeit für ihre Bürger. Jedoch bringt eine Erweiterung – gerade für neue Mitglieder – auch Belastungen. Sie standen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Wirtschaftsstruktur in wenigen Jahren grundlegend zu ändern, ihre sozialen Strukturen zu verbessern und ihre Außengrenzen zu sichern. Heute sind die Beitrittsländer stabile Demokratien, mit einer offenen Gesellschaft und einer funktionierenden Marktwirtschaft, sie sind also beitriffsreif.²³ Doch der Integrationsprozess fordert für alte und neue Mitglieder auch weiterhin große Anstrengungen. So dürfen wir Fragen der Korruption oder der inneren Sicherheit nicht aus den Augen verlieren. Diese Probleme können aber mit Sicherheit nicht damit in den Griff bekommen werden, dass neue Mauern aufgestellt werden. Bei der Bekämpfung der Kriminalität etwa müssen neue grenzüberschreitende Kooperationen geschaffen und die schon bestehende Zusammenarbeit verstärkt werden. Wir müssen diese Probleme auch in Zukunft offen ansprechen und gemeinsam lösen.

EU-Verfassung – Europa effizienter machen

Im Hinblick auf die Erweiterung der Union stellen sich neue Herausforderungen auch an die innere Struktur der Union. Die neue Komplexität braucht effizientere Strukturen. Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents^{24,25} stellt sicher, dass Europa auch mit 25 Mitgliedstaaten reibungslos funktioniert. Es darf nicht passieren, dass entweder gar keine Entscheidungen zustande kommen oder dass die Großen und Mehreren die Kleinen und Wenigeren einfach überrumpeln können. Klar geht es nicht ohne Mehrheitsentscheidungen. Trotzdem müssen die Interessen der kleineren Staaten gewahrt bleiben, um einen der Grundgedanken der EU – nämlich ein Europa der Staaten und ein Europa der Bürger zu entwickeln – nicht aus den Augen zu verlieren.

Eines der wesentlichen Ziele des EU-Verfassungskonvents war es, die EU für den Bürger verständlicher zu gestalten. Mit einer europäischen Verfassung soll für Europas Bürger klar werden, wofür Europa steht und wie Europa funktioniert. Die Rechtssetzungsverfahren sollen vereinfacht werden. Ein weiteres Kernproblem der Union ist es, dass sich die EU in ihrer Rechtsetzung mit zu vielen Details beschäftigt und sich dadurch die notwendige Flexibilität für die Gestaltung der Rechtslage vor Ort nimmt. Finnland und Griechenland sind nun einmal unterschiedlich, daher bedarf es auch teilweise unterschiedlicher Rechtsetzungsmöglichkeiten. Umge-

kehrt brauchen wir in einer Reihe von Politikbereichen „mehr“ Europa, etwa bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Kriminalitätsbekämpfung, um nur die wichtigsten, gleichzeitig aber auch umstrittensten zu nennen.

Für all diese und eine Reihe von weiteren technischen Aspekten der Erweiterung enthält der Entwurf für eine neue Europäische Verfassung, den der Konvent ausgearbeitet hat, gute und vor allem realistische Vorschläge. Wir sollten jede Chance nutzen, auch hier zu einem Konsens zu kommen.

Schlussfolgerungen

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 stellt eine konsequente Fortführung des europäischen Integrationsprozesses dar. Obwohl die Beitrittsländer noch lange nicht den Standard an Wohlstand der EU-15-Staaten erreichen, sind sie doch fit für den Beitritt. Österreich und die Steiermark zählen zu den Hauptgewinnern der EU-Erweiterung, obwohl es auch Verlierer dieses Prozesses gibt. Die bestehenden Probleme gilt es aber gemeinsam mit den neuen/alten Nachbarn zu lösen. Denn nur gemeinsam lässt sich das eigentliche Ziel der Europäischen Union verwirklichen: Die Schaffung eines Europa des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands. Mit dem 1. Mai 2004 kommen wir diesem Ziel wieder ein Stück näher.

1 Unter Mitarbeit von Mag. Eva Marx und Ass. Mag. Albert Posch.

2 Vgl. Rudolf Streinz: Europarecht. 6.A., Heidelberg 2003, Rz. 18.

3 Bisher erweiterte sich die EU vier Mal: 1973 um Dänemark, Großbritannien und Irland, 1981 um Griechenland, 1986 um Spanien und Portugal und 1995 um Finnland, Schweden und Österreich.

4 Art. 49 EUV.

5 Art. 57 des Entwurfs eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, CONV 850/03.

6 Europäischer Rat von Kopenhagen vom 22.6.1993, Schlussfolgerungen Nr. 7 des Vorsitzenden, http://www.europarl.eu.int/summits/copenhagen/co_de.pdf (22.3.2004) 12.

7 Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl trat am 23.7.1952 in Kraft und war gem. seinem Art. 97 50 Jahre später, also am 23.7.2002, wieder außer Kraft.

8 Vgl. Eurostat, Pressemitteilung Nr 36/2004 vom 11.3.2004.

9 Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der zehn Beitrittsländer betrug im Jahr 2002 gemeinsam 437,8 Mrd. Euro, das BIP der Niederlande betrug 444,0 Mrd. Euro, Österreich erwirtschaftete ein BIP von 216,8 Mrd. Euro; vgl. Wirtschaftskammer Österreich: Wirtschaftsleistung, <http://wko.at/statistik/beitritt/beitritt-wirtschaftsleistung.pdf> (22.3.2004).

10 Die Eigenmittelobergrenze von 1,27 % des Bruttoinlandsprodukts wurde in den vergangenen Jahren in der Regel nicht voll ausgeschöpft; vgl. Europäischen Rat vom 26. März 1999, Agenda 2000.

11 Dabei handelt es sich um den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, beide unterzeichnet am 25.3.1957, in Kraft getreten am 1.1.1958.

12 So betrugen etwa die Gesamtausgaben der EU für Übersetzen und Dolmetschen im Jahr 2002 686,9 Mill. Euro; vgl. europa-digital, Die Frage der Woche – Dolmetsch-Gigant EU: Was kostet uns das eigentlich? <http://www.europa-digital.de/aktuell/fdw/uebersetz.shtml> (22.3.2004).

13 Für einen Beitritt zum Euro-Raum ist es erforderlich, dass die neuen Mitgliedstaaten die Maastricht-Kriterien erfüllen und damit auch mindestens zwei Jahre lang am Wechselkursmechanismus teilgenommen haben. Die Einführung des Euro in den Beitrittsländern ist auch für die am weitesten fortgeschrittenen Staaten nur mittelfristig erreichbar.

14 Konkret ist eine weitere Arbeitsmarkt-Zugangsbeschränkung in drei Phasen von zwei, drei und zwei Jahren möglich, wobei in den letzten beiden Jahren nur dann eine Zugangsbeschränkung erlaubt wird, wenn der Arbeitsmarkt schwerwiegenden Störungen ausgesetzt ist oder eine Gefahr derartiger Störungen droht; vgl. für Slowenien: Vertrag über den Beitritt, Anhang XIII Z 1.13, ABI 2003 L 236, 907f.

15 Tatsächlich rechnen Experten damit, dass in erster Linie junge, hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auf Arbeitssuche in den EU-15-Staaten gehen werden, das Zuwanderungspotenzial von niedrig qualifizierten Personen dahingegen sehr

- schwach ausfallen wird; vgl. Hubert Krieger (Ed.): Migration trends in an enlarged Europe. In: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Dublin 2004.33ff.
- 16 Wirtschaftskammer Österreich: Einkommensentwicklung, <http://wko.at/statistik/beitritt/beitritt-einkommensentwicklung.pdf> (22.3.2004).
 - 17 In den neuen Mitgliedstaaten außer Slowenien, Zypern und Malta darf der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen durch Personen anderer Mitgliedstaaten auch in den kommenden sieben Jahren (für Polen in den kommenden zwölf Jahren) ab dem Beitritt eingeschränkt werden; vgl. für Ungarn: Vertrag über den Beitritt, Anhang X Z 3.2, ABl 2003 L 236, 848f.
 - 18 Fritz Breuss/Christian Mandl/Stefan Bruckbauer/Sándor Richter: EU-Erweiterung – Europas große Chance. St.Pölten-Wien-Linz 2001.
 - 19 Die Österreicher sind erweiterungskritischer als der Durchschnitt der EU-15-Bürger; letzte Umfragen ergaben einen weiteren leichten Anstieg der Erweiterungsgegner; vgl. Europäische Kommission: Eurobarometer 60.1 – Public opinion in the European Union, National Report Austria (2004) 28f.
 - 20 Peter Mayerhofer, Brücke oder Bollwerk In: Wirtschaftskammer Steiermark (Hg.): Wirtschaftspolitische Strategien der Steiermark an der Nahtstelle zwischen West- und Südosteuropa. Graz 2000, 14.
 - 21 Wirtschaftskammer Österreich: Außenhandelsbilanz Österreichs mit den EU-Beitrittskandidaten, <http://wko.at/eu/erw/zdf/impexpo.pdf> (22.4.2004).
 - 22 Bank Austria Creditanstalt: EU-Osterweiterung: Chancen für Österreich, für MOE und für die Banken.Krems 2002, 17.
 - 23 Europäische Kommission: Umfassender Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen der Tschechischen Republik, Estlands, Zyperns, Lettlands, Litauens, Ungarns, Maltas, Polens, Slowenien und der Slowakei, KOM (2003) 675, 27.
 - 24 Europäischer Konvent: Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa, CONV 850/03.
 - 25 Eine Regierungskonferenz hat im Herbst 2003 die Vorschläge des EU-Verfassungskonvents für eine EU-Verfassung beraten und sollte schließlich eine beschlussreife Version aushandeln. Doch auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2003 kam es zu keiner Einigung über die Frage der künftigen Mehrheiten im Ministerrat. Nun versucht die irische EU-Präsidentschaft noch bis zur Jahreshälfte 2004, die Verhandlungen zu Ende zu führen.

Die Erweiterung der Europäischen Union aus Sicht der steirischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Walter Rotschädl

Die Erweiterung der Europäischen Union, die am 1. Mai 2004 vollzogen wird, ist aus Sicht der Arbeiterkammer Steiermark ein wesentlicher Beitrag zur Überwindung der jahrzehntelangen politischen und ökonomischen Spaltung Europas. Diese Erweiterung wird einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der politischen Stabilität auf unserem Kontinent leisten. Sie wird damit auch – so ist zu hoffen – die fundamentalen Rahmenbedingungen für eine prosperierende Wirtschaftsentwicklung im Europa der Zukunft bringen. Inwieweit diese Hoffnungen hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union letztlich auch erfüllt werden, hängt von der tatsächlichen Gestaltung des Erweiterungsprozesses in den nächsten Jahren ab. Den aus Sicht der steirischen Arbeiterkammer unumstößlichen Notwendigkeiten dieser konkreten Gestaltung des Erweiterungsprozesses sollen die folgenden Ausführungen gewidmet sein. Naturgemäß werden sich diese Ausführungen vor allem auf die Auswirkungen der Erweiterung auf die Arbeitsmärkte im Allgemeinen und den steirischen Arbeitsmarkt im Besonderen beziehen.

Probleme am heimischen Arbeitsmarkt

Die Erweiterung der Europäischen Union kommt zu einem Zeitpunkt, in welchem die Arbeitslosigkeit in Österreich – und auch in der Steiermark – einen neuen Rekordhöchststand erreicht hat. Gegen Ende des Vorjahres haben in Österreich fast 300.000 Menschen Arbeit gesucht, das laufende Jahr wird für den österreichischen Arbeitsmarkt das schlimmste seit langem werden: Nach den Prognosen des Arbeitsmarktservice wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2004 um weitere 10.000 Menschen steigen. Dazu kommt noch, dass aus Vollzeitarbeit immer häufiger Teilzeitarbeit werden, die Anzahl der neuen Selbstständigen und der freien Dienstnehmer ist ebenso gestiegen wie das Ausmaß an Teilzeitarbeit, Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung.

Diese bestehenden massiven Probleme auf dem heimischen Arbeitsmarkt werden in den nächsten Jahren – vollkommen unabhängig von der Erweiterung der Europäischen Union – noch zunehmen. Die Erwerbsneigung von Frauen steigt, die letzten beiden Pensionsreformen werden ebenfalls entsprechende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Die Erweiterung der Europäischen Union fällt also in einen Zeitraum, der von immensen Schwierigkeiten für den österreichischen Arbeitsmarkt geprägt ist.

Probleme auf den Arbeitsmärkten der neuen EU-Beitrittsländer

Ebenfalls bekannt sind die Probleme auf den Arbeitsmärkten der Beitrittsländer. Die Löhne in vielen dieser Beitrittsländer erreichen – auch wenn man das in diesen Ländern geringere Preisniveaus berücksichtigt – sehr oft nur ein Viertel bis ein Drittel der österreichischen Löhne, nur das Beitrittsland Slowenien erreicht in dieser Hinsicht mit über 60 % einen deutlich besseren Wert. Die Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern ist durchschnittlich nahezu doppelt so hoch wie im derzeitigen EU-Durchschnitt. Die Struktur der Beschäftigung in den Beitrittsländern (hoher Beschäftigtenanteil in der Landwirtschaft, hoher Anteil der Beschäftigten in der Industrie) wird sich nach der Erweiterung in diesen Ländern grundsätzlich ändern müssen; wegen der bevorstehenden, unvermeidlichen Strukturanpassungen in Industrie und Landwirtschaft wird die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in den Beitrittsländern noch weiter steigen. Die Arbeitsmärkte in den Beitrittsländern werden in den nächsten Jahren also vor enormen Herausforderungen stehen. Um beispielsweise auf den Beschäftigungsdurchschnitt der EU-15 kommen zu können, müssten in den Beitrittsländern laut EU-Kommission in den nächsten Jahren drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aufgrund dieser enormen Strukturprobleme auf den Arbeitsmärkten sowohl in den derzeitigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union – darunter auch in Österreich –, als auch in den Beitrittsländern wurde auf Betreiben von Österreich und Deutschland in den Beitrittsverhandlungen durchgesetzt, für die Einführung der Personenverkehrsfreiheit maximal siebenjährige Übergangsfristen auszuverhandeln. Wegen der vorhin geschilderten Arbeitsmarktprobleme ist die Einhaltung dieser siebenjährigen Übergangsfrist aus Sicht der Arbeiterkammer unbedingt notwendig. Immer wieder werden auch in der Steiermark Stimmen laut, die davon sprechen, dass die Einhaltung der Übergangsfristen über den gesamten Zeitraum nicht notwendig wäre. Diese Argumentationen sind angesichts der Lage auf den Arbeitsmärkten seitens der Arbeiterkammer zurückzuweisen. Auch das von der Regierung in Aussicht genommene Aufweichen dieser Übergangsfristen durch den Abschluss von Grenzgänger-, Praktikanten- oder Beschäftigungsabkommen mit einzelnen Beitrittsländern scheint zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zielführend zu sein.

Der Integrationsprozess verändert das Arbeitsleben

Nicht nur Menschen, die derzeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den Beitrittsländern arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind, sind durch den Erweiterungsprozess betroffen, dieser Erweiterungsprozess wird auch immense Auswirkungen auf alle beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer Steiermark¹ hat gezeigt, dass der europäische Integrationsprozess in der Steiermark schon bisher das Arbeitsleben grundsätzlich verändert hat. In dieser Studie wurde versucht, „Gewinner- und Verliererbranchen“ des bisherigen (und zukünftigen) europäischen Integrationsprozesses in der Steiermark herauszuarbeiten und die Einstellungen, Hoffnungen, Befürchtungen und Ängste der steirischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union aufzuarbeiten. Es zeigt sich sehr deutlich, dass der europäische Integrationsprozess schon bislang zu einer enormen Dynamisierung des Arbeitslebens geführt hat, der Zeitdruck und der Leistungsdruck im Arbeitsleben

haben zugenommen, Dynamisierung und Leistungsverdichtung insgesamt haben zu einer Verschlechterung des Arbeitsklimas geführt. In einigen Branchen ist dazu auch ein starker Lohndruck gekommen, vor allem in der Bauwirtschaft berichteten die Befragten immer wieder über Verdrängungsprozesse am Arbeitsmarkt. Die befragten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer projizieren sehr oft und sehr deutlich ihre bisherigen Erfahrungen mit dem europäischen Integrationsprozess in die Zukunft. Von der Erweiterung der Europäischen Union erwarten sie daher eine zusätzliche Dynamisierung ihrer Arbeitswelt, eine Verschärfung von Zeit- und Leistungsdruck, einen zusätzlichen Druck auf das Lohnniveau und immer wieder auch Verdrängungsprozesse. Nur einige wenige befragte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Gewinnerbranchen sehen diese Erweiterung mit relativ großer Gelassenheit.

Aus demokratiepolitischer Sicht halte ich es als Präsident der Arbeiterkammer Steiermark für äußerst bedenklich, dass von all diesen Entwicklungen im modernen Arbeitsleben in der öffentlichen Debatte um die Erweiterung der Europäischen Union in der Steiermark eigentlich kaum etwas zu hören war. In dieser öffentlichen Debatte wurde viel öfter von nahezu unbegrenzten – aber niemals wirklich konkretisierten – Chancen der Erweiterung gesprochen, es wurden unterschiedlichste, sehr oft im Interesse der Arbeitgeber gelegene Mythen kreiert, die eher als „Beruhigungspillen“ für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedacht waren. In der zitierten Studie wird in diesem Zusammenhang beispielsweise auf einen Slowenienmythos hingewiesen, die abermalige Wiederbelebung des Mythos von einem generellen „Facharbeitermangel“ thematisiert und die auch in der Steiermark immer wieder kursierende Stillstandsrhetorik angesprochen, welche den heimischen Arbeitsmarkt als starres Gebilde entwirft, dessen Veränderung durch die Erweiterung ohnehin nur positiv sein könnte.

Enorme Anpassungsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Aus meiner Sicht zeigen diese Studienergebnisse, dass in der ganzen Erweiterungsdebatte bislang viel zu wenig bzw. überhaupt nicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen in der Stei-

ermark eingegangen wurde. Es geht dabei nicht immer nur um das Aufzeigen möglicher Bedrohungspotenziale durch die Erweiterung, es geht dabei viel mehr auch darum, sich viel klarer bewusst zu sein, dass der europäische Integrationsprozess von den Menschen in der Steiermark schon bislang enorme Anpassungsleistungen gefordert hat und dass gerade die Erweiterung der Europäischen Union noch mit zusätzlichen Anpassungsleistungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Steiermark verbunden sein wird. Ich denke, dass wir gerade dazu auch in Zukunft eine entsprechend realistische öffentliche Debatte brauchen werden, um den erweiterungsbedingten zukünftigen politischen Handlungsbedarf für den steirischen Arbeitsmarkt zu orten.

Aus Sicht der Arbeiterkammer Steiermark reicht es allerdings nicht aus, die eher defensiv angelegten Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt in den nächsten sieben Jahren umzusetzen und eine entsprechend offene und ehrliche Diskussion über den europäischen Integrationsprozess zu führen. Viel mehr ist eine große Palette von politischen Maßnahmen sowohl seitens des Bundes als auch des Landes Steiermark umzusetzen, um die Zeit der Übergangsfristen optimal zu nützen und um diesen Erweiterungsprozess in eine Richtung zu steuern, sodass er mit relativ geringen Anpassungsleistungen seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bewältigt werden kann.

Im Zentrum aller diesbezüglichen Überlegungen steht, dass die politisch Verantwortlichen umgehend mit dem Start eines großangelegten Aus- und Weiterbildungsprogramms beginnen müssten. Hier ist vor allem die österreichische Bundesregierung aufgefordert, durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen die Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf ein Vorwärtkommen im Beruf zu erhöhen. Weiterbildung, eine Verbesserung der Bildungskarenz und eine jährliche Mindestweiterbildungszeit von einer Woche wären einige Maßnahmen, die aus meiner Sicht erfolgreich sein könnten. Ebenso werden die von den Erweiterungsentwicklungen betroffenen Menschen einen starken Bedarf an Beratungsleistungen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsleistungen bis hin zu entsprechenden Mobilitätsförderungen haben. Die aktive Arbeitsmarktpolitik, die in Österreich trotz der in den letzten Jahren gestiegenen Arbeitslosigkeit immer geringer dotiert wurde, muss im Zusammenhang mit

der Erweiterung wieder zu einem effektiven Instrument zur Bewältigung der zukünftigen Veränderungen ausgebaut und entsprechend besser dotiert werden.

Kampf den Schwarzunternehmen

Die schon jetzt bestehenden Probleme im Zusammenhang mit dem illegalen organisierten Schwarzunternehmertum werden nach der Erweiterung keinesfalls abnehmen. Hier sind entschlossene Maßnahmen notwendig, denn Schwarzunternehmen betrügen nicht nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihren Lohn, sondern auch den Staat Jahr für Jahr um viele Millionen Euro. Aus Sicht der Arbeiterkammer ist es daher notwendig, dass im Gesellschaftsrecht alle Schlupflöcher für Schwarzunternehmer geschlossen werden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits vor Arbeitsantritt angemeldet werden und Generalunternehmer haften, wenn Subunternehmer keine Sozialabgaben zahlen. Darüber hinaus brauchen wir mehr Kontrollen und wirksamere Strafen gegen Schwarzunternehmer.

Informationen zur Förderung des Verständnisses hinsichtlich des Funktionierens von Arbeitsmärkten werden gerade nach der Erweiterung noch zusätzlich an Bedeutung gewinnen. Derzeit herrscht sehr oft das Problem, dass nicht einmal vergleichbare Daten vorliegen, um entsprechende Entwicklungen analysieren zu können. Aus der Sicht der steirischen Arbeiterkammer ist daher der Aufbau eines Arbeitsmarktmonitorings notwendig, welches in der Lage ist, zukünftig genaue und vergleichbare Daten zur Entwicklung von Löhnen, zur Entwicklung der tatsächlichen Arbeitskräftenachfrage aber auch zu eventuellen Verdrängungseffekten am Arbeitsmarkt zu liefern. Hier gibt es in der Steiermark bereits erste wichtige Ansätze (Arbeiten der Joanneum Research GmbH, trilaterale AMS-Konferenz Österreich – Slowenien – Ungarn). Diese Ansätze sind zukünftig zu einem umfangreichen Arbeitsmarktmonitoring als wesentliche Informationsgrundlage für die Arbeitsmarktpolitik auszubauen.

Diese wenigen hier nur beispielhaft angeführten Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes sind – wenn man die Erweiterung auch nur ansatzweise im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestalten will – zwar unumgänglich notwendig, allerdings bei weitem nicht ausreichend. Neben der Ar-

beitsmarktpolitik wird eine breite Palette von weiteren Maßnahmen notwendig sein, um ungewünschte Auswirkungen der Erweiterung abzufedern. Die Expertinnen und Experten der österreichischen Arbeiterkammern haben dazu ein umfangreiches Positionspapier² vorgelegt. In diesem Grundsatzpapier wird – auch am Beispiel des steirisch-slowenischen Grenzlandes – gezeigt, welche sonstigen Maßnahmen notwendig sind, um vor allem die Grenzümgebungen auf die erweiterungsbezogenen Herausforderungen vorzubereiten. In dem Grundsatzprogramm wird auf verkehrs- und umweltpolitische Maßnahmen Bezug genommen, auch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, welche ja auch in einem Zusammenhang mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stehen, werden angeregt.

Neue Herausforderungen für Arbeiterkammern und Gewerkschaftsbund

Letztlich werden auch die ArbeitnehmerInneninteressenvertretungsorganisationen in Österreich, wie die Arbeiterkammer und der Österreichische Gewerkschaftsbund, im Zusammenhang mit der Er-

weiterung vor neuen Herausforderungen stehen. Grenzüberschreitende Aktivitäten in jeglicher Hinsicht werden zunehmen müssen, die ArbeitnehmerInneninteressenvertretungen werden sich noch stärker als international agierende Institutionen definieren müssen, als das bislang der Fall ist.

Als Präsident der steirischen Arbeiterkammer fühle ich mich im Zusammenhang mit dem Erweiterungsprozess vor allem den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Steiermark verbunden. Diese Interessen können im Zusammenhang mit den grundlegenden Veränderungen, welche die Erweiterung der Europäischen Union bringen wird, nur dann einigermaßen gewahrt werden, wenn die von mir hier ansatzweise skizzierte Vorgangsweise auch von den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in unterschiedlichsten Positionen und auf unterschiedlichsten Hierarchieebenen umgesetzt wird. Die steirische Arbeiterkammer wird in ihrer zukünftigen Arbeit die Auswirkungen des europäischen Integrationsprozesses im Allgemeinen und der Erweiterung der Europäischen Union im Speziellen sehr genau im Auge behalten und auf die Umsetzung der skizzierten Maßnahmen drängen.

1 Franz Heschl: „... mehr können wir eh nicht mehr arbeiten ...“ EU-Erweiterungsperspektiven von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Kontrast zu arbeitsweltbezogenen Mythen in der öffentlichen EU-Erweiterungsdebatte. Graz 2004.

2 Elisabeth Beer u.a.: EU-Erweiterung gestalten: Grenzraumentwicklung. Strategiepapier der Arbeiterkammer zur Vorbereitung der österreichischen Grenzümgebungen auf die Erweiterung der Europäischen Union. Wien 2001.

Europa der Chancen als Herzensangelegenheit

Andreas Schnider

Die Europäische Union ist heute in vielen Bereichen mit Ängsten oder Skepsis der Menschen verknüpft. Jede neue Perspektive oder Erfolgsmeldung aus Brüssel muss sich an dieser alltäglichen Skepsis der Bevölkerung messen. Begeisterung wird mit europäischen Themen in der breiten Bevölkerung schwer zu entfachen sein. Schauen wir uns einmal genauer an, warum dies so ist:

Brüssel – der gefundene Sündenbock

Europa erscheint oft, oder wird oft so dargestellt, als sei es ein lahmer Moloch, der Gelder in Unsummen verschlingt, ineffektiv und überbürokratisiert arbeitet und mit negativer Folgewirkung in unseren Alltag eingreift.

Alle Schuld und Sorge wird allzu leicht auf Europa abgeschoben. Das erscheint umso einfacher, als Europa sich selber so schlecht gegen ungerechtfertigte Anfeindungen verteidigen kann – Europa ist groß, wird größer und besteht aus vielen einzelnen Nationalstaaten und Parlamenten. Wer sollte aber Europa verteidigen oder zumindest ins rechte Licht rücken? Das ist Aufgabe der nationalen Parlamente, der nationalen Politik.

Hier einige beispielhafte Fälle, in denen die Übernahme der Verantwortung zur Richtigestellung nicht oder nicht ausreichend geschah: Der Marmeladenstreit um die europaweit einheitliche Kennzeichnung von Produkten gleicher Inhaltsstoffe endete darin, dass wieder einmal Europa als der „Überregulierer“ schlechthin als Sündenbock am Pranger stand. War es nicht doch die verspätete Beantragung einer regionalen bzw. nationalen Ausnahmegenehmigung für die Beibehaltung der in Österreich eingebürgerten Begriffe durch Verantwortungsträger in Österreich, die erst zu diesem Konflikt führte?

Der quasi Streit um die Bioethik-Konvention des Europarates ist ein weiterer Beleg dafür, wie undiffe-

renziert zum Teil gen Brüssel geschossen wird. Bemängelt wurde beispielsweise, dass durch den Passus „die Erzeugung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken ist verboten“ in Österreich die Verwendung von nicht zu Forschungszwecken erzeugten Embryonen (zum Beispiel nicht verwendete Embryonen aus der in-vitro-fertilisation) dann doch zu Forschungszwecken über die Hintertür eingeführt würde. Dass allerdings die Konvention des Europarates nur der kleinste gemeinsame Nenner der EU ist und die Mitgliedstaaten davon unberührt ein schärferes Verbot aussprechen dürfen, wurde in der medialen Kontroverse selten erwähnt. Der schwarze Peter lag wieder einmal in Brüssel, denn die machen ja was sie wollen!

Die Erfolgsmeldungen, dass sich viele deutsche Firmen wegen der in Österreich günstigeren konjunkturellen Situation und der günstigen Rahmenbedingungen hier ansiedeln wollen wurde schnell überdeckt von der Meldung, dass uns eine große Gefahr durch Kleinfirmen in der Baubranche droht, die von ihrem Recht Gebrauch machen, ihre Leistungen in Österreich anzubieten. Wo ist jetzt Europa schlecht oder gut? Wir können nicht nur die Vorteile eines vereinigten Europas herauspicken, uns da, wo es uns auf den ersten Blick nicht passt aber wieder die Kleinstaaterei herbeiwünschen. Wie viele Firmen aus Österreich sind denn im Gegenzug in Deutschland, in Slowenien, in Ungarn... tätig?

Je häufiger aber die Verantwortung für hausgemachte oder eben europaweit gleichermaßen oder ähnlich vorhandene Probleme gen Brüssel abgeschoben wird, desto stärker muss sich der Eindruck in der Bevölkerung manifestieren, dass Brüssel und das vereinte Europa nur zu einer Verschlechterung in den Nationalstaaten führt. Das ist jedoch schlichtweg falsch, die Erweckung dieses Eindruckes ist verantwortungslos. Nationale Parlamente müssen umso mehr darstellen, wo ihr Verantwortungsbe-
reich liegt und wo derjenige der Europäischen Union beginnt.

Bildung für Europäer zur Bildung eines geeinten Europas

Den Bürgern bewusst machen, was Europa ist und wo es in Kompetenz und Zuständigkeit beginnt und endet, ist ein Teil von bildungspolitischer Verantwortung. Es geht aber nach wie vor um Grundprinzipien des Zusammenlebens in Europa, die man nicht oft genug einfordern und erwähnen kann. Nichts auf dieser Welt, ob Ehe, Gemeinschaft oder eben Europa wächst auf Beschluss einiger Auserwählter zusammen. Erst Gesellschaften, die sich verstehen, können eine Entscheidung für eine gemeinsame Zukunft fruchtbar gestalten. Es ist nicht allein die Beherrschung der Sprache, die das Verstehen anderer Kulturen und Länder ermöglicht. Ebenso wichtig ist es, sich den kulturellen Leistungen und Eigenheiten „der Anderen“ gegenüber zu öffnen. Das ist aber nichts, das uns geschieht, sondern ein aktiver Prozess.

Der Prozess des friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens verschiedener Völker in Europa wird am 1. Mai 2004 um eine, um zehn Herausforderungen erweitert. Wie lange wird Europa brauchen, bis Klassenfahrten nach Polen, Sprachreisen nach Litauen usw. zur gesellschaftlichen Normalität ebenso gehören wie heute ein USA-Aufenthalt?

Der gemeinsame Wirtschaftsraum mit dem Erfordernis gleicher Rahmenbedingungen und die Erfüllung des „acquis communautaire“ durch die an der Europäischen Union beteiligten Länder ist eine Grundbedingung für das Funktionieren der Union. Die Effekte dieses gemeinsamen Lebensraumes konkret für den persönlichen Lebensbereich hinter der Vielzahl an legislativen Novationen und medial kolportierten Neuerungen herauszufinden, ist aber für die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht einfach. In diesem Bereich gehört noch einiges an gelungener Bildungspolitik getan, einfach gesagt, es gehört kommuniziert, was Europa uns an Positivem bringt, sei es wirtschaftlich, politisch oder im Besonderen kulturell.

Europa erleben!

Das Erklären von Kompetenzen, Abläufen, Perspektiven und Chancen im Bezug auf die zusammen wachsende Europäische Union ist eine selbstverständliche Anforderung an alle Organe der EU wie

auch an die nationalen Institutionen. Es fällt aber augenscheinlich vielen noch schwer, Europa auch zur Herzensangelegenheit werden zu lassen. Es fehlt uns anscheinend ein emotionaler Zugang zu Europa. Worauf basiert ein emotionaler Zugang zum eigenen Staat, zur Politik des eigenen Landes? Es sind zu vorderst die Personen, die uns in der Politik oder in staatlichen Institutionen Integrationsfiguren sind. Ebenso wie Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic die steirische Landespolitik durch ihre offene und bürgernahe Art prägt, wird Benita Ferrero-Waldner nach ihrer Wahl zur Bundespräsidentin den politischen Stil Österreichs im Ausland und Inland maßgeblich prägen und verkörpern. Wer aber verkörpert Europa? Je größer die politische oder organisatorische Einheit ist, desto schwieriger ist es, einen direkten Kontakt zu den Bürgern aufrecht zu erhalten. Direkter Kontakt kann nicht aus Formblättern in zigfacher Ausführung zur Beantragung von Leistungen der europäischen Institutionen bestehen. Die Distanz der Bundespolitik in Österreich zu den Bürgern in den Ländern wurde schon des Öfteren bemängelt. Die wahrnehmbare Grundstimmung in der Bevölkerung ist, dass die Menschen sich eine Einbindung in politische Prozesse nicht nur bei Wahlen wünschen. Auf der Ebene der Bundesländer Österreichs ist das vielleicht noch zu bewerkstelligen. Diskussionen zwischen Politikern und Bürgerinnen und Bürgern zur Generierung von Ideen für konkrete politische Erfordernisse können in den Ländern auf breiter Basis organisiert werden. Wie aber können die Menschen in die politischen Prozesse des politischen Kolosses Europa eingebettet werden? „Europa zum Anfassen“ kann sich nicht auf eine gemeinsame Währung beschränken. Um Europa zu erleben, reichen die Wahlen zum Europäischen Parlament nicht aus. Es droht sogar, dass sich wenige Wähler an den Wahlen beteiligen. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen in Europa und das Erleben eines gemeinsamen Europa durch Kontakt mit seinen Vertretern, aber auch mit den Menschen anderer Nationen, wird eine Kernaufgabe der europäischen Innenpolitik der Zukunft sein.

Österreich, ein Vorbild für neue Nachbarn?

Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union und wird durch die Erweiterung der Union

(fast gänzlich) von Mitgliedern der Union umgeben sein. Positives Faktum ist, dass wir von bestehenden guten wirtschaftlichen Verbindungen in unsere Nachbarländer profitieren werden. Das allein ist aber für den europäischen Gedanken des Zusammenwachsens zu kurz gegriffen. Wir können und müssen Vorbild sein. Vorbild in der Art, wie wir sinnvolle europäische Standards in unserer nationalen Gesetzgebung umsetzen, wie wir uns bemühen, einen Kontakt zwischen den Menschen in Österreich und Menschen anderer europäischer Nationen zu fördern, wie wir den Gedanken der Kleinstaaterei zu Gunsten fairer gleicher Bedingungen unabhängig der Herkunft einzelner Menschen, Firmen oder beliebiger anderer Organisationen aufgeben.

Zum Beispiel wird sich an der Umsetzung der Vereinbarung über eine Grundversorgung von Asylwerbern zwischen Bund und Ländern und den dazugehörenden gesetzlichen Regelungen messen lassen, wie sehr wir bereit sind, in einem europäischen Rahmen zu denken und zu handeln. Hier können wir dadurch, dass wir den europäischen Standards frühzeitig und bereitwillig gerecht werden, vorbildhaft zeigen, wie wichtig wir diese gemeinsamen Standards nehmen. Orientieren sich unsere neuen Nachbarn an uns, dann sind die Voraussetzungen gut, dass zumindest in diesem Punkt ein heute gesamteuropäisches Sorgenkind mit größtmöglicher

Solidarität der Mitgliedstaaten und einer gerechten Verteilung der Lasten untereinander im Sinne aller Beteiligten weiterentwickelt wird. Dies ist aber nur eines von vielen politischen Feldern mit einem hohen europäischen Solidaritätsbedarf.

Grenzen überschreiten

Können wir de facto problemlos die Grenzen in der Europäischen Union überschreiten, dann müssen wir dies in unseren Gedanken und Visionen auch. Regionen Europas gehen über die politische Grenzziehung hinweg, haben sich kulturell Gemeinsamkeiten bewahrt, auch wenn sie von Staatsgrenzen durchschnitten wurden. Dieses Potenzial der gemeinsamen kulturellen Wurzeln und der gemeinsamen ökonomischen und politischen Interessen gilt es im Sinne der von Landeshauptmann Waltraud Klasnic initiierten Zukunftsregion zu nutzen. Es existiert ein immenser Hartnäckigkeitsbedarf, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Europa nicht nur heißt, voneinander zu profitieren, sondern auch sich kennen und verstehen zu lernen. Das größte europäische Projekt für Frieden und Wohlstand, die erweiterte Europäische Union, beginnt und endet nicht auf unserem Bankkonto, sondern im Auflösen von Barrieren zwischen den Bürgerinnen und Bürgern der Union.

Zukunftsoptimismus

Gerald Schöpfer

Es kommen Veränderungen auf Europa zu, die nicht nur das Bild auf der Landkarte ändern, sondern auch grundlegende Neuheiten auf institutioneller Ebene bringen werden. Mitte Juni werden die Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden und im Oktober endet die Amtszeit dieser Kommission. Außerdem wird über die künftige finanzielle Vorausschau der Union entschieden, das heißt, es wird festgelegt, wer wieviel zahlt, wie die Mittel aufgeteilt werden, was damit geschieht.

Aber das wesentlichste Ereignis ist die Vollendung der vorläufigen Erweiterung am 1. Mai 2004. Nach Jahren sorgfältiger Vorbereitung wird dieser 1. Mai ein Tag der besonderen Feierlichkeiten sein. Die Feierlichkeiten in Dublin und in ganz Europa werden ein symbolischer Augenblick sein, der neue Horizonte eröffnet. Wir werden die endgültige Grenze der Union sehen, die aber erst dann vollständig sein wird, wenn sie alle Länder des Westbalkans umfasst. Und mit diesem historischen Schritt wird sich uns in vielen Bereichen eine neue Perspektive ergeben. Wir werden auch die neuen Nachbarn unseres erweiterten Europas sehen, mit denen wir am Aufbau eines Raums der Zusammenarbeit, der Stabilität, der Sicherheit und des Friedens arbeiten wollen. Außerdem kann dieses europäische Modell weltweit ein Vorbild sein, als Weg zur Strukturierung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Vor allem weil in den letzten Jahren die Welt unsicherer geworden ist und auch die internationalen Beziehungen überall eine Zeit tiefer Ungewissheit erfahren haben. Innerhalb der Europäischen Union müssen die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, vor allem die Regionen. Denn die Regionen entsprechen viel mehr dem Lebensgefühl der Menschen.

Jahr der Europäischen Verfassung

Ganz kurz möchte ich aber zur so aktuellen Frage des Verfassungsvertrags kommen, dem heikelsten

Problem der vergangenen Präsidentschaft. Die irische Präsidentschaft hat die Wiederaufnahme der Arbeit an der Regierungskonferenz als Schwerpunkt ausgewiesen, denn 2004 muss das Jahr der neuen europäischen Verfassung werden. Das Gipfeltreffen im Dezember 2003 zeigte deutlich, dass die jüngsten Differenzen nicht unüberwindbar wären, wenn die Mitgliedstaaten weitere Anstrengungen unternehmen, um zu einem Konsens über die vom Konvent vorgelegten Vorschläge zu gelangen. Die politischen und wirtschaftlichen Kosten einer Verlangsamung des europäischen Integrationsprozesses sind zu hoch. Mit Sicherheit birgt jede Lösung ihre Risiken und die Kommission ist nachdrücklich der Auffassung, dass wir alle auf dem Weg einer stärkeren Integration voranschreiten sollten. Gera-ten die Anstrengungen in dieser Richtung in die Sackgasse, könnte wohl nichts die verstärkte Zusammenarbeit einer kleineren Anzahl an Mitgliedstaaten aufhalten.

Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene

Wichtig ist die europäische Politik für das wirtschaftliche Wachstum:

- Wissen und Innovation müssen die zentralen Prioritäten der Union sein – Wissen und Know-how sind heute die wichtigsten Produktionsfaktoren!
- Investitionen in Bildung, lebenslanges Lernen und Forschung sind keine abstrakten Probleme, sie sind ein Ziel, das jetzt verfolgt werden muss, um nicht von internationalen Konkurrenten überholt zu werden. Wir müssen den Übergang zu einer Wissensgesellschaft beschleunigen.

Unser Wachstum ist in erster Linie von der Entwicklung der Humanressourcen und des Wissens abhängig. Spitzenforschungszentren von Weltniveau müssen eingerichtet werden, um zu zeigen, dass Europa noch besser in der Lage ist, in die Zukunft zu blicken und sie zu gestalten. Hier werden natio-

nale Strategien allein keine Spitzenforschung hervorbringen. Wir brauchen eine Strategie für den gesamten Kontinent, eine Anstrengung ganz Europas. Europa muss wieder das werden, was es über Jahrhunderte war: die Referenz für junge Forscher weltweit. Auch die Regionen sind aufgefordert Initiativen zu setzen und Programme zu entwerfen. In der Steiermark spielt die innovative Forschung eine besondere Rolle. Gesamt-Österreich peilt bis zum Jahr 2010 eine F&E-Quote von +2,5 % an. Die Steiermark hat diesen Wert schon lange erreicht. Auch im interregionalen Vergleich liegt die Grüne Mark deutlich voran. Nicht zuletzt durch die fünf Universitäten und die Forschungsgesellschaft Joanneum Research, die als Partner mit innovativen Unternehmen zusammenarbeiten.

Unsere Jugendlichen müssen in Europa die Studien-, Arbeits- und Erfolgchancen vorfinden können, die ihnen zustehen. Dahin muss unsere Politik streben und dafür müssen wir uns einsetzen, um die Erwartungen auch erfüllen zu können.

Zukunftsregion „Alte Nachbarn – Neue Partner“

Hier komme ich zu dem ureigensten Bereich der Arbeit in der Landesregierung. Die regionale Wirtschaftspolitik verfolgt die Aufgabe Brücken zu bauen und Kontakte herzustellen. Die Steiermark hat vor der Haustüre einen Markt mit ca. 17 Millionen Menschen als Zielgruppe. Darunter sind beitretende Länder, ebenso wie Kroatien, unser wichtigster Partner im Südosten Europas. Unsere Aufgabe ist es, Pionierarbeit zu leisten. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic knüpfte die ersten wichtigen überregionalen Kontakte, fuhr durch die Länder der „EU-Zukunftsregion“ und konnte so mit den Verantwortungsträgern aus der Wirtschaft diese Basisarbeit leisten. Es gilt diesen eingeschlagenen Weg weiterzugehen und auszubauen!

Durch die fortschreitende Integration Europas entstehen neue Herausforderungen, die nur durch Intensivierung der Zusammenarbeit bewältigt werden können. Die Steiermark hat und hatte eine Vorreiterrolle innerhalb der österreichischen Bundesländer. So ist die Steiermark schon seit 20 Jahren aktiver Partner der Arge Alpen-Adria. Durch die fortschreitende Integration Europas entstehen neue Herausforderungen. Mit der vor zwei Jahren begonnenen

Initiative „Zukunftsregion“ wollen wir einen Schritt weitergehen und die bisherige Kooperation in diesem Zukunftsraum weiter intensivieren.

Lange Zeit gab es beim Stichwort „EU-Erweiterung“ auf der einen Seite Kräfte, die einer Erweiterung negativ gegenüberstanden. Aber sehr bald setzte sich der Eindruck durch, dass viele steirische Unternehmen die damit verbundenen Chancen realisiert haben. Die Steiermark hat nämlich in dieser Frage nicht geschlafen. Im Wirtschaftsressort haben wir zwei konkrete Projekte realisiert, die noch vor der EU-Erweiterung die steirischen Unternehmer mit den südlichen Nachbarn vernetzten. Mit der Technologieachse Graz-Maribor vernetzen wir die steirischen Impuls- und Gründerzentren mit den slowenischen Technologieparks. Dabei kam es zu einer Bündelung der Aktivitäten noch vor der Erweiterung. Man könnte also behaupten, dass ein Teil der Erweiterung in der Steiermark bereits Realität ist. Diese Technologieachse wird auch in Richtung Zagreb ausgebaut – wir gehen schon jetzt einen Schritt weiter! In der Steiermark gibt es 2.050 exportierende steirische Unternehmen, die Exportquote liegt bei 60 %, der damit verbundene Exportwert liegt bei geschätzten 14 Mrd. Euro. Somit haben wir am gesamtösterreichischen Export einen Anteil von 18 %. Wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben und haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: In den nächsten Jahren soll die Zahl der exportierenden Unternehmen auf 4.000 erhöht und der Anteil am gesamtösterreichischen Export auf 25 % gesteigert werden! Eine weitere Schiene bildet das Programm „RIST“, die „Regionale Internationalisierung Steiermark“. Dabei handelt es sich um eine Offensive, die auf den Wirtschaftsraum Kroatien, Serbien und Polen zugeschnitten ist und für die steirischen Stärkefelder unternehmerische Netzwerke entwickelt. Es war richtig, die Beitrittskandidaten bereits vor dem 1. Mai 2004 in die Aktivitäten der EU einzubinden, wie es bei den meisten Initiativen auf europäischer Ebene auch geschehen ist. Unser Ziel, diesen Raum zu einer Drehscheibe für die gesamte Region südöstlich der Alpen zu entwickeln, ist sicherlich mittelfristig realisierbar.

Unser Nachbar Slowenien

Gerade mit Slowenien gibt es bereits viele gemeinsame Projekte. So verzeichnete Österreich trotz welt-

weit ungünstiger Konjunkturentwicklung im Jahr 2002 Exporterfolge und konnte eine beachtliche Steigerung der österreichischen Ausfuhren um 9 % auf 1,4 Mrd. Euro erzielen. Die räumliche Nähe ist dabei vor allem für Klein- und Mittelbetriebe ein positiver und wichtiger Faktor. An den rund 400 namentlich erfassten Direktinvestitionen in Slowenien sind in 120 Fällen steirische Firmen beteiligt. Laut den Daten der (OE)Österreichischen Nationalbank haben österreichische Unternehmen im ersten Halbjahr 2003 119 Mill. Euro in Slowenien investiert. Damit hat Österreich mit einem Anteil von rund 32 % an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen, den ersten Platz in der Investorenrangliste vor der Schweiz (11,5 %) und Deutschland (10,7 %). Im Zuge der EU-Erweiterungsverhandlungen wurde ein adäquates Übergangsarrangement für den Bereich des Freien Personenverkehrs (2 plus 3 plus 2 Jahre) geschaffen, das die Basis für eine friktionsfreie Integration des EU-Arbeitsmarktes mit den Arbeitsmärkten der neuen Mitgliedstaaten schafft. Das Übergangsarrangement, das auch für bestimmte grenzüberschreitende Dienstleistungen gilt (insbesondere Bau- und Baunebengewerbe), bietet die Grundlage für eine nachfragegerechte Steuerung der Arbeitskräftezuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten.

Fragen der Erweiterung

Aber abgesehen davon, wirft die Erweiterung aus österreichischer Sicht weitere Fragen auf, die die Lebensinteressen der Menschen unmittelbar berühren, wie zum Beispiel der Transit. Unsere Anliegen

sind der Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen sowie die Erhaltung der Alpen, eines der wichtigsten Erholungsräume für die Menschen in Europa. Daher ist es legitim, den Rechtsrahmen, den die EU bietet, inklusive allfälliger Klagen, auszuschöpfen. Welche Schritte stehen nun an? Die EU muss dringend zur Verabschiedung einer Wegekostenrichtlinie gebracht werden, die die enormen externen Kosten (Gesundheit, Sicherheit, Umwelt) entsprechend berücksichtigt und Österreich zumindest nicht schlechter stellt als das Nicht-EU-Mitglied Schweiz. Seit Inkrafttreten des Transitvertrages hat Österreich 800 Mio. Euro in den Kombiverkehr und allein seit 2000 runde 4 Mrd. Euro in transitrelevante Schienenachsen investiert. 10 Mrd. Euro werden in den nächsten zehn Jahren für Eisenbahntransitachsen zur Verfügung stehen. Für den Bau des Brennerbasistunnels gibt es die Bereitschaft, wenn es dazu eine 20 %-ige Kofinanzierung durch die EU und entsprechende Querfinanzierung gibt. Eine große Verantwortung liegt nun darin, die Entwicklung der Grenzregionen zu fördern und die dafür zur Verfügung stehenden EU-Mittel voll auszuschöpfen. Den österreichischen Grenzregionen stehen im Zeitraum 2000 bis 2006 insgesamt ca. 700 Mio. Euro aus den Strukturfonds der EU zur Verfügung. Schon jetzt gibt es gute Beispiele für den Einsatz dieser Mittel, sehr viele in der Steiermark.

Das Wichtige ist nun, nachdem wir die Voraussetzungen geschaffen haben, den Menschen die Möglichkeit zu geben, das Beste aus der EU-Erweiterung zu machen und die neuen Chancen zu nutzen.

Tourismus im „neuen“ Europa: Chance und Herausforderung

Hermann Schützenhöfer

Am 1. Mai dieses Jahres wird die bisher umfangreichste Erweiterung der Europäischen Union verwirklicht werden. Zehn Staaten aus Mittel-, Ost- und Südeuropa werden in die Europäische Union aufgenommen, was eine enorme Auswirkung auf die Europäische Union selbst haben wird. Österreich rückt am 1. Mai 2004 vom Rand der Europäischen Union in die Mitte dieser Staatengemeinschaft, Österreich wird über keine EU Außengrenze mehr verfügen, Mitteleuropa wird zu einer Einheit.

Die Steiermark wird aufgrund ihrer geographischen Lage vom Beitritt unseres Nachbarstaates Slowenien, aber auch vom Beitritt Ungarns in geradezu unmittelbarer Weise betroffen sein.

Nun gilt es, die Möglichkeiten, die der Erweiterungs- und Integrationsprozess in sich birgt, aktiv aufzugreifen und für unser Land optimal zu nutzen. Nicht die Angst vor neuer Konkurrenz sollte im Vordergrund stehen, sondern die Möglichkeit, neue Impulse zu nutzen, muss überwiegen.

„European Spa World“

Für den Tourismus in der Steiermark öffnet sich mit der EU-Erweiterung ein neuer Markt. Jedoch ist auch mit einer verschärften Wettbewerbssituation, beispielsweise auf dem Thermen-, Kur- und Wellnesssektor zu rechnen. Der Beitritt Ungarns und Sloweniens wird das Thermen-, Kur- und Wellnessangebot deutlich vergrößern, sodass wir uns auf die neuen Gegebenheiten einstellen und die richtigen Akzente setzen müssen. Vor diesem Hintergrund habe ich daher auch eine Thermenstudie in Auftrag gegeben, um zu erheben, ob die Steiermark noch weitere Thermen braucht. Hier spielt die Frage der Konkurrenz mit den Beitrittsländern eine zentrale Rolle. Darüber hinaus gibt es schon wichtige und richtige Schritte in der Vermarktung der Thermenregion. Auf Initiative des Landes Steiermark haben sich die Länder Steiermark, Burgenland, Westungarn und Slo-

wenien auf das grenzüberschreitende Projekt der „European Spa World“ verständigt, um sich gemeinsam international als größte und schönste Wellnessdestination Europas zu positionieren. Dieses Vorreiterprojekt einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurde bereits am 14. März 2004 auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin – somit zwei Monate vor dem Beitrittstermin – präsentiert. Ich bin davon überzeugt, dass Kooperationen in Form von grenzüberschreitenden Projekten in der neuen Zukunftsregion der richtige Ansatz dafür sind, um Synergien zu nutzen und – bei Wahrung der jeweiligen Identität – das Gemeinsame hervorzuheben. Vom „grenzenlos Wohlfühlen“ bis zum „grenzenlos Denken“ in unserer Region sollte in Zukunft alles möglich sein.

Wir wissen nur zu gut, dass Österreich und die Steiermark mit den Erweiterungsländern aus Mittel- und Osteuropa schon aufgrund von räumlicher Nähe, gemeinsamer Geschichte und Kultur viel mehr als beispielsweise die westeuropäischen Staaten gemeinsam haben. Natürlich müssen die Erweiterungsstaaten einen Aufholprozess durchmachen, daraus ergeben sich aber große Chancen für Österreich und unser Bundesland. So sind die osteuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn ein wichtiger Zukunftsmarkt für den steirischen Tourismus. Die Steiermark ist Winterurlaubsdestination Nummer 1 für die ungarischen Nachbarn. Hier gibt es große Potenziale!

Ängste der Bevölkerung wahrnehmen

Dass eine so gravierende Veränderung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeldes – wie sie mit der Erweiterung am 1. Mai erfolgt – auch mit Unsicherheiten in der Bevölkerung verbunden ist und zu verschiedenen Befürchtungen führt, ist nur allzu klar. Jeder Integrationsprozess – auch wenn er noch so wünschenswert ist – ist von

komplexen Zusammenhängen gekennzeichnet, die eine Fülle von neuen Fakten und Konsequenzen hervorrufen. Auswirkungen auf den Einzelnen, auf den Arbeitnehmer und auf den Arbeitsmarkt sind eine logische Folge.

Wir müssen im Integrationsprozess die steirischen Arbeitnehmer entsprechend unterstützen. Die Sorgen der Arbeitnehmer vor Verdrängung, stärkerem Leistungs- und Lohndruck müssen ernst genommen und klar angesprochen werden. Nichts führt zu größerem Misstrauen, als wenn allfällig negative Auswirkungen schön geredet oder als bloße Vorurteile abgetan werden. Eine offene Politik muss auf

Probleme eingehen und diese ansprechen. Erst dann ist sie glaubwürdig.

Insgesamt wird also der Erweiterungsprozess Österreich und die Steiermark vor neue Chancen stellen. Die Steiermark wird Teil einer großen Zukunftsregion werden, rückt von der Peripherie in die Mitte, doch auf dem Weg dahin gilt es mit gemeinsamer Kraft Veränderungs- und Integrationsprozesse erfolgreich zu bewältigen. Mit gemeinsamer Kraft wird sich die Arbeitswelt auf die neuen Herausforderungen und den neuen Lebensraum einstellen, in der nicht Verdrängung, sondern Zusammenarbeit auf hohem Niveau ausschlaggebend sein müssen.

Das fatale Schielen auf den 1. Mai

Johann Seitinger

Der Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004 stellt für die Europäische Union mehr als nur die viel zitierte „Osterweiterung“ dar. An diesem Tag wird – wie schon oft betont – die europäische Nachkriegsordnung um ein entscheidendes Stück überwunden. Dass gleich zehn neue Mitglieder auf einmal aufgenommen werden, stellt die EU in der Tat vor neue, in erster Linie auch organisatorische Herausforderungen.

Nicht Maximierung des Ertrages – sondern Optimierung der Möglichkeiten

Nur zur Erinnerung: In ihren 47 Jahren seit den „Römischen Verträgen“ haben die sechs Gründungsmitglieder in drei Schritten gerade einmal neun Staaten aufgenommen. Und doch gilt es, hier die Relationen realistisch zu sehen. Die EU lässt sich am 1. Mai auf kein unvorbereitetes Risiko ein. So ist die Zahl der neuen EU-Bürger (75 Millionen) nur ungleich höher als bei der ersten Erweiterungsrunde 1973 mit dem Beitritt von Großbritannien, Irland und Dänemark. Wenn wir uns an die so genannte „Süderweiterung“ in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erinnern, so hat die Union bereits einmal bewiesen, dass sie in der Lage ist, unterschiedliche Ausgangslagen im Lebens- und Wirtschaftsstandard zu bewältigen. Der Ausgleich zwischen wirtschaftlich prosperierenden und benachteiligten Gebieten gehört zum europäischen Einigungsprozess seit Anbeginn dazu. In diesem Zusammenhang sei nur an das inneritalienische Wirtschaftsleistungsgefälle erinnert, das gerade in den sechziger Jahren eine ungeheure Herausforderung dargestellt hat. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass es zu den Markenzeichen der Europäischen Union gehört, durch gezielte Maßnahmen der Regional- und Strukturpolitik die wirtschaftlichen Ungleichgewichte „intern“ zu lösen und nicht darauf zu warten, dass neue Mitglieder vorweg „extern“ das

europäische Durchschnittsniveau erreichen. Die gesamte Agrarpolitik der Union ist letztlich auch der ständige Beweis dafür, dass die EU nicht grundsätzlich auf die Maximierung des wirtschaftlichen Ertrages, sondern auf die Optimierung der gegebenen Möglichkeiten ausgerichtet ist.

Die historische Dimension liegt also weniger in den ökonomischen als in den politischen Voraussetzungen: Sechs der zehn Neuen haben bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 völkerrechtlich noch gar nicht existiert, alle zehn hatten damals – einmal unabhängig von der realen Souveränität gedacht – ein politisches System, das einen Beitritt gar nicht möglich gemacht hätte. Die EU-Erweiterung von 2004 ist daher und vor allem ein beredtes Beispiel für die Erfolgsgeschichte der Demokratie europäischer Prägung. Gerade auf unserem Kontinent mit seiner Vielzahl historischer Brüche und Katastrophen muss diese Dimension der Demokratisierung vor allem dann nachdrücklich hervorgestrichen werden, wenn partikuläre Ängste dazu führen, dass das Gesamte aus den Augen verloren wird.

Die Bauern und Europa

Es ist nicht wegzuleugnen: Viele Bäuerinnen und Bauern sehen der Erweiterung mit gemischten Gefühlen entgegen. Diese Sorgen findet man übrigens nicht nur hierzulande, auch die Bauern in den neuen Mitgliedstaaten haben ganz konkrete Zukunftsängste.

Dass die Herausforderungen für die europäische Landwirtschaft im Allgemeinen und für die steirische im Besonderen groß sind, kann und soll nicht verschwiegen werden, doch bleibt die Frage, ob sich im agrarpolitischen Bereich die öffentliche Kommunikation in den letzten Jahren nicht zu sehr auf das Thema EU zugespitzt hat. Auch die Politik muss sich selbstkritisch fragen, ob der gut eingelernte Mecha-

nismus, dass alle Erfolge in Brüssel auf die Fahnen der nationalen und regionalen Politik geheftet und zugleich alle weniger angenehmen Entscheidungen „denen da draußen in Brüssel“ angelastet werden, nicht dazu geführt hat, dass der Blick auf die Realität in all ihren Facetten verstellt worden ist.

Viele Herausforderungen, vor denen die Landwirtschaft heute steht, werden zwar angesichts der EU-Debatten deutlicher sichtbar, sie wären uns aber auch ohne den europäischen Einigungsprozess nicht erspart geblieben.

Hier ist zuallererst der wohl noch immer nicht abgeschlossene Strukturwandel zu nennen. Der Weg von der durch Jahrhunderte dominierenden Agrargesellschaft über die Industriegesellschaft hin zur modernen Dienstleistungsgesellschaft hat den bäuerlichen Familienbetrieben mehr Veränderungsnotwendigkeit abgerungen als jeder anderen Berufsgruppe. Noch vor zwei Generationen waren Begriffe wie Landwirtschaft und ländlicher Raum faktisch ident. Mit einem unglaublichen Kraftakt gelang es den österreichischen Bauern nach 1945 innerhalb weniger Jahre, das hungernde Land ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Dann kamen Landmaschinen und Kunstdünger und in kurzer Zeit wurden aus arbeitsplatzintensiven Betrieben Familienunternehmen. Streng reglementierte Marktordnungen gaben den Bauern dennoch jahrzehntelang die scheinbare Gewissheit, unangefochten produzieren zu können. Mit dem EU-Beitritt 1995 wurde die nächste große Umstellung notwendig. Die Bauern haben dies alles gemeistert, wenn auch um den Preis, dass viele Betriebe aufgeben mussten. Dieser Strukturwandel wäre allerdings auch ohne EU zu bewältigen gewesen. Auch hier macht der Vergleich sicher: Ein Blick nach Skandinavien, Großbritannien oder in die Niederlande beweist, dass das Modell der österreichischen Agrarpolitik, das eben nicht die industrielle Produktion forciert, sondern sich den Prinzipien der flächendeckenden, multifunktionalen, nachhaltigen und an Familienbetrieben orientierten Landwirtschaft verschrieben hat, den richtigen Weg für die Bauern und die Gesamtgesellschaft gewiesen hat.

Lila Kühe

Parallel zu diesem Strukturwandel haben sich natürlich auch die Ansprüche der Öffentlichkeit an die Landwirtschaft gänzlich gewandelt. Geben wir uns

keiner Illusion hin. In einer Zeit, wo die Milchkühe lila sind und Ketchup und Pommes frites nur mehr selten mit Paradeisern und Erdäpfeln in Verbindung gebracht werden, ist oft nicht einmal mehr ein Grundwissen über die Arbeitswelt der Bäuerinnen und Bauern vorhanden. Das romantisch verklärte Bild vom Bauern, der säend mitten im Feld steht und in dessen Stall von jeder Tierart ein Pärchen vorhanden ist, befriedigt zwar das Bedürfnis vieler Menschen nach Idylle, entspricht aber nicht den ökonomischen Notwendigkeiten eines Bauernhofes. Viele der aktuellen Diskussionspunkte sind das Ergebnis dieser Unkenntnis. Da gesellen sich völlig unrealistische Naturschutzbestrebungen zu wirklichkeitsfremden Forderungen im Tierschutz. Wir müssen gerade in diesen beiden Punkten die für Außenstehende oft schwer nachvollziehbaren heftigen Reaktionen seitens der Bauern verstehen: Jeder schätzt die Einzigartigkeit der heimischen Kulturlandschaft, die eben nicht das Produkt eines konservierenden Naturschutzes, sondern einer bäuerlichen Bewirtschaftung ist, und nun sollen sich ausgerechnet die Bauern mit Bewirtschaftungseinschränkungen abfinden, damit die Natur geschützt werde. Ebenso war es stets ein vorrangiges Interesse der Bauern, auf ihre Tiere – nicht zuletzt auch aus ökonomischen Überlegungen – gut zu schauen und plötzlich müssen sie erleben, wie einerseits idealistisch-unwissende, andererseits aber auch bloß vermeintliche Tierschützer sie als Tierquäler punzieren. Hier wie dort verschließen sich fundamentalistische und maximalistische Positionen jeglicher sachlicher Diskussion. Denn eines wird sich sicher nicht ausgehen: Höchste Anforderungen seitens der Gesellschaft einerseits und ökonomische Geringschätzung der bäuerlichen Produkte andererseits.

Ein Letztes in diesem Zusammenhang: Eine zentrale Herausforderung, vor der weltweit alle öffentlichen Haushalte in den so genannten Wohlstandsnationen stehen, ist deren Sanierung. Sozialdemokratischen Regierungschefs wie Blair oder Schröder geht es hier nicht besser als den Christdemokraten Chirac und Berlusconi. Nun sind die aktuellen Sparkurse natürlich nicht getrennt von den Vorgaben der EU zu sehen, doch die Sanierungsnotwendigkeit wäre auch ohne Maastrichtkriterien unbestreitbar gewesen. Die aufgeblähten öffentlichen Haushalte standen seit langem ohnehin nur mehr vor der Alternative, entweder „an die Wand zu fahren“ oder sich einem strengen Sparkurs unterzuordnen. Man wird

hier eines Tages der EU noch dankbar dafür sein, dass sie den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Auch die Landwirtschaft ist davon betroffen: Zum einen ist sie infolge der Ausgleichszahlungen unmittelbar von den öffentlichen Budgets abhängig, zum anderen spüren naturgemäß Lebensmittelproduzenten, aber auch touristische Anbieter jede Kaufkraftveränderung zuerst.

Es muss in diesem Zusammenhang auch einmal mehr auf einen weit verbreiteten und schier unausrottbaren Irrtum in der Öffentlichkeit hingewiesen werden: Immer wieder hört und liest man, dass die Hälfte der EU-Mittel in die Landwirtschaft fließen. Dies lässt sich durch die Weitergabe nackter Zahlen scheinbar vortrefflich belegen. Faktum ist jedoch, dass ausschließlich die Landwirtschaft über ein gemeinschaftliches Budget und keine eigenständigen nationalen Haushalte verfügt. Derzeit machen die Mittel der gemeinsamen Agrarpolitik weniger als ein Prozent der gesamten öffentlichen Ausgaben der EU aus, Tendenz weiterhin fallend. Das EU-charakteristische Modell der Kofinanzierung stellt zudem eine weitere Verlockung für alle Finanzminister dar, sich im Zuge von in Brüssel „liegen gelassener“ Gelder auch zuhause einiges zu ersparen.

GAP: die drei magischen Buchstaben

Es mag manchen als Ironie der Geschichte erscheinen, dass ausgerechnet die tendenziell EU-skeptischen Bauern genau genommen die Vorreiter der europäischen Integration – zumindest in struktureller Form – sind. Mit der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) hat sich die EU ein ausgefeiltes, allerdings für viele oft auch undurchschaubares Regelwerk für die Landwirtschaft geschaffen. Natürlich hat die GAP-Reform, wie sie in ihrem Kern am 1. Jänner 2005 in Kraft tritt, mit der EU-Erweiterung zu tun. Es ist hier Kommissar Franz Fischler ausdrücklich zu danken, dass er die Verhandlungen über die Neuordnung der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ noch vor dieser Erweiterung abgeschlossen hat. Vergleichbar mit der siebenjährigen Übergangsfrist bis zur vollständigen Umsetzung der freien Arbeitsplatzwahl gibt es auch bei den EU-Geldern für die Landwirtschaft Übergangszeiten, in denen die neuen Mitglieder mit prozentuell abgestuften Förderbeiträgen wirtschaften müssen. Ein solches Verhandlungsergebnis wäre nach dem 1. Mai mit 25 gleichberechtigten Verhandlern an einem

Tisch wohl kaum mehr möglich gewesen. Um hier nicht missverstanden zu werden: Da geht es nicht um eine protektionistische Bevorzugung der EU-15. Eine idente Förderkulisse bei den neuen Mitgliedern hätte das sensible Gleichgewicht der gesamteuropäischen Landwirtschaft zerstört. Wären nämlich die realen aktuellen Einkommensunterschiede zwischen den neuen und alten EU-Mitgliedern mit einem Schlag aufgehoben worden, wäre bereits mittelfristig der soziale Friede zwischen Tallinn und Pecs weitaus gefährdeter gewesen als die Landwirtschaft in unseren Regionen. Auch hier hat sich die EU als – nicht perfekter, aber doch sehr engagierter – Anwalt ihrer Bürgerinnen und Bürger erwiesen.

Das wirtschaftsstärkere Slowenien beginnt mit einem weitaus höheren Prozentsatz als das noch nicht so entwickelte Polen. Das EU-Prinzip, nationale Volkswirtschaften an den EU-Wirtschaftsraum so heranzuführen, dass beide Seiten nicht überfordert werden, ist keine Zauberformel, aber ein ambitionierter Weg in die richtige Richtung. Besonders wichtig für die Bauern in diesem Zusammenhang ist die EU-Norm der einheitlichen Qualitätsstandards, und hier sind wir vorne. Ungarische Schlachthöfe wissen schon heute davon ein Lied zu singen. Der österreichische Konsument kann sich darauf verlassen, dass bei der Hygiene und Tiergesundheit keine Kompromisse „am Tisch landen“ werden, und für die Bauern ist dies letztlich auch ein Stück mehr Wettbewerbsgerechtigkeit.

Land heißt Leben

Die entscheidende Frage für die (Über-)Lebensfähigkeit der Landwirtschaft österreichischer Prägung ist nicht die Erweiterung der Union. Hier ist gut verhandelt worden und hier wird es natürlich auch künftig zusätzlicher Anstrengungen bedürfen. Es wäre aber fatal, seitens der Bauern und deren Interessensvertreter nun nur mehr auf das Erweiterungsdatum zu schielen und die Agrarpolitik unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Zeit vor dem 1. Mai und der Zeit danach zu definieren.

Die beiden zentralen Herausforderungen sind einerseits das Erhalten und Stärken des ländlichen Raums sowie andererseits die Fähigkeit seitens der Landwirtschaft, ihre Leistungen für die Gesellschaft noch besser zu kommunizieren.

Zur Stärkung des ländlichen Raums: Zumindest zwei Jahrhunderte lang haben sich die Sehnsüchte

der Menschen primär auf die Städte gerichtet. Hier gab es Arbeit, Freizeitangebote, Kultur, Unterhaltung und vor allem Wertschöpfung. Im ausgehenden 20. Jahrhundert kam es dann zur großen Trendwende. Der ländliche Raum wurde zunehmend als Erholungs- und Freizeitraum, aber auch als attraktives Wohngebiet erkannt. Die Städte sind an ihre Grenzen gestoßen, die so genannten Speckgürtel um die Zentren blühen zwar auf, doch auch hier sind eine Vielzahl von sozialen und raumordnerischen Problemen vorprogrammiert.

Hier kann nur ein gestärkter ländlicher Raum als Zukunftsraum des 21. Jahrhunderts eine Antwort geben. Konkret bedeutet dies ein Umdenken beim Finanzausgleich ebenso wie eine Stärkung des ländlichen Wirtschaftsstandortes insgesamt. Betriebsansiedlungen sind genauso unumgänglich wie die Bewahrung der öffentlichen, sozialen und medizinischen Infrastruktur. Die Landwirtschaft braucht die Gesamtentwicklung des ländlichen Raums zumindest so dringend wie die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Wer Förderung der ländlichen Regionen ausschließlich mit Förderung der landwirtschaftlichen Urproduktion gleichsetzt, hilft den Bauern zwar – bestenfalls – kurzfristig, realistisch aber trägt er nur dazu bei, dass die Bauern – sprichwörtlich gesagt – am Ende des Tages das Licht ausschalten dürfen. Die „Gemeinsame Agrarpolitik“ der EU trägt diesem regionalpolitischen Ansatz mit ihren Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums schon lange Rechnung, im Zuge der GAP-Reform wurde dieser Ansatz noch weiter gestärkt. Kürzel wie ÖPUL (Umweltprogramm der Landwirtschaft) oder AZ (Bergbauernförderung) sind nicht zufällig auch weit über den bäuerlichen Bereich hinaus bekannt. Kein zweites EU-Mitglied lukriert in Relation aus den ÖPUL-Töpfen so viel wie Österreich, das heißt nirgendwo sonst wird so umweltbewusst Landwirtschaft betrieben. Mit der Unterstützung der Bergbauern leisten EU, Bund und Land einen unverzichtbaren Beitrag zum Offenhalten der Landschaft. Der Tourismusstandort Österreich wäre ohne die Arbeit der bäuerlichen Familien um vieles ärmer.

Drei große „L“: Lebensfreude, Lebensmittel, Lebensraum

Land heißt Leben und ohne Landwirtschaft wäre dieses Leben aller nur die Hälfte wert. Die Bauern geben gerade hier der Gesellschaft sehr viel: Die

drei großen „L“ stehen für Lebensfreude, Lebensmittel und Lebensraum. Von der charakteristisch gestalteten Kulturlandschaft war bereits im letzten Absatz die Rede. Dazu kommt der „Feinkostladen Österreich“ mit seinen unverwechselbaren Angeboten hochqualitativer Lebensmittel. Die Steiermark – das Land zwischen dem ewigem Eis und Weinbergen – ist hier mit ihren vielfältigen Spezialkulturen und ihrem hohen Veredelungsgrad am richtigen Weg, dennoch schmerzt die unverändert offene Wunde des Preisdumpings im Lebensmittelbereich. Es trifft jeden Bauern wie eine Ohrfeige im Gesicht, wenn eine der wenigen noch verbliebenen Handelsketten wieder einmal hochwertigste agrarische Produkte als Lockartikel verschleudert. Es ist aber unrealistisch, eine Kehrtwende dieser Entwicklung nur herbeizufordern, ohne selbst einen Beitrag zu leisten.

Das dritte „L“, die Lebensfreude, wird in ihrer Bedeutung zuweilen noch unterschätzt. Was Immobilienmakler, Modehäuser oder industrielle Nahrungsmittelhersteller längst erkannt haben, dass mit der Marke „Landleben“ auch gute Geschäfte gemacht werden können, müssen die Profis für dieses Landleben, eben die bäuerlichen Familien, noch besser für ihre berechtigten Interessen nutzen. Nicht, dass hier nicht schon viel geschieht: Jedes vierte steirische Gästebett ist ein „Urlaub am Bauernhof“-Bett, die Direktvermarkter zwischen Buschenschank und Bauernmarkt, zwischen Mullbratl und Morillon oder die meist herbstlichen Hoffeste sind selbstverständliche Fixpunkte der steirischen Lebensart und Alltagskultur. Unter Garantie: Das alles wird nach dem 1. Mai auch für unsere Gäste aus den neuen EU-Ländern ein höchst attraktives Angebot sein. Doch dass dies alles nicht selbstverständlich ist, muss gemeinsam noch viel stärker kommuniziert werden.

Die Hausaufgaben

Noch einmal: Die EU-Erweiterung stellt für die heimische Landwirtschaft natürlich eine Herausforderung dar, letztlich macht sie aber nur die ohnehin unabwendbaren Herausforderungen der Zukunft deutlicher sichtbar. Das Datum 1. Mai fokussiert, aber es ist keine Bedrohung. Unsere Bauern werden den richtig eingeschlagenen Weg weiter gehen, manchmal vielleicht beschwerlicher, ein anderes Mal etwas schneller als ohne die Erweiterung, aber

es sind im Prinzip fünf großen Themen, die hier abschließend anzuführen sind:

Der Bauer wird sich noch mehr als bisher vom Produzenten hin zum Universalunternehmer entwickeln. Er wird dabei darauf achten, dass nicht nur die unattraktiveren Teile der Wertschöpfungskette bei ihm bleiben, sondern seine Produkte am Weg zum Konsumenten besser und effizienter begleiten. Er wird auf vielfältige Weise Erwerbskombinationen suchen: Neben dem schon eingeführten touristisch-gastronomischen und vermarktenden Bereich sind soziale (Tagesmutter, Pflegeleistungen), kommunale (Winterdienste, Grünraumpflege) und Energie („grüne Energie“) bereitstellende Dienste Hoffnung gebende Einkommenschancen.

Zweitens wird der Bauern von morgen noch besser kooperieren. Das gilt für sein Auftreten gegenüber dem sich zunehmend in wenigen Ketten konzentrierten Handel – Stichwort: Erzeugergemeinschaften – ebenso wie für die Unterstützung untereinander. Wie alle Unternehmer müssen auch die Bauern an der ständigen Optimierung ihrer Betriebskosten interessiert sein. Kaufmännisches Know-how und der gesunde Hausverstand sind hier ein beinahe unschlagbares Doppel.

Wer etwas verkaufen will, muss den Markt im Auge behalten. Die Art und Weise, wie wir auf den vertrauten heimischen und den manchmal noch unvertrauten neuen Märkten präsentieren, wird für die Zukunft der Bauern entscheidender sein als das Feilschen um Prozentsätze bei einzelnen Fördermaßnahmen. Ein Letztes: Das Gebot des lebenslangen Lernens hat auch und gerade für die Landwirtschaft seine Gültigkeit. Unser hervorragendes System des landwirtschaftlichen Schulwesens, aber auch die Beratungseinrichtungen der Kammer und das LFI sind Fundamente, auf die punktgenaue, bedarfsgerechte und flexibel reagierende Fortbildungsangebote aufzubauen sind.

Auch in der EU der 25 ist und bleibt jeder seines Glückes eigener Schmied, die steirische Landespolitik und auch die aktuelle Bundespolitik sind verlässliche Partner, wenn es um die Bereitstellung der notwendigen politischen Rahmenbedingungen geht. Und sollte in der Brüsseler Kommission künftig ein Vertreter einer liberalisierten-industriellen Landwirtschaft das Reden haben, weiß sich Österreich in seinem Widerstand nicht allein. Hier werden gerade auch einige der neuen Mitglieder unsere Verbündeten sein.

Das Tor, der Schlüssel, die Brücke

Ernst Sittinger

Die Steiermark verliert mit der Grenze ihre Identität

Offenheit nach allen Richtungen muss künftig die Devise sein.

Die „Süd-Ost-Tagespost“ ist schon lange tot. Die „Grazer Süd-Ost-Messe“ heißt Grazer Messe International. Was ist also geworden aus dem früher gerne beschworenen Süd-Osten? Die Steiermark, so lehrte man uns lange Zeit, sei das Tor in diese unbekannte Welt. „Brücke und Bollwerk“ als Stütze unserer Identität, unseres Selbstverständnisses. Das alles hätte vielleicht noch länger so gegolten, jedenfalls schien es den Nachkriegs-Politikern als im Grunde unverrückbares Koordinatensystem. Bis zu jenem Tag im Sommer 1989, als ein Picknick der Paneuropa-Bewegung am Eisernen Vorhang zu Ungarn damit endete, dass Alois Mock letzteren mit einer Drahtschere durchschnitt.

Die wirkliche Bedeutung dieses Ein-Schnitts in die europäische Nachkriegsgeschichte hat man erst mit Verzögerung verstanden. Als die steirische ÖVP im September 1990 auf Schloss Stainz führende Intellektuelle, Politiker, Wirtschaftstreibende und Journalisten zusammenrief, um über die neue Architektur Europas zu diskutieren, wusste man zwar, dass 1989 das „annus mirabilis“ des Kontinents gewesen ist. Ob ein Zusammenwachsen überhaupt möglich wäre, wie schnell das gehen könnte und welche flankierenden Anstrengungen dazu erforderlich sind, war aber noch nicht hinreichend klar. Es waren die Fragen und nicht die Antworten, die damals das Klima dominierten. Man konnte aber eine Art Pioniergeist spüren: Allen Verantwortlichen war bewusst, dass es sich hier um eine einmalige Gestaltungs-Chance handelte. Und dass es nun darum ging, eine echte Friedensordnung zu schaffen. Eine Ordnung, die keine Bollwerke mehr braucht, sondern die Brücken in den Vordergrund stellt.

Vom Rand ins Zentrum

Heute also kein Bollwerk mehr, nur mehr Brücke. Brücke wohin? Die wenigsten Landesbürger wissen es, und man kann ihnen schwerlich einen Vorwurf machen. Wenn sich am 1. Mai die Grenzbalken im südsteirischen Weinland heben, öffnet sich der Vorhang zu einer unbekannten Welt. Dass die Steiermark vom Rand Europas ins Zentrum rückt, sagt sich leicht. Die damit verbundene – vor allem geistige – Mobilität würde aber bedingen, dass man zuvor manche Trägheit überwindet und manche Hürde überspringt. Reicht unsere Anfangsenergie dazu aus? Man muss es bezweifeln.

Wer kennt slowenische Dichter, liest kroatische Tageszeitungen, besucht ungarische Theater? Ohne Sprachkenntnisse ist das schwer. Hätten die Politiker 1989 richtig reagiert, wäre das vielleicht anders. Damals zehnjährige Kinder hätten dann ab der fünften Schulstufe verpflichtend Slowenisch, besser auch noch Kroatisch, gelernt. Sie wären heute 24 und äußerst gefragte Kräfte auf dem so schwierig gewordenen Arbeitsmarkt. Ein großes Grazer Warenhaus, das auch Firmen in Tschechien und Slowenien unterhält, hat vor einigen Jahren zur Selbsthilfe gegriffen: Dort werden jetzt den tschechischen Mitarbeitern Deutschkurse gezahlt, damit man sich im Konzern besser verständigen kann. Ost-Hilfe auf österreichisch. Und unsere eigenen Maturanten, Schulabgänger, Studenten? Sie können ganz passable Integralrechnungen, sie können geometrisch zeichnen und mühen sich vielleicht mit ein paar unbeholfenen Brocken Französisch ab. Aber Kroatisch? Wer braucht das? In Wahrheit brauchen wir es alle. Dem dümmsten Bildungspolitiker hätte das einfachen müssen. Ist es aber nicht. Wahrscheinlich sind unsere Bildungspolitiker zu gescheit. Auch heute, 15 Jahre nach dem „annus mirabilis“ der europäischen Nachkriegsgeschichte, herrscht derselbe Sprachen-Eintopf in unseren Schulen, der noch an das westeuropäisch orientierte 20. Jahrhundert er-

innert. Ein Relikt, das unsere Kinder zukunftsfähig machen soll.

Neues vor der Haustüre

Dass Kroatien vorerst noch nicht EU-Beitrittsland ist, tut da nichts zur Sache. Europa wächst auf allen Linien zusammen, so oder so. Die Nichtkenntnis der Ostsprachen macht uns sprach- und hilflos. Um uns das nicht eingestehen zu müssen, haben wir uns die längste Zeit abgewandt. Verlustängste triumphten über die nachbarschaftliche Neugier: Angst vor der Freizügigkeit, Angst vor Migration, Angst vor Kriminalität und „Überfremdung“. Kurz nach der „Ostöffnung“, wie sie anfangs hieß, war vielleicht noch der Reiz des Exotischen da. Man tapste unbeholfen durch den neuen Balkan, der nun unvermutet vor der Haustüre lag und mit dem man doch nichts Rechtes anfangen konnte. Der Stehsatz in allen Sonntagsreden war das „Tor zum Südosten“, das wir in unserem Innersten gar nicht sein wollten und auch nie waren. Oder das wir doch nur unter der Auflage akzeptieren, dass es versperrenbar ist und wir im Alleinbesitz des Schlüssels sind. Die einzigen Westeuropäer, die uns die Mär von der intakten Brückenfunktion je abnahmen, waren die armen Franzosen von der „Electricité de France“, die sich um teures Geld unbedingt bei der Steweag einkaufen wollten, um von Graz aus in den Balkan-Raum zu expandieren. Dass Graz selbst der einzige Balkan war, den wir zu bieten hatten, mögen sie in der Zwischenzeit überdeutlich gemerkt haben. Damals, in den Vor-EStAG-Zeiten, wussten sie es nicht.

Vor zehn Jahren bestätigten die Jugoslawien-Kriege jene Vorurteile und Vorbehalte, die es immer schon gab. „Nachbar in Not“ bekämpfte effizient und kollektiv das allenfalls sich regende schlechte Gewissen. Geografische, politische oder gar historische Fachkenntnis war nicht nötig, um den Konflikt zu kommentieren. Wer am Spendentelefon den Ablass leistete, bekam per Erlagschein die Absolution. Den meisten von uns fiel es ja sowieso schwer, zwischen all den bosnischen Serben, kroatischen Separatisten und Kosovo-Albanern zu unterscheiden. Heute weiß man zwar, wo Montenegro liegt, die Berührungs- und Befassungsängste sind uns aber geblieben. Wer kennt das ungarische Staatsoberhaupt oder den slowenischen Regierungschef? Wer könnte

das kroatische Parteiensystem grob skizzieren? Müßige Fragen. Man mag ihre Nicht-Beantwortung damit rechtfertigen, dass schließlich auch der Schweizer Bundespräsident hierzulande nicht zu den Top-Prominenten zählt. Darauf wiederum ließe sich freilich entgegenen: Als „Tor nach Westen“ haben wir uns nie berühmt.

Die Last der Geschichte

Brücke also. Welche Lasten hat sie zu tragen? Die Lasten der Vergangenheit, einer seit Jahrhunderten verkorksten Geschichte. „Steirische Slowenen“, Gottscheer, Deutsch-Untersteirer: Man weiß nicht so genau, was man davon halten soll. Die Gefühle schwanken zwischen vergessen, vertuschen, vernachlässigen, weil kein gesichertes Wissen für klare Urteile sorgt. Die Grenze war etwas, woran man sich anhalten konnte: Je eiserner, desto besser. Waren wir eigentlich vor oder hinter dem Vorhang? Heute will man sich sowieso heraushalten: Politik und Geschichte sind nicht der Kitt, der Europa zusammenhält. Eine Wirtschaftsgemeinschaft war ja noch leicht zu gründen, die gemeinsame Währung haben wir nach langem Hin und Her auch geschafft. Nur die politische Einigung der „Union“, die will halt nicht so recht von der Hand gehen. Man fühlt sich unangenehm erinnert an die alte österreichisch-ungarische Monarchie, die auch eine gemeinsame Außenpolitik wollte und letztlich doch im nationalen Separatismus unterging. Hat „Mister GASP“ eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik bewirkt? Die Haltung der Staaten zum Irak-Krieg gab vor einem Jahr eine beredte Antwort. Souveränitätsverlust wird von den europäischen Nationalstaaten gar nicht gerne gesehen, zumal sich auf europäischer Ebene keine gemeinsamen demokratischen Strukturen als Identifikationsplattform anbieten. Das hat in erster Linie wiederum kulturelle Ursachen: Weil wir keine gemeinsame Sprache sprechen, haben wir keine gemeinsamen Medien, keine durchgehend miteinander kommunizierende Öffentlichkeit. Und deshalb lassen sich, anders als in den USA, auch keine kontinentalen Wahlkämpfe führen. Gerade in diesen Wochen, wo der Wahlkampf zum europäischen Parlament stattfindet, zeigt sich dies deutlich. Oder kann hierzulande jemand die aussichtsreichsten portugiesischen Kandidaten aufzählen?

Wo der Rubel rollt

Nur die Ökonomie hat es leicht. Das Geld (fast möchte man treffend sagen: der Rubel) rollt ganz ohne politische Anstrengung dorthin, wo es sich am leichtesten vermehrt. Während Politiker noch mühsam verhandeln, wird auf den Märkten schon eifrig investiert. Die ökonomische Besiedelung der Beitrittsländer ist längst abgeschlossen – lange vor dem EU-Beitritt. Derzeit gelten Rumänien und Bulgarien als die aussichtsreichsten Destinationen für Investoren. Bald wird man nach Russland blicken.

Banken, Versicherungen und Tankstellen waren zu Beginn der 1990er Jahre die ersten, die den neuen, noch wilden Osten Europas erschlossen haben. Österreich, das Tor zum Südosten, war aber in Summe nur sehr zögerlich dabei. Die mittelständische Wirtschaft, die das heimische Ökonomie-Gefüge dominiert, beschäftigte sich mehr mit möglichen Gefahren und der Forderung nach langen Übergangsfristen, anstatt sich mutig in die Schlacht zu werfen. Bei den Ost-Investitionen haben uns mittlerweile die Niederländer überholt. Ja, das alte Seefahrervolk!!! Will man der Sache etwas Positives abgewinnen, könnte man sagen: Der Österreicher erweist sich als immun gegen die Versuchungen der Kolonisierung des Ostens. Vielleicht waren wir niemals eine „Insel der Seligen“, aber als Inselvolk sehen wir uns allemal. Siehe die Zuwandererdebatte: Wandern als Volkssport ja – aber bitte keine Völkerwanderung.

Migration als misstrauisch machendes Mirakel. Zum Glück kommt man bei uns sowieso nicht so leicht von A nach B. Hohe Berge verstellen die Sicht und den Weg, oft verstellen sie auch die Übersicht. Die Raumverteidigung, im Kalten Krieg militärische Doktrin der Republik, wurde bei uns vor allem in Friedenszeiten fest eingeübt. Deshalb gibt es zwar keinen Semmeringtunnel, dafür aber eine Doppelmaut. Zu viel Verkehr belastet sowieso die Umwelt. Und wenn schon die Grenzbalken abmontiert werden, dürfen wir wenigstens die Schranken im Kopf behalten.

Was gegen diese Abwehrhaltung hilft? Es gibt keine schnellen, einfachen Rezepte. Bildung, geistige Durchlüftung, Neugier und offene Diskussion sollen und werden das wechselseitige Verständnis der europäischen Völker in Gang bringen und vorantreiben. Wichtig ist auch das „Empowerment“, das Herstellen und Fördern eines gesunden steirischen Selbstbewusstseins: Nur der, der sich selbst vieles zutraut, kann offen auf andere zugehen. Das alles muss erst geübt werden: Die Steiermark war immer Grenzland, sie „markierte“ 800 Jahre lang das Ende diverser Reiche. Fällt jetzt die Grenze weg, dann ist die Steiermark keine Mark mehr. Wir brauchen eine neue Identität. Der 1. Mai 2004 wird vor diesem Hintergrund zum Tag der Kopf-Arbeit: An uns und unseren Kindern wird es liegen, in welchen Dimensionen wir künftig denken. Spiel-Räume gibt es jedenfalls genug in der neuen Mitte des neuen Europa.

Auf der Suche nach neuen Partnern in alter Umgebung – Steirische Perspektiven der EU-Erweiterung

Michael Steiner

1. Wer spielt alles mit?

Stellen Sie sich vor, Sie wären Präsidentin eines großen berühmten Tennisklubs, den es in seiner Art vielleicht nur dreimal gibt; dieser Klub hat – sagen wir – 15 wohlarrivierte Mitglieder. Dieser Klub – mit seinen eigenen Regeln, seinem Budget, das von den Mitgliedern aufgebracht wird – hat zunächst einmal das Ziel, seine Mitglieder zu fördern: dafür wurde er gegründet, dafür zahlen sie Mitgliedsbeiträge. In den fast schon 50 Jahren seiner Existenz ist ihm das auch einigermaßen gelungen, er ist, weil er dabei so erfolgreich war, auch größer geworden – von den ursprünglich sechs Mitgliedern hat er sich inzwischen auf 15 vermehrt.

Dieser Klub hat ein sehr allgemeines Ziel: die Förderung seiner Mitglieder. Darunter subsumiert er mehrere: zunächst einmal – wie es einem Tennisklub entspricht – die Steigerung der spielerischen Leistungsfähigkeit seiner Mitglieder, die in ständigem Wettbewerb mit anderen Clubs stehen; auch, dass die Mitglieder die Spielregeln einhalten, dass sie sich einigermaßen gut verstehen und wenn, dann sich bestenfalls mit dem Tennisschläger messen (das war nicht immer so – in früheren Zeiten hatten die späteren Mitglieder durchaus auch andere Geräte dazu benutzt); dazu gehört auch, dass er nicht nur seine Anlage pflegt und hegt, sondern auch sieht, dass die nähere Umgebung einigermaßen ordentlich aussieht.

Dieser Klub erscheint vor allem den Anrainern sehr attraktiv: Sie spielen zwar noch nicht sehr gut Tennis, haben auch noch nicht alle Spielregeln verstanden bzw. übernommen, betrachten sich aber als verbesserungsfähig und möchten dem Klub nicht zuletzt deswegen gerne beitreten.

Allerdings sind sie dabei nicht ganz unbescheiden: Sie möchten – solange sie nicht besser spielen – keine Mitgliedsbeiträge zahlen (ganz im Gegenteil, sie möchten sogar am Anfang noch selbst kassieren), sie möchten auch die Spielregeln etwas verändern.

Nicht dass der Klub selbst ganz so konsistent wäre: Auch in ihm gibt es unterschiedlich gut spielende Mitglieder, auch diese zahlen unterschiedlich hohe Mitgliedsbeiträge; gegenüber den anderen Clubs schottet er sich ab (lässt als Stärkung beispielsweise nur die eigenen Bananen zu), ist in seiner Spielweise nicht ganz so innovativ wie die beiden anderen großen Clubs. Dazu kommt noch, dass eines seiner Mitglieder zwischendurch strafweise nur Einzeltraining betreiben durfte und zum Buffet nicht eingeladen wurde, auch nicht auf dem Klubfoto aufscheinen durfte, dass die Hälfte seiner Ausgaben für die Rasenplätze aufgeht (obwohl nur fünf Prozent der Plätze Rasenplätze sind), dass auch die Klubwährung im Vergleich zu den anderen Großclubs zwischendurch stark an Wert verloren hat (gegenwärtig jedoch wieder aufgewertet wurde, was diejenigen Mitglieder, die ihre Tennisrackets an die Nichtmitglieder verkaufen, nicht sehr erfreut).

Trotzdem: Der Klub ist derzeit so attraktiv, dass zehn neue Mitglieder seit 1. Mai dem Klub angehören, einige weitere sich hineindrängen wollen. Darunter ein spezielles „Wannabe“-Mitglied, das zwar dem etwas größeren Selbstverteidigungspakt angehört, aber aufgrund seines speziellen Abzeichens – einem Halbmond – derzeit nur beschränkt als kompatibel angesehen wird.

Für das Mitglied des Clubs, dessen Platz bisher an der äußersten Grenze gelegen ist, die noch dazu lange Zeit hermetisch abgeriegelt war, stellen sich neben den allgemeinen Fragen – ist es für den Klub insgesamt gut, die Beitrittsländer hereingelassen zu haben bzw. weitere hereinzulassen, steigt dadurch die Leistungsfähigkeit des Clubs – noch einige spezielle:

- Welche Rolle spielen kleine Einheiten in einem größer werdenden Klub?
- Welche Formen des Zusammenspiels mit welchen Inhalten und Gewinnmöglichkeiten gibt es an den nun alt gewordenen Grenzen?
- Welche längerfristigen Perspektiven ergeben sich aus dem Zusammenspiel?

Im Folgenden wird die europäische Integration aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet, dann etwas ausführlicher auf die Perspektiven der Steiermark und Belege für bereits stattfindende wirtschaftliche Zusammenarbeit eingegangen, abschließend auf die mehrdimensionale Dynamik des Erweiterungsprozesses Europas hingewiesen.

2. Die Integration Europas – drei Sichtweisen

In Abhängigkeit davon, welche Aspekte der Integration und Erweiterung Europas betont werden und welche Formen politischer und wirtschaftlicher Interaktion im Vordergrund stehen, können drei differenzierende Deutungen des Prozesses unterschieden werden (Cappellin 1995,1997):

Den ersten Ansatz kann man als „Freihandelszonen-Modell“ bezeichnen: Nach diesem Modell müssen vor allem Hindernisse bei der Integration von nationalen Waren-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten beseitigt werden. Verschiedene Stadien bilden dabei die Abschaffung von Zöllen, die Bildung eines europäischen einheitlichen Marktes, die freie Mobilität von Kapital und die europäische Währungsunion. Entsprechend diesem Modell bestünde die Hauptaufgabe der europäischen Institutionen darin, durch Koordination auf der makroökonomischen Ebene fairen Wettbewerb und Preisstabilität zu gewährleisten. Aus politisch-institutioneller Sicht betrachtet, spricht dieses Modell für politische Autonomie von kleinen Nationalstaaten wie den Staaten in Mitteleuropa, die Teil der EU-Erweiterung sein wollen; ihre Integration in einen größeren europäischen „Binnenmarkt“ erlaubt ihnen, sich auf den Import von Basisprodukten und Dienstleistungen zu stützen, ohne die großemäßigen Voraussetzungen für Autarkie erfüllt zu haben.

Die zweite Sichtweise ist eine institutionelle und bildet das „zentralistische Modell“, demzufolge der Prozess der europäischen Integration als ein Prozess des schrittweisen Abtretens legislativer und administrativer Kompetenzen von den Obrigkeiten der Mitgliedstaaten an die europäischen Institutionen verstanden wird. Dies entspricht dem technokratischen („eurokratischen“) Top-down-Prozess der Harmonisierung und Homogenisierung regionaler Unterschiede, verstärkt durch ein schrittweises „Verschwinden“ von Nationalstaaten.

Der dritte Zugang versteht unter europäischer Integration Netzwerke oder ein „Europa der Regionen“, in welchem die Integration einer großen Zahl von sehr unterschiedlichen Ländern und Regionen entsprechend den Prinzipien gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit gefördert werden könnte. In diesem Netzwerkmodell findet sich ein neues Konzept eines europäischen Föderalismus – ein europäischer Föderalismus, der als kooperativer Mechanismus zwischenstaatlicher Beziehungen und nicht als Prozess der zunehmenden Zentralisierung von Macht in den gemeinsamen europäischen Institutionen verstanden werden will. Gleichzeitig wird in diesem Ansatz darauf hingewiesen, dass Föderalismus nicht nur eine einfache und anachronistische Zunahme der autonomen Kompetenzen von Regionalregierungen bedeutet, sondern viel eher die Entwicklung moderner Formen der Koordination basierend auf Zusammenarbeit auf internationaler Ebene. Dieses Netzwerkmodell regt einen flexiblen auf einer „variablen Geometrie“ beruhenden Zugang an, der zur Bildung unterschiedlicher interregionaler „Klubs“ oder „Arbeitsgemeinschaften“ führt. Jeder dieser „Klubs“ könnte solche Länder und Regionen umfassen, die in einer speziellen Sache zusammenarbeiten wollen, während andere Länder und Regionen in anderen Bereichen oder in demselben Bereich aber mit anderer Zielsetzung kooperieren können.

Europa der Staaten

Diese unterschiedlichen Ansätze ermöglichen Hypothesen über die EU-Erweiterung und somit auch über die Rolle von Wirtschaftssystemen an den Grenzen in diesem Prozess (Ratti 1997, Steiner 2002).

Ein „Europa der Staaten“ – charakterisiert durch stationäre Grenzlinien, die den von den Nationalstaaten gebildeten institutionellen Grenzen entsprechen – wird durch Phänomene der Integration und Kooperation vervollständigt. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet bedeutet dies, dass die traditionelle Form des Handels – Handel zwischen Unternehmen in unterschiedlichen Ländern – durch Kooperationen in Form von Netzwerken innerhalb eines Landes und über Grenzen hinweg ergänzt wird. Zum Teil wurde die traditionelle Form des internationalen Handelsverkehrs schon längst abgelöst durch das

Paradigma der Globalisierung, in welchem die alten statischen Grenzlinien aufgehoben sind.

Die EU-Erweiterung – als abgeschlossener Prozess – kann mit der doppelten Logik einer sich verändernden Grenzlinie erklärt werden: geopolitische Grenzen werden nach Osten verschoben, wirtschaftliche und politische Regeln finden in neuen Gebieten Anwendung. Ungeklärt bleibt jedoch die Frage, wie weit sich die Spielregeln durch diesen Prozess verändern (auch für die „alten“ Staatsgebiete) und welche neuen Regeln aufgestellt werden müssen, um „Kolonialismus“ zu vermeiden.

Grenzregionen: Laboratorien des Wandels

Dieser Ablauf wird nicht ein plötzlich auftretendes Ergebnis darstellen; Veränderungen werden nicht unerwartet und mit endgültiger Wirkung auftreten. Sie werden schrittweise geschehen und sich laufend verstärken, ebenso ihre negativen Aspekte: Problembereiche werden in Folge reduziert werden, die Zahl der Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte wird abnehmen.

Bei diesem Prozess einer schrittweisen Anpassung spielen Grenzregionen die spezielle Rolle eines Laboratoriums des Wandels. So gesehen hat der Integrationsprozess Europas einen betont räumlichen Charakter. Um die Rolle einer Kontaktzone für sich nach wie vor unterscheidende Wirklichkeiten übernehmen zu können, müssen diese Regionen sich selbst als offene Systeme verstehen. Diese Offenheit beschränkt sich nicht nur auf die wirtschaftliche Ebene, sondern umfasst ebenso sozio-kulturelle Aspekte.

Die Erweiterung der EU kann vor allem für den Süd-Osten Österreichs als Chance gesehen werden. Unternehmen in diesen Regionen haben Standortvorteile und können (zumindest fürs nächste) von Informationsvorteilen und schon existierenden Export-Import-Beziehungen profitieren. Diese Vorteile werden aber mit der Zeit geringer werden.

Dies erfordert neue Richtlinien in der Politik und führt zu einer Veränderung der Rolle des Staates. Aus einer „merkantilistischen“ Perspektive betrachtet, haben Nationalstaaten das Ziel, „ihre“ Unternehmer und Arbeitskräfte durch internationale Verträge und Verordnungen zu schützen. Vom Standpunkt internationaler und interregionaler Kooperationen aus gesehen besteht die Rolle des Staates

eher darin, Partner in der Entwicklung internationaler Projekte und Joint-Ventures mit privaten Organisationen zu sein, indem er diverse Dienstleistungen im Rahmen seiner internen Verwaltung zur Verfügung stellt. Statt Vorschriften zu erlassen, sollte der Staat vermittelnd wirken.

Die Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Länder wird das Problem der Annäherung und der Kohäsion in einem solchem Ausmaß vergrößern, dass die Ziele und Strategien der Regionalpolitik der EU ganz neu überdacht werden müssen. Dies kann bedeuten, dass die Aufgaben der Regionalpolitik der EU in Zukunft in der Förderung von Wissenstransfer, Pilotprojekten oder der Schaffung größerer transeuropäischer Infrastrukturen liegen. Es wird der EU-Regionalpolitik nicht möglich sein, ihr Ziel des Reduzierens von Einkommensunterschieden aufrecht zu erhalten. Von großer Wichtigkeit wird das Ziel der Verbesserung der räumlichen, ökonomischen und technologischen Integration der unterschiedlichen Regionen auf europäischer Ebene sein. Eine europäische Raumpolitik wird wichtiger werden als die Verteilungspolitik des traditionellen Wohlfahrtsstaates.

3. Die steirische Perspektive

Der auch auf ökonomischen Argumenten beruhende Begriff eines „Europa der Regionen“ betont, dass diese Regionen und ihre jeweils unterschiedlich spezifizierten Innovations- und Produktionssysteme ein entscheidender Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit in einem globalen Maßstab sind, die die Kapazitäten von Einzelfirmen übersteigen und die Notwendigkeit von Kooperationen innerhalb von und zwischen Regionen hervorheben. Ein solcher Zugang betont auch die Wichtigkeit einer stärkeren Arbeitsteilung zwischen Regionen und die Notwendigkeit von Institutionen für Netzwerkbildung und Wissenstransfer.

Einige neuere Indikatoren, die die Existenz und die Intensität solcher wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen der Steiermark und den angrenzenden Regionen bzw. Beitrittsländern ermitteln (und die im Zuge einer gemeinsamen Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und der Joanneum Research 2003 teilweise erstmals erarbeitet wurden), seien im Folgenden dargestellt.

3.1. Kooperation und Komplementarität durch regionalen Außenhandel

Die Darstellung des Außenhandels der Steiermark erlaubt eine Bewertung der Positionierung der Region in der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auf internationalen Märkten; sie ermöglicht auch, die Stärken (und Schwächen) innerhalb des näheren geopolitischen und wirtschaftlichen Umfelds hervorzuheben – hat die Steiermark aus ihrer mit neuen Dimensionen versehenen „Grenzlandposition“ Vorteile ziehen können?

Die Exportstruktur der Steiermark und Österreichs zeigt zunächst (Abbildung 1), dass beide einander sehr ähnlich sind: Deutschland und Italien sind jeweils die Haupthandelspartner. Für die Steiermark wird damit auch ersichtlich, dass die relativ großen Betriebe einen starken internationalen Handel (der fast exklusiv Handel mit Industriegütern ist) auch über lange Distanzen betreiben. Dennoch fällt auf, dass mit Ungarn und speziell auch mit Slowenien – im Vergleich zu der Größe beider Länder – relativ intensive Austauschbeziehungen bestehen.

Abbildung 1: Exportanteile der zehn wichtigsten Handelspartner – Durchschnitt 1999/2000

Steiermark		Österreich ohne Steiermark	
Deutschland	35,3	Deutschland	36,7
Italien	10,5	Italien	8,7
Großbritannien	5,8	Großbritannien	6,2
Frankreich	4,5	Frankreich	4,5
USA	4,5	USA	4,5
Ungarn	4,3	Ungarn	4,3
Schweiz	3,2	Schweiz	4,2
Slowenien	2,9	Slowenien	2,8
Niederlande	2,4	Niederlande	2,8
Spanien	2,3	Spanien	2,4
Summe	75,6	Summe	77,1

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen

Betrachtet man die Entwicklung des Außenhandels über das letzte Jahrzehnt, so wird – aus österreichischer Sicht – die Auswirkung der „Ostöffnung“ deutlich sichtbar: Österreich hat die Handelsbeziehungen mit diesen Ländern stark intensiviert – der Außenhandel mit den neuen Mitgliedsländern hat sich viel stärker intensiviert als mit dem Rest der Welt und hat entscheidend zur Verbesserung der Leistungsbilanz beigetragen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Außenhandel Österreichs mit MOEL-Staaten 2001

	Export	Import	Handelsbilanz	Export	Import	Handelsbilanz	Unit Value ¹	
	Mrd. EUR			Index 1992 = 100			Veränderung	
							1992/2001	Eur per kg
Italien	6,32	5,64	0,68	202,7	151,6	+ 1,28	0,68	1,63
Kroatien	0,89	0,32	0,56	636,6	472,4	+ 0,49	1,16	1,58
Slowenien	1,28	0,77	0,51	312,9	353,1	+ 0,32	0,87	1,36
Ungarn	3,32	2,69	0,63	293,3	309,3	+ 0,37	1,95	0,78
Region Süd-Ost	11,81	9,42	2,39	246,1	193,1	+ 2,47	0,90	1,22
MOEL 10	10,02	8,23	1,79	307,8	345,1	+ 0,92	1,50	0,48
EU 15	45,15	51,45	-6,30	187,0	169,3	-0,06	1,63	1,84
Welt	74,25	78,69	-4,44	209,6	182,3	+ 3,29	1,84	1,16

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen, ¹ Wert der Exportgüter (bzw. Importgüter) je Mengeneinheit

Konzentriert man sich wiederum auf die in der erwähnten Studie zum ersten Mal erarbeiteten regionalisierten Handelsdaten für die jüngste Vergangenheit (1998 bis 2001), wird deutlich, dass die Steiermark mit den angrenzenden Ländern ein besonders intensives Wachstum zu verzeichnen hat. Vor allem mit Ungarn und Slowenien hat der Handel stark zu-

genommen (145,3 bzw. 144,9 %), mit den restlichen MOEL um 125,1 % – und liegt damit um einiges höher als die gesamtösterreichischen Zahlen (Abbildung 3). Für Österreich – und besonders für die Steiermark – weist der Handel mit diesen Ländern eine besondere Dynamik auf.

Abbildung 3: Außenhandel der Steiermark

	Steiermark			Österreich	
	1998 Mio. EUR	2001	1998/2001 Veränderung in %	1998/2001 Veränderung in %	
EU (ohne Italien)	3.012	4.632	+ 53,8	+ 36,0	+ 24,7
Deutschland	1.924	3.046	+ 58,3	+ 35,2	+ 20,7
Großbritannien	255	412	+ 61,3	+ 336,3	+ 43,5
Frankreich	260	380	+ 46,1	+ 43,7	+ 33,4
Spanien	133	147	+ 10,6	+ 209,0	+ 27,9
Übrige	440	647	+ 47,1	- 16,6	+ 27,3
Region Süd-Ost	966	1.747	+ 80,9	+ 134,2	+ 42,5
Italien	554	764	+ 38,0	+ 404,8	+ 29,8
Ungarn	218	536	+ 145,3	+ 103,2	+ 47,7
Kroatien	87	186	+ 114,0	+ 22,5	+ 86,6
Slowenien	107	262	+ 144,9	+ 82,3	+ 72,4
MOEL (ohne Ungarn und Slowenien)	192	433	+ 125,1	+ 96,1	+ 88,0
Sonstige	1.194	2.024	+ 69,5	+ 126,4	+ 104,0
USA	213	433	+ 103,5	+ 279,7	+ 140,6
Japan	67	104	+ 53,9	+ 17,0	+ 118,2
Übrige	914	1.487	+ 62,7	+ 122,1	+ 94,5
Insgesamt	5.364	8.837	+ 64,7	+ 74,7	+ 45,5

Quelle: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen

Für die Steiermark lässt sich durch zusätzliche Daten nachweisen, dass sich diese Zuwächse besonders auf die Technologiesektoren (Maschinenbau, Elektronik, Fahrzeugbau, Chemie) konzentrierten. Innerhalb dieser Sektoren zeigt sich zudem eine starke bipolare Struktur, in der zwei miteinander verbundene Sektorgruppen dominieren: die eine umfasst die Sektoren Holz, Holzprodukte, Papier (und somit auf natürlichen Ressourcen basierende Industrien), die andere die Sektoren innerhalb des Automobil-Clusters – Fahrzeugbau, Elektronik, Maschinenbau. Die zwei dominierenden Cluster der steirischen Wirtschaft sind somit auch diejenigen, die den steirischen Export dominieren. Eine schon länger zurückreichende Stärke der Steiermark – Metall und Metallherzeugung, die vor allem in den siebziger und achtziger Jahren die stärksten Sektoren auch im Export waren – haben dagegen an Bedeutung etwas verloren (was auch als Indikator für den Wandel der steirischen Wirtschaft angesehen werden kann). Insgesamt ergibt sich aus diesen Daten eine äußerst starke Intensivierung des Außenhandels der Steiermark mit den angrenzenden Ländern, eine Intensivierung, die auf ein großes Potenzial für Zusammenarbeit hinweist. Obwohl dieser Handel bisher fast

ausschließlich industrieller Handel war, bestehen – aufgrund der geringen Distanzen – noch unausgeschöpfte Potenziale im Bereich der Dienstleistungen, für die es bisher noch starke administrative Barrieren gab.

3.2. Grenzüberschreitende betriebliche Kooperationen

Ein weiterer Indikator zur Abschätzung von bestehender Kooperation und deren Potenzialen sind Befragungen von Unternehmen und Managern, die damit auch die subjektive Dimension von Erwartungen und kommender Entwicklungen ansatzweise erfassen, ebenso die Notwendigkeit von unterstützenden Maßnahmen und das Bestehen von Barrieren aus unternehmerischer Sicht.

Eine frühe Befragung – früh in dem Sinn, dass die Fragen bald nach dem Fall des Eisernen Vorhangs 1992 gestellt wurden – über Kooperation (spotenziale) mit Betrieben in Slowenien, Ungarn und Kroatien war von einem bemerkenswerten Optimismus geprägt (Steiner/Sturn 1992). Die Befragung konzentrierte sich auf folgende Themen:

1. Die Folgen der Grenzöffnung für die wirtschaftliche Entwicklung des südöstlichen Österreich: nur ein Viertel der befragten Betriebe befürchtete einen Beschäftigungsrückgang, mehr als ein Drittel rechnete mit wachsenden Märkten, mehr als die Hälfte erwartete eine zunehmende Bedeutung von dispositiven Tätigkeiten der österreichischen Betriebe.
2. Die Hauptgründe für erfolgreiche Kooperationen: Niedrige Löhne wurden von der Hälfte der Betriebe als wichtigster Faktor angesehen. Von den sonstigen möglichen Faktoren (hochqualifizierte Beschäftigte, geringe Mieten, hochwertige Produkte, Kooperationsbereitschaft, Verlässlichkeit der Partner) erzielte nur „Verlässlichkeit“ signifikante Antworten (20 %).

Die Betriebe wurden auch gefragt, welche besonderen Unterstützungsmaßnahmen sie als notwendig erachten – Informationen über die wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen der angrenzenden Länder, Informationen über spezielle Betriebe, Kooperationsvereinbarungen, ein Angebot von Modellverträgen, Unterstützung bei Technologietransfer, Infrastrukturangebot, Marketingunterstützung, Betreiben von grenzüberschreitenden Projekten. Als Tendenz ergab sich der Bedarf an allgemeiner eher denn spezieller Information: 37 % aller Firmen wünschten sich prioritär bessere Informationen über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen, kein einziger Betrieb erachtete spezielle Unterstützung wie beispielsweise Marketing von gemeinsam hergestellten Produkten als erforderlich.

Insgesamt erschienen die befragten Betriebe in ihrer Grundstimmung eher optimistisch. Ein zusätzlicher Aspekt verdient Erwähnung: Je stärker die bereits vorhandenen Kontakte mit den benachbarten Regionen waren (d.h. Vorhandensein konkreten wirtschaftlichen Engagements wie Gründung von Zweigniederlassungen, Joint Ventures und Betriebsübernahmen), umso optimistischer fiel die Einschätzung aus.

Die Ergebnisse einer telefonischen Befragung des Wifo (Aiginger/Czerny 1998) zeigen, inwieweit sich dieser frühe (und optimistische) Eindruck einige Jahre später bestätigen konnte (siehe auch Wifo/JR 2003):

Abbildung 4:

Kooperationsbeziehungen mit MOEL

Sample Größe	Südregion 71	Österreich 505
	in % der antwortenden Unternehmen insgesamt	
Zumindest eine Kooperation		
insgesamt	59,2	61,0
mit MOEL	28,1	41,4
mit EU	45,1	42,0
mit Österreich	47,9	35,6
Kooperationsmuster		
nur Österreich	11,3	5,5
MOEL & Österreich	1,4	2,2
MOEL & EU	25,4	30,5
nur MOEL	2,8	10,7
nur EU	11,3	8,9

Quelle: WIFO, KMU-Fragebogen 1998.- Mehrfachnennungen möglich.

- Betriebe im südlichen Österreich haben eine ähnliche Kooperationsbereitschaft wie österreichische Betriebe allgemein – 59 % der Betriebe im Süden kooperieren (mit anderen österreichischen Betrieben, mit Betrieben in der EU, mit Betrieben in den MOEL), der Durchschnitt Österreichs beläuft sich auf 61 %.
- Es zeigt sich jedoch eine auffallend schwächere Tendenz der Zusammenarbeit mit Betrieben in den MOEL von Seiten der Betriebe in Südösterreich im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt; vor allem Betriebe im Nordosten (Niederösterreich, Wien) arbeiten stärker mit den angrenzenden Regionen zusammen (beinahe die Hälfte der Betriebe bestätigen solche Kooperationen). Dieser Unterschied ist möglicherweise auf die geopolitische Situation zurückzuführen: Slowenien ist als Markt eher klein und zum Zeitpunkt der Befragung erwiesen sich die neuformierten Länder Ex-Jugoslawiens als unstabil.
- Zusätzliche Studien (Huber/Kletzan 2000, Altzinger 1995, Altzinger/Bellak 1998) belegen eine schon 1992 zutage tretende Tendenz: Betriebe, die bereits Kooperationserfahrung besitzen, zeigen eine klare Tendenz zu weiterer Zusammenarbeit, besonders mit Betrieben in den MOEL. Für Klein- und Mittelbetriebe ergibt sich dadurch längerfristig die Möglichkeit, die weitere Öffnung hin zu den neuen Mitgliedsländern als Einstieg zu

Kooperationen zu nutzen, die sie dann zu weiterreichenden zusätzlichen Kooperationsbeziehungen auf internationaler Ebene befähigen.

- Betriebsgröße ist ein entscheidender Faktor für Zusammenarbeit: Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit steigt mit der Größe. Im Hinblick auf die MOEL sind es jedoch eher mittelgroße Betriebe, die am stärksten zu Kooperationen neigen – zwei Drittel dieser Betriebe kooperieren mit kleineren Partnern in den MOEL.
- Es gibt nicht nur Anzeichen von (positiv verlaufenden) Versuchen, sondern auch von Irrtum. Die Tatsache, dass es in den grenznahen Regionen eine überdurchschnittliche Zahl von Betrieben gibt, die in der Vergangenheit Kooperationsbeziehungen hatten, verbunden mit der weiteren Tatsache, dass die gegenwärtige Anzahl von Kooperationen unterdurchschnittlich ist, kann als Indikator angesehen werden, dass sich einige von diesen Kooperationen in der Vergangenheit nicht als fortsetzungswürdig erwiesen haben.

Die Autoren kommen daher zum Schluss, dass die Tendenz zu Zusammenarbeit im südlichen Teil Österreichs ähnlich ausgeprägt ist wie im gesamten Österreich, dass jedoch grenznahe und grenzüberschreitende Zusammenarbeit noch ausgebaut werden kann; ebenso, dass die Neigung zu informellen Formen der Kooperation besteht; die befragten Betriebe führen auch an, dass sich die Suche nach geeigneten Partnern schwierig gestaltet; je stärker bereits Kooperationen bestehen, umso wichtiger werden „weiche“ Faktoren zur Unterstützung zusätzlicher Zusammenarbeit.

Trotzdem: Besonders für Klein- und Mittelbetriebe kann die EU-Erweiterung als eine Chance angesehen werden, Erfahrungen in Zusammenarbeit zu sammeln – auch wenn es ein harter Prozess von Versuch und Irrtum ist.

3.3. Potenziale für Kooperationen von und in Clustern

Wirtschaftliche Kooperation in Form von Clustern hat im letzten Jahrzehnt entscheidend zugenommen und als neue Strategie von Unternehmen angesichts neuer Komplexität sowohl von Märkten als auch von Technologie Bedeutung gewonnen. In einem statischen Sinn führt sie zu einer Reduktion von Kosten, zu einem Anstieg der Effizienz, zu einem

zusätzliches Angebot von Ressourcen, aber auch zu einem privilegierten Zugang zu Wissen. In einem dynamischen Sinn bedeutet dies eine Reduktion von Unsicherheit und von Wissenskomplexität. Auf der Grundlage einer transaktionalen Interpretation wirtschaftlicher Aktivität kann eine clusterorientierte Kooperation als eine zusätzliche und intermediäre Form von Organisation zwischen Hierarchie und Tausch angesehen werden.

Die Bedeutung, aber auch die Notwendigkeit von Kooperation leitet sich auch von einigen wichtigen Eigenschaften von technologischem Wissen und technologischem Wandel ab. Innovationen haben starke Externalitäten und sind durch starke Mindestgrößen der Produktion geprägt; sie sind geprägt von kumulativen Eigenschaften und müssen als ein komplexer interaktiver Lernprozess angesehen werden. Innovateure sind daher in zunehmendem Ausmaß abhängig von externen Ressourcen. Dies verlangt nach Input-Output-Beziehungen mit hoher Wissensintensität und bedarf auch spezieller produktionsnaher Dienstleistungen. Innovation wird dadurch zu einem interaktiven Prozess sowohl innerhalb und zwischen Betrieben als auch zwischen öffentlichen und halböffentlichen Institutionen von Politik und Forschung.

Steirische Clusterphilosophie

Nicht ohne Grund hat die Steiermark einen besonderen Ruf als „Clusterland“ – als das Bundesland Österreichs mit den drängendsten Problemen eines „alten Industriegebiets“ war es das erste, das eine Clusterstrategie bewusst verfolgt hat. Zum Teil war es eine Strategie, um einen neuen, wenn auch in mancher Hinsicht komplementären Automobilcluster im südlichen Teil des Landes zu schaffen und damit auch indirekt dem Stahlgebiet im Norden Unterstützung zu bieten. Diese Strategie war insofern zutreffend, als es ein Kernpotenzial für Autoproduktion und Zulieferung bereits gab, jedoch noch ohne umfangreichere Zulieferbeziehungen zur Grundstoff- bzw. Stahlproduktion. Daraus erwuchs ein Netzwerk zwischen bis dahin wenig verflochtenen Branchen und Betrieben, das sich langsam stabilisierte und ausdehnte. Dies führte zu zunehmender Arbeitsteilung und Spezialisierung, die auch ausländische Investoren attraktiv fanden. Kern des sich ausdehnenden Produktions- und Kooperationsnetzwerkes mit

internationaler An- und Einbindung waren somit vorhandene Kompetenzen und ein endogenes Wissenspotenzial, das sich international als attraktiv und wettbewerbsfähig erwies. Die sich herausbildende Clusterphilosophie wurde damit zu einer Strategie der offensiven Entwicklung einer überregionalen Kompetenz, die sich auf weitere miteinander vernetzte Sektoren ausweitete: auf Holz, Papier und Chemie, auf die Höherqualifizierung der Metallherzeugung und Metallverarbeitung mit neuen Werkstoffen und Oberflächentechnologie, auf den Bereich der Humantechnologie mit neuen Spezialisierungen in Nischenbereichen wie nichtinvasive Diagnostik, hochentwickelte Messgeräte und Biotechnologie, auf eine Plattform für umweltorientierte Technologien, wo das thematische Betätigungsfeld breit angelegt ist und Bereiche wie nachhaltiges Bauen, Solarenergie, Biogas und Biodiesel einschließt.

Damit bieten sich Kooperationspotenziale in überregionalen Netzwerken an. Der nächste Schritt einer Clusterstrategie der Steiermark besteht in der Ausdehnung über größere Distanzen und im Aufbau von Wertschöpfungsketten, die regionale und nationale Grenzen überschreiten. Vereinzelte Clusterinitiativen in den angrenzenden Regionen Sloweniens und Ungarns bieten sich als Potenziale dafür an.

In Slowenien haben sich in einer ersten Phase drei solche Initiativen herausgebildet:

- Transport Logistics Cluster (TLG): Dieser Cluster wurde 2001 durch das slowenische Wirtschaftsministerium gegründet. Ursprünglich umfasste es zwölf Betriebe in ganz Slowenien mit ausgeprägten Kontakten zum Institut für Verkehr und Transport (Ljubljana), der Fakultät für Meeresforschung und Transport an der Universität Ljubljana und dem Primorska Institut für Naturwissenschaften und Technologie in Koper.
- Slowenischer Automobilcluster (ACS): Dieser Cluster geht ebenfalls auf eine Initiative des Wirtschaftsministeriums zurück und bestand anfangs aus zwölf Zulieferern der Automobilindustrie und drei Einrichtungen der regionalen Innovationsinfrastruktur, die – ähnlich wie der steirische Automobilcluster – von einem speziellen Clustermanagement unterstützt werden.
- Damit stark verbunden ist der slowenische Werkzeug-Cluster, der seinen Schwerpunkt in der Region Koroska hat und in Kooperation mit der Universität Maribor und ihrer Maschinenbau-Fakultät steht.

In Westungarn haben sich den steirischen Stärkefeldern nicht unähnliche Schwerpunkte herauskristallisiert:

- Der Pannon Automobile Cluster (PANAC) setzt ebenfalls auf Betriebe, die sich im letzten Jahrzehnt durch internationale Direktinvestitionen herausgebildet und verstärkt haben – Audi, Raba, GM-Opel, Suzuki, Luk-Savaria, Citicorpo, Ipargazdasagkutató Ltd, die durch die regionale Entwicklungsagentur von West-Transdanubien unterstützt werden. Eine Sondierungsstudie ergab ein längerfristiges Potenzial von über 150 weiteren Firmen im grenznahen Bereich.
- Der Pannon Wood and Furniture Cluster stützt sich auf regionale Leitbetriebe wie Balaton Butogyar, Garzon Butor und Balatonfelvideki Erdő. Hier ergibt sich ein längerfristiges Potenzial von 700 Mitgliedsbetrieben zur Weiterverarbeitung der in der Region vorhandenen Rohressourcen.

Clusterinitiativen bestehen somit sowohl in der Steiermark als auch in den angrenzenden Ländern, wenn auch in unterschiedlicher Intensität – Potenziale für Kooperationen sind dadurch vorhanden. Wie jedoch anekdotische Evidenz aus Expertengesprächen andeutet, werden diese Potenziale derzeit (noch) nicht in stärkerem Ausmaß genutzt. Diese Tendenzaussage wird unterstützt durch eine genauere Analyse der Handelsstrukturen und der Position der Steiermark in der internationalen (und neuerdings auch in Ansätzen feststellbar in der interregionalen) Arbeitsteilung. Die Frage, inwieweit eine Region in die zunehmende grenzüberschreitende Arbeitsteilung eingebunden ist, kann teilweise durch die Analyse der Unterscheidung von inter- und intraindustriellem Handel vorgenommen werden. Dabei ist es möglich, die Stellung einer Region in Hinblick auf die „Qualitätsstufen“ der Produktion zu bestimmen: Interindustrieller Handel zeigt den Austausch von Produkten zwischen unterschiedlichen Sektoren an (basierend auf komparativen Vorteilen), intraindustrieller Handel einen Austausch von ähnlichen Produkten innerhalb des selben Sektors (basierend auf Größenvorteilen der Produktion). Zwischen Regionen einer ähnlichen Entwicklungsstufe sollte intraindustrieller Handel vorherrschend sein, wogegen zwischen Regionen mit stärkeren Entwicklungsunterschieden Handel mit Produkten aus unterschiedlichen Sektoren zu erwarten ist.

Innerhalb des intraindustriellen Handels kann noch eine weitere Differenzierung vorgenommen werden:

ein horizontaler Austausch von ähnlichen Gütern der gleichen Qualität oder ein vertikaler Austausch von Produkten in einer Wertschöpfungskette, die dann unterschiedliche Stufen des Produktionsprozesses zwischen den handelsbetreibenden Regionen anzeigt.

Wie die jüngste Analyse der Handelsstrukturen der Steiermark deutlich macht (Wifo/JR 2003, 198), dominiert interindustrieller Handel den intraindustriellen: Mehr als 70 % des steirischen Außenhandels mit den MOEL setzen sich aus interindustriellem Handel zusammen. Vor allem ist der Anteil des vertikalen intraindustriellen Handels gering, womit ausgedrückt wird, dass es kaum grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten gibt (zumindest in einem geringeren Ausmaß als auf gesamtösterreichischer Ebene). Dies ist teilweise auf den noch immer dominierenden Anteil von Grundstoffindustrien innerhalb der steirischen Exporte zurückzuführen (und einen dementsprechend geringen Anteil von Konsumgütern). Dennoch: „Der im Vergleich ebenfalls kleine Anteil vertikalen intraindustriellen Handels ist allerdings ein deutliches Indiz dafür, dass potentielle Standortvorteile, welche die Steiermark für die Produktion in grenzüberschreitenden Fertigungsnetzen schon aufgrund ihrer geographischen Lage mitbringt, von den regionalen Unternehmen noch nicht in wünschenswertem Umfang wahrgenommen werden. Wo die regionalen Unternehmen in vertikale Produktionsketten integriert sind, nehmen sie allerdings eine vergleichsweise günstige Position in der Wertschöpfungskette ein: Der Anteil vertikalen intraindustriellen Handels mit hoher Qualität liegt bei steirischen Unternehmen rund doppelt so hoch wie jener im wenig qualitativen Segment“ (Wifo/JR 2003, 198f).

3.4. Ausländische Direktinvestitionen

Ein kurzer Blick (und ohne auf die datenmäßigen und methodologischen Probleme einzugehen, für eine genauere Darstellung s. Wifo/JR 100ff) auf die Position Österreichs – und vor allem der Steiermark – und deren Direktinvestitionen in den benachbarten Ländern zeigt eine Konzentration des investierten Kapitals in der slowenischen Hauptstadtregion – 60 % aller österreichischen Investoren ließen sich in Osrednjeslovenska nieder; nur der östliche Teil – die Region um Maribor – zeigte sich noch als attraktiv (wenn auch in weitaus geringerem Ausmaß – 24 %). Die meisten dieser Investoren kamen aus Kärn-

ten, gefolgt von Wien und der Steiermark – ein starker Indikator, dass räumliche Nähe doch ausschlaggebend war.

Dies trifft auch auf Ungarn zu: Neben dem Sonderfall des ungarischen Zentralraumes (Pest), auf den sich 75 % aller österreichischen Investitionsfälle konzentrieren, ist das nächstbevorzugte Gebiet Westungarn mit 16 % aller Investitionsaktivitäten aus Österreich. Innerhalb dieses westungarischen Raumes ist es wieder das Komitat Győr-Moson-Sopron, das beinahe zwei Drittel aller Investoren anzieht. Aus österreichischer Herkunftsperspektive dominieren wiederum die nahegelegenen Bundesländer: Relativ zur Bevölkerung erwies sich das Burgenland als weitaus stärkster Investor, etwa gleich stark vertreten waren Investoren aus der Steiermark und Oberösterreich (überraschenderweise auch aus Vorarlberg), unwesentlich schwächer Wien und Niederösterreich.

4. Vom Tennisspielen, Radfahren und anderen für Europa wichtigen Dingen

Die Erweiterung der EU ebenso wie die Einführung des Euro werden oftmals als Schritte in einem längerfristigen Prozess der „Europäisierung“ nicht nur der Wirtschafts-, sondern der Politik schlechthin gesehen: von einem gemeinsamen Markt zu einer gemeinsamen Währung, zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, zu einer gemeinsamen Politik, die einen immer größer werdenden Raum umfasst. Dieser Prozess hin zu dem „europäischen Projekt“ wurde auch als „Ungleichgewichtsdynamik“ bezeichnet, wo die eine Errungenschaft – um in ihrer Wirkung nicht verloren zu gehen – notgedrungen zu einer weiteren führen muss (Emerson 1999). Simpler wurde dies auch als „Fahrrad-Theorie“ der Integration bezeichnet: Bewege dich weiter, oder du fällst um. Schaffe einen gemeinsamen Markt und du wirst herausfinden, dass du eine gemeinsame Währung brauchst, damit dieser Markt auch wirklich funktionieren kann. Schaffe eine gemeinsame Währung, und du wirst draufkommen, dass du eine gemeinsame Wirtschaftspolitik brauchst, damit die Währung funktionieren kann. Schaffe die politischen Institutionen, die man für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik braucht, und du wirst erleben, dass die politischen Institutionen mehr als nur Wirtschaftspolitik machen. Nimm neue Mitglieder auf, und du wirst sehen, dass weitere hinein wollen.

Abbildung 5: FDI Österreich – Slowenien

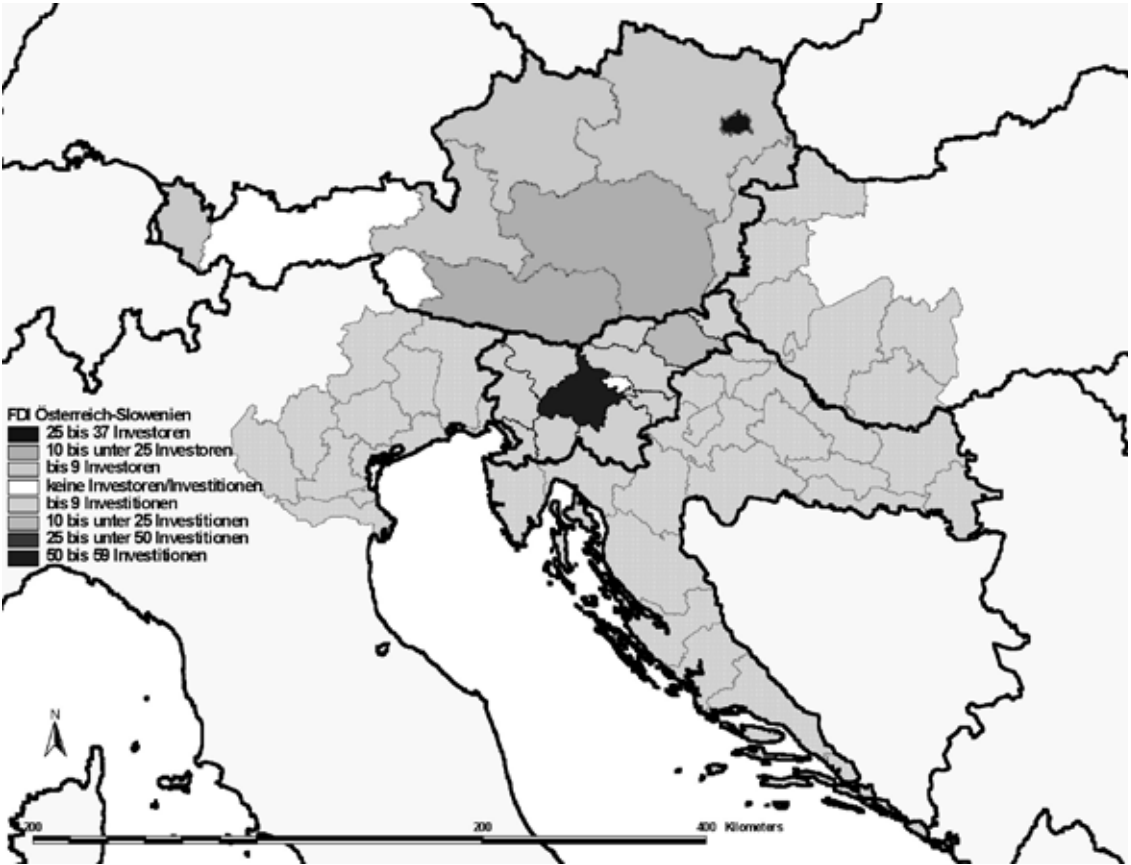
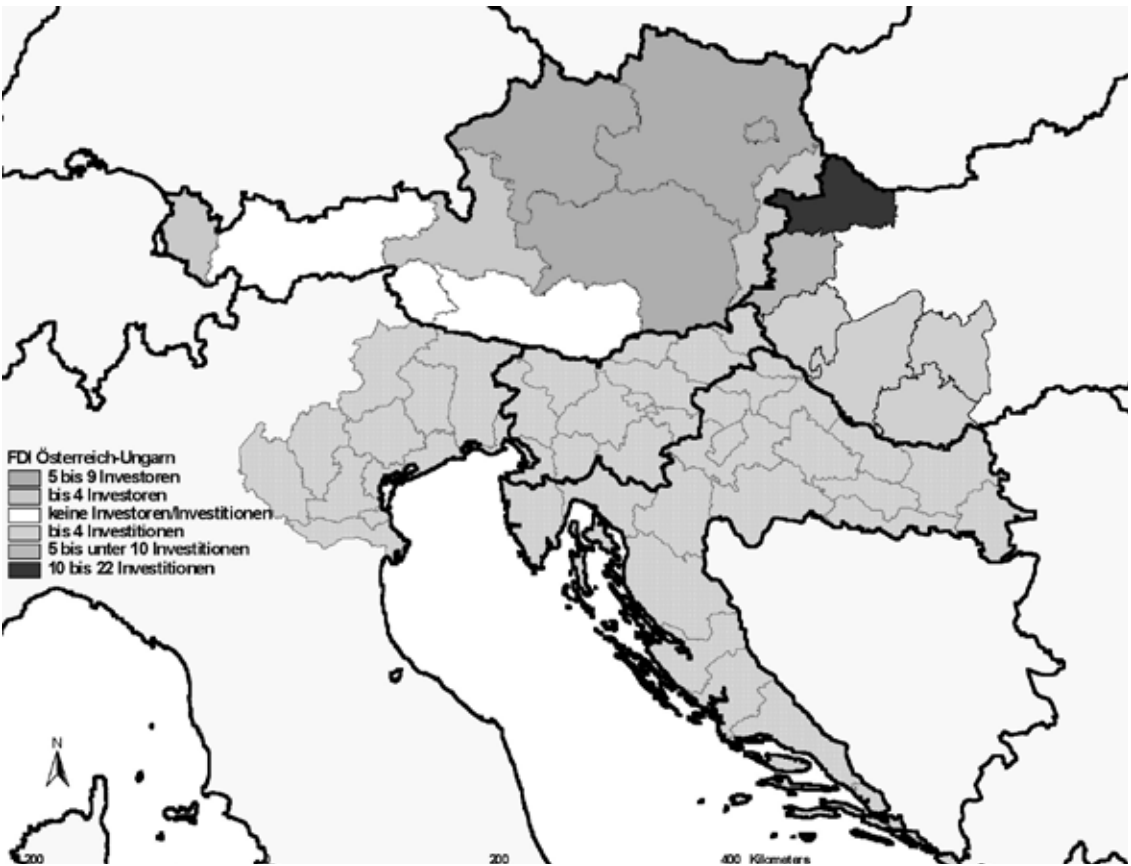


Abbildung 6: FDI Österreich – Ungarn



Quelle: WKÖ, eigene Berechnung

Die Ausdehnung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes ist dann nur die Fahrradkette für weitere Fortbewegungen hin zu einem „Projekt Europa“. Dessen Sinnhaftigkeit ist dann gegeben, wenn es gelingt, auch über die bereits festgelegten Beitrittsländer Staaten im Süden und Osten – bis hin zur Türkei und zu Russland – in ein System von nachhaltigen und gegenseitig akzeptierten Beziehungen einzubinden. Die wirtschaftliche Dimension ist dann nur eine unter vielen. Die derzeitige Erweiterung ist selbst darunter kein allzu großer Schritt. Ohne sein Gelingen werden auch die anderen nicht gelingen. Das Fahrrad wird sich weiterhin fortbewegen müssen.

Oder um noch einmal die einleitende Metapher des Tennisklubs zu bemühen: Je stärker die auf Beitritt Wartenden in ihren Vorbereitungen für den Klub unterstützt werden, je besser sie die Spielregeln beigebracht bekommen, je mehr mit ihnen trainiert wird, umso eher werden beide Seiten an Spielniveau gewinnen.

Literatur:

- Aiginger, K., Cerny, M. (1998), Kooperation in einem erweiterten Europa, WIFO-Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wien.
- Altzinger, W. (1995), Beschäftigungseffekte des österreichischen Osthandels, 1989-1994, University of Economics and Business Administration Vienna, Economics WP 34.
- Altzinger, W., Bellak, Ch. (1998), Auswirkungen der österreichischen Direktinvestitionen in Mittel- und Osteuropa auf die Leistungsbilanz und die Beschäftigung, Vortrag am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 15.11.1998.
- Cappellin, R. (1995), Subsidiarity as a New Economic Strategy, in: Steiner, M. (ed.), Regionale Innovation: Durch Technologiepolitik zu neuen Strukturen, Leykam, Graz.
- Cappellin, R. (1997), Regional Policy and Federalism in the Process of International Integration, in: Peschel, K. (ed.), Regional Growth and Regional Policy within the Framework of European Integration, Physika-Springer Verlag, Heidelberg.
- Huber, P., Kletzan, D. (2000), Bestimmungsfaktoren der Integration in Internationalen Unternehmensnetzwerken, Zwischenbericht, Wien.
- Mayerhofer, P., Adametz, C., Fritz, O., Gassler, H., Gruber, M., Hartmann, C., Huber, P., Kurzmann, R., Palme, G., Payer, M., Pohn-Weidinger, S., Ploder, M., Prettenhaler, F. (2003), Wirtschaftsraum Südösterreich, Studie von WIFO und JOANNEUM RESEARCH im Auftrag des Bundeskanzleramtes sowie der Steiermärkischen und der Burgenländischen Landesregierung, Wien.
- Ratti, R. (1997), Borders and Regions in a Changing Europe – a Theoretical Framework, Regional Contact, 12.
- Steiner, M., Sturn, D. (1998), Crossing the Border with Technology: A Middle European Case Study, in: Progress in Planning, Vol. 49, No. 3/4, 1998.
- Steiner, M. (2002), Obmejne regije kot pionirji v procesu razširitve Evropske unije, in: IDM Info für den Donauraum und Mitteleuropa, Sonderheft 8, 2002, S. 80-87.

Aspekte der EU-Erweiterung vom steirischen Stand- und Blickpunkt

Werner Tessmar-Pfohl

Die Steiermark befindet sich im Herzen der EU und am 1. Mai 2004 – wenn unsere Nachbarn zum ersten Mal unter der Europafahne stehen – wird man ihren Herzschlag sehr deutlich hören können. Im Umfeld der Steiermark wird es sich beweisen, ob die Union für ihre eigenen Visionen reif genug ist: Wenn man nämlich in Gedanken einen 200 km Kreis um die Steiermark zieht, hat man es mit sechs benachbarten Sprachen zu tun. Slowakisch, Ungarisch, Slowenisch, Kroatisch, Italienisch und natürlich Deutsch – verschiedene Dialekte und Mischformen gar nicht eingerechnet.

Wir haben wieder einmal eine historische Chance bekommen, uns in der Fähigkeit zur Offenheit zu beweisen. Allerdings fällt uns diese Offenheit scheinbar schwerer, als wir es bereit sind zuzugeben. Haben wir alle die Grenzbalken zum ehemals kommunistischen Osten vorurteilsfrei abgebaut? Verstehen wir wirklich schon die Bedeutung, dass Zagreb um 20 km näher an Graz liegt als Wien? Hat es sich schon herumgesprochen, dass ein Grazer oft schneller am Hauptplatz von Marburg steht als am Hauptplatz von Leoben?

Ambivalente Hoffnungen

Auch die Zeit der Vorbereitung auf den 1. Mai verlief ambivalent: Man nutzt – völlig zu Recht – den aufkeimenden Konsumappetit der Nachbarn, investiert in größere Geschäftsvolumina. Das gesamte Grenzland und die Landeshauptstadt profitieren von tausenden Konsumenten, die nach Nord-West strömen. Alle Statistiken beweisen eindeutig, dass Österreich der größte Profiteur der bisherigen Ostöffnung war. Wir haben die größten Exportsteigerungen, unsere Handelsbilanz mit diesen Ländern ist dunkelschwarz und sogar der Tourismus empfängt spürbare Impulse aus Ost.

Worüber aber reden wir in Österreich? Vor allem über Gefahren: Über Arbeitskräfte die uns über-

schwemmen, über Verkehrslawinen (die vor allem durch nicht adaptierte Infrastruktur drückend geworden sind) oder den Friseurmeister in Ptuj, der eine ganze Zunft in die Knie zwingen wird, wenn nicht ausgerechnet das reiche Österreich zum Protektionisten wird.

Die Steiermark hat aber gegenüber anderen Regionen weitaus offener und progressiver agiert. Das von der Industriellenvereinigung mit erdachte und gestaltete Konzept einer „Zukunftsregion Süd-Ost“ wurde nach und nach zur offiziellen Landesstrategie, und es ist Landeshauptmann Klasnic letztlich gelungen, die „alten Nachbarn und neuen Partner“ unter der Ägide des EU-Regionskommissars Michel Barnier in Graz zu versammeln. Es ist zu einem regen Austausch zwischen den Ländern und Regionen im Lauf der Zeit gekommen, die auch einige Kooperationsabkommen folgen ließen. Selbstverständlich mussten viele Anfangsschwierigkeiten überwunden werden, zum Beispiel die Frage, wie ein Nationalstaat wie Slowenien mit einem Bundesland wie der Steiermark umgehen soll oder wie ein ungarisches Komitat mit anderen Regionseinheiten vergleichbar ist.

Heute ist der Begriff der EU-Zukunftsregion klar etabliert und es gibt kaum ein Unternehmen oder kaum eine Institution, die nicht weiß, dass es eine strategische Ausrichtung im Sinne einer Erweiterung des Regionsgedankens über die Grenzen der Steiermark hinweg geben muss. Die Chancen der Erweiterung sind der Steiermark klar geworden.

Die Chancen der Erweiterung

Durch die Entstehung eines wesentlich größeren Marktes wird die Erweiterung mit beträchtlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten verbunden sein. Mit der Einbeziehung der Beitrittsländer, die 79 Mio. Einwohner zusätzlich zu den über 370 Millionen Einwohnern in den EU-Binnenmarkt einbringen,

entsteht die größte Wirtschaftszone der Welt. Ein Markt von diesem Umfang wird neue Impulse für die Investitionstätigkeit auslösen und durch neue und bessere Arbeitsplätze zu mehr Wohlstand in ganz Europa führen – in den neuen wie in den alten Mitgliedstaaten.

Viele Chancen für Unternehmen haben sich durch die Erweiterung bereits ergeben und werden von ihnen auch wahrgenommen. Neue Möglichkeiten, wie z.B. durch die Angleichung der Rechtsstandards, werden sich auftun. Denn die Übernahme des EU-Regelwerks – wenngleich teilweise mit Übergangsfristen – verbessert die Position österreichischer Unternehmen im Erweiterungsraum: Behinderungen im Export werden erschwert, Wettbewerbsverzerrungen durch niedrige Umwelt- und Sozialstandards sowie regelwidrige Maßnahmen im Bereich der Wettbewerbspolitik werden abgebaut und die Sicherheit von österreichischen Auslandsinvestitionen wird sich deutlich erhöhen.

Die Wahrscheinlichkeit makroökonomischer Instabilitäten und exzessiver Wechselkursschwankungen nimmt ab. Die Perspektive des zukünftigen Abbaus der Grenzkontrollen wird schlussendlich kostensenkend für die österreichischen Unternehmen mit ihren engen Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarländern wirken.

Zwar wird sich der Wettbewerb für den österreichischen Wirtschaftsstandort insgesamt und für kleinere und mittlere Unternehmen in Grenznähe verstärken, auf diese Herausforderung hat Österreich jedoch zumindest teilweise bereits reagiert: Etwa durch Aktionsprogramme für grenznahe Regionen, durch Pläne für den beschleunigten Ausbau der Verkehrsanbindungen an die Nachbarländer unter den neuen Mitgliedern und besonders durch den Beschluss über die Absenkung der KÖSt auf 25 % und die Einführung einer modernen Gruppenbesteuerung.

Herausforderungen für die Steiermark

Es gehörte zum Ritual jedes steirischen Landesoberhauptes nach dem Zweiten Weltkrieg, die Grenzlage im westlichen Europa zu betonen und diesen verkehrstechnischen Blinddarm dafür verantwortlich zu machen, dass die Strukturprobleme der grünen Mark kaum überwindbar seien. Umso mehr ist es verwunderlich, dass nicht schon die ersten Anzei-

chen für eine Öffnung mit Nachdruck für eine Bereinigung dieser Situation genutzt wurden. Das Doppelgleis nach Marburg ist nach zwölf Jahren Öffnung noch immer nicht gelegt, die Koralmbahn – zwar in Bau – bundesweit umstritten, die Straßenverbindung zwischen Ilz und Szentgotthart von Bürgerinitiativen umlagert und nur von einer Handvoll Aufrechter verteidigt. Natürlich gibt es auch Lichtblicke wie das Cargo Center Graz in Werndorf oder die Maßnahmen, die nunmehr zwischen Graz und Werndorf getroffen werden. Aber wir sind reichlich spät dran und bis die letzten Lücken geschlossen sein werden, ist zu fürchten, dass es zu spät war, denn wie man Infrastrukturausbau betreiben kann und muss, zeigt uns Slowenien gerade.

Ein weiteres heikles Thema der Erweiterung ist die Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Hier gibt es divergierende Auffassungen auch und gerade in der Steiermark. Interessanterweise ist es bei uns gerade das Grenzland zu Slowenien – im Speziellen der Bezirk Bad Radkersburg – der die langen Übergangsfristen geradezu verflucht. Dieser Bezirk braucht die Offenheit und der Bürgermeister der gleichnamigen Grenzstadt wird nicht müde zu erklären, dass sich Österreich in dieser Frage auf dem falschen Dampfer befindet.

Die Meinung der Industrie ist es jedenfalls, das Thema liberaler und mit weniger Furcht zu betrachten. Deshalb sollte auf die maximal mögliche Beschränkung der Freizügigkeit von sieben Jahren verzichtet und die Ergebnisse nach den ersten zwei Jahren ganz ernst und ohne falsche Eitelkeit diskutiert werden. Mit Sicherheit wird sich zeigen, dass viele Ängste übertrieben waren. Ganz wichtig wäre hingegen, auf einen raschen Anschluss von bilateralen Beschäftigungsabkommen abzielen, die zumindest die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt der Zukunft sind also die Möglichkeiten der EU-Erweiterung zu nutzen, durch eine liberale Immigrationspolitik die Grenzen für knappe oder sich zunehmend verknappende Qualifikationen zu öffnen. Arbeitskräftemangel, vor allem im hochqualifizierten Bereich, darf nicht zu einem limitierenden Faktor des Arbeitsmarktes werden. Allerdings haben bereits mehrere Maßnahmen der jüngeren Zeit zur Verbesserung der Arbeitsmarktdynamik beigetragen, wie die steuerliche Absetzbarkeit von betrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen, die „Abfertigung Neu“, das Instrument der

Altersteilzeit, die Entlastung bei den Arbeitszusatzkosten für ältere Mitarbeiter und Erleichterung beim Zuzug von Spitzenkräften, deren Familien und engen Mitarbeitern.

Weiters sollte es zu einer verstärkten Förderung von Qualifikationsprojekten für KMU in Grenzregionen, Ausbau lokaler grenzüberschreitender Verkehrswege, Forcierung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte (Interreg), Entwicklung von Großregionen (Graz – Marburg) kommen (auch als kleines Gegenstück zur weitaus größeren Region Wien – Bratislava, die zur Zeit ihre Chancen in geradezu vorbildlicher Weise nutzt). Zur Nutzung von Chancen gehört auch dazu, dass es Unternehmen ermöglicht werden muss, Marktchancen in den Beitrittsländern voll nutzen zu können. Hier ist die auch in der Steiermark eher emotional als rational geführte Diskussion, ob etwa Wasserversorgung auch von Privaten durchgeführt werden kann oder soll, nicht gerade dienlich für die weiteren Perspektiven. Wie soll es denn eine Firma schaffen, im harten Konkurrenzkampf auf den neuen Märkten zu bestehen, wenn ihr das Trainingslager am Heimmarkt verschlossen wird? Wenn wir also schon daran denken, das zunehmend austrocknende Südland mit dem Wasser aus dem Norden zu versorgen, dann sollten wir unsere Blicke gleich weiter nach Süd-Ost richten. Das heißt nicht Ausverkauf von Wasser, sondern Aneignung von Technologie, die dann verkauft werden kann!

Die Dividende der Erweiterung ist eine gesamtgesellschaftliche

Zusätzlich sind für einen prosperierenden Markt Maßnahmen zur verstärkten Kooperation zwischen Österreich und den Beitrittsländern in allen Bereichen – allgemeine Politik, Wirtschaft, Verbandswe-

sen, Wissenschaft, Kultur, Ausbildung, Tourismus usw. – von großer Bedeutung. Die Initiative „EU-Zukunftregion“ kann erst ein Beginn gewesen sein. Jetzt muss es zu konkreten Projekten kommen und – was vielleicht noch wichtiger ist – zu strategischen Allianzen, die gemeinsame Strategiebildungen zulassen und die letztlich zu gemeinsamer Ressourcenplanung und -nutzung führen. Erst wenn wir diesen Schritt gemacht haben, werden wir die wahre Dividende der Erweiterung lukrieren können.

Diese Dividende hat nicht nur eine materielle, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Komponente, neben der wirtschaftlichen Chance lässt die Erweiterung der EU eine Reihe von positiven politischen Veränderungen erwarten. Sie wird die Stabilität in Europa fördern und durch die Einbindung der Reformstaaten Ost- und Mitteleuropas die demokratische Kultur europaweit stärken. Die Erweiterung erhöht auch die sicherheitspolitische Bedeutung Europas in der Welt. Und sie überbrückt die historische und kulturelle Kluft, welche die kommunistische Ära geschaffen hat. Die Vielfalt an Kulturen, Lebensweisen und Mentalitäten ist eine Stärke Europas. Sie ist keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.

Im historischen Rückblick wissen wir, wie wichtig es für Österreich war, nach dem Zweiten Weltkrieg auf der „richtigen“ Seite des Eisernen Vorhangs zu liegen. Wir sind das einzige Land der Donaumonarchie, das im Westen geblieben ist. Für die Menschen in den Beitrittskandidatenländern wird das erst 40 Jahre später zur Realität. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Beitrittskandidaten in den vergangenen zwölf Jahren enorme Fortschritte gemacht und große Entbehrungen auf sich genommen haben. Sie erwarten sich zu Recht eine Aufnahme in die EU-Familie. Die österreichische Monarchie vor 100 Jahren hat uns schon einmal unter einem Dach vereint – die EU ist besser: eine freiwillige Gemeinschaft von gleichwertigen Partnern.

**Beiträge zur EU-Erweiterung
von in der Steiermark wirkenden Konsules
verschiedener europäischer Staaten**

Mit Zuversicht ins neue Europa

Kurt David Brühl

Großbritannien hat die EU-Erweiterung von Anfang an befürwortet. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden im Rahmen der britischen EU-Präsidentschaft 1998 aufgenommen, und Premierminister Tony Blair trat als erster europäischer Regierungschef für einen Beitritt der neuen Mitgliedstaaten bis spätestens 2004 ein.

Veränderung historischer Dimensionen

Das Thema ist auch aus einer breiteren europäischen Perspektive zu betrachten: Die Erweiterung wird zu Veränderungen von historischen Dimensionen führen, der größten seit dem Fall der Berliner Mauer 1989. Die durch den Kalten Krieg bewirkte bittere Teilung Europas wird beendet. Wir vereinigen unseren Kontinent in Frieden, Stabilität und Demokratie. Dies betrachtet die britische Regierung als die größte Leistung der europäischen Generation der Gegenwart.

Um dies zu ermöglichen, hat Großbritannien namhafte Mittel zur Verfügung gestellt: Mit 520 Millionen Euro an Finanzhilfe und mehr als 100 Projekten hat das Vereinigte Königreich die Anpassung der Beitrittsländer an die Bedingungen des freien Marktes unterstützt. Britische Fachleute haben mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung dazu beigetragen, dass diese Länder die EU-Normen rascher und effektiver erfüllen können. Auch Österreich hat Wesentliches zur Schaffung von mehr Wohlstand in Europa geleistet: Österreichische Unternehmen waren unter den Ersten, die in den neuen Mitgliedstaaten investierten.

Alle bestehenden Mitgliedstaaten haben wesentliche Vorteile zu erwarten. Die Erweiterung der EU wird einen Binnenmarkt mit 450 Millionen Menschen – potenziellen Kunden für unsere Unternehmen – schaffen. Sie wird das Bruttoinlandsprodukt der bestehenden Mitglieder um fast 15 Milliarden Euro erhöhen. Das bedeutet für alle mehr Arbeitsplätze, mehr Investitionschancen und mehr Wohlstand.

Die Erweiterung bringt auch ein breiteres Angebot für die Konsumenten und mehr Möglichkeiten zu reisen und zu studieren. Und bei gemeinsamen Problemen wie der grenzüberschreitenden Kriminalität, dem Menschenhandel und der Umweltverschmutzung werden wir gemeinsam wesentlich größere Fortschritte erzielen, als wir es auf uns allein gestellt je könnten.

Im letzten Jahrzehnt haben die neuen Mitgliedstaaten ein rigoroses Modernisierungsprogramm durchgeführt, um jene Bedingungen zu erfüllen, denen auch wir bei unserem eigenen EU-Beitritt genügen mussten. Dies beinhaltet die umfassende Einhaltung von EU-Recht und -Gepflogenheiten, von Umweltstandards bis zum fairen Wettbewerb.

Erweiterungswellen bringen Stabilität, Sicherheit und Wohlstand

Und es sind auch schon beeindruckende Resultate zu verzeichnen. Laut „Fortune Magazine“ ist Budapest, gemessen am wirtschaftlichen Umfeld, der Lebensqualität und dem Arbeitskräfteangebot, die drittbeste Stadt Europas. Der tschechische Mobiltelefonmarkt ist der dynamischste Europas – bereits zwei Drittel der Tschechen besitzen ein Mobiltelefon. Und das „Wall Street Journal“ entdeckte Europas beste kleine Managementschmiede im slowenischen Bléd.

Es gibt Befürchtungen, dass die EU-Erweiterung zu einem Anstieg der Einwanderung und der Zahl der Asylbewerber führen wird. Die Erweiterungswellen der Vergangenheit haben den neuen Mitgliedstaaten jedoch stets mehr Stabilität, Sicherheit und Wohlstand gebracht und damit die Wahrscheinlichkeit von Massenwanderungen verringert.

Die Bande, die uns verbinden, sind tiefgehend und dauerhaft, und die Vorteile einer Zusammenarbeit sind deutlich. Deshalb sollten wir diesem neuen Europa alle mit Zuversicht entgegensehen.

Europa wächst

Franz Harnoncourt-Unverzagt

Am 1. Mai 2004 kommt Europa seiner Gesamtvereinigung einen großen Schritt näher. Trotz vieler unterschiedlicher Meinungen kann man aber doch sagen, dass die neuen Mitglieder mit offenen Armen empfangen werden. Aus diesem Anlass ist es wahrscheinlich auch angebracht, nicht nur den Blick in die gemeinsame Zukunft, sondern auch auf die Entwicklung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg zu werfen.

Am 23. Juli 2002 endete nach fünfzig Jahren der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der Montanunion-Vertrag hat das Zusammenleben der europäischen Völker wahrscheinlich stärker verändert als viele andere im vergangenen Jahrhundert geschlossene völkerrechtliche Vereinbarungen.

Krieg ist heute in Europa nicht mehr denkbar

Dieser Vertrag, von dessen Existenz in Deutschland und in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wohl nicht mehr viele Menschen wissen, hat die Grundlage für das geschaffen, was unseren Kontinent seit über einem halben Jahrhundert kennzeichnet: Die immer engere Zusammenarbeit der europäischen Völker zunächst im westlichen Teil Europas und seit der Überwindung der Teilung unseres Kontinentes vor bald fünfzehn Jahren in ganz Europa hat dazu geführt, dass im größten Teil Europas Krieg heute nicht mehr vorstellbar ist. Die Menschen leben in stabilen Gesellschaften und in Wohlstand. Dies ist ein Resultat der Aufbauarbeit, die die europäischen Gründungsväter 1952 mit dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl begonnen haben.

Die beiden Weltkriege haben unseren Kontinent an den Abgrund geführt. Das war die Katastrophe Europas im 20. Jahrhundert schlechthin. Das Glück Europas war, dass die politisch Verantwortlichen über die Grenzen hinweg nach 1945 endlich die

Kraft gefunden haben, die Weichen für eine friedliche Zukunft in Europa zu stellen.

Drei hervorragende Personen haben Anfang der fünfziger Jahre mutige und unglaublich weitsichtige politische Entscheidungen für Europa getroffen und vorbereitet:

- der Franzose Jean Monnet, in den Kriegsjahren Präsident des französisch-britischen Koordinierungsausschusses für die Kriegsproduktion,
- Robert Schuman, ein echter Europäer aus Luxemburg, der Vater lothringisch, die Mutter luxemburgisch, mit Gefängniserfahrung durch die Nazis,
- und zuletzt der legendäre deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Der Schumanplan

Am 9. Mai 1950 verkündete Robert Schumann den von Jean Monnet ausgearbeiteten Plan, die deutsche und französische Kohle- und Stahlerzeugung unter eine gemeinsame oberste Behörde zu stellen, die auch anderen Staaten Europas offen stand. Konrad Adenauer war einen Tag zuvor von Schuman ins Vertrauen gezogen worden.

In der Erklärung vom 9. Mai hieß es: „Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Dieser Satz ist heute so aktuell wie damals.

Die Visionen dieser drei Persönlichkeiten – zum Teil gegen den damaligen Zeitgeist – haben die Fundamente für die Europäische Gemeinschaft heute gebaut. Die europäische Einigung ist in der Tat ein fortwährender Prozess, der ein wenig an die in der luxemburgischen Stadt Echternach traditionelle Springprozession erinnert: „Drei Schritte nach vorne, zwei zurück“.

Der Versuch, zum Beispiel schon 1954 eine europäische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, schlug fehl. 1957 allerdings gelang es, eine europäische

Wirtschaftsgemeinschaft, die EWG, durch die Verträge von Rom ins Leben zu rufen. 1972 erweiterte sich die Gemeinschaft ein erstes Mal (Großbritannien, Irland, Dänemark). Weitere Aufnahmen (1981 Griechenland, 1985 Spanien und Portugal, 1995 Österreich, Finnland und Schweden) führen zum Europa der Fünfzehn. Nach dem Ende des Kalten Krieges (1989) begannen Beitrittsverhandlungen mit einem Dutzend Staaten Osteuropas und des östlichen Mittelmeerraums.

Parallel zu den Erweiterungen versucht die Europäische Gemeinschaft die Integration durch eine Reihe neuer Verträge zu vertiefen. Die unter luxemburgischem Vorsitz ausgehandelte Europäische Einheitsakte (1985) vollendete die Schaffung eines großen Binnenmarktes.

Der Maastrichter Vertrag (1992) gründete die Europäische Union und stellte sie auf drei Säulen:

1. Die Europäische Gemeinschaft, mit all ihren Integrationselementen, zu denen sich ab 1999 noch die Währungsunion (Euro) gesellte,
2. eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und
3. ein gemeinsames Vorgehen in polizeilichen und gerichtlichen Angelegenheiten (Europol).

Es sei darauf hinzuweisen, dass die 2. und 3. Säule dem Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit entstammen.

Visionen für Europa

Für die nun anstehende Erweiterung, deren schnelle Umsetzung für alle Beteiligten von größter Bedeutung ist, sind aber wiederum visionäre Ideen, wie sie die drei Gründungsväter hatten, gefragt. Wir brauchen nun eine europäische Verfassung, die vor allem drei Elemente beachten muss:

1. Sie soll eine europäische Grundrechtscharta, auf die sich der Europäische Rat von Nizza bereits verständigt hat, enthalten,
2. sie sollte die Kompetenzen zwischen den Mitgliedsstaaten und der europäischen Union klar abgrenzen, auf dem Subsidiaritätsprinzip basieren und damit die regionalen Bedürfnisse berücksichtigen
3. und schließlich sollte die Verfassung das künftige institutionelle Gefüge Europas festlegen.

Europa ist keine Utopie mehr

In Wirtschafts- und Währungsfragen waren die Nationalstaaten bisher bereit, Zugeständnisse zu machen, in allen anderen Bereichen der Politik (vor allem Außenpolitik und Sicherheit) aber gaben sie kaum nach. Nichtsdestoweniger hat der Aufruf von Robert Schuman den entscheidenden Anstoß gegeben: Dank der konkreten Verwirklichung wurde aus Europa mehr als ein große Utopie. Europa ist heute eine große Friedensgemeinschaft, zu dem auch das gerade erweiterte NATO-Bündnis erheblich beiträgt. Nun sollten wir aus der Erfahrung der Vergangenheit den Mut haben, die Utopie der Erweiterung nach Zentral- und Osteuropa beherzt weiter zu tragen. Der Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer am 1. Mai gibt den Weg für neue Visionen eines geeinten großeuropäischen Raumes frei. Die verschiedenen Übergangsfristen, die aus Rücksicht für Partikularinteressen ausverhandelt wurden, werden – wie ich meine – in kürzerer Zeit obsolet werden, als wir das heute glauben. Dies hat auch die Geschichte der vorangegangenen Beitrittsvorgänge deutlich gezeigt. So wird vor allem unser Augenmerk auf jene Länder zu richten sein, die nun an den Grenzen der vergrößerten Gemeinschaft liegen – ich denke da besonders an Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien; Länder, die für ihre weitere Entwicklung die Europäische Union einfach dringend brauchen.

Ich bin davon überzeugt, dass viele ethnische, soziale und wirtschaftliche Probleme dieser Länder, die Anlass zur Unruhe und Unfrieden geben, durch eine engere Anbindung an das vergrößerte Europa gemindert und entschärft werden können. So sehe ich in der großen und eindrucksvollen Erweiterung unserer europäischen Staatengemeinschaft eine gewaltige Chance für die Zukunft unseres Kontinents und für eine verbesserte Wirtschafts- und Friedensordnung in der ganzen Welt. Das europäische Beispiel der Nachkriegszeit könnte vielleicht den anderen Unruheregionen dieser Welt als Modell für ein friedvolles und gedeihliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen dienen. Aus dieser Überzeugung heraus begrüße ich den 1. Mai 2004 als einen der bedeutendsten Tage in der europäischen Geschichte.

Kroatien auf dem Weg zum Vollmitglied der Europäischen Union

Nikolaus Hermann

Seit einigen Jahren haben sich die Beziehungen zwischen Kroatien und der Europäischen Union sehr verdichtet, insbesondere durch das Stabilisations- und Assoziationsabkommen, welches im Oktober 2001 unterzeichnet wurde. Dieses Abkommen und insbesondere die Aktivitäten der kroatischen Regierung in Richtung seiner Implementierung zeigen klar, dass die Beziehungen Kroatien – Europäische Union sich vorwärts bewegen. Sie verdeutlichen auch die Entscheidung Kroatiens, das strategische Ziel zu erreichen – zuerst assoziiertes und dann Vollmitglied der EU zu werden. Mit der EU-Mitgliedschaft soll die eigene Stabilität und Prosperität erreicht und abgesichert werden, aber auch die Stabilität am Balkan und in Europa.

Kroatien als „virtuelles“ Mitglied der EU ab 2007

In weiterer Folge hat Kroatien am 21. Februar 2003 in Athen formell der griechischen EU-Präsidenschaft den Mitgliedschaftsantrag vorgestellt. Die Entscheidung der kroatischen Regierung den Antrag zu stellen, basiert auf vier Faktoren. Gegenwärtig bereitet die Europäische Kommission ihr Avis zum Antrag Kroatiens vor. Es wird erwartet, dass dieses positiv sein und noch im Frühjahr fertiggestellt wird, sodass die Europäische Kommission im Juni darauf reagieren kann, aber auch konkrete Entscheidungen betreffend Kroatiens Kandidatenstatus trifft und Mitgliedschaftsverhandlungen eröffnet.

Was Kroatien anbelangt, besteht nur eine Wahl: die EU-Mitgliedschaft. Die kroatische Regierung ist fest entschlossen, die Verpflichtungen, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen, bis Ende 2006 zu erfüllen und so als ein „virtuelles“ Mitglied ab 1. Jänner 2007 zu funktionieren. Es besteht Zuversicht, dass das besagte Ziel der kroatischen Regierung erreicht werden kann, vorausgesetzt, dass die gegenwärtige Dynamik die EU-Mitgliedschaftskriterien zu erreichen, aufrecht bleibt.

Damit wird ein besseres Leben in einem besseren Kroatien geschaffen. Und die Mitgliedschaft in der Europäischen Union kommt als Nebenprodukt dieser Reformaktivitäten, unabhängig davon, ob diese 2007, 2008 oder 2010 realisiert wird.

Nichtsdestotrotz: Wann Kroatien der EU beitrifft, hängt nicht nur von Kroatiens Vorbereitung ab, sondern auch vom Willen und der Vorbereitung der EU, neue Mitglieder nach der großen Erweiterung von 2004 aufzunehmen. Dabei stellt sich die Frage, ob Kroatien sich an Bulgarien und Rumänien in der nächsten Erweiterung, welche für 2007 erwartet wird, anschließen kann und will. Weiters bleibt zu sehen, ob die nächste Erweiterung sich nur auf Südost-Europa beziehen wird, oder ob sich die Europäische Union gegen Norden erweitern wird, in Anbetracht der wechselnden Mitgliedschaftsvorstellungen in Norwegen und Island.

Wie auch immer, wenn Kroatien die Erweiterung 2007 erreichen will, sollten die Mitgliedschaftsverhandlungen in der zweiten Jahreshälfte 2004 beginnen oder zu Beginn 2005 und sich dann zügig fortsetzen und 2006 abgeschlossen sein. All das Vorangesagte bedeutet nicht, dass Kroatien sich in einen Wettstreit mit Bulgarien und Rumänien begeben sollte, welche auf diesem langen Weg bereits weiter sind.

Erfüllung der wichtigsten politischen Voraussetzungen

Es müssen die besten Kräfte in der Erreichung der EU-Standards und EU-Kriterien eingesetzt werden. Es ist bekannt, welche Reformbemühungen es bedarf und wie schwere und koordinierende Aufgaben auf diesem Weg noch zu erfüllen sind. Weiters ist bekannt, dass die drei verbleibenden politischen Voraussetzungen bereitwillig zu erfüllen sind – die volle Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gerichtshof für Kriegsverbrechen im früheren Jugoslawien,

die Flüchtlingsrückkehr und die Justizreform – das würde die Bereitschaft, die Werte und Prinzipien auf denen die Europäische Union beruht zu respektieren, bestätigen.

Neben diesen politischen Voraussetzungen muss die Gesetzgebung reformiert werden, um diese auf die Linie mit dem Europäischen Acquis zu bringen. Vieles wurde in dieser Hinsicht bereits getan. Zuletzt

besteht auch der Vorteil, alle guten und schlechten Verhandlungs- und Harmonisierungsverhandlungen analysieren zu können, aber andererseits auch die kroatischen Potenziale und Kapazitäten.

Deshalb ist es realistisch, davon auszugehen, dass Kroatien in der Lage ist, erfolgreiche Beitrittsverhandlungen in der Zwei-Jahres-Periode von 2004/5 bis 2006/7 zu führen.

Die Steiermark rückt vom Rand ins Zentrum Europas

Wolfgang Leitner

Am 1. Mai 2004 ist es soweit: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei, Slowenien und Zypern werden der Europäischen Union (EU) beitreten. Ein historischer Moment in der Geschichte der EU. Mit den zehn Beitrittsländern wird sich die Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 25 vergrößern und 75 Millionen Menschen werden neue EU-Bürger. Die Europäische Union wird somit zum weltweit größten Wirtschaftsraum mit beinahe 450 Millionen Einwohnern wachsen.

Vom Rand in die Mitte Europas

Für Österreich und insbesondere die Steiermark ist diese Erweiterung von besonders großer Bedeutung. Mit dieser Wiedervereinigung Europas rücken wir von unserer bisherigen Randlage wieder in die Mitte des Kontinents. Die Teilung Europas ist Geschichte. Jetzt gilt es, gemeinsam in Europa die Zukunft zu gestalten. Österreich erhält die große Chance, sich im Raum der Zukunftsregion wirtschaftlich und europapolitisch neu zu positionieren.

Dieser Erweiterungsprozess bedeutet für die österreichische Wirtschaft einen wichtigen Impuls für Handel und Investitionen. Der Außenhandel mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, der schon in den neunziger Jahren – nach dem Fall des Eisernen Vorhangs – deutlich angestiegen ist, wird den österreichischen Wirtschaftsraum befruchten und die Exportmöglichkeiten weiter steigern. Die Erweiterung hat das Potenzial, in den nächsten Jahren zu einem wichtigem Wachstumsmotor für die österreichische Wirtschaft zu werden.

Die bevorstehende EU-Erweiterung schafft neue, größere und damit attraktivere Märkte. Die Beitrittsländer bieten zum Beispiel kleinen und mittleren Unternehmen interessante Potenziale als Absatzmärkte, weil hier noch ein großer wirtschaftlicher

Nachholbedarf besteht. Hieran kann Österreich mit seinen traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas in besonderem Maße teilhaben.

Belebung „toter“ Wirtschaftsregionen

Besonders Grenzregionen waren schon bisher die klaren Gewinner der „Ostöffnung“. Gemäß einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO weisen von den 25 Bezirken entlang den Grenzen zu Tschechien, Ungarn und Slowenien 22 für die Periode 1989 bis 1999 einen höheren Beschäftigungszuwachs auf als der österreichische Durchschnitt, in manchen Fällen sogar um ein Vielfaches. Die einst wirtschaftlich „toter“ Regionen sind vom „Rand“ in den „Mittelpunkt“ gelangt.

Auch in der Einkommensentwicklung und in der Beschäftigung haben diese Regionen zumeist deutlich aufgeholt. Die Beschäftigung ist in einigen Regionen des Burgenlands und der Steiermark viel stärker gestiegen als im übrigen Österreich. Und das, obwohl mehr als die Hälfte aller ungarischen Pendler im Burgenland arbeitet.

Diese positiven Effekte der Osterweiterung werden auch durch das transnationale Gutachten „Preparity“, ein transnationales Projekt der EU zur Vorbereitung der EU-Erweiterung, bestätigt. Das Gutachten kommt zu dem Befund, dass der Beitritt der mittel- und osteuropäischer Länder, also Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn, zur EU sowohl den alten wie auch den neuen Mitgliedstaaten wirtschaftliche Vorteile bringen wird. Besonders positiv wird sich die Erweiterung auf die Beitrittsländer auswirken und deren Aufholprozess unterstützen. Von den bisherigen EU-Staaten werden insbesondere Österreich und Deutschland profitieren. In beiden Ländern überwiegen die Chancen und Gewinne deutlich gegenüber den Risiken der Erweiterung.

Hervorragende Ausgangsposition der Steiermark

Für die Steiermark selbst stellt die Erweiterung zweifelsohne eine sehr große Chance dar. Es eröffnen sich neue wirtschaftliche Perspektiven und die Möglichkeit, sich als aktive Drehscheibe in der Zukunftsregion Süd-Ost zu positionieren.

War die Steiermark aufgrund ihrer demographischen Gegebenheiten und geographischen Lage von großen internationalen Wirtschaftskonzernen immer etwas stiefmütterlich behandelt worden, so rückt nun die Wettbewerbsfähigkeit des steirischen Wirtschaftsstandortes ins Zentrum des politischen und wirtschaftlichen Interesses. Aufgrund seiner Branchenstruktur, aber auch gemessen an der regionalen Wettbewerbsfähigkeit, verfügt die Steiermark über eine hervorragende Ausgangsposition für die kommende Erweiterung des Binnenmarktes.

Doch muss zuvor eine Reihe von wichtigen Aufgaben bewältigt werden. Dazu zählen vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Steiermark, mit besonderem Fokus auf den Arbeitsmarkt und die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so ist ein pro-aktives Vorgehen der Politik gefordert. Die Bevölkerung soll aktiv über Folgen und Konsequenzen der EU-Erweiterung informiert werden, um so unterschwelligen Ängsten der Bürger vor den Folgen der Erweiterung zu begegnen. Das Land Steiermark hat aus diesem Grund gemeinsam mit der EU, den Gemeinden, Kammern und verschiedenen Organisationen einen Erweiterungsdialog für und mit der Bevölkerung in Gang gesetzt.

Anhand von Studien und aus der Erfahrung vergangener Erweiterungen kann man ableiten, dass die Bevölkerung der Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas eher am Aufschwung ihrer Heimatländer teilhaben und mitwirken will, anstatt als Gastarbeiter in die „alte EU“ zu migrieren. Dennoch sollten die im Rahmen der Beitrittsverhandlungen vereinbarten Übergangsfristen intensiv genutzt werden, den heimischen Arbeitsmarkt durch gezielte Ausbildung seiner Arbeitskräfte entsprechend vorzubereiten. Die Forcierung und Förderung von Qualifikation und Ausbildung der Arbeitskräfte muss dabei absolute Priorität haben.

In Bezug auf die Infrastruktur müssen sowohl die Anbindung an die transeuropäischen Verkehrsnetze,

als auch die Vernetzung der österreichischen Zentralräume untereinander sichergestellt sein.

Einen attraktiven Wirtschaftsstandort Österreich schaffen

Sehr wichtig sind auch Maßnahmen und Förderungen der Industrie im Bereich der Forschung und Entwicklung sowie die Entwicklung von transnationalen Unternehmenskooperationen. Vor allem im Bereich der Klein- und Mittelunternehmen sind grenzüberschreitende Aktivitäten in Zukunft verstärkt zu fördern. Die heimischen Unternehmen können ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Nutzung der Beitrittsländer als Beschaffungsmärkte gezielt verbessern, in dem sie gewisse Produkte, Komponenten und Dienstleistungen von Unternehmen der Beitrittsländer kaufen. Besonders kapitalintensive Industrien, wie der Maschinen- und Anlagenbau, können so aus der Erweiterung Nutzen ziehen.

Da der Wirtschaftsstandort Österreich weder mit den hochentwickelten Billiglohnländern Asiens noch mit den aufstrebenden Günstiglohnländern Osteuropas konkurrieren kann, muss der Wirtschaftsstandort Österreich aber noch attraktiver gestaltet werden. Die Senkung der Lohnnebenkosten und die Begünstigung der Verwendung von betrieblichem Risikokapital sind dabei zwei wesentliche Voraussetzungen. Nur so werden Österreich und die Steiermark auch in Zukunft ein attraktiver Standort für Investitionen aus dem Ausland sein.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass die EU-Erweiterung für Österreich und die Steiermark vorteilhaft sein wird und die sich ergebenden Chancen die potenziellen Risiken bei weitem überwiegen. Die Öffnung der Ostmärkte wird wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung in den Regionen und so auch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Neben der Eigenverantwortung der Betriebe hängt ihr Erfolg zunehmend von der Wettbewerbsfähigkeit ihres Standortes ab. Qualifikation und Ausbildung, Innovationskraft und Dynamik der Region, Leistungsfähigkeit der Infrastruktur sowie der Ausbau der regionalen Netzwerke sind wesentliche Bestandteile für einen erfolgreichen Start in eine gemeinsame europäische Zukunft. Und nicht zuletzt ist ein erweitertes Europa auch ein Garant für wirtschaftliche und politische Sicherheit.

Hallo EU – Hallo Slowenien!

Kurt Oktabetz

Erinnerungen

Hätte jemand vor 15 Jahren den Fall des Eisernen Vorhanges vorausgesagt, wäre er als Phantast bezeichnet worden. Die Grenze zwischen Steiermark und Slowenien war zwar „grün“, aber Slowenien war – wenn auch nicht im fundamentalistischen Sinn – ein kommunistisches Land, unter der Zentralherrschaft Belgrads.

Die Steiermark sah sich in einer Sackgasse im äußersten Südosten Westeuropas und war gesellschaftspolitisch und ökonomisch nahezu nur auf den Nordwesten ausgerichtet.

Und dann kam die Überraschung: der innere Gärungsprozess wurde ja kaum wahrgenommen und vielfach für wirkungslos und realitätsfremd gehalten, aber die neuen Realitäten waren zur Kenntnis zu nehmen von den Menschen, die sich ganz allgemein durch ein ihnen innewohnendes Beharrungsvermögen auszeichnen und die jede signifikante Änderung zunächst mit einer Abwehrhaltung oder doch mit einer gewissen Skepsis begegnen.

Überwindung des Kommunismus und Aufbau eines Staatswesens

Der Wille des Volkes und die Kraft seiner politischen Führung gebar die Selbständigkeit Sloweniens, die effektiv erstmalige in seiner langen Geschichte.

Wenn nun jemand vor zwölf Jahren vorausgesagt hätte, dass der 1. Mai 2004 die Mitgliedschaft Sloweniens in der Europäischen Union besiegeln würde, hätte dies wiederum Kopfschütteln hervorgerufen, denn unter den Experten und politischen Pragmatikern galt die Formel, dass ein Wechsel von einer zentralverwalteten in eine marktwirtschaftliche Gesellschaft zwei Generationen dauern würde: eine, die das alte System überwindet und eine, die das neue aufbaut.

Der unbedingte Wille und die Zielidentität eines ganzen Volkes sowie die Intelligenz und der Fleiß der Menschen waren und sind dafür ausschlaggebend.

Beitrittsmusterland Slowenien

Gesellschaftspolitisch ist Slowenien eine gefestigte Demokratie, mit einem Mehrparteiensystem geworden. Wirtschaftlich hat der Staat die Umstellung auf die Marktwirtschaft bewältigt. Das Bruttoinlandsprodukt und die Kaufkraft der Bevölkerung stiegen innerhalb kurzer Zeit ständig und erstaunlich. Die Märkte waren offen und kein seriöser Investor (vor allem auch aus der Steiermark) bereute sein Engagement beim alten Nachbarn und neuen Partner.

Man sah ein Land, das zwischen Alpen und Meer, Karst und beginnender Tiefebene eine hochinteressante Bühne darstellt, aufblühen. Für jeden der immer zahlreicher werdenden Besucher oder auch nur Durchreisenden war Jahr für Jahr nachzuvollziehen, wie Städte, Dörfer, Straßen, Häuser, Vorgärten und Fensterblumen die Ausstattung der Bühne besorgten.

Österreich profitierte von der so genannten Ostöffnung, die Steiermark besonders von der Südöffnung. Die immer wieder veröffentlichten Wirtschaftsdaten sind eindrucksvoll und müssen hier nicht wiederholt werden. Kontakte und Beziehungen auf allen Ebenen entstanden neu, wurden erweitert, intensiviert und vertieft.

Da dies auch zu den Hauptaufgaben eines Konsulats zählt, war für mich diese Funktion mit Freude und einem gewissen Stolz verbunden und ich habe es als Ehre empfunden, dieses steirische Nachbarland hier vertreten zu dürfen, jenen Staat, der seitens der EU-Kommission im ständigen Monitoring als jeweils unter den bestklassifizierten Beitrittskandidaten gereiht und zuletzt als Beitrittsmusterland bezeichnet wurde.

Neben den unzähligen grenzüberschreitenden Initiativen von privater Seite, die zu vielen persönlichen, freundschaftlichen Kontakten geführt haben, von Institutionen, Kammern, Behörden, öffentlichen Stellen und der Politik, sowohl in Slowenien wie auch in der Steiermark, die ich zum Teil begleiten konnte, habe ich besonders die Unterstützung von allen Seiten begrüßt, die mir in meiner Funktion bei allen Angelegenheiten gewährt wurde. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Erwartungen

Slowenien hat seine Aufgaben als kommendes EU-Mitglied bisher sehr gut erfüllt. Rund 90.000 Seiten des europäischen Rechtsbesitzstandes waren zu akzeptieren und in das slowenische Rechtssystem umzusetzen. Einige mit Übergangsfristen versehene Kapitel werden innerhalb kurzer Zeit ebenfalls realisiert. Bezüglich der für den Bereich Personenfreizügigkeit vereinbarten Übergangsfristen gibt es zunehmend Stimmen nach einer zumindest partiellen Aufhebung.

Slowenien verdankt seine erfolgreiche Entwicklung der Qualifikation seiner Menschen; es hat daher auch im Interesse der Kontinuität dieses dynamischen Prozesses einem etwaigen brain drain entgegenzuwirken, obwohl Bildung und Forschung keinerlei Rückstand gegenüber den meisten EU-Staaten aufweisen.

Der Wirtschaftsstandard (etwa das BIP pro Kopf) übertrifft bereits einige alte EU-Mitglieder und liegt über 70 % des EU-15-Durchschnitts. Dieser EU-Durchschnitt wird sich durch den Beitritt der zehn neuen Länder natürlich senken und man erwartet, dass Slowenien innerhalb weniger Jahre zum EU-Nettozahler wird – ein Umstand, der die Freude, am EU-Förderungssystem (Agrar- und Strukturfonds) mitzupartizipieren, etwas dämpft.

Die Slowenen haben durch ihr EU-Votum (90 % Pro-Stimmen) ihre Einstellung eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht; sie haben in wenigen Jahren gelernt, selbständig zu sein und das macht sie berechtigterweise auch stolz. Allerdings sind sie sich auch der Größe ihres Landes bewusst und das macht sie naturgemäß ein wenig sensibel. Ein weiter fortschreitender Vertrauensaufbau ist daher ein wesentliches Integrationselement.

Die – nicht selten auch von namhaften Persönlichkeiten geäußerten – Bedenken, dass Slowenien mit dem EU-Beitritt lediglich Belgrad gegen Brüssel austauscht und seine junge Selbständigkeit durch eine neue Abhängigkeit einbüßt, sind vorhanden, aber man ist sich auch bewusst, dass für alle Mitgliedstaaten das Gleiche gilt: Gemeinsam gilt es, aus der EU eine Einheit in allen Bereichen zu machen, wo dies sinnvoll ist, und gleichzeitig eine möglichst vielfältige Gewährleistung, die das Identitätsgefühl der Menschen befriedigt.

Brückenfunktion Sloweniens

Slowenien wird in der EU darüber hinaus eine besondere Rolle zukommen: Aus seiner historisch-politischen und geografischen Situation wird es in der Lage sein, eine Brücke zu seinem Nachbarland und Beitrittswerber Kroatien (noch bestehende Probleme werden sicher bald gelöst werden) und zu den Balkanländern zu bilden. Dies liegt einerseits im Interesse der Steiermark, wenn man die Idee der sogenannten „Zukunftsregion“ ernsthaft weiterverfolgt, aber natürlich auch im Interesse der gesamten EU, weil dadurch ein zunächst finaler Komplettierungsschritt in SO-Europa leichter zu setzen sein wird und ein krisenhafter und problematischer Teil auf dieser Landkarte befriedet und möglichst eingebunden werden könnte.

Zunächst ist zu erwarten, dass Slowenien in wenigen Jahren (2007?) mit dem Schritt in den Schengenraum eine weitere Integrationsphase abschließen wird. Damit wird durch die Abschaffung der Passkontrollen der effektiv grenzenlose Verkehr Realität sein. Wahrscheinlich etwa zur selben Zeit könnte Slowenien – nach Erfüllung der Maastricht-Kriterien – den Euro einführen. Möglicherweise hat das Land bis dahin auch schon eine regionale Strukturierung in politisch-administrative Regionen.

Wenn dann die Stajerska und die Steiermark „nur noch“ ein Teil von Europa sind, wird auch das zur steirischen Landeshymne gewordene alte Lied mit seinem ursprünglichen Text keiner Revision unterzogen werden müssen. Am 1. Mai 2004 jedenfalls sagt Slowenien „dobro jutro EU“ und die EU, allen voran aber die Steiermark, „dobrodosli Slovenija“!

Von der Mark in das Zentrum

Gerold Ortner

Die Steiermark war im Verlauf der Jahrhunderte und Jahrtausende, die hinter uns liegen, oft Grenzland – die Bezeichnung „Mark“ weist darauf hin. Wenn es gegen eindringende Feinde – Türken, Hunnen, Kuruzen, Awaren und andere – notwendig war, war diese Mark ein Bollwerk. In Friedenszeiten haben die Steirer aber lieber die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg gesucht. Die Steiermark war immer auch Tor zu ihren Nachbarn – insbesondere zum Südosten.

Gelebte Nachbarschaftspolitik durch die ARGE Alpen-Adria

In der jüngsten Vergangenheit wurden – als Europa durch den Eisernen Vorhang noch in Ost und West geteilt war – viele Länder aus der damaligen kommunistischen Hemisphäre in diese Nachbarschaftspolitik einbezogen. Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria – bis zum Fall des Eisernen Vorhanges ein weltpolitisches Unikat – war eine Idee aus der Grazer Burg. Dieser Arbeitsgemeinschaft gehörten Regionen aus NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten sowie einem neutralen und einem neutralistischen Staat an. Die Brückenschlagsfunktion zwischen Ost und West war die Identität dieser steirischen Erfindung. Als ehemaliges Mitglied der Kommission der Leitenden Beamten dieser Arbeitsgemeinschaft weiß ich, dass für unsere Freunde aus den Regionen des ehemaligen Ostens Alpen-Adria ein Tor zum Westen war. Für viele spätere Entwicklungen hatte Alpen-Adria eine Vorreiterrolle.

Auch Polen, das ich heute in der Steiermark verrete, war in die Nachbarschaftspolitik der Steiermark einbezogen. Ganze Züge mit gebrauchten, aber gut erhaltenen Landmaschinen sind vielen polnischen Bauern noch in guter Erinnerung. Der erste nichtkommunistische Ministerpräsident Polens, Tadeusz Mazowiecki, war als Dissident eine ganze Woche lang Gast in der Privatwohnung des damali-

gen Agrarlandesrates Hermann Schaller. Der Ex-Häftling und spätere polnische Außenminister, Wladyslaw Bartoszewski, wurde nach einem Steiermarkaufenthalt vom damaligen Studentenseelsorger Egon Kapellari sogar einmal persönlich nach Wien chauffiert.

Kampf dem Kommunismus

Mit 1. Mai 2004 wird die Europäische Union 75 Millionen Einwohner mehr haben – mehr als die Hälfte davon kommen aus Polen. Gerade Polen war es, das einen wesentlichen Beitrag zur heutigen Entwicklung geleistet hat. Der Niederbruch des Kommunismus war nicht zuletzt ein Verdienst Polens. Einige Zeit hindurch konnte der Freiheitswille der Polen von sowjetischen Panzern niedergewalzt werden – ich erinnere nur an die Aufstände in Posen und Danzig. Später wurde aber die Arbeiterbewegung Solidarnosc unter Lech Walesa, die schon bald nach der Gründung zehn Millionen Mitglieder hatte, immer mehr zu einem nicht zu umgehenden Faktor. Kriegerrecht und Massenverhaftungen konnten das Rad nicht mehr zurückdrehen. Und dann kam der polnische Papst, der seinen Landsleuten Mut zugesprochen hat und ihnen sagte: „Widersetzt euch allem, was der menschlichen Würde widerspricht.“ Der Papst war die große Leitfigur im Kampf gegen den Kommunismus.

Heute ist Polen eine gefestigte Demokratie, auch wenn es einen ständigen Wechsel in der politischen Verantwortung gibt – aber auch das ist Demokratie. Politische Lernprozesse sind aber in allen jungen Demokratien notwendig. Mit großer Mehrheit hat sich die Bevölkerung Polens für einen EU-Beitritt ausgesprochen. Dass Polen gemeinsam mit Spanien die EU-Verfassung blockiert hat, gab in letzter Zeit Anlass zu Irritationen. Grundsätzlich ist zu sagen, dass das Zusammenleben der 25 im Haus Europa vor allem viel Diplomatie und Kompromiss-

bereitschaft erfordern wird. Dies gilt aber auch für diejenigen, die sich als „Großmächte“ fühlen und glauben, sich über die Regeln des Zusammenlebens – wie z.B. die Maastricht-Kriterien – hinwegsetzen zu können. Dies hat zu Misstrauen und schlechter Stimmung geführt.

In Polen, das Jahrhunderte lang von Großmächten enttäuscht und getäuscht wurde, ist gerade deshalb nicht verstanden worden, dass der Vertrag von Lissabon, der die Stimmengewichtung festlegt, auf einmal nicht mehr gelten sollte. Dazu kommt noch, dass die „neuen Staaten“, die lange von Moskau aus regiert wurden, glauben, ihre Souveränitätsrechte mit Zähnen und Klauen verteidigen zu müssen. Trotzdem: Es wird und muss zu einem sinnvollen Kompromiss kommen. Ich hoffe, dass Europa beim Erscheinen dieses Beitrages schon ein Stück weiter ist.

Über den Beitritt von Polen zur EU freue ich mich besonders auch deshalb, weil ich als kleiner Honorarkonsul eine besondere Beziehung zu diesem Land gewonnen habe – mit mir auch viele Steirerinnen und Steirer. Ein Freundschaftszug mit 300 Teilnehmern fuhr nach Krakau, wo sich die Steiermark mit ihrer Kultur und Wirtschaft präsentierte. 160 steirische Persönlichkeiten besuchten Breslau und knüpften viele Kontakte. Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat am österreichischen Nationalfeiertag Amtsträger aus ganz Südpolen zu einem Empfang in Krakau eingeladen. Kontakte auf vielen Ebenen entstanden. Besonders in Südpolen erinnern sich beide Seiten an viele historische Bindungen – ein großer Teil gehörte ja zum Galizien der Monarchie – und auch Schlesien war lange Zeit österreichisch.

Wie tief diese Verbindungen sind, kam zum Ausdruck, als polnische Bürgermeister bei Besprechungen über die Renovierung von Soldatenfriedhöfen aus dem Ersten Weltkrieg sagten: „Unsere Vorfahren liegen hier gemeinsam begraben.“ Besonders wies man aber immer wieder darauf hin, dass der Vater des Papstes auch in der k.u.k. Armee gedient hat – er war k.u.k. Rechnungsunteroffizier.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Besonders intensiv werden derzeit die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen polnischen Regionen und der Steiermark ausgebaut. Mit den südpolnischen Woiwodschaften Kleinpolen, Schlesien, Niederschlesien, Oppeln und Vorkarpaten sowie mit Lodz und Lublin gibt es Vereinbarungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Steiermark bietet dabei primär ihre Stärkefelder an: Umwelt- und Informationstechnologie sowie Automobil- und Holzcluster.

Die Steiermark unternimmt alles, um ihre Position im größten Beitrittsland zu festigen. Es gibt bereits Partnerschaften zwischen Regionen, Bezirken und Städten. Konzerte polnischer Orchester, Ausstellungen und die große Krakauer-Krippenschau haben uns die polnische Kultur näher gebracht. Volkstanzgruppen, Pfadfinder und Sportvereine besuchen sich wechselseitig.

Zurück zur Steiermark: Die alte Grenzmark Steiermark, die zur Zeit des Eisernen Vorhanges der äußerste Zipfel der freien Welt war, hat schon durch die Ostöffnung einen Schritt in Richtung Zentrum gemacht. Ich habe diese Entwicklung deshalb mit besonderem Interesse verfolgt, weil ich als ehemaliger Sekretär von Landeshauptmann Josef Krainer I. die Bemühungen dieses großen Mannes, die Abwanderung im steirischen Grenzland zu stoppen, unmittelbar mitverfolgen konnte. Die Bevölkerung verringerte sich von 1951 bis 1961 um 15 %. Es gab eine „Weltuntergangsstimmung“. Heute ist das „Grenzland“ eine florierende Region und wird noch weiter gewinnen.

Als heutiger Honorarkonsul der Republik Polen und natürlich auch als Steirer freue ich mich aber auch, dass mein „neues Land“, das ohne sein Verschulden lange auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges lag, mit dem Beitritt zur Europäischen Union seine Rückkehr nach Europa endgültig abgeschlossen hat.

EU-Erweiterung – Nachbarland Ungarn

Rudi Roth

Ich möchte Ihnen mit Ungarn ein Land näher bringen, das mir auch persönlich ganz besonders am Herzen liegt, da ich dieses Land bereits seit über zehn Jahren als Honorarkonsul vertrete. Ein Land mit einer ruhmreichen Geschichte, das vor vier Jahren 1.000 Jahre seines Bestehens feierte, ein Land mit Zukunftsperspektiven, ein Land voller Energie, Entschlossenheit und Überzeugung sich in der Gemeinschaft Europas auf allen Ebenen behaupten zu können. Mit Ungarns EU-Beitritt geht auch für mich persönlich ein großes Ziel, aber eigentlich auch ein Traum in Erfüllung, den ich mir zu Beginn meiner Tätigkeit gestellt habe, nämlich Ungarn mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 in das Herz Europas zurückzuführen, wo es eigentlich seit Jahrhunderten hingehört hat.

Wenn wir mit allen unseren Tätigkeiten in der Steiermark für Ungarn, dem Forum Hungaricum, dem Stipendium Hungaricum, dem Rudi-Roth-Stipendium, vielen Ausstellungen, Vorträgen, Business-Veranstaltungen auch ein wenig zum besseren Verständnis und zur „gelebten Nachbarschaft“ für den EU-Beitritt beigetragen haben, dann haben wir schon viel in dieser Zeit erreicht.

Vom Nachbarn zum Partner

Den meisten von uns ist noch sehr lebhaft die denkwürdige Szene in Erinnerung, als der Außenminister, Alois Mock, und der damalige ungarische Außenminister, Gyula Horn, an der österreichisch-ungarischen Grenze 1989 den Eisernen Vorhang durchschnitten haben. Dieser symbolische Akt signalisierte für unsere beiden Länder und für die Welt den Fall der kommunistischen Machtherrschaft in Ungarn und das Ende der widernatürlichen und gewaltsamen Trennungslinie, die den Kontinent durchzog. Während der 15 Jahre, die seither vergangen sind, hat sich in Ungarn ein bedeutender Wandel vollzogen. Ungarn entwickelte sich vom „einfachen“ östli-

chen Nachbarn zum Partner. Partner auf allen Ebenen: sei es Kunst, Wirtschaft, Tourismus oder Wissenschaft. Diese vielseitige Partnerschaft wird noch mehr vertieft, wenn Ungarn Mitglied der EU wird.

Im Folgenden möchte ich in erster Linie auf die

- wirtschaftliche Entwicklung in Ungarn,
- auf die Ost-Erweiterung und Auswirkungen für Ungarn und Österreich, sowie auf die
- Bedeutung und den besonderen Stellenwert der Pflege der regionalen Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Österreich näher eingehen.

Die EU-Erweiterung ist kein Nullsummenspiel

Eine der wichtigsten Fragen und Aufgaben, die heute die Bevölkerung sowie die gesamte politische Szene prägen und zweifelsohne den gesamten Europäischen Kontinent beeinflussen, ist die Erweiterung der Europäischen Union durch die Ost- und Mitteleuropäischen Staaten. Diese Herausforderung des angebrochenen Millenniums kann als Meilenstein in der Geschichte Europas angesehen werden. Es muss betont werden, dass in erster Linie im Zusammenhang mit der Erweiterung vor allem eine objektive Betrachtungsweise von großer Wichtigkeit ist.

In den Diskussionen kommt oft nur das einseitige „Kosten-Nutzen Prinzip“ zur Geltung und das perspektivische Zukunftsbild ist weniger präsent. Es wird oft vergessen, dass die EU-Erweiterung die Möglichkeit zur Ausdehnung der Region des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität und der Demokratie bietet und die Kosten der Handhabung der Konflikte und der unmittelbaren Nachbarschaft der Union senkt.

Die EU-Erweiterung ist kein Nullsummenspiel, welches zum Vorteil des Einen und dem Nachteil des Anderen endet. Der Beitritt der Kandidaten ist für beide Seiten von Vorteil und kann zu einem beträchtlichen Wachstum der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas in einer globalisierten Welt führen.

Österreich hat bereits profitiert

Nun möchte ich die wirtschaftlichen Vorteile und Positiva hervorheben und betonen, dass Österreich durch die sogenannte Ostöffnung bereits nachweislich viel profitiert hat.

Durch die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung in Ungarn wurde auch die österreichische Wirtschaft merklich angekurbelt. Hunderte ausländische Firmen errichteten Betriebe und Stützpunkte in Österreich, um von hier aus die mittel- und osteuropäischen Märkte zu betreuen. Insgesamt konnten in Österreich durch die Belebung der Wirtschaftsbeziehungen ca. 60.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Experten rechnen damit, dass die Erweiterung der EU ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von einem halben bis zu einem Prozent erbringen könnte.

In den letzten 15 Jahren sind die österreichischen Exporte nach Ungarn auf das Viereinhalbfache, die ungarischen Ausfuhren nach Österreich auf das Dreieinhalbfach gestiegen. Außenhandelsstatistiken zeigen, dass Ungarn als Exportmarkt für Österreich den 4. Platz und auf der Einfuhrseite den 7. Platz belegt. Österreich steht wiederum für Ungarn sowohl export-, als auch importseitig an der 2. Stelle.

Selbst unter den gegebenen Umständen (z.B. hohes Lohngefälle und teilweise niedrigere ungarische Umweltstandards) erwirtschaftet Österreich gegenüber Ungarn einen beträchtlichen Handelsbilanzüberschuss. Dies zeigt nach den Regeln der Nationalökonomie, dass bei einer Gesamtbetrachtung der Wettbewerbsfaktoren die Stärke eindeutig bei der österreichischen Wirtschaft liegt.

Nach Anzahl der Joint-Ventures gerechnet (5.500 an der Zahl), steht Österreich an der Spitze der ausländischen Investoren in Ungarn, nach dem Volumen immerhin an der 3. oder 4. Stelle. 55 % der österreichischen Kapitalinvestitionen für die ost- und mitteleuropäischen Länder landeten in Ungarn.

Auswirkungen der Erweiterung

Obwohl die Vorteile überwiegen, dürfen sich die Diskussionen selbstverständlich nicht nur auf Positiva beschränken. Die meisten Vorbehalte gab es hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, einer der Grundprinzipien der EU, die in den Römischen Verträgen verankert sind. Die Ängste seitens der Österreicher konnten nach komplexen Verhandlungen

beseitigt werden, denn Ungarn hat – wenn auch ohne große Begeisterung – die vor allem von Österreich und Deutschland geforderten Übergangsfristen bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer akzeptiert. Diese Frist beträgt vorerst sieben Jahre, doch nach fünf Jahren wird die aktuelle Situation wiederbewertet.

EU-Zukunftsregion

Auf regionaler Ebene genießen die Regionen hinsichtlich der Erweiterung einen besonders hohen Stellenwert, wobei das Projekt von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic mit dem Titel „EU-Zukunftsregion – Alte Nachbarn – Neue Partner“ besonders hervorzuheben ist. Im Rahmen dieses Zukunftsprojekts haben wir gemeinsam die ungarischen Komitate, Vas, Gyor-Moson-Sopron, Tolna, Zala, Somogy und Baranya besucht, um dieses grenzüberschreitende Projekt vorzustellen. Die Gespräche haben gezeigt, dass uns viel Arbeit bevorsteht, eine intensive Zusammenarbeit auf Regierungsebene sowie zwischen den Regionen unerlässlich ist und dass ein zukünftiges Europa der Regionen immer wichtiger wird.

Zum Abschluss: Go East!

Die bevorstehende Erweiterung stellt eine größere Herausforderung dar, als die bisherigen Erweiterungsrounds. Doch diesmal sind auch die Tragweite sowie die sich eröffnenden Chancen dementsprechend größer. Der Größe der Herausforderungen und der anstehenden Aufgabe entsprechend, wird daher von beiden Seiten Flexibilität, Anpassung und der Wille zu Veränderung gefordert.

Schließen möchte ich mit einem Ausspruch von Jean Monnet, den dieser zur Eröffnung der Regierungskonferenz in Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also am Beginn des Europäischen Integrationsprozesses, im Jahre 1950 tätigte. Er erklärte: „Wir sind hier, um ein gemeinsames Werk zu vollbringen, nicht um Vorteile auszuhandeln, sondern um unseren Vorteil im gemeinsamen Vorteil zu suchen.“ Diese Sicht der Dinge soll uns auch heute als Leitfaden dienen.

Vor einigen Jahren hieß das Motto in Europa „Go West“, doch aus meiner Sicht der Dinge empfehle ich „Go East“.

Die EU-Erweiterung aus der Sicht Norwegens

Heinz Scheidbach

Die europäische Integration schreitet voran, vertieft sich schnell und stellt neue Aufgaben, die in der norwegischen Europapolitik nicht unberücksichtigt bleiben werden. Die norwegische Gesellschaft, die Politik, das kulturelle Leben und der Wirtschaftssektor hatten und haben immer starke Verbindungen zum restlichen Europa. Die internationale Zusammenarbeit und die Stabilität sowohl im Allgemeinen als auch besonders in Europa waren seit langem die Hauptziele norwegischer Außenpolitik. In den vierziger Jahren gehörte Norwegen zu den Mitbegründern der UN, der OSZE, der NATO und des Europarates.

Norwegen hielt zweimal, in den Jahren 1972 und 1994, ein Referendum über den Beitritt zur EU ab. Beide Male entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Mitgliedschaft. Dennoch arbeitet Norwegen heute auf vielen Gebieten eng mit der EU zusammen. Obwohl die Meinungen geteilt sind, gibt es auf politischer Ebene breite Übereinkunft darüber, dass Norwegen ein aktiver und konstruktiver Kooperationspartner sein sollte.

Mitglied der Europäischen Wirtschaftszone

Norwegens wichtigste Form der Assoziation mit der EU ist die Vereinbarung über die Europäische Wirtschaftszone (EEA), die 1994 in Kraft trat. Mit dieser Vereinbarung sind Norwegen und andere EEA-Mitgliedsstaaten Teil des Europäischen Binnenmarktes. Das bedeutet, dass norwegische Unternehmen und norwegische Staatsbürger in Gebieten überall in der EEA, die durch das Abkommen gedeckt sind, das Recht auf Gleichbehandlung mit Unternehmen und Staatsbürgern der EU-Staaten haben. Dies heißt auch, dass Norwegen sich an Entwürfen zur EU-Gesetzgebung, welche auf den Binnenmarkt bezogen sind, beteiligt und auch an diese Gesetzgebung gebunden ist. Norwegen nimmt auch an vielen EU-Programmen in Bereichen wie Kultur, Forschung,

Zusammenarbeit in der Regionalpolitik und Bildung teil.

Norwegen betreibt mit der EU im Hinblick auf Justiz- und Innenpolitik eine umfangreiche Zusammenarbeit. Mit dem Schengenabkommen ist Norwegen Teil eines Gebietes ohne Grenzkontrollen zwischen den beteiligten Staaten. Norwegen ist in vielen Bereichen der internationalen Politik, insbesondere der Außen- und Sicherheitspolitik mit der EU verbunden und steht mit dieser im steten politischen Dialog.

Hinsichtlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat Norwegen bei den EU-geführten Krisenbewältigungsoperationen in Bosnien-Herzegowina und Mazedonien ziviles und militärisches Personal zur Verfügung gestellt. Norwegen leistet auch nicht unerhebliche finanzielle Unterstützung für Länder auf dem westlichen Balkan und im nordwestlichen Russland.

Mitglied des EWR

Norwegen ist mit Übereinkunft vom 1. Jänner 1994 Mitglied des EWR. Schon seit 1960 ist Norwegen ebenfalls Mitglied der EFTA, womit es in einer Freihandelszone auch mit Island, Lichtenstein und der Schweiz, das kein EWR-Mitglied ist, in einer Zollfrei- zone verbunden ist.

Die EWR-Übereinkunft bezeichnet:

- Teilnahme am Binnenmarkt mit freier Bewegung von Gütern, Dienstleistungen, Personen und Kapital. Das bedeutet, dass ein in einem Land zugelassenes Produkt nach den gemeinsamen Regeln gewöhnlich auch in den anderen 17 Ländern anerkannt werden muss. Werk tätige und Studenten aus anderen EWR-Staaten haben das Recht auf gleiche Behandlung wie Staatsbürger des Gastlandes, einschließlich des Bereiches der Sozialversicherung und der Anerkennung der beruflichen Qualifikation.

- Harmonisierung von Regeln und Auflagen für Güter und Dienstleistungen hinsichtlich Gesundheit, Sicherheit und Umweltschutz, sowie Schutz der Konsumenteninteressen.
- Gemeinsame Regeln für Wettbewerb und staatliche Hilfe zwecks Sicherung einer ausgeglichenen Grundlage für alle auf dem Binnenmarkt konkurrierenden Unternehmungen.
- Ausgedehnte Zusammenarbeit in anderen gesellschaftlichen Bereichen, hauptsächlich bei Forschung, Bildung, Umweltschutz, Verbraucherpolitik, kulturellen Angelegenheiten, Sozialpolitik, Gleichberechtigung der Geschlechter, Tourismus, sowie kleinen und mittelständischen Betrieben.

Trotz der gemeinsamen Handelspolitik im Rahmen des EWR-Vertrages auch im Hinblick auf Nichtmitgliedstaaten und der zur EU getrennten Agrar- und Fischereipolitik mit gezielten Assoziationen besteht kein gemeinsames Verwaltungssystem für die einzelnen Ressourcen. Im Rahmen der Weiterentwicklung der EWR-Übereinkunft müssen aber immer wieder neue EU-Bestimmungen in die norwegische Gesetzgebung eingeflochten werden. Insoweit haben EU-Regelungen Auswirkungen auf Norwegen. Die bevorstehende Erweiterung der EU wird daher nach norwegischen Schätzungen das norwegische Budget mit ca. NOK 1,8 Mden. (€ 225 Mio.) belasten. Diese Ausgaben werden in erster Linie für den Umweltschutz, die verbesserte Kontrolle der Außengrenzen, sowie die Stärkung der Justiz und des Gesundheitswesens anfallen.

Zwei gescheiterte EU-Referenden

Auf Grund der Verbundenheit Norwegens mit Europa und der Welt durch Mitgliedschaften in EWR, EEA, UN, NATO, OSZE, EFTA und Europarat und der emotional belegten Konkurrenz mit Spanien im Bereich des Fischfanges hat die Bevölkerung Norwegens befunden, dass die Vorteile der bestehenden Mitgliedschaften ausreichen. Eine Mitgliedschaft bei der EU als sicherer „Nettozahler“, würde nur zusätz-

liche Kosten verursachen. Dies auch aus der Tatsache, dass Norwegens Wirtschaft, die auf den Säulen Fischerei, Schifffahrt, Grundstoffen, einigen Industriezweigen (Papier und Chemie sind durchaus bekannt) aber vor allem Erdöl und Erdgas aufbauen, sehr stark nach Amerika und in den pazifischen Raum orientiert ist. Norwegisches Kapital wird weltweit in Industriebetriebe investiert (z.B. in der Steiermark: Papierindustrie Norske Skog Bruck und andere Industriebetriebe in Österreich). Der Budgetüberschuss aus Erdöl- und Erdgaseinnahmen – die diesbezüglichen Betriebe sind verstaatlicht und die Einnahmen fließen daher in den Staatshaushalt – soll, um die Konjunktur im Lande nicht zu überhitzen, vornehmlich im Ausland investiert werden und den Wohlstand in Norwegen nach dem Versiegen der Öl- und Gasquellen sichern.

Norwegen mit weniger als 1 Promille der Weltbevölkerung als Einwohner hat im Bereich der Schifffahrt mehr als 5 % der Bruttoregistertonnen für den weltweiten Warenverkehr zur Verfügung und ist Fischexportland Nummer 1 der Welt.

Interesse an den baltischen Staaten

Abschließend ist daher festzustellen, dass Norwegen wegen seiner Randlage im Norden Europas, mit einer Größe von ca. 385.000 km² (4,5 mal so groß wie Österreich) und mit seinen nur ca. 4,4 Mio. Einwohnern, zwar bei weitem nicht das Interesse an einer Mitgliedschaft an der EU hat bzw. haben muss, wie Österreich als Kernland Europas, dennoch reges Interesse an einem vereinten Europa und damit einem großen Binnenmarkt hat und darüber hinaus bereit ist, dafür seinen Beitrag zu leisten. Hinsichtlich der neuen Mitgliedstaaten ab 1. Mai 2004 richtet sich das Interesse Norwegens eher in Richtung der baltischen Staaten zur Harmonisierung des Wirtschaftsraumes rund um die Ostsee als zu den ehemaligen Ostblockstaaten, mit denen geringe wirtschaftliche und persönliche Kontakte bestehen.

Autorenregister

Dr. Martin Bartenstein
Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

Kurt David Brühl
Honorarkonsul des Vereinigten Königreichs
(Großbritannien)

Mag. Christopher Drexler
Klubobmann des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei

Mag. Kristina Edlinger-Ploder
Landesrätin für Jugend, Frauen, Familie, Bildung und Finanzen

Michael Fleischhacker
Stellvertretender Chefredakteur, „Die Presse“

Dr. Alfred Grinschgl
Geschäftsführer der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH

Dr. Otto Habsburg
Präsident der Paneuropabewegung

Dr. Franz Harnoncourt-Unverzagt
Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg

Dr. Nikolaus Hermann
Honorarkonsul der Republik Kroatien

Prof. Herwig Hösele
Mitglied des Bundesrates

Dr. Egon Kapellari
Diözesanbischof von Graz-Seckau

Waltraud Klasnic
Landeshauptmann der Steiermark

Mag. Günter Lehofer
Leiter des Außenpolitischen Ressorts der Kleinen Zeitung

Dr. Wolfgang Leitner
Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Wolfgang Mantl
o.Univ.Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz

Mag. Hermann Miklas
Superintendent der evangelischen Diözese A.B. Steiermark

Komm.Rat Peter Mühlbacher
Präsident der Wirtschaftskammer Steiermark

Dr. Kurt Oktabetz
Honorarkonsul der Republik Slowenien

Dr. Gerold Ortner
Landesamtsdirektor a.D., Honorarkonsul der Republik Polen

Dr. Klaus Poier
Univ.Ass. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz

Mag. Albert Posch
Ass. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz

Dr. Reinhard Rack
Mitglied des Europäischen Parlaments, Univ.Prof. am Institut für Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre der Universität Graz

Mag. Rudi Roth
Honorarkonsul der Republik Ungarn

Walter Rotschädl
Präsident der Kammer für Arbeiter und Angestellte Steiermark

Dr. Heinz Scheidbach
Honorarkonsul des Königiums Norwegen

Dr. Andreas Schnider
Univ.DoZ., Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei, Mitglied des Bundesrates

DDr. Gerald Schöpfer
o.Univ.Prof., Landesrat für Wirtschaft und Europa

Hermann Schützenhöfer
Landesrat für Personal, Sport und Tourismus

Johann Seitinger
Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Nachhaltigkeit, Wasser, Natur, Wohnbauförderung und Ortserneuerung

Dr. Ernst Sittinger
Leiter der Steiermark-Redaktion von „Die Presse“

Dr. Michael Steiner
a.o.Univ.Prof. am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz, Leiter des Instituts für Technologie- und Regionalpolitik des Joanneum Research

Dr. Werner Tessmar-Pfohl
Vizepräsident der Industriellenvereinigung, Alleinvorstand der Sattler AG/Graz

Wissenschaftlicher Beirat

Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher (Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Manfred Prisching (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Norbert Pucker (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun (stv. Vorsitzender)
Univ.-Prof. Dr. Alfred Ableitinger
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek
Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch
Prof. Dr. Renate Kicker
Univ.-Prof. Dr. Grete Walter-Klingenstein
Prof. Dr. Karl A. Kubinzky
Univ.-Prof. Dr. Yvonne Luisi-Weichsel
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mantl
Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold
Hon.-Prof. Dr. Bernhard Pelzl
Univ.-Prof. Dr. Johannes W. Pichler
Univ.-Prof. Dr. Walter Pieringer
Univ.-Ass. Dr. Klaus Poier
Univ.-Prof. Dr. Reinhard Rack
Univ.-Prof. Dr. Wolf Rauch
Univ.-Prof. DDr. Willibald Riedler
Mag. Wolfgang Schinagl
Univ.-Prof. DDr. Gerald Schöpfer
Univ.-Prof. DDr. Ota Weinberger
Univ.-Prof. Dr. Kurt Weinke
Univ.-Prof. Dr. Heimo Widtmann
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Zach

Politicum 96

Schriften des Steirischen Instituts für Politik und Zeitgeschichte
April 2004/24. Jahrgang

Medieninhaber und Herausgeber:

Verein für steirische Politik und Zeitgeschichte

Karmeliterplatz 6, 8010 Graz

Redaktion dieser Nummer: Isabella Poier, Klaus Poier

Druck: Medienfabrik Graz

Bestellungen: Steirisches Institut für Politik und Zeitgeschichte

Karmeliterplatz 6, 8010 Graz

ISSN 1681-7273 Politicum (Graz)